



universität
wien

DISSERTATION

Titel der Dissertation

Ad oculos et aures

Presse, Radio und Film in der *Dritten Walpurgisnacht* von Karl Kraus

Verfasser

Mag. phil. Simon Ganahl

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, Dezember 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 092 301

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

*Diese Dissertation ist im Rahmen eines DOC-Stipendiums der
Österreichischen Akademie der Wissenschaften entstanden,
das dem Verfasser für das Forschungsprojekt
»K. K. und P. A. Eine Typologie« zuerkannt wurde.*

Inhalt

Vorwort

5

I Eines Tages

9

II Presse

18

III Radio

146

IV Film

179

V Letzten Endes

201

Quellen

209

Abstract

217

Lebenslauf

219

VORWORT

... weil es seine Passion war, zu vergleichen,
Beziehungen aufzudecken, Einflüsse nachzuweisen,
den verschränkten Zusammenhang der Kultur bloßzulegen.
(Thomas Mann: *Doktor Faustus*)

Wer dieses Vorwort überblättert, der wird, nachdem er ein paar Seiten gelesen hat, wieder zurückblättern, um eine Antwort auf die Frage zu finden, weshalb in der vorliegenden Studie über den Text *Dritte Walpurgisnacht* nicht von dem Autor, dem österreichischen Publizisten Karl Kraus, sondern einem gewissen K. K. die Rede ist. Der Grund besteht nicht in der praktischen Erwägung, dass zwei Buchstaben schneller geschrieben sind als neun, denn es geht mir nicht darum, mit den Initialen die historische Person zu bezeichnen, den Herausgeber der Zeitschrift *Die Fackel*, der 1874 in der ostböhmischen Stadt Jitschin geboren wurde und 1936 in Wien starb: Weder Biografie noch Werkgeschichte sollen vom Gegenstand der Untersuchung wegführen. Ziel der Arbeit ist vielmehr die Freilegung eines Typus, der geistigen Haltung, die der *Dritten Walpurgisnacht* zugrunde liegt. Die typologische Methode, wie ich sie verstehe, stützt sich auf eine Stelle der Bergpredigt, wo Jesus sagt, er sei gekommen, das mosaische Gesetz zu erfüllen.¹ Was K. K. betrifft, so setzt er in einer Zeit, die gegen die Werte der Aufklärung gerichtet ist, die Prinzipien der Philosophie Immanuel Kants in die Tat um, und zwar unter den Bedingungen einer modernen Mediengesellschaft. Die Analyse kreist nicht um die Autorintention, das heißt um das, was sich Karl Kraus bei der Niederschrift gedacht haben mag, sondern um den Text selbst, der ein „Geflecht von Zitaten“ darstellt, „die aus den tausend Brennpunkten der Kultur stammen“ und erst im Kopf des Lesers ein Ganzes bilden.² Die Spuren verlaufen aus dem Text in einen Kontext, nicht umgekehrt, und wahr ist die Interpretation, wenn sie in sich schlüssig erscheint. Warum beschränkt sich meine Untersuchung, könnte man ihr entgegenhalten, dann nicht auf einen Quellennachweis der *Dritten Walpurgisnacht*? Weil das „kakanische“ Modell mehr als zusammengefügt, nämlich systematisch *nach-vollzogen* werden muss. Dieses Programm bedarf einiger Erläuterungen. Erstens klingt das Eigenschaftswort, das dem Typus K. K. entspricht, seltsam vertraut: „Kakanien“ lautet der Name, der in Robert Musils Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* für die Österreichisch-Ungarische, also die „kaiserliche und königliche“ Monarchie steht. Abgesehen von dem gemeinsamen Adjektiv, teilt der Typus mit

1 Vgl. Matthäus 5,17.

2 Vgl. Roland Barthes: *Der Tod des Autors*, S. 61 u. 63.

dem Reich die Rückwärtsgewandtheit und vor allem die Zweifel an demokratischen Regierungsformen. „Vor dem Gesetz waren alle Bürger gleich“, sagt Musils Erzähler über Kakanien, „aber nicht alle waren eben Bürger. Man hatte ein Parlament, welches so gewaltigen Gebrauch von seiner Freiheit machte, daß man es gewöhnlich geschlossen hielt; aber man hatte auch einen Notstandsparagraphen, mit dessen Hilfe man ohne das Parlament auskam [...]“.“¹ Die kakanische Parteinahme für die autoritäre Politik des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß wird an mehreren Stellen der Studie besprochen – hier sei nur angemerkt, dass die Vorstellung eines aufgeklärten Absolutismus mit der Kantschen Philosophie durchaus vereinbar ist, ja aus dem Grundsatz der unabhängigen Urteilsbildung, was die Person des Herrschers und die soziale Ordnung anlangt, geradezu hervorgeht.² Das erwähnte Modell der *Dritten Walpurgisnacht* ist diese Form der eigenständigen Wahrheitsfindung, die intellektuelle Verarbeitung sinnlicher Daten auf Grundlage der Einbildungskraft, wobei die Massenmedien als Erweiterungen der Sinnesorgane, namentlich der Augen und Ohren verstanden werden. Es nachzuvollziehen bedeutet daher, die Frage zu klären versuchen, was 1933 in Wien ad oculos et aures, sprich Zeitung lesend, Radio hörend und Kino besuchend über die nationalsozialistische Machtergreifung³ zu erfahren war.

An diesem Punkt halte ich, ungeachtet der typologischen Vorgangsweise, eine Handvoll Bemerkungen zur Entstehung und Überlieferung der *Dritten Walpurgisnacht* für angebracht. Karl Kraus scheint gleich nach dem 30. Jänner 1933, als Adolf Hitler, der Vorsitzende der NSDAP, von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum deutschen Reichskanzler ernannt wurde, begonnen zu haben, Dokumente über das Geschehen im Nachbarland zu sammeln, entschied sich, dem Datum der letzten Quellen zufolge, Ende September 1933 jedoch, die Korrektur des im Lauf eines halben Jahres verfassten, bereits gesetzten Texts abubrechen. Die nächste Ausgabe der *Fackel*, die im Oktober herauskam, bestand stattdessen aus einem Nachruf auf den Architekten Adolf Loos, der im Sommer verstorben war, und einem titellosen Gedicht, dessen zehnter und letzter Vers lautet: „Das Wort entschlief, als jene Welt

1 Robert Musil: *Der Mann ohne Eigenschaften*, S. 33f.

2 Kant nannte das „Zeitalter der Aufklärung“ bekanntlich das „Jahrhundert *Friederichs*“, des preußischen Königs, der „ein wohldiszipliniertes zahlreiches Heer zum Bürgen der öffentlichen Ruhe zur Hand“ habe und also sagen könne, „was ein Freistaat nicht wagen darf: *räsonniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht!*“ vgl. Immanuel Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, S. 59 u. 61.

3 Mit dem Ausdruck „Machtergreifung“ ist nicht die Ernennung Adolf Hitlers zum deutschen Reichskanzler am 30. Jänner 1933, sondern ein anderthalb Jahre währender Prozess gemeint, „dessen Endpunkt im Augenblick der schlüssigen Unterstellung des militärischen Machtfaktors und der Selbsterhöhung Hitlers zum Nachfolger Hindenburgs erreicht“ war. Vgl. Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung*, S. 18ff.

erwachte.“¹ Im Juli 1934 veröffentlichte Kraus zwar einige Passagen in einem mit „Warum die Fackel nicht erscheint“ überschriebenen Heft seiner Zeitschrift; verlegt wurde das formal abgeschlossene, nicht vollendete Werk aber erst 1952 von Heinrich Fischer. Seit 1989 liegt die *Dritte Walpurgisnacht*, deren Druckfahnen über die Schweiz und New York an die Hebräische Universität in Jerusalem gelangten, als zwölfter Band der Krausschen Schriften vor, die Christian Wagenknecht im Suhrkamp-Verlag herausgegeben hat.²

Da die folgende Arbeit keinen Überblick über die Sekundärliteratur zur *Dritten Walpurgisnacht* bietet,³ möchte ich vorweg auf jene Bücher hinweisen, die mir halfen, meine eigene Lesart zu entwickeln. Als eine gute Informationsquelle diente der 2005 erschienene, zweite Teil der Monografie *Karl Kraus: Apocalyptic Satirist* von Edward Timms, der in den Kapiteln 23 bis 26 die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus breit behandelt. Was die literarischen Bezüge des Textes angeht, so fand ich in Kurt Krolops Sammelband *Sprachs satire als Zeitsatire bei Karl Kraus* sowie in Jochen Stremmels Dissertation „*Dritte Walpurgisnacht*“ wertvolle Anregungen. Wichtige Denkanstöße gab mir auch die Analyse des kulturphilosophischen Hintergrunds der Schrift, die Irina Djasemy im letzten Abschnitt der Studie *Der „Productivgehalt kritischer Zerstörerarbeit“* vorgenommen hat. Ausdrücklich genannt sei noch die Dokumentation *Dritte Walpurgisnacht und Arbeiter-Zeitung* von Eckart Früh, dem ehemaligen Leiter des „Tagblatt-Archivs“, das 2002 von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek übernommen wurde. Dieser und einer Reihe anderer Einrichtungen schulde ich Dank für die Unterstützung meiner Recherchen, darunter der Mikrofilm-Abteilung der Österreichischen Nationalbibliothek, dem Dokumentationsarchiv Funk, der Österreichischen Mediathek, dem Filmarchiv Austria, dem Österreichischen Staatsarchiv, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts in Berlin, dem Bundesarchiv-Filmarchiv sowie dem Deutschen Rundfunkarchiv. Herzlich danken will ich zum Schluss meinen wissenschaftlichen Betreuern, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch und Doz. Dr. Roland Innerhofer, dem verstorbenen Uwe Pralle und Mathias Schönher für fruchtbare Gespräche, meinen Eltern und Irina Fehn, die es fertigbringt, mit einem schreibenden Menschen zu leben.

Simon Ganahl (November 2008)

1 Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 888/1933, S. 4.

2 In dieser Studie wird die sorgfältig edierte Ausgabe von Wagenknecht verwendet und anhand der Abkürzung DW sowie der Seitenzahl im Text zitiert. Spationierungen werden in der Regel nicht übernommen.

3 Vgl. dazu Irina Djasemy: *Der „Productivgehalt kritischer Zerstörerarbeit“*, S. 363-368.

Eines Tages, als Zeitungen noch in Fraktur gesetzt waren, Radios magische Augen hatten und schwarz-weiße Wochenschauen in den Kinos liefen, brannte inmitten einer Großstadt ein Gebäude, über dessen Portal „DEM DEUTSCHEN VOLKE“ geschrieben stand: Aus der Kuppel des rechteckigen Bauwerks, die weithin zu sehen ist, steigen Rauch und Flammen auf; die Fenster rechts vom Haupttor sind rot erleuchtet, was sich in der Dunkelheit aus einiger Entfernung erkennen lässt. Es ist zehn Uhr abends. Von allen Richtungen drängen Menschen zum Schauplatz, der bereits großräumig abgeriegelt wurde. Polizisten kontrollieren die Sperrbänder zu Fuß wie zu Pferd, halten die Leute zurück und gehen kaum auf Fragen ein. Man erzählt sich, es sei ein politischer Anschlag, einer der Täter sei noch im Haus gefasst worden. Inzwischen strahlen ringsum Scheinwerfer gegen das innen lodernde, von Löschfahrzeugen umstellte Gebäude, auf das die Feuerwehrmänner von hohen Leitern und vom Boden aus dicke Wasserschläuche richten. Obwohl sich die Schaulustigen in sicherem Abstand befinden, schrecken sie zurück, als in das Zischen und Knacken des Feuers ein Krachen fährt – es ist wieder ein Teil der Glaskuppel eingebrochen.

Oscar stürzt, heftig atmend, in die „East End Bar“, zieht Mütze und Schal vom Kopf, geht schnell am Tresen vorbei und betritt das Hinterzimmer, wo ein paar Männer um einen Tisch sitzen und Karten spielen. „Was macht ihr denn?“, ruft er: „Habt ihr nichts gehört? Die Nazis haben die Schwatzbude angezündet und wollen es den Kommunisten anhängen. Alles ist abgesperrt, die Schupo lässt keinen durch. Von der Spree aus hab’ ich gesehen, wie die Kuppel zerbrochen ist, und der ganze Osttrakt soll in Flammen stehen. Ein Feuerwehrmann hat im Vorbeigeh’n gesagt, der Brandstifter sei der Polizei mitten drin in die Arme gelaufen. Ein Holländer, angeblich, und ratet was noch? Ein Kommunist, der alles zugegeben und bestimmt Komplizen habe, klar, kurz vor der Wahl, die Bolschewisten waren’s – jetzt kann die Marxistenhatz losgehen. Wenn das keine Mache ist!“

Friedrich lässt die Tür der Telefonzelle hinter sich zufallen, reibt die Hände aneinander und haucht sie mehrmals an, bis er aus der rechten Manteltasche eine Münze hervorholt und sie in den Schlitz des Fernsprechers steckt. Nachdem er den Hörer vom Haken gehoben hat, setzt er die Wählscheibe in Bewegung und wartet – plötzlich reißt er den rechten Arm hoch und drückt einen roten Knopf: „Karl? Grüß dich, Friedrich spricht. Entschuldige meinen späten Anruf. Hörst du Radio? Nein? Nun, stell dir vor, der Reichstag brennt. Ja,

ja, ich hab's selber gesehen und weiß auch schon, was passiert ist. Ein geschwätziger Hilfspolizist hat alles ausgeplaudert. Es ist eine bolschewistische Propagandaaktion, von langer Hand vorbereitet. Einer der Täter wurde im Plenarsaal gestellt, die anderen sind geflohen oder verstecken sich noch irgendwo im Gebäude. Beim Verhafteten hat man einen holländischen Pass und Papiere der kommunistischen Partei gefunden – doch, doch – Propaganda der Tat. Aber Göring wird jetzt durchgreifen...“

Ernst setzt sich auf die Bettkante, stellt die Hausschuhe unter den Nachttisch, knipst die Leselampe aus, legt sich hin und streift die Bettdecke gerade. „Schläfst du schon, Marianne? Das wahre Schauspiel habe ich heut Abend nicht im Theater, sondern auf dem Weg nach Hause erlebt. Über dem Regierungsviertel lag ein Feuerschein, als ich das Brandenburger Tor passierte, und dann erblickte ich das Unbeschreibliche mit meinen eigenen Augen: das Reichstagsgebäude in Flammen – ein schauerlich-schönes Bild. Die roten Fluten des Feuers quollen aus der Glaskuppel und ergossen sich über die Dächer und Türmchen, die Säulen und Götterstatuen. Du weißt, ich habe dieses eklektische Renaissancepalais nie geliebt, aber ideell ist es doch von größter Bedeutung. Es verbindet das deutsche Volk mit dem vergangenen Säkulum und steht gegenwärtig als letzter Fels der Demokratie in einer revolutionären Brandung. Alles spricht für eine bolschewistische Urheberchaft: Ein Flammengruß der Revolution! Gott gebe, dass uns die Männer an des Reiches Spitze vor dieser roten Flut bewahren. Schlaf wohl, Marianne, schlaf wohl – –“

„Es gäbe noch ein anderes Mittel: die Wahrheit sagen.“ (DW 271) Ist in der *Dritten Walpurgisnacht* von der Wahrheit die Rede, geht es nicht in erster Linie um Moral, sondern um Erkenntnis. K. K. stellt freilich einen Wahrheitspragmatiker dar. Er spricht nicht von einer Qualitätsleiter der Wirklichkeit, auf der man – je nach Veranlagung und Bildungsstand – von den sinnlichen Eindrücken zur intellektuellen Einsicht emporsteigen könnte. Nein, die Wahrheit zu sagen, heißt im Gegenteil: die reine Wahr-Nehmung wiederzugeben. Oscar, Friedrich und Ernst haben am gleichen Geschehen teilgenommen, vielleicht nicht exakt zur selben Zeit, bestimmt aus verschiedenen Standpunkten. Was sie jedoch zu sehen und zu hören bekamen, war im Wesentlichen das Gleiche – den Rauch und die Flammen über der Kuppel des Reichstagsgebäudes, die Arbeit der Feuerwehrleute, Menschenmengen, Absperungen, laufende und reitende Polizisten, die Geräusche des Brandes, das Heulen der Sire-

nen, Gerüchte und Meinungen, womöglich die Aussagen eines Beteiligten. Bis dieses Datenmaterial allerdings bei den jeweiligen Empfängern angekommen war, hatte es schon eine persönliche Bewertung durchlaufen, so dass sich weder die Genossen in der „East End Bar“ noch Karl oder Marianne selbst ein Bild der Ereignisse machen konnten. Oscar teilt seinen Freunden zwar die wichtigsten Eindrücke mit, bettet diese Informationen aber zugleich in einen politischen Kommentar; Friedrich hingegen gibt das, was ihm ein Hilfspolizist gesagt hatte, als Tatsachen wieder; und Ernst schmückt seine spärlichen Wahrnehmungen formal wie inhaltlich mit Klischees aus, wodurch sich das erlebte Geschehen in ein „schauerlich-schönes Bild“ verwandelt. Nun mag der kritische Leser einwenden, die Vorstellung, es gäbe eine objektive Realität, sei längst überholt; dass jedes Gehirn seine eigene Welt entwerfe, wisse heute jedes Kind. Nein und nein, würde K. K. sagen und erwidern, dass der Erkenntnisvorgang zumindest auf dieser grundlegenden Ebene, wo es um die Aufnahme von sinnlichen Daten geht, bei allen Menschen derselbe ist – die regelrechte Tätigkeit der beteiligten Organe vorausgesetzt. Die Frage, ob eine höhere, von diesem Prozess abgesonderte Wirklichkeit vorhanden sei, spielt für den Wahrheitspragmatiker zunächst einmal keine Rolle, weil wir in seinen Augen ohnehin außerstande sind, sie zu erkennen. Objektiv ist also das, was für uns alle der Fall ist. Dass sich Oscar, Friedrich und Ernst nicht darauf beschränken, als Übermittler von Fakten, als Datenträger zu fungieren, wirkt sich jedoch weniger auf sie selber als auf ihre Gegenüber aus, die Informationsempfänger, die mehr als die Tatsachen, nämlich deren ungebetene Interpretation erhalten. Von diesem Unvermögen der „Mittel“, die Wahrheit zu sagen, handelt die *Dritte Walpurgisnacht*.

Anders zu funktionieren, als sie sollten, wirft K. K. aber nicht nur den Boten, sondern auch den Adressaten vor, die ihre natürliche Anlage, Dinge wahrzunehmen, nicht nutzen – sei es, weil ihnen der Mut fehlt oder weil die angeborenen Fähigkeiten verkümmert sind. Ein Manko, an dem er selbst nicht laboriert: „Solcher Fluch der Empfänglichkeit versagt ein Erlahmen, gewährt der Vollkraft, täglich hundert Reizungen zu erliegen, und verlängert doch nicht den Tag, der den Syllabus sprachlicher, moralischer und sozialer Missetaten verlangte. Imstande sein, am Auswurf der Welt ihr Übel zu erfassen, von der unscheinbarsten Oberfläche jeweils das letzte Ende tätiger und leidender Menschheit – solches Vermögen erlebt sich als Opfer, solche Fülle als Mangel, solches Gemüt neidet dem Schlichten die Erlösung, deren er nicht bedurft hat. Abhängig von allem Nichts, gebannt von jedem

Tropfen der Sündflut – wie sollte es sich den Wunsch verdenken, einmal wie die zu sein, die das Sichtbare nicht sehen, das Unmögliche für unwirklich nehmen, oder doch wie solche, denen gegeben ist, nicht zu sagen, was sie leiden!“ (DW 31f.) Kurzum, es ist viel einfacher, Augen und Ohren vor der Welt zu verschließen, als sich dem oft betrüblichen Geschehen, das einen umgibt, auszusetzen, und also verständlich, dass sich die meisten Menschen für den Rückzug entscheiden. Dieser Versuchung zu widerstehen, bedarf eines Willensaktes, erfordert die Courage, gesellschaftliche Vorgänge bewusst zu verfolgen. Dass die beiden genannten Sinnesorgane, oculos et aures, dabei eine zentrale Rolle spielen, hebt die *Dritte Walpurgisnacht* wie ein Leitmotiv hervor. „Sollten denn nicht wenigstens diese Stimmen und diese Gesichter dem von einer Mutter Geborenen Aufschluß gewähren, indem er doch nichts hört als das Gebell des immer gleichen Inhalts und als hochpolitische Faktoren Monstren gewahr wird, wie sie Präuschers Panoptikum zeigt [...]“. (DW 200) Man ahnt schon, wer hier bellt statt spricht und aussieht wie die wächsernen Gestalten in der Freakshow des Wiener Praters; es sind jene, „die die andern sterilisieren wollen“ (DW 201). K. K. macht freilich keinen Hehl aus dem Umstand, dass diese Eindrücke aus zweiter Hand stammen, sondern weist auf seine geographische Position und das Problem der Übermittlung hin: „Hat man doch gesehen, wie in Versammlungen, coram, Frauen sich die Kleider vom Leib reißen, und da bliebe unsereins unbewegt? Hat man doch gehört, daß ‚das ganze große Volk, das erste Volk des Erdballs‘ einen Geburtstag, der als der 44. noch keinen besondern Einschnitt bedeutet, als den Tag, ‚da der Herrgott ihm seinen Retter aus tiefster Not schenkte‘, auf die folgende Art begangen hat: [...] Da ähnliche Wahrnehmungen auch in den Alpen und der niedersächsischen Ebene, in den gleichförmigen grauen, rußbedeckten Bergmannshäusern der westfälischen Kumpels wie auf dem Erzberg gemacht wurden, wenngleich von Wien aus, so lasset uns nüchtern werden, denn es liegt der Verdacht nahe, daß das journalistische Übel mit der rassenmäßigen Ausscheidung seiner angestammten Vertreter noch nicht gänzlich beseitigt ist.“ (DW 18f.) Uns soll an diesem Passus – zumindest vorläufig – weder die messianische Inszenierung des „Führers“ noch die politisch unkorrekte Verdächtigung interessieren; bemerkenswert erscheint vielmehr, dass der Journalismus als Möglichkeit betrachtet wird, das kakanische Sehen und Hören zu erweitern. K. K. befindet sich in Wien, jener 44. Geburtstag am 20. April 1933 wurde aber nicht in Österreich, sondern in Deutschland als Staatsfeiertag begangen. Alles, was er über das Ereignis

erfährt, wird von modernen Kurierdiensten verbreitet, mit deren Angebot er offensichtlich unzufrieden ist – den Zeitungen, den Radiosendern, den Kinos.

Dass dieses Beispiel keine Ausnahme bildet, sondern für den Regelfall steht, ja dass sogar am Ort des Geschehens dessen Wahrnehmung vermittelt erfolgt, stellt eine der wichtigsten medientheoretischen Passagen der *Dritten Walpurgisnacht* heraus: „Das Geheimnis, das der Preuße für die Verarbeitung von Eindrücken hat, deutet sich wohl an, aber ohne sich zu verraten, vor allem in der unbeirrbaren Erfolgssicherheit bei Unternehmungen, die zum Scheitern verurteilt sind. Scheut vor keinem technischen Fortschritt zurück, um der Welt ad oculos et aures zu demonstrieren, was ihr mißfallen muß, und ihren Beifall für Erscheinungen anzusprechen, deren Zeitgenossenschaft zu teilen sie verschmähen möchte. Man sollte aber glauben, daß auch einer deutschen Mehrheit, die aus Geschöpfen Gottes besteht, diese Lautsprecher von Natur, denen sie sich ausgeliefert hat, Mißbehagen verursachen; man sollte hoffen, daß ihr die Erweiterung der akustischen Möglichkeiten des Rundfunks und der optischen einer illustrierten Presse das Bewußtsein der Absurdität bringt, die ihrem kulturellen Dasein nunmehr aufgezwungen ist. Fällt es den Deutschen nicht auf – denn den andern fällt es auf –, daß keine Nation nicht nur so häufig sich darauf beruft, daß sie eine sei, sondern daß im Sprachgebrauch der ganzen Welt durch ein Jahr nicht so oft das Wort ‚Blut‘ vorkommt wie an einem Tag dieser deutschen Sender und Journale?“ (DW 199f.) Mit dem Hinweis auf die bebilderten Zeitschriften und die „Lautsprecher von Natur“, die Augen und Ohren zugleich beliefern und ausweiten, nimmt K. K. jene Erkenntnis vorweg, die seit Marshall McLuhans Buch *Understanding Media*, das 1964 mit dem Untertitel *The Extensions of Man* erschien, zur analytischen Werkzeugkiste gehört – Medien sind Körperextensionen. Indem er diese Vorstellung jedoch auf die visuellen und auditiven Sinne einschränkt, kommt er nicht in die Verlegenheit, alles, was als Ausweitung des Menschen betrachtet werden kann, als Medium bezeichnen zu müssen. McLuhans Bestimmung verleitet zum inflationären Gebrauch, weil sie nicht zwischen Technik und Medien unterscheidet. Das Ziel der Superheroisierung des Menschen in Ehren, aber es bringt einfach nichts, Suppenlöffel oder Klopapier einer medientheoretischen Interpretation zu unterziehen; zumindest dann nicht, wenn man neben dem Kommunikationskanal auch das organisatorische und institutionelle Umfeld, das jedem Massenmedium eignet, im Blick hat und Informationen als den Gegenstand der medialen Speicherung oder Übertragung vor-

aussetzt.¹ (Ungeachtet dessen, dass aus quantenphysikalischer Sicht Suppe und Exkrementen ohneweiters als Informationskonglomerate durchgehen.) Wie immer dem sei, für K. K. jedenfalls erweitern Presse, Radio und Kino die menschlichen Fähigkeiten, zu sehen und zu hören, was an sich weder gut noch schlecht, sondern ein zivilisatorischer Effekt ist. Problematisch indes erscheint ihm, dass diese Prothesen eine Eigendynamik entwickelt haben, sich also nicht mit ihrer Aufgabe begnügen, die Wahrheit im eingangs beschriebenen Sinn zu transportieren. Ein Medium, das sollte im kakanischen Verständnis ein passiver Mittler sein, vergleichbar dem esoterischen Aberglauben, es gäbe Menschen, die ihren Körper Toten zur Verfügung stellen könnten, um eine Kommunikation zwischen lebenden und verstorbenen Angehörigen zu ermöglichen. Ich habe keine Ahnung von dieser Wissenschaft für Zurückgebliebene, erinnere mich aber an einen Spielfilm mit dem sprechenden Titel *Ghost*, in dem Whoopi Goldberg eine Wahrsagerin gibt, die (zunächst) vortäuscht, jenes mediale Vermögen zu besitzen. Eine Gesprächsvariante gestaltet sich, gespielt oder nicht, dort so, dass der Geist, nachdem er in den Leib gefahren ist, seine Botschaften ungehindert an den Mann bzw. die Frau bringen kann. In dem Moment ist die Wahrsagerin selbst keine Moderatorin, sondern eine willenlose, unbelebte Kreatur, die dem Toten lediglich als Artikulationskanal dient. Dieses Idealbild eines Mediums hat K. K. vor Augen, wenn er einräumt, man müsse dem Boten danken, der „das Unheil nur meldet, das vor jeglichem Versuch, es zu deuten, bloß den Gedanken an Rettung gewährt“ (DW 324).

Wer die *Dritte Walpurgisnacht* gelesen hat, weiß um den utopischen Charakter solcher Mediendefinitionen, zumal ein Gutteil des Textes aus überzeugenden Gegenbeispielen besteht. Jenes Unheil, dessen lapidare Meldung eingefordert wird, ereignete sich in Deutschland, nachdem Adolf Hitler am 30. Jänner 1933 zum Reichskanzler ernannt worden war. Tatsächlich scheiterte der Informationsfluss sowohl an der Geschwätzigkeit der Übermittler als auch an der fehlenden Anteilnahme der Empfänger: „Wie sollte die Hörschaft dieser zügellosen Berichterstattung den Torturen eines alten Rabbiners Mitleid zuwenden, wenn auf demselben Blatt die Wonnen eines jüngeren Generaldirektors Ablenkung gewähren. Diesem Zeitungsbegriff einer Humanität, die das Unglück zum Marktschrei prostituiert und die noch lügt, wenn sie die Wahrheit sagt, entspricht vollauf der Habitus einer Leserschaft, die erst, wenn sie ein Tausendstel zu spüren bekommt von dem, was sie nicht

1 Vgl. dazu Ulrich Saxer: *Konstituenten einer Medienwissenschaft*, S. 21.

glaubt, die Verbindung mit der Menschheit wieder aufnimmt. Hiebe im Zweifelsfall, damit sie an Gewalt glauben!“ (DW 111) Einen weiteren Schwachpunkt stellt – vorausgesetzt, es sind Menschen beteiligt – die Nachrichtenquelle dar, der Sender, der dazu neigt, Ereignisse nach seinen Interessen zu schildern oder gar zu inszenieren. Wenn K. K. die Nationalsozialisten als „Systematiker der Lüge“ bezeichnet (DW 108), handelt es sich, dem kakanischen Wahrheitsverständnis entsprechend, nicht primär um einen moralischen Vorwurf, sondern um das Anliegen, die gezielten Manipulationen der Urteilsbildung beim Namen zu nennen. „Gewiß, es muß ein Mißverständnis sein, und vielleicht wäre es durch die Erkenntnis zu beseitigen, daß sich hier eben mit schrankenloser Offenheit ein Wesen kundgibt, das von Natur nicht schlecht ist, nur mit spezifischen Sinneswerkzeugen sein Tun verrichtet und verantwortet. Daß der Volksgenosse die Dinge nicht glaubt, von denen er vielleicht einmal hört, mag noch durch die Absperrung zu erklären sein, die sich im Umschwung der Lebensverhältnisse als notwendig herausgestellt hat. Daß er aber auch die Dinge nicht glaubt, die er sieht, ja nicht einmal die, die er tut; daß er nicht weiß, was er tut, und sich darum gleich selbst vergibt, das zeugt von einem Gemüt ohne Falsch, dem die Andersgearteten wohl ausweichen, aber nicht mißtrauen sollten. Da ihm die Gabe ward, nicht lügen zu können, und weil es doch auch unmöglich wäre, so viel zu lügen wie der Tatbestand erfordern würde, so kann nur ein mediales Vermögen im Spiele sein, das solchem Wesen die Dinge, die aus Illusion erschaffen sind, wieder durch Illusion entrücken hilft.“ (DW 183f.) Um sich der Bedeutung dieser Stelle bewusst zu werden, muss man bedenken, dass „Medium“ erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Begriff für die Presse, das Radio oder den Film verwendet wird.¹ K. K. dagegen spricht schon 1933 vom „medialen Vermögen“ einer soeben ans Ruder gelangten Partei, das Publikum in eine Scheinwelt zu versetzen, wo das Prinzip Verantwortung außer Kraft ist. Als Regisseur der systematischen Sinestäuschung tritt in der *Dritten Walpurgisnacht* Joseph Goebbels auf, der ab dem 13. März 1933 das neu errichtete „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ leitete. Die Tätigkeit dieses „Kenner[s] journalistischer Mundart“ wie „aller einschlägigen Terminologie, deren Verwendung dem Asphaltchrifttum nicht mehr möglich ist“ (DW 128/54), fand einen Ausdruck in den amtlichen Mitteilungen der deutschen Regierung: „In der Fähigkeit, Unsinn, zu dem Vernunft ward, wieder als diese erscheinen zu lassen, Blamage in

1 Vgl. Jochen Hörisch: *Eine Geschichte der Medien*, S. 69.

Effekt umzuwechseln, kurz darin, was man früher Blödmachen nannte, ist das nationalsozialistische Kommuniké vorbildlich.“ (DW 163) Die Bezeichnung „Kommuniké“ zählt zu dem kakanischen Wortfeld, dessen Bestandteile auf Goebbels Taktik anspielen, „Sachverhalte aufzuklären, bis das Gegenteil einleuchtet, Tatbestände im Wortschleim zu ersticken“ (DW 101), sprich die fingierte Darstellung eines Geschehens lange genug zu wiederholen, dass dem Gegner der Atem ausgeht und die Lüge als die treffende Erklärung haften bleibt. (Eine Technik, die heute NLP heißt und zum Trainingsprogramm von Politikern, Managern, Versicherungsvertretern, Schuhverkäufern usw. gehört.) In diesem Zusammenhang weist K. K. immer wieder auf die Berichte der offiziellen Nachrichtenagenturen hin, namentlich auf „Wolff's Telegraphisches Bureau“, das schon kurz nach der Gründung im Jahr 1849 unter den Einfluss des preußischen Staates geraten war: „Nur in Fieberschauern wächst diese Sachlichkeit aus Dunst, dieser Hang, aus Illusion in Tat zu stürzen, um sie mechanisch wieder aufzulösen, mit Hilfe eines Dissimulators, den sie Wolffbüro nennen.“ (DW 29) Was den Inhalt der Aussendungen betrifft, deren Funktion in der Verschleierung von Fakten besteht, so findet sich in der *Dritten Walpurgisnacht* eine Reihe kennzeichnender Wendungen. Häufig käme in den offiziellen Kommentaren das Wort „angeblich“ vor, mit dem alle möglichen Vorwürfe abgewehrt würden, und auch das Kürzel des „Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses“ der NSDAP dient K. K. dazu, die Täuschungsversuche zu benennen: „Was sie tun, ist handgreiflich, aber da sie's faustdick hinter den Ohren haben, wird es angeblich; sie machen einen Wirbel, und es ist in Ordnung, sie trüben das Wasser und schaffen Klarheit; sie machen Uschla [...].“ (DW 194) Darüber hinaus sollen kakanische Prägungen wie „verfolgende Unschuld“ (DW 28/164/194) und „falsche Kausalität“ (DW 29/174) die nationalsozialistischen Strategien, um die Tatsachen hinter einem Wall von Meinungen verschwinden zu lassen, auf den Punkt bringen.

Obwohl sich K. K. beharrlich gegen eine „Menschheit, die es bewußtlos erträgt“ (DW 323), wendet, betont er, wie schwierig es ist, das Gegenteil zu tun, nämlich zu versuchen, das, was von den Vorgängen in Deutschland an die Öffentlichkeit dringt, geistesgegenwärtig zu verarbeiten. „Vor Augen, müde des Mords, vor Ohren, müde des Betrugs, vor allen Sinnen, die nicht mehr wollen und denen die Mixtur aus Blut und Lüge widersteht“ (DW 324), kapituliert die menschliche Aufnahmefähigkeit; der Intellekt beginnt, seine Tätigkeit, wenn nicht einzustellen, so doch zu minimieren und sämtliche Eindrücke ungeprüft passie-

ren zu lassen. Trotzdem führt – diesem „Überstoff, der den Verstand schon im Hinschaun verwirrt“, gegenüber (DW 273) – kein Weg an jener Instanz vorbei, die in der Lage ist, die sinnlich gelieferten Daten zu hinterfragen, zu sortieren, anzunehmen oder zurückzuweisen. Und also ist die *Dritte Walpurgisnacht* ein „Versuch zu einer geistesgemäßen Verarbeitung der Eindrücke, die das Schauspiel unerschöpflich und erschöpfend bietet“ (DW 13), was in Anbetracht der unzuverlässigen Berichterstattung über die Ereignisse einer Detektivarbeit gleichkommt. Selig die Zeiten, als Menschen selbst und direkt Erfahrungen machten! Nun müssen zuerst die treffenden Wahrnehmungen ermittelt werden. Der kakanische Essay beschäftigt sich deshalb weniger mit den Dingen selbst als mit den mannigfachen Reden darüber – er betreibt, mit einem Wort, Diskursanalyse. Als deren Quellen dienten erstens die Zeitungen, die den Wettlauf zwischen Geschehen und Verleugnung dokumentierten; zweitens die Rundfunksender, die Ansprache um Ansprache, Reportage um Reportage, Schlager um Schlager über die Landesgrenzen trugen; und drittens die Kinos, wo bis Sommerbeginn 1933 neben Spiel- und Dokumentarfilmen auch Wochenschauen deutscher Produktionsgesellschaften liefen. Den Standort von K. K. kennen wir bereits: Er verfolgte den Umsturz in Deutschland „von Wien aus“ (DW 19). Als Entstehungszeit gibt der Text „Anfang Mai bis September 1933“ an (DW 9), de facto gingen in die *Dritte Walpurgisnacht* zeitgenössische Ereignisse zwischen der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und dem „Reichserntedankfest“ am 1. Oktober 1933 ein. Dass es möglich war, diese politischen Vorgänge zu registrieren, dass, allgemeiner gesagt, die Menschen der Wahrheit fähig sind, wenn sie ihre beiden Erkenntnisquellen Sinnlichkeit und Verstand zu verbinden wissen, daran lässt K. K. keinerlei Zweifel. Au contraire, er behauptet sogar, alles sei vorauszusehen gewesen, nennt jene, die es verursacht hätten, beim Namen und zitiert nicht bloß, sondern beantwortet die Frage, die Mephistopheles, des „Chaos vielgeliebter Sohn“, seinen antiken Schwestern, den hässlichen Phorkyaden, stellt: „wie kam’s, wie konnte das geschehn?“¹ (DW 11/275) Der Vers schlägt eine Brücke in die Gegenwart, in der vor allem die Enkel es nicht fassen können und daher virtuelle Foren gründen, wo nicht lockergelassen wird. „Wie konnte das geschehen – wie konnte Hitler nach der Ernennung zum Kanzler so mühelos eine diktatorische Macht über Deutschland sichern? Diese Frage ist unbequem und wurde in Deutschland auch von der Forschung lange nicht oder nur verhalten gestellt. Denn ihr nachzugehen

1 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 7996 u. 8026f.

heißt einzugestehen, wie vieles von dem Regime Angerichtete von großen Teilen der Gesellschaft hingenommen, akzeptiert, ja erwünscht war. Wie sah diese Gesellschaft aus? Wie gestaltete sich der deutsche Alltag? Wie wichtig es ist, Antworten auf diese Fragen zu finden, wird klar, wenn man sich vor Augen führt, dass sich der deutsche Alltag vor dem Hintergrund ungeheurer, staatlich veranlasster Verbrechen abspielte. Verfolgung und Drangsalierung fanden nicht nur im Geheimen statt. Sie waren, im Gegenteil, offenkundig.¹ Und so frage ich, der *Dritten Walpurgisnacht* folgend, als Kindeskind eines Mannes, der auf den Kanonen wohnte: Was konnte man 1933 in Wien Zeitung lesend, Radio hörend und Kino besuchend von der nationalsozialistischen Machtergreifung wahrnehmen?

II

K. K. wirft der Presse vor, dass sie „den Weltkrieg bewirkte und förderte, aus ihm als der einzige Sieger hervorging und es mit unaufhaltsamem Wachstum ihrer Geistesmacht bis zur Realisierung des Nationalsozialismus brachte“ (DW 316). Das ist viel – zu viel, um es ad hoc gelten zu lassen oder abzutun. Vorerst sei also nur vermerkt, dass die Behauptung nicht gegen Zeitungen bestimmter Couleur gerichtet ist, sondern die „Verderblichkeit des in die Maschine diktierten[,] wie immer gesinnten Worts“ konstatiert. (ebd.) Die Kausalkette mag halten oder nicht, sie zeigt jedenfalls, wer in der *Dritten Walpurgisnacht*, trotz aller medialen Konkurrenz, die Hauptrolle spielt. Freilich tritt der Teufel in vielerlei Gestalten auf, so dass ein internationales Ensemble entsteht: Die deutsche Besetzungsliste reicht vom Kampforgan der NSDAP, dem *Völkischen Beobachter*, über die großen bürgerlichen Blätter, die *Frankfurter Zeitung* und die *Deutsche Allgemeine Zeitung*, bis zur Hauptstadt- presse mit überregionaler Bedeutung, dem *Berliner Tageblatt*, der *Vossischen Zeitung*, dem *Berliner Lokalanzeiger* und der *Berliner Illustrierten*; England ist mit der *Times* und mit dem *Manchester Guardian* vertreten, die französische Presse kommt hingegen nur generaliter vor; und was die österreichischen Titel betrifft, so liegt der Fokus einerseits auf der heimischen NS-Presse, namentlich der *Deutschösterreichischen Tageszeitung (DÖTZ)*, samt ihrem Fortsatz im liberalen Mäntelchen, als der das *Neue Wiener Journal* erscheine, und andererseits auf den drei anno 1933 wichtigsten Tagblättern Österreichs, die zugleich für das (gemäßigte) politische Spektrum von links nach rechts stehen können – auf der *Arbeiter-Zeitung*, der

1 <http://www.shoa.de/content/section/3/41> (10.5.2007).

Neuen Freien Presse und der *Reichspost*. Während K. K. ein klares Bild von der Haltung der ausländischen Presse zeichnet – hier die deutschen Zeitungen, die unisono im Dienst des neuen Regimes stehen, dort die französischen und englischen Blätter, die eher um Aufklärung bemüht sind –, finden sich im eigenen Land Vertreter beider Lager. Die so genannte *DÖTZ* sei Teil des Goebbelsschen Propagandaapparats, dessen Hauptaufgabe in der Verherrlichung des „Führers“ und der Leugnung von Verbrechen bestünde; das *Neue Wiener Journal* trug zwar den Untertitel eines „Unabhängigen Tagblattes“, verhalte sich in Wahrheit aber ebenfalls wie ein NS-Organ. Ein Verdikt, das in kakanischen Augen auch auf das „Weltblatt“¹ *Neue Freie Presse* zutrifft: „An der natürlichen Verworfenheit des Neuen Wiener Journals, an dem Hang, Tatbestände zu verleugnen, zu verschweigen, im Notfall zu verfälschen und schon im Titel umzulügen, muß man nicht Anstoß nehmen. Aber was sagen die Glaubensgenossen, für die sie die Bibel war, zu den Einzelaktionen der Neuen Freien Presse?“ (DW 103) Nicht zuletzt mit Blick auf den deutschen Absatzmarkt übernehme sie die amtlichen Darstellungen der Hitler-Regierung, verschweige Meldungen über Gewalttaten und gebe „Liebeshändeln den Vorzug“ (DW 215). Zwiespältig fällt indes das Urteil über die beiden verbleibenden Parteiorgane aus: „Die ‚Arbeiter-Zeitung‘ täte gut, manche Leitartikel der ‚Reichspost‘ (nicht alle) zu schreiben, und dieser wäre wieder zu empfehlen, die Dokumente jener zu berücksichtigen.“ (DW 271) Das Blatt der österreichischen Sozialdemokraten zeichne sich durch eine sorgfältige Berichterstattung über die Vorgänge in Deutschland aus, ziehe jedoch nicht die richtigen Schlüsse aus den eigenen Nachrichten; beim christlichsozialen Pendant verhalte es sich umgekehrt, dort herrsche ein Informationsmangel, während die Kommentierung der Ereignisse treffend sei. – Wenn ich die Presselandschaft der *Dritten Walpurgisnacht* nun überblicke, bleibt das Augenmerk bei den drei zuletzt genannten Titel hängen, die im Gegensatz zu den deutschen Zeitungen in der Lage waren, ungehindert über die ersten Monate der Machtergreifung berichten zu können. Obwohl die Vorstellung von der nationalsozialistischen Einheitspresse, zumindest für die Zeit vor Kriegsbeginn, überzogen ist, besteht kein Zweifel an der Tatsache, dass öffentliche Kritik an Hitlers Regierung schon mit der am 4. Februar 1933 erlassenen Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ unterbunden wurde. Natürlich unterschied sich die Schreibweise einer *Frankfurter Zeitung* auch in der Folge von jener des *Völki-*

1 Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 145.

schen Beobachters, aber Berichte über das, was tatsächlich in den Konzentrationslagern und SA-Kellern vor sich ging, konnte kein Blatt drucken. Gewiss, in Österreich kam es kurze Zeit später ebenfalls zur Wiedereinführung der Zensur; Bundeskanzler Engelbert Dollfuß war allerdings nur um die Makellosigkeit des eigenen publizistischen Abbildes bemüht, so dass die hiesigen Zeitungen über das Geschehen in Deutschland vorerst schreiben durften, was sie wollten. Die Frage, ob sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machten, stellt sich aufgrund der politischen Fronten weder bei der NS-Presse noch bei den kommunistischen Blättern. Wie jedoch die Hauptorgane des sozialdemokratischen, bürgerlichen und christlichsozialen Lagers auf Hitlers Politik reagierten, darüber lässt sich vielleicht spekulieren, aber berechenbar ist es keineswegs. Kurzum, die *Arbeiter-Zeitung*, die *Neue Freie Presse* und die *Reichspost* wecken mein Interesse sowohl aus historischer Sicht als auch im Hinblick auf die *Dritte Walpurgisnacht*. Denn erstens können sie Pars pro Toto zeigen, was in Österreich über die deutschen Ereignisse zu erfahren war, und zweitens gestattet erst die Kenntnis ihrer journalistischen Reaktion, ein angemessenes Urteil über die kakanische Haltung zu fällen. Bevor wir uns die Berichterstattung der drei Zeitungen näher ansehen, bedarf es indes einiger Anmerkungen zu deren Geschichte und zur allgemeinen Situation der österreichischen Presse in der Zwischenkriegszeit.

Der Waffenstillstand war noch nicht unterzeichnet, die Republik noch nicht ausgerufen, als die „Provisorische Nationalversammlung von Deutschösterreich“ am 30. Oktober 1918 folgenden Beschluss fasste: „Jede Zensur ist als dem Grundrechte der Staatsbürger widersprechend als rechtsungültig aufgehoben.“¹ Die Abgeordneten konnten sich dabei auf Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger berufen, nach dem jedermann das Recht habe, „durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern“, und die Presse „weder unter Censur gestellt noch durch das Concessions-System beschränkt werden“ dürfe.² Faktisch hatte sich kein Kabinett der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ernsthaft an diese Bestimmungen gehalten, zumal in den Zeitungen regelmäßig weiße Flecken anstelle konfiszierter Artikel erschienen waren. Während des

1 StGBI. 1918/3.

2 RGBl. 1867/142.

Ersten Weltkriegs hölten die „gesetzlichen Schranken“ das Grundrecht derart aus, dass hie und da nicht nur einzelne Spalten, sondern ganze Seiten leer blieben, womit die proklamierte Pressefreiheit endgültig zur Farce verkommen war. Dass die Aufhebung der Zensur diesmal mehr als liberaler Aufputz, nämlich der Ausgangspunkt einer demokratischen Kommunikationsordnung sein sollte, zeigte dann die Aufnahme sowohl des Grundrechtskataloges von 1867 als auch des Beschlusses der Provisorischen Nationalversammlung in das am 1. Oktober 1920 verabschiedete Bundesverfassungsgesetz, das maßgeblich von dem renommierten Juristen Hans Kelsen ausgearbeitet wurde und auf dem die österreichische Verfassung bis heute basiert. Im Detail geregelt wurde das allgemeine Bekenntnis zur Pressefreiheit eineinhalb Jahre später, denn am 7. April 1922 stimmte die nunmehrige Volksvertretung, der Nationalrat, einem Gesetz zu, das der Presse tatsächlich weitgehende Freiheiten einräumte. Folgerichtig erklärte der erste Paragraph: „Die Freiheit der Presse ist gewährleistet. Sie unterliegt nur den Beschränkungen, die durch dieses Gesetz bestimmt sind.“¹ Gegen die absolutistische Praxis, die Herstellung von Druckwerken von einer Konzession abhängig zu machen, richtete sich der sechste Artikel, der die Notwendigkeit einer besonderen Bewilligung für dieses Gewerbe ausschloss. In der Folge befassten sich einige Bestimmungen mit der Frage der Kolportage, wobei der Zeitungsvertrieb an öffentlichen Orten grundsätzlich erlaubt wurde. Im dritten Abschnitt des Gesetzes, der „Ordnung in Preßsachen“, fand sich zunächst die Verpflichtung, in jeder Publikation Drucker und Verleger zu nennen. Bei den Zeitungen sollte das Impressum außerdem die personelle Verantwortung für die Berichterstattung klären, weshalb hier zugleich Namen und Adressen der leitenden Redakteure anzugeben waren. Wie Paragraph 23 vorsah, war der „verantwortliche Schriftleiter“ denn auch verpflichtet, Berichtigungen von Privatpersonen oder Behörden unentgeltlich sowie „ohne Einschaltungen und Weglassungen“ zu veröffentlichen. Um den Usus zu unterbinden, Inserate in der Form von redaktionellen Beiträgen zu drucken, forderte eine weitere Bestimmung, bezahlte „Ankündigungen und Anpreisungen“ deutlich als solche zu kennzeichnen. Was das Problem von Straftaten betraf, die aufgrund einer Publikation begangen wurden, sprach das Gesetz von der Sorgfaltspflicht leitender Redakteure, deren Vernachlässigung mit Arrest von bis zu drei Monaten geahndet werden konnte. Frei von jeder Verantwortung blieben nach Paragraph 31 hingegen wahrheitsgetreue

1 BGBl. 1922/218.

Berichte über öffentliche Sitzungen in gesetzgebenden Körperschaften, das heißt, dass man Parlamentsreden auf jeden Fall ungestraft wiedergeben durfte. Der fünfte Abschnitt regelte unter anderem die Möglichkeit des Staatsanwaltes, Druckwerke vorläufig zu beschlagnahmen; ein restriktives Mittel, das allerdings auf Extremfälle – zum Beispiel, wenn ein Zeitungsartikel zu einem Verbrechen aufgefordert hatte – beschränkt war und innerhalb von fünf Tagen durch ein Gericht bestätigt werden musste. Erlosch die Konfiskation oder wurde sie als nicht gerechtfertigt erkannt, stand dem Beschuldigten Schadensersatz zu. Ein journalistisches Privileg, das auch heute noch für Diskussionen sorgt, enthielt schließlich der letzte Paragraph vor den formalen Schlussbestimmungen des Gesetzes, der „Personen, die bei der Herstellung einer Zeitung berufsmäßig mitwirken“, vom gerichtlichen Zeugniszwang befreite. Damit waren die Journalisten nicht mehr verpflichtet, bei Prozessen gegen ihre Arbeitgeber auszusagen oder Informanten namentlich zu nennen.

Obwohl das Pressegesetz von 1922 den staatlichen Behörden effektive Handhaben gab, gegen Zeitungen vorzugehen, und die Verantwortlichkeit der Redakteure und Verleger betonte, handelte es sich um eine für damalige Verhältnisse sehr liberale Regelung, deren Bestimmungen sich zum Teil im aktuellen österreichischen Medienrecht wiederfinden. Die juristische Offenheit mag dazu beigetragen haben, dass sich in den 1920er Jahren neben den hergebrachten Blättern ein Pressetypus in Wien etablierte, der die Auflagen durch eine sensationelle Aufmachung und einen enthüllenden Gestus zu steigern versuchte. Die bekannteste unter den so genannten Boulevardzeitungen war *Die Stunde*, die von Imre Békesy herausgegeben wurde. Da keine gravierenden Strafen zu befürchten waren, übergang der ungarische Geschäftsmann nicht nur regelmäßig die Kennzeichnungspflicht von Annoncen, sondern erpresste Unternehmer und Politiker mit dem Angebot, belastende Informationen im Fall einer finanziellen Entschädigung nicht zu veröffentlichen. Erst als sich die Korruptionsvorwürfe verdichteten und ihm ein Strafverfahren drohte, verließ er 1926 die Hauptstadt und fasste allmählich wieder in Ungarn Fuß. Freilich ist nicht alles Schrott, was rottet, weshalb auch *Die Stunde* nicht auf die Rolle des betrügerischen Blattes reduziert werden sollte, zumal in ihr neben reißerischen Geschichten auch Feuilletons von Anton Kuh und Reportagen des jungen Billy Wilder zu lesen waren. Mit legalen Mitteln, aber verbrecherischem Niveau konnte hingegen die *Illustrierte Kronenzeitung*, die erstmals am 2. Jänner 1900 erschienen war, hohe Renditen erzielen, denn ihr kleines Format, die tägliche Tusch-

zeichnung auf dem Titelblatt, ihre Gewinnspiele und volkstümlichen Fortsetzungsromane sprachen ein Massenpublikum an. Bis 1925 stieg die Auflage des Blattes, das zunächst *Österreichische Kronenzeitung* geheißen hatte, auf 200.000 Exemplare – ein Wert, den keine andere Wiener Zeitung erreichte.¹ Da die Hauptorgane der beiden großen politischen Lager, der Sozialdemokraten und der Christlichsozialen, bedeutend weniger Leser hatten, beschloss die Parteien, ebenfalls kleinformatige Boulevardzeitungen herauszugeben. So druckte der sozialdemokratische Verlag „Vorwärts“ ab 1. März 1927 *Das Kleine Blatt*, und die erste Ausgabe des christlichsozialen Pendant, des *Kleinen Volksblatts*, erschien am 27. Jänner 1929. Zum einen stand hinter diesen Gründungen gewiss das Bemühen, den Anhängerkreis der eigenen Fraktion zu vergrößern; andererseits spielten aber auch wirtschaftliche Fragen eine Rolle, denn die Anzeigenmenge einer Zeitung hing schon damals von der Zahl ihrer Leser ab. Um den Einfluss des Werbemarktes auf die Presse zu verringern, hatte die Wiener Gemeindeverwaltung bereits am 20. Dezember 1923 eine Inseratensteuer eingeführt: Von den Einnahmen für kleine Annoncen mussten einheitlich fünf Prozent abgegeben werden, wobei der Steuersatz, abhängig vom monatlichen Erlös, auf 35 Prozent ansteigen konnte.² Während im Rathaus des „roten“ Wiens Maßnahmen getroffen wurden, um der bürgerlichen Presse das Wasser abzugraben, ärgerte man sich auf der anderen Seite der Ringstraße, im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz, in dem seit Mitte 1920 „schwarze“ Regierungschefs saßen, mehr und mehr über die zahlreichen Sensationsblätter. Das neue Pressegesetz bot wohl den Zeitungen und Zeitschriften Freiheiten, die Öffentlichkeit schien deren Missbrauch aber schutzlos ausgeliefert zu sein. Weder konnten die publizistischen Erpressungen wirksam, sprich mit Zuchthaus bestraft werden, noch standen geeignete Mittel zur Bekämpfung so genannter Schmutz- und Schundliteratur zur Verfügung. Anfangs stießen die entsprechenden Initiativanträge und Regierungsentwürfe auf Ablehnung, da eine versteckte Wiedereinführung der Zensur befürchtet wurde; am 20. Dezember 1929 stimmte der Nationalrat schließlich doch einer Strafgesetznovelle³ zu, die den Appell an die journalistische Verantwortung durch Arrestdrohungen ersetzte. Für Ehrenbeleidigungen, die durch Druckschriften begangen wurden, sah die Neuregelung Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem halben Jahr vor, wobei das Strafgesetz von 1852 dahingehend ge-

1 Vgl. Fritz Csoklich: *Presse und Rundfunk*, S. 719.

2 Vgl. LGBl. für Wien 1923/11.

3 BGBl. 1929/440.

ändert wurde, dass jene Delikte, die sich gegen hohe Institutionen des Staates richteten, nun von Amts wegen zu verfolgen waren, also nicht der Privatanklage bedurften. Betraf die Beleidigung hingegen eine Zeitung, bot das Gesetz dem Herausgeber die Möglichkeit, als deren Repräsentant die Anklage zu erheben – eine Bestimmung, die verhindern sollte, dass sich die Blätter weiterhin mit Schimpfworten überschütteten. Empfindlich verschärft wurde auch der Strafraum für die verbreitete Pressekorruption: Wer künftig Geld annahm, um eine belastende Mitteilung zu unterdrücken, dem drohte strenger Arrest von drei Monaten bis zu einem Jahr. Mit Gefängnis konnten die Richter nach Artikel VI der Novelle ferner all jene bestrafen, die unsittliche Schriften und Abbildungen an Personen unter sechzehn Jahren verkauften oder verschenkten bzw. so präsentierten, dass sie ein größerer Kreis von Minderjährigen zu sehen bekam. Und um besser gegen einschlägige Annoncen vorgehen zu können, stand auf die Veröffentlichung einer Ankündigung, „die bestimmt ist, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen“, ebenfalls bis zu drei Monate Zuchthaus. Was die juristische Zuständigkeit anlangte, wurde mit Artikel IX jener Passus der geltenden Strafprozessordnung aufgehoben, wonach Anklagen „wegen der durch den Inhalt einer Druckschrift verübten Verbrechen und Vergehen“ vor die Geschwornengerichte gehörten.¹ So musste, zum Beispiel, der Staatsanwalt Konfiskationen, die Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung wurden, nicht mehr vor Laienrichtern rechtfertigen.

Die Strafgesetznovelle trat am 1. Jänner 1930 in Kraft. In der Folge tauchten wieder vermehrt weiße Flecken in den Zeitungen auf – die Beschlagnahmen häuften sich. Obwohl inzwischen von Pressefreiheit keine Rede mehr sein konnte, betrachteten die christlichsozialen Regierungen die medienrechtliche Lage nach wie vor als zu tolerant. Bereits im November 1932, als Engelbert Dollfuß seit einem halben Jahr Bundeskanzler und Österreich offiziell noch ein demokratisches Land war, beriet der Ministerrat über die Einführung einer Vorzensur.² Die Angst der Staatsführung vor der Presse mag überzogen anmuten; dass die Zeitungen aber einen höheren Stellenwert besaßen als heute, zeigt schon die Vielzahl der erscheinenden Titel: Allein in Wien kamen zu Beginn des Jahres 1933 täglich 26 Blätter heraus,³ derzeit sind es neun. Da im Radio wie im Kino nur wenig Nachrichten und fast keine kommentierenden Beiträge liefen, wurde der öffentliche Diskurs vor allem in den ge-

1 RGBL. 1873/119: Art. VI, Ziff. A.

2 Vgl. Gerhard Jagschitz: *Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945*, S. 122.

3 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 56.

druckten Medien geführt. Die Presse verteidigte ihr Informations-, nein, Interpretationsmonopol, denn damals machte keine Zeitung einen Hehl aus ihrer politischen Linie. Von den 26 Tagblättern, die Anfang 1933 in Wien erschienen, waren dem Pressehistoriker Kurt Paupié zufolge neun bürgerlich, sieben kamen aus dem Umfeld der sozialdemokratischen, vier aus jenem der christlichsozialen Partei, und je eines war deutschnational, kommunistisch, nationalsozialistisch bzw. liberalfreisinnig eingestellt; daneben gab es einen amtlichen und einen Sport-Titel.¹ Bei den drei Zeitungen, deren Entwicklung nun skizziert werden soll, handelt es sich um die journalistischen Hauptvertreter der stärksten Lager – die *Neue Freie Presse* war trotz finanzieller Schwierigkeiten das wichtigste Blatt des Bürgertums, die *Arbeiter-Zeitung* fungierte als Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, und die *Reichspost* stand an der Spitze der christlichsozialen Presse.

Wer im Frühjahr 2007 durch Wien ging, kam vielleicht an einem blau-weißen Plakat vorbei, auf dem eine Gruppe von fliegenden Graugänsen zu sehen war, in der typischen V-Form geordnet, gleichmäßig, als gelte es, einer geometrischen Vorlage gerecht zu werden; einer der Vögel musste die Formation hingegen verlassen haben, denn er zog nun alleine weiter, und nichts deutete darauf hin, dass er nur den Anführer ablösen und ihm aerodynamische Erholung gönnen wolle; er hatte sich, im Gegenteil, vom Zug abgewandt und eine andere, seine eigene Richtung eingeschlagen. Links unterhalb des Bildes stand geschrieben: „Für die, die selbst entscheiden.“ Und rechts daneben: „Die Presse / Frei seit 1848“. Richtig daran ist das Datum – oder nicht einmal dies, zumal die 1848 von August Zang gegründete *Presse* und deren spätere Abspaltung, die *Neue Freie Presse*, nicht ohneweiters als Vorgängerinnen jener österreichischen Tageszeitung von heute betrachtet werden können, die sich in einer neuen Werbelinie auf ihre angeblich liberale Tradition beruft. Dass der Wiener Unternehmer sein Blatt erstmals im Revolutionsjahr erscheinen ließ, hatte jedenfalls weniger mit revolutionärer Gesinnung als mit Geschäftssinn zu tun, der in der Pressefreiheit vor allem die Chance witterte, finanziellen Gewinn zu erzielen. Gemäß seinem Vorbild, dem französischen Verleger Emile de Girardin und dessen *La Presse*, nutzte Zang die Zeitung von Anbeginn als Anzeigenplattform, wodurch der Verkaufspreis niedriger als bei der Konkurrenz gehalten werden konnte. Unter den vielen Sprüchen, die dem Herausgeber der *Presse* nachgesagt werden, erscheint jenes Bekenntnis am treffendsten, wonach

1 Vgl. ebenda.

sich die ideale Zeitung dadurch auszeichne, dass in ihr jede Zeile bezahlt sei.¹ Folgerichtig verkaufte er nach und nach seine Anteile am Blatt, offenbar ohne die Angestellten entsprechend am Profit teilhaben zu lassen. Denn entgegen den Darstellungen der zuständigen Werbeagentur anlässlich der Graugänse-Präsentation, dass sich gegenwärtig quasi dasselbe abspiele wie im Jahre 1864, „als ein junges und engagiertes Team ‚Die Presse‘ aus Sorge um die Blattlinie als ‚Neue Freie Presse‘ in Wien wiedergründete“², hatten die leitenden Redakteure Michael Etienne und Max Friedländer nicht aus inhaltlichen Motiven gekündigt und beschlossen, eine eigene Zeitung herauszugeben, sondern weil der geschäftstüchtige Zang sich weigerte, höhere Löhne zu bezahlen.³ Die Abtrünnigen, beide Mitte 30, verstanden es, das Gros der Mitarbeiter der alten *Presse* für ihr Vorhaben zu begeistern, weshalb ab 1. September 1864 eine *Neue Freie Presse* erschien, die von ehemaligen Angestellten Zangs geschrieben und verwaltet wurde. Augenfällig wird diese Abwanderung im Blick auf das Kulturressort, das wesentlich zu dem Ruf der Zeitung als „Weltblatt“ beitrug: Der Satiriker Ferdinand Kürnberger, der Flaneur Daniel Spitzer, dessen „Wiener Spaziergänge“ das Genre „Feuilleton“ miterschufen, der konservative Musikwissenschaftler Eduard Hanslick, der Kritiker Ludwig Speidel, der die ehrwürdige Tradition des Wiener Burgtheaters nicht durch Stücke von Henrik Ibsen und Gerhart Hauptmann befleckt sehen wollte – alle stammten aus der Redaktion der *Presse*, die infolge der Sezession stetig an Einfluss wie an Auflage verlor und schließlich, am 31. Oktober 1896, eingestellt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die *Neue Freie Presse* längst als führende Tageszeitung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie etabliert, nicht zuletzt aufgrund des journalistischen Ehrgeizes der Nachfolger von Etienne und Friedländer, die schon in den 1870er Jahren verstorben waren. Der Parlamentsberichterstatteur Eduard Bacher übernahm die Chefredaktion zunächst allein, holte sich aber bald den jungen, aufstrebenden Journalisten Moriz Benedikt zur Seite, der die Geschicke des Blattes vier Jahrzehnte lang bestimmen sollte. Unter seiner Führung wurde außer dem Leitartikel, der in der Regel zwei Drittel der Titelseite füllte, namentlich das Wirtschaftsressort ausgeweitet, der so genannte „Economist“, in dem neben mehrspaltigen Analysen seitenweise Fachberichte und Kurstabellen Platz fanden, bis mit den „Kleinen Anzeigen“ die bezahlte – an Umfang dem redaktionellen Teil tatsächlich ebenbürtige –

1 Vgl. Adam Wandruszka: *Geschichte einer Zeitung*, S. 46.

2 <http://www.diepresse.com/unternehmen/pressexnews/113356/index.do> (10.6.2007).

3 Vgl. Adam Wandruszka: *Geschichte einer Zeitung*, S. 60.

Hälfte der Zeitung begann, wobei es immer wieder passierte, dass Inserate von hier nach dort rutschten und unversehens die Gestalt von Nachrichten annahmen. Auch im Feuilleton hatte ein Generationswechsel stattgefunden: Theodor Herzl, der Begründer des Zionismus, übernahm, nachdem er als Pariser Korrespondent der *Neuen Freien Presse* über den Dreyfus-Prozess berichtet hatte, Daniel Spitzers Redakteurstelle und bot den Autoren der Gruppe Jung-Wien Gelegenheiten, kurze Prosatexte im Blatt zu veröffentlichen, was nicht nur gute Honorare, sondern auch literarisches Ansehen eintrug. So waren die kulturellen Beiträge, die unter dem Leitartikel gedruckt wurden, im *Fin de Siècle* zwar hie und da mit Hermann Bahr, Arthur Schnitzler, Hugo von Hofmannsthal oder Felix Salten gezeichnet; alles in allem enthielten die Feuilletons aber mehr belangloses Geplauder als geniale, tiefgründige Formulierungen. Ein ernüchterndes Bild, das sich ebenso bei der Lektüre der namen- und titellosen Kommentare oberhalb der waagrechten Trennlinie einstellt. Denn der intellektuelle und sprachliche Glanz der Leitartikel, die in der Chefredaktion diktiert wurden, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als eine Mischung aus amtlichem Nominalstil und hergebrachten Metaphern, wobei der Nimbus des gelehrten Beamten durchaus manipulative Wirkung erzielen sollte.¹ Dass die journalistische Qualität der *Neuen Freien Presse* bis heute umstritten ist, hängt mit dem Verdikt zusammen, das in der Zeitschrift *Die Fackel* jahrzehntelang über sie ausgesprochen wurde. Ihr Herausgeber, der Wiener Publizist Karl Kraus, hatte das bürgerliche Blatt zu seinem Hauptangriffsziel und dessen Leiter Moriz Benedikt, der nach dem Tod Bachers im Jahr 1908 auch Alleinbesitzer wurde, in satirischer Überhöhung zum verantwortlichen Redakteur des Weltuntergangs erwählt. In der Tat scheint Benedikt in Österreich eine ähnlich bedeutende Rolle gespielt zu haben wie Hearst in den USA oder Northcliffe in England, zumal Kritiker wie Anhänger einmütig behaupten, dass sich zu Monarchiezeiten kein Kabinett ohne seine Zustimmung halten und kein Minister auf einen Antrittsbesuch in der Chefredaktion der *Neuen Freien Presse* verzichten konnte. Nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Franz Ferdinand beteiligte sich die Zeitung federführend an der antiserbischen Propaganda und behielt ihre bellizistische Haltung während des Ersten Weltkriegs bei.² Die Niederlage traf das in allen Kronländern verbreitete Blatt schwer: Es erlitt nicht nur einen Lesereinbruch,

1 Vgl. dazu Simon Ganahl: *Ich gegen Babylon*, S. 129-153.

2 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 148.

sondern verlor auch zahlreiche Anzeigenkunden, die nun in der Presse der Nachfolgestaaten inserierten. So kam der Tod Moriz Benedikts im März 1920 zu einem ungünstigen Zeitpunkt, und sein Sohn Ernst, in dessen Hände das Unternehmen überging, musste ein schwieriges Erbe antreten. Wie sein Vater fungierte er als Herausgeber und Chefredakteur in Personalunion, was ihm die Möglichkeit eröffnete, einen, neudeutsch gesprochen, überfälligen *Relaunch* durchzuführen. Es wurden also fast zwei Dutzend neue Redakteure engagiert, an die Stelle des nur mit Ort und Datum versehenen Leitartikels trat immer öfter ein Aufmacher samt Schlagzeile, Sport und Radio erhielten eigene Rubriken, und gelegentlich erschien im Blattinneren sogar eine Fotografie.¹ Obwohl die *Neue Freie Presse* ihren Ruf als Stimme der österreichischen Bourgeoisie, die internationale Beachtung finde, behaupten konnte, blieben die Auflagenzahlen hinter den Erwartungen zurück. Im Gegensatz zu den Parteizeitungen hatte das bürgerliche Blatt keine Organisation im Rücken, die in der Lage gewesen wäre, die finanziellen Einbußen, die sich aus der schlechten Wirtschaftslage ergaben, abzufedern. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass der Liberalismus auch in der Republik nicht an politischer Bedeutung gewinnen würde, stellte sich die Zeitung zwar tendenziell hinter die christlichsoziale Partei und unterstützte vor allem die Regierungen von Ignaz Seipel und Johann Schober, bemühte sich im Übrigen aber, unabhängig zu bleiben.² Als die Verluste des Unternehmens infolge der Weltwirtschaftskrise weiter stiegen, machte sich Ernst Benedikt auf die Suche nach potentiellen Investoren und musste 1932 mehr als die Hälfte der Aktien des Blattes an ein ausländisches Konsortium verkaufen, an dem sich der Leiter des volkswirtschaftlichen Ressorts, Stephan von Müller, beteiligte.³ Benedikt blieb Chefredakteur und Herausgeber der *Neuen Freien Presse*, gab im Lauf des folgenden Jahres allerdings seine restlichen Anteile preis. Da die Zeitung trotzdem tiefrote Zahlen schrieb, war die Zäsur 1934 unvermeidlich: Benedikt legte seine Funktionen zurück, Stephan von Müller übernahm die Chefredaktion, und die österreichische Bundesregierung erwarb das Aktienkapital der neuen Besitzer, die sich geweigert hatten, das unrentable Blatt weiterhin zu unterstützen – die *Neue Freie Presse* wurde offiziös, ohne dass die Öffentlichkeit Kenntnis davon erhielt. Der damalige Bundeskanzler Kurt Schuschnigg begründete den Kauf der Zeitung rückblickend damit, dass sie „das einzige große Wiener Organ“ ge-

1 Vgl. Theodor Venus: *Die dunklen Jahre*, S. 137f.

2 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 149.

3 Vgl. dazu wie zum Folgenden Theodor Venus: *Die dunklen Jahre*, S. 138ff.

wesen sei, „das auch vor dem Juliabkommen 1936 und dem darin vereinbarten Pressefrieden im Reich tatsächlich zugelassen war“, weshalb er es für wünschenswert gehalten habe, „einen nach außen hin nicht in Erscheinung tretenden Einfluß des Bundespressedienstes gesichert zu wissen“.¹ In Wahrheit blieben den Lesern die neuen Besitzverhältnisse wohl nicht verborgen, denn bis 1938 sank die Auflagenhöhe noch einmal um mehr als ein Drittel von rund 80.000 Exemplaren Anfang der 1930er Jahre auf unter 50.000.² Nach dem Einmarsch der nationalsozialistischen Truppen in Österreich wurde die *Neue Freie Presse* unter kommissarische Verwaltung gestellt, weil man sie aus außenpolitischen Gründen zunächst weiterführen wollte; ihre letzte Ausgabe, die nur mehr an eine Handvoll Abonnenten zugestellt werden musste, erschien schließlich am 31. Jänner 1939. Bei der heutigen *Presse* handelt es sich um eine Gründung aus dem Jahr 1946, die von Anbeginn bestrebt war, das Bild vom liberalen Weltblatt auf sich zu übertragen.

In welcher Tradition das „Organ der österreichischen Sozialdemokratie“ gesehen werden wollte, zeigt seine erste Nummer ebenfalls klar: Die *Arbeiter-Zeitung* kam am 12. Juli 1889 heraus, fast auf den Tag ein Jahrhundert nach dem Sturm auf die Bastille, mit dem die Französische Revolution begonnen hatte – eine Symbolik, die durch den mit „Der 14. Juli“ betitelten Leitartikel ausdrücklich hervorgehoben wurde. Das vorangestellte Editorial verheißt ein Forum für die Kämpfe der hiesigen Arbeiterbewegung, die erst seit einem halben Jahr als Partei organisiert war, und nennt als deren Ziel „die ökonomische, geistige und politische Befreiung“ des Proletariats. Auch wenn der Aufruf mit den Namen Popp, Bretschneider und Pokorny gezeichnet ist, verfasst hatte ihn Victor Adler, der Gründer des Blattes, der gerade wegen „Anarchismus“ zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war und die Behörden nicht unnötig provozieren wollte.³ Der ehemalige Armenarzt, auf den die Einigung der österreichischen Sozialdemokratie zurückgeht, hatte bereits seit Ende 1886 die politische Wochenschrift *Gleichheit* herausgegeben, wo seine legendäre Reportage über die „Wienerberger Ziegelwerke“ erschien. Adler schlich sich, als Ziegelschlepper verkleidet, in das abgeriegelte Firmengelände ein, trug Informationen über die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen zusammen und veröffentlichte die gewonnenen Eindrücke, verknüpft mit Daten der amtlichen Sozialstatistik, am 1. Dezember 1888. In zwei weiteren Artikeln

1 Zit. nach ebenda, S. 142.

2 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 144.

3 Vgl. Peter Pelinka u. Manfred Scheuch: *100 Jahre AZ*, S. 13 u. 16.

berichtete er über die Folgen der Publikation, die das Unternehmen mit drakonischen Maßnahmen gegen die Arbeiter beantwortet hatte, so dass sich der öffentliche Druck erhöhte und das Gewerbeinspektorat einschreiten musste, was letztlich doch zu einer Verbesserung der Zustände in der Ziegelfabrik führte. Noch bevor in den USA der Begriff des „muckraking“ aufkam, hatte Adler im Mist der Habsburgermonarchie gewühlt, verdeckte, investigative Recherchemethoden eingesetzt, um soziale Missstände aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen.¹ Da Kaiser Franz Joseph und seine Vasallen bekanntlich keine Anhänger des kritischen Journalismus waren, wurde die *Gleichheit* 45-mal beschlagnahmt und im Juni 1889 endgültig verboten. Die *Arbeiter-Zeitung* stellte das Nachfolgebblatt dar, das zunächst vierzehntägig, dann wöchentlich und ab 1. Jänner 1895 täglich erschien. Als Chefredakteur fungierte, wenngleich anfangs getarnt, von Beginn an Victor Adler, der bemüht war, aus dem Kampforgan eine anerkannte Tageszeitung entstehen zu lassen: „Das Ziel der ‚Arbeiter-Zeitung‘ wird sein, nicht Sensation, aber Vollständigkeit und ungeschminkte, rücksichtslose Wahrheit.“² Ein Mitarbeiter, der dieser Maxime zeitlebens folgte, hieß Max Winter. Er hatte seine ersten Artikel im *Neuen Wiener Journal* publiziert, bevor er, knapp 25-jährig, als Gerichtsreporter beim Blatt der Sozialdemokraten anfang. Dort trat Winter bald in die journalistischen Fußstapfen Adlers und setzte dessen anwaltschaftliche Berichterstattung so erfolgreich fort, dass er heute zu Recht als eigentlicher Schöpfer der Sozialreportage gilt.³ Während in der bürgerlichen Presse die Jahre um 1900 ganz im Zeichen des Feuilletons standen, druckte die *Arbeiter-Zeitung* einen Beitrag ihres „k.u.k.-Muckrakers“⁴ nach dem anderen: Winter, der die camouflierte Recherche zu seinem Markenzeichen machte, übernachtete im Obdachlosenheim, ließ sich, als Bettler verkleidet, von Polizisten verhaften, suchte als „Kanalstrotter“ nach Münzen in der Wiener Kanalisation, arbeitete als Kulissenschieber im Burgtheater und als Statist in der Hofoper, brach zu den schlesischen Weber und den steirischen Kohlekumpel auf, teilte ein Bett mit Proletariern, die sich darin schichtweise schlafen legten. Dass die Geschichten Aufsehen, ja Spannung und Neugier erregten, war dem umtriebigen Redakteur durchaus gelegen. Denn wie Adler versuchte er mit seinen Reportagen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ver-

1 Vgl. Hannes Haas: *Empirischer Journalismus*, S. 246.

2 Zit. nach Peter Pelinka u. Manfred Scheuch: *100 Jahre AZ*, S. 25.

3 Vgl. Friedrich G. Kürbisch: *Über die Sozialreportage*, S. 16.

4 Hannes Haas: *Demaskierung durch Verkleidung*, S. 132f.

drängten Folgen der Industrialisierung zu lenken, jene Verelendung der Arbeiterschaft, die distanziert als „soziale Frage“ bezeichnet wurde. Winter füllte dieses Schlagwort mit Namen, Orten und Zeitpunkten, mit Gesehenem, Gehörtem und Geruchtem aus, verband seine Wahrnehmungen aber immer mit wissenschaftlich erhobenem Material, das er aus Statistiken und Enqueteberichten bezog, um die recherchierten Einzelfälle in ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang schildern zu können. Seine Texte trugen zwar häufig Titel wie „Studie“, „Forschungsreise“ oder „Expedition“, waren jedoch in einer einfachen, luziden Sprache geschrieben, die auf ein breites Publikum zielte. Als 1904 *Im dunkelsten Wien* erschien, ein Band mit ausgewählten Reportagen Winters, veröffentlichte Alfred Polgar eine Kritik in der *Wiener Allgemeinen Zeitung*, in der „die schmucklose Geradheit, die unsentimentale Wärme, die ruhige, so wirksame Sachlichkeit seiner Schilderungen“ gelobt wurde: „So ist es ein erfrischend unliterarisches Buch geworden. Ein packendes und aufrevoltierendes Buch. Ein Buch, in welchem der Gestank der Tatsachen durch keinen Tropfen literarischen Parfums ästhetisch verfälscht ist.“¹ Es sind in erster Linie die hochsensiblen, betont nervösen, bilderverliebten Autoren seiner Zeit, von denen Polgar den erfahrungsgesättigten, uneitlen Reporter Winter abhebt; in der Besprechung ist allerdings zugleich von „roter Drastik“ die Rede, die in den Geschichten ebenfalls nicht zu finden sei. Damit wies der geneigte Kritiker auf den Hang der sozialdemokratischen Presse hin, jedem Artikel eine agitatorische Note zu geben, was sich in der *Arbeiter-Zeitung* in einem Übergewicht kommentierender Beiträge niederschlug. Dass der journalistische Grundsatz, Information und Meinung zu trennen, um 1900 noch keine Rolle spielte, fällt bei der Lektüre der damaligen Ausgaben des Arbeiterblattes ins Auge, zumal fast keine Nachrichten ohne Angriffe gegen politische Gegner und nur wenige Elendsschilderungen ohne pathetischen Unterton auskamen. Das Zentralorgan der Sozialdemokraten stellte dabei keine Ausnahme dar, sondern spiegelte, wenngleich sehr deutlich, die vorherrschende Überzeugung wider, wonach es so etwas wie objektive Berichterstattung nicht geben könne. Ungeachtet der parteipolitischen Ausrichtung, hatte sich die *AZ*, wie das Blatt später genannt wurde, zu einer auch im Ausland angesehenen Zeitung entwickelt. Im zweiten Heft der bereits erwähnten Zeitschrift *Die Fackel* bekannte etwa der Berliner Publizist Maximilian Harden, dass er sie, „vom politischen Standpunkt abgesehen, für die am besten redigierte Zeitung in deutscher

1 Alfred Polgar: *Im dunkelsten Wien*, S. 196 u. 197.

Sprache“ halte, da hinter ihr „publicistische Talente ersten Ranges wie Victor Adler und Austerlitz“ stünden.¹ Letzterer, Friedrich Austerlitz, arbeitete de facto schon als Chefredakteur, seit die *Arbeiter-Zeitung* täglich erschien, offiziell übernahm er die inhaltliche Leitung 1905, als Victor Adler in den Reichsrat gewählt wurde. Das Blatt geriet immer wieder in finanzielle Schwierigkeiten, nicht zuletzt, weil zahlreiche Auflagen nach der Konfiskation noch einmal gedruckt und zugestellt werden mussten; außerdem war der Anzeigenraum mit Rücksicht auf die Parteifunktionäre, die in ihrem Organ keine Inserate von bürgerlichen Unternehmen lesen wollten, eher knapp bemessen. Obwohl der Reklame werktags weniger als zwei Seiten pro Ausgabe eingeräumt wurde, führte dieses Thema zu anhaltender Diskussion, so dass sich Austerlitz, nachdem die „Union der Textilarbeiter“ wiederholt ihren Unmut geäußert hatte, genötigt sah, der grassierenden Vorstellung, eine Zeitung ließe sich allein mit den Verkaufserlösen finanzieren, in einer brieflichen Antwort entgegenzutreten: „In Wirklichkeit ist die Existenz eines Tagblattes an den Annoncenteil geknüpft, von ihm geradezu abhängig.“² Mit weniger Nüchternheit reagierte der Chefredakteur auf die politische Umwälzung, die sich ein Jahr nach der vergleichsweise belanglosen Korrespondenz vollzog. Denn zum Entsetzen vieler Sozialdemokraten erschien im Sommer 1914 eine Reihe von kriegsbegeisterten Leitartikel in der *Arbeiter-Zeitung*. Schon im Herbst traten den Jubelmeldungen jedoch die ersten kritischen Berichte von der Front zur Seite, und im Lauf der nächsten Monate gelangte das Blatt zu einer den Weltkrieg strikt ablehnenden, pazifistischen Haltung, was freilich den Staatsanwalt auf den Plan rief. Trotz massiver Zensur konnte sich aber nicht nur das Hauptorgan gut halten, sondern auch eine zusätzliche Ausgabe, die *A. Z. am Abend*, die während der Kriegszeit unter der Leitung Max Winters herauskam. Dass sich die Welt Ende 1918 grundlegend verändert hatte, ließ sich am Erscheinungsbild der *Arbeiter-Zeitung* ablesen: Von 1919 an lautete der Untertitel „Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs“. Der neue Zusatz ging auf die vorläufige Bezeichnung jenes republikanischen Landes zurück, das nach dem Willen der Provisorischen Nationalversammlung von der Österreichisch-Ungarischen Monarchie übrig bleiben sollte; mit dem am 10. September 1919 unterzeichneten Friedensvertrag von St. Germain wiesen die Siegermächte neben den Gebietsansprüchen sowohl die geplante Vereinigung

1 Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 2/1899, S. 3.

2 Zit. nach Peter Pelinka u. Manfred Scheuch: *100 Jahre AZ*, S. 55.

mit Deutschland als auch den Namen „Deutschösterreich“ zurück – das Arbeiterblatt hielt dennoch bis in die 1930er Jahre am Kompositum fest. Eine Unnachgiebigkeit, die den Anschlussbestrebungen der sozialdemokratischen Partei geschuldet war. Was die Redaktion der Zeitung betrifft, so trat ebenfalls ein Wandel ein, nachdem einige führende Mitarbeiter verstorben waren, 1918 etwa der Chef des Feuilletons, Engelbert Pernerstorfer, und der Blattgründer Victor Adler. Die Gesamtleitung blieb auch weiterhin in den Händen von Friedrich Austerlitz, der seit 1920 zudem Nationalratsabgeordneter und Mitglied des Verfassungsgerichtshofes war. Obwohl der gelernte Handelsgehilfe nie eine juristische Ausbildung absolviert hatte, gilt er als Spiritus Rector des Pressegesetzes von 1922. Zum politischen Kopf der *AZ* avancierte, abgesehen von Austerlitz, der stellvertretende Parteivorsitzende Otto Bauer, der als führender Theoretiker des radikalen Flügels einer der Hauptvertreter des so genannten Austromarxismus wurde, jener seit der Jahrhundertwende in Wien entwickelten Variante der Marxschen Lehren, die das Ideal der sozialistischen Gesellschaft nicht durch einen Umsturz, sondern mithilfe der demokratischen Eroberung der Macht verwirklichen wollte. Daneben tat sich namentlich der Londoner Korrespondent des Blattes, Oscar Pollak, hervor. Er war erst nach dem Weltkrieg zur *Arbeiter-Zeitung* gestoßen, schrieb zunächst für die Sport-Rubrik, ging dann für drei Jahre nach England und kehrte 1926 als Leiter des außenpolitischen Ressorts nach Wien zurück. Zu diesem Zeitpunkt stand das Organ der Sozialdemokraten auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung: Die Auflage hatte sich seit 1914 mehr als verdoppelt und lag nun bei rund 115.000 Exemplaren,¹ was angesichts der Zielgruppe des Blattes bemerkenswert hoch war. Denn die *AZ* wollte nie in erster Linie die meistgelesene, sondern eine intellektuell anspruchsvolle Zeitung sein, die vor allem die Meinungsführer erreichen und dem öffentlichen Diskurs die Themen vorgeben sollte. Um die breite Arbeiterschaft aber nicht der volkstümlichen *Kronen-Zeitung* zu überlassen, kam im Parteiverlag ab dem 1. März 1927 zusätzlich *Das Kleine Blatt* heraus, das mit seiner gefälligen Aufmachung die Verkaufszahlen des Zentralorgans tatsächlich innerhalb kurzer Zeit überflügelte. Initiator der erfolgreichen Gründung war Julius Brauntal, der aus der innenpolitischen Redaktion der *Arbeiter-Zeitung* stammte und bald als Austerlitz' Nachfolger gehandelt wurde. Nachdem der langjährige Chefredakteur, der sich seit Ende der 1920er Jahre zögernd aus dem Tagesgeschäft zurückgezogen hatte, im Juli

1 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 88.

1931 gestorben war, wurde die Leitung des Blattes jedoch Oscar Pollak übertragen, hinter dem die Mehrheit der jüngeren Mitarbeiter stand.¹ Mit der Forderung, das Parteiorgan müsse mit dem allgemeinen Wandel der Presse Schritt halten, hatte er sich den Ruf eines Reformers erworben, dem man zutraute, das ideologische Flaggschiff auf neuen Kurs zu bringen. Auch wenn es am Umfang des Leitartikels nichts zu rütteln gab, waren die Nachrichtenrubriken im Lauf der letzten Jahre bereits ausgeweitet worden; eine Aufwertung erfuhr ferner das Feuilleton, das durch Radio- und Filmspalten ergänzt wurde; und neben den Karikaturen, die eine zentrale Rolle bei der politischen Agitation spielten, fanden sich nun immer häufiger fotografische Bilder in der *Arbeiter-Zeitung*. Pollak versuchte überdies, die Ausstattung der Redaktion zu verbessern, vor allem ein Archiv einzurichten und das Sekretariat zu erweitern, kam dabei aber nur schleppend voran, weil sich die finanzielle Situation des Blattes seit der Weltwirtschaftskrise verschlechtert hatte und die Auflage auf rund 100.000 Stück zurückgegangen war.² Gewiss, verglichen damit, was 1933 auf das sozialdemokratische Organ zukommen sollte, waren es geringe Probleme: Nachdem das Kabinett Dollfuß das Parlament ausgeschaltet hatte, begann der Bundeskanzler mit Notverordnungen zu regieren, stellte die *Arbeiter-Zeitung* am 24. März unter Vorzensur, womit jede Ausgabe zwei Stunden vor der Verbreitung der Behörde vorzulegen war, und verhängte ab 9. Oktober ein Kolportageverbot über das Blatt, das in der Folge nicht mehr öffentlich verkauft, sondern nur per Post an Abonnenten zugestellt werden durfte. Gewaltsam eingestellt wurde die *AZ* schließlich am 12. Februar 1934, jenem Tag, als der bewaffnete Widerstand der Sozialdemokraten seinen Anfang nahm, den das Bundesheer in drei Tagen – unter Einsatz von Artillerie – niederschlug. Schon zwei Wochen später erschien die erste Nummer der illegalen *Arbeiter-Zeitung* in Brünn, wohin die meisten Parteiführer geflüchtet waren. Sie kam wie in den Anfangsjahren als Wochenschrift heraus, wurde nach Österreich geschmuggelt und dort von Hand zu Hand verbreitet. Die letzte Ausgabe des Blattes, das wieder den Untertitel „Organ der österreichischen Sozialdemokratie“ führte und fast gänzlich von Otto Bauer geschrieben wurde, trug das Datum 15. März 1938. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die *AZ* neugegründet, diesmal als Zeitung der „Sozialistischen Partei Österreichs“. Die Chefredaktion übernahm der aus dem Londoner Exil zu-

1 Vgl. Peter Pelinka u. Manfred Scheuch: *100 Jahre AZ*, S. 95f.

2 Vgl. zur Auflagenhöhe Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 88.

rückgekehrte Oscar Pollak, der das Blatt bis zum Verbot im Jahr 1934 geleitet hatte. Obwohl man bei der Reichweite nicht hinter der Konkurrenz lag, gingen die Anzeigeneinkünfte kontinuierlich zurück, was nach und nach zu ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten führte. Ende der 1980er Jahre spitzte sich die Lage derart zu, dass der Parteivorstand entschied, das traditionsreiche Organ an einen Wiener Werbeunternehmer zu verkaufen, der einige neue Redakteure engagierte, den Bestand des Blattes aber auch nicht sichern konnte. Am 31. Oktober 1991 erschien die *Arbeiter-Zeitung* zum letzten Mal.

Was für ein Kontrast der Aufmachung: dort die programmatische Erinnerung an den Juli 1789, dessen geistige Väter Religion zur Privatsache erklärt hatten; hier ein umschnörkelter Rahmen für die Erklärung, dass „Se. Heiligkeit Papst Leo XIII. geruhte, dem Vorsitzenden des Herausgeber-Comités der ‚Reichspost‘ den apostolischen Segen zum Gelingen des neuen Unternehmens zu erteilen“. Die hohe Benediktion bildete den Einstieg in die erste, vom Neujahrstag 1894 datierte Ausgabe der Zeitung, deren Gründung im August 1892 auf dem Linzer Katholikentag beschlossen worden war. Den Einwand, dass der Titel *Reichspost* mit dem Zusatz „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Österreichs“ im Widerspruch stehe, hätte Ambros Opitz, der gesegnete Herausgeber, freilich zurückgewiesen. Denn in seinen Augen sollte die Zeitung zwar an die Bevölkerung der gesamten Monarchie gerichtet sein, zugleich aber den Anspruch auf staatliche Einheit zum Ausdruck bringen. Im Grunde stellte der Name von vornherein klar, welche religiöse und nationale Identität die bestimmende des Reiches zu sein habe – jene der katholischen Österreicher. Die politische Position des Blattes zeigte sich im einleitenden Artikel, der den Lesern versprach, „gegenüber den unerreichbaren Forderungen der Socialdemokratie die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes auf dem Boden der christlichsocialen Ordnung voll und ganz zu vertreten“. Obwohl die *Reichspost* nicht wie die *Arbeiter-Zeitung* als offizielles Zentralorgan fungierte, war sie von Anfang an das Sprachrohr der christlichsozialen Bewegung, die sich 1891 als Partei konstituiert hatte. Ihr Führer, der spätere Wiener Bürgermeister Karl Lueger, verzahnte seine Angriffe gegen die Juden mit jenen gegen die Kapitalisten, indem er im Gegensatz zu seinem deutschnationalen Pendant, Georg von Schönerer, keinen rassischen, sondern einen religiös und wirtschaftlich motivierten Antisemitismus vertrat. Im Leitartikel der *Reichspost* vom 8. Juli 1897 hieß es zu diesem Unterschied, dass Lueger und seine Anhänger „seit jeher unter der Fahne des christlichen Antisemitismus gegen jüdische

grobe Missbräuche, nicht aber unter der Flagge eines bloßen blinden Judenhasses gegen semitisches oder hebräisches – Menschenfleisch“ kämpfen würden; denn „nur dieser antisemitische Standpunkt ist human und für gebildete, gesittete, cultivirte Menschen im 19. Jahrhundert überhaupt möglich“, dränge er doch die „jüdische Uebermacht auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiete als verderbliche Fremdherrschaft“ zurück. Es ist möglich, dass der Kommentar bereits von jenem jungen Mann geschrieben wurde, der im Lauf der nächsten Jahre zum Leiter des christlichsozialen Blattes aufstieg. Friedrich Funder war 1896 zur *Reichspost* gestoßen, wo er bald das Feuilleton betreute und die Berichte aus dem Reichsrat verfasste. Da Paul Massiczek, der Nachfolger des ersten Chefredakteurs Anton Weimar, sich im Sommer 1897 aus der Zeitung zurückzog und sie im Herbst verließ, fiel dem, noch nicht 25-jährigen, Studenten der Rechtswissenschaft außerdem der Leitartikel zu.¹ Die Chefredaktion blieb offiziell unbesetzt, bis sie im Dezember 1902 Funder übertragen wurde – auf Vorschlag des Herausgebers Ambros Opitz, der seinem Schützling eineinhalb Jahre später auch das eigene Amt anvertraute. Der inzwischen promovierte Jurist, der nun für den Inhalt wie für die Verwaltung des Blattes verantwortlich war, stellte zunächst ein paar neue Redakteure ein und sorgte dann für höhere Anzeigeneinnahmen, indem er die *Reichspost* bei den so genannten Inseratenbüros, die den katholischen Zeitungen reserviert gegenüberstanden, als geeignete Reklameplattform bewarb.² So gelang es Funder, die provisorische Streitschrift der ersten Jahre in das führende christlichsoziale Organ der Monarchie zu verwandeln, ohne finanziell völlig von der Partei abhängig zu werden. Dass der Herausgeber mit Franz Ferdinand, dem österreichisch-ungarischen Thronfolger, bekannt war und zum engen Beraterkreis des Erzherzogs gehörte, trug zum Ansehen der Zeitung wesentlich bei und führte wohl auch zu deren überzogener Reaktion auf das Attentat von Sarajevo. Bereits am Tag nach dem Anschlag wählte die *Reichspost* „einer organisierten großserbischen Verschwörung auf der Spur“ zu sein: „Die Annahme, daß es sich um ein weitverzweigtes Komplott handelt, wird bestätigt.“³ In der Folge stellte sich das Blatt an die Spitze der kriegstreiberischen Presse, begrüßte den Einsatz militärischer Mittel und hielt an deren Notwendigkeit bis 1918 fest.⁴ Nach Kriegsende wurde der Name Friedrich

1 Vgl. Friedrich Funder: *Vom Gestern ins Heute*, S. 162.

2 Vgl. ebenda, S. 225-230.

3 *Reichspost*, 29.6.1914 (Nachmittagsausgabe), S. 2.

4 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 99.

Funder auf die Liste jener Personen gesetzt, deren Auslieferung die Alliierten forderten – ein Ansinnen, von dem die Siegermächte bald Abstand nahmen. Der Chefredakteur der *Reichspost* übernachtete in dieser Zeit trotzdem öfter in seiner Dienstwohnung als zuhause, denn wer öffentlich für den Fortbestand der Monarchie eintrat, zog den Hass überzeugter Republikaner auf sich, und eine staatliche Ordnungsmacht, die wirksam gewesen wäre, gab es vorläufig nicht. Ungeachtet der Tatsache, dass sämtliche Kronländer infolge des Waffenstillstandes die Autonomie erklärt hatten, behielt die konservative Zeitung ihren Titel bei; nur der Zusatz wurde verkürzt und lautete ab 2. November 1918: „Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“. Auch wenn sich Funder später zur Republik bekannte, blieb er ein Anhänger des kaiserlichen Manifestes Karls I., wonach Österreich eine föderalistische Monarchie werden sollte. Neben der habsburgertreuen Haltung der *Reichspost* war es vor allem ihre Rolle als christlichsoziales Regierungsblatt, die zu einer erbitterten Feindschaft gegen die *Arbeiter-Zeitung* führte. Nachdem die Sozialdemokraten die Nationalratswahl im Herbst 1920 verloren und sich aus der großen Koalition zurückgezogen hatten, beteiligten sie sich an keinem weiteren Kabinett mehr, so dass die restlichen Jahre der Ersten Republik vom betonten Gegensatz zwischen den roten Bürgermeistern Wiens und den schwarzen Bundeskanzlern geprägt waren. Die zunehmende Polarisierung drückte sich in jenem publizistischen Krieg aus, den die *Reichspost* und die *Arbeiter-Zeitung* gegeneinander führten. Als Höhepunkt der Auseinandersetzung, die von der wechselseitigen Verachtung der politischen Lager zeugt, gilt die Berichterstattung im Vorfeld des Justizpalastbrandes. Am 30. Jänner 1927 war es im burgenländischen Ort Schattendorf zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes und der Frontkämpfervereinigung gekommen, bei dem fünf Sozialdemokraten schwer und zwei Unbeteiligte, ein Kriegsinvalide und ein Schulbub, tödlich verletzt wurden – drei militante Rechte hatten blindlings in die Menge geschossen. Während das Arbeiterblatt umgehend eine harte Bestrafung der Täter forderte, stellte das christlichsoziale Organ den Vorfall als Notwehr der Frontkämpfer gegen unruhestiftende Schutzbündler dar. Am 14. Juli wurden die Angeklagten von einem Wiener Geschworenengericht tatsächlich freigesprochen. Tags darauf erschien in der *AZ* ein Leitartikel, der die proletarische Empörung über das Fehlurteil nicht nur widerspiegelte, sondern anfachte: „Nach Ansicht dieser Geschworen bedeutet es also gar nichts, auf Menschen zu schießen; das ist, wenn die Schießenden Frontkämpfer sind, wohl ein erlaub-

tes Jagdvergnügen! Die aber den Eid, den sie geleistet haben, so schnöde mit Füßen treten; die sich über Recht und Gerechtigkeit so frech hinwegsetzen, die sind keine Geschwornen, sind ehrlose Gesetzbrecher, denen für ihren schamlosen Freispruch Haß und Verachtung aller rechtlich denkenden Menschen gebührt. Diese Verdammung wird ihnen auch werden. [...] Und diese Schandtät, in lebendige Menschen wie in ein jagdbares Wild hineinzuschießen, haben die feilen Regierungsblätter immerzu entschuldigt, bemäntelt, gerechtfertigt; die Sühne für sie zu vereiteln, war ihr bewusstes Bestreben!“ Der Kommentar, einer der letzten großen von Friedrich Austerlitz, trug zur Verschärfung der Lage bei. Am Morgen des 15. Juli 1927 trat ein Gutteil der Wiener Arbeiterschaft in den Streik, marschierte in die Innenstadt, versammelte sich auf der Ringstraße vor dem Parlament und zog zum Justizpalast weiter, der von Demonstranten gestürmt und in Brand gesetzt wurde. Während hier an die 200.000 Menschen der anrückenden Feuerwehr die Zufahrt zum rauchenden Gebäude versperrten, machten sich ein paar Dutzend Leute auf den Weg zur Strozzi-gasse in der Josefstadt, drangen dort in das Verlagshaus der *Reichspost* ein, verwüsteten die Redaktionsräume und zündeten Papierrollen in der Druckerei an. Als das Feuer am späten Nachmittag gelöscht war, stand der Justizpalast noch immer in Flammen. Um die Revolte zu unterdrücken, hatte der Polizeipräsident von Wien und frühere Bundeskanzler Johann Schober die Sicherheitswache mit Mannlicher-Gewehren ausgerüstet – nach der Erhebung waren 89 Tote, darunter vier Polizisten, und über tausend Verwundete zu beklagen. Die nächste Ausgabe der *Reichspost*, die am 18. Juli erschien, trug die Erklärung „Wir bleiben fest!“ am Titelblatt, gezeichnet mit „Dr. Friedrich Funder“: „Man hat versucht, uns niederzutreten – wir stehen aufrecht. Man hat es unternommen, die Wiener Zeitungsburg des österreichischen christlichen Volkes niederzubrennen – in einem Hause, das halb zur Ruine geworden ist, zwischen zerstörten Einrichtungen, an Tischen, von Rauch- und Aschenstaub geschwärzt, sind wir wieder an unserer Arbeit. In diesem Sturm auf die staatliche Ordnung sollte eines der wichtigsten Verteidigungsmittel des christlichen Volkes, ein Wall seines Rechtes und seiner Freiheit: die christliche Presse – zerstört werden, aber so arg die angerichteten Verwüstungen sind, wir halten unseren Posten, unerschüttert und treu unserer Pflicht, die wir vor dem christlichen Volk unseres Landes übernommen haben.“ Der Chefredakteur konnte sich so selbstbewusst an die Leser richten, weil seine Zeitung seit dem Ende des Krieges in der Bevölkerung an Rückhalt gewonnen hatte; die Auflage war bis

Mitte der 1920er Jahre um ein Drittel auf rund 50.000 Stück gestiegen, was im Vergleich zum Organ der Sozialdemokraten noch immer niedrig, in der Geschichte des Blattes aber der Höchstwert war.¹ In Zugzwang geriet die Partei erst im März 1927, als der politische Gegenspieler seine Boulevardzeitung, *Das Kleine Blatt*, herausbrachte. Schon zwei Monate nach der ersten Nummer wurde beim Wiener Diözesankatholikentag der Beschluss gefasst, neben der *Reichspost* ein volkstümliches katholisches Organ zu gründen, das den Titel *Das Kleine Volksblatt* erhielt und erstmals am 27. Jänner 1929 erschien. Anfang der 1930er Jahre lag die tägliche Verkaufszahl der Zeitung bereits bei über 100.000 Exemplaren; die Auflage von Funders Blatt war zwar auf 30.000 Stück zurückgegangen, politisch nahm sein Einfluss aber eher zu.² Denn seit dem Justizpalastbrand trat die *Reichspost* noch vehementer gegen den Marxismus auf, stellte den christlichsozialen Bundeskanzler Ignaz Seipel als Retter Österreichs heraus, unterstützte die faschistische Heimwehr und diente schließlich dem diktatorischen Regime unter Engelbert Dollfuß, zu dem der Herausgeber nach eigener Aussage eine „enge, vertrauensvolle Freundschaft“ unterhielt,³ als verlässliches Sprachrohr. Folgerichtig wurde das Verbot der sozialdemokratischen Partei im Februar 1934 als Meilenstein einer ständestaatlichen Volksgemeinschaft gefeiert: „Die große geschichtliche Stunde für Oesterreich hat geschlagen. Schier über Nacht ist die Bahn frei geworden von dem mächtigsten aller Hindernisse der Neuordnung. Mit seinem letzten und stärksten Bollwerk ist der Parteienstaat in Oesterreich endgültig gefallen. Stillgelegt ist mit dem Austromarxismus der Motor der Klassenscheidung. Ein Giftstoff wurde ausgeschieden, ein Spaltpilz aus unserem Volksorganismus entfernt. Nun sind wir wieder oder können wir endlich wieder werden eine Gemeinschaft, eine Gesamtheit, eine Einheit, ein Volk.“⁴ Als Dollfuß dem nationalsozialistischen Putschversuch im Juli 1934 zum Opfer gefallen war, stellte sich die Zeitung hinter dessen Nachfolger Kurt Schuschnigg und blieb eine der stärksten Stimmen für ein unabhängiges, katholisches, autoritär geführtes Österreich. Am 13. März 1938, dem Tag nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, wurde der Chefredakteur und Herausgeber von der Gestapo verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert; die letzte Ausgabe der *Reichspost* datiert vom 30. September des Jahres. Friedrich Funder, der mit-

1 Vgl. Kurt Paupié: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte*, S. 97.

2 Vgl. zur Auflagenhöhe ebenda, S. 103 u. 97.

3 Vgl. Hedwig Pfarrhofer: *Friedrich Funder*, S. 176.

4 *Reichspost*, 25.2.1934, S. 1.

hilfe des Namensgebers der Gildemeester-Aktion zur jüdischen Auswanderung, Frank van Gheel Gildemeester, aus dem KZ freigekommen war, gründete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Wochenblatt *Die Furche*, das bis dato in Wien erscheint.

Nun sind aus den geplanten Anmerkungen doch Erläuterungen geworden, und die Absätze haben sich zu kleinen Kapiteln entwickelt, was dem Lesevergnügen, das sich erst einstellen kann, wenn die Augen dem Gehirn überschaubare Konzentrationseinheiten melden, gewiss nicht förderlich war. Aber im Gegensatz zu den heutigen Medienunternehmen, deren Geschichte sich auf die Wertentwicklung ihrer Aktien beschränkt, muss die Presse der Zwischenkriegszeit in einem sozialen Geflecht betrachtet werden, in dem wirtschaftliche Zusammenhänge nur ein paar der vielen Stränge drehen. Immerhin hat der historische Abriss deutlich gemacht, wie eng die Zeitungen mit politischen Bewegungen verzahnt waren, wie sehr ihre Geschicke von einzelnen Persönlichkeiten geprägt wurden, wie stark sie auch auf kulturellem Gebiet wirkten, bedenkt man, dass die *Neue Freie Presse* mit dem Feuilleton und die *Arbeiter-Zeitung* mit der Sozialreportage journalistische Darstellungsformen hervorbrachten, die tatsächlichen Stoff und literarische Gestaltung, wenngleich auf konträre Weise, verknüpfen. Bei der *Reichspost* war es vor allem der Konnex zu den Regierungen, der ihre einflussreiche Position begründete, zunächst über den Thronfolger Franz Ferdinand, später aufgrund der Verbundenheit mit den christlichsozialen Bundeskanzlern, namentlich mit Ignaz Seipel und Engelbert Dollfuß. Zu Beginn des Jahres 1933 standen die drei Blätter unterschiedlich da: Die *Neue Freie Presse* war noch immer eine angesehene Zeitung mit passabler Auflage, finanziell aber seit längerem angeschlagen, so dass der Herausgeber Ernst Benedikt, der das Unternehmen von seinem Vater Moriz übernommen hatte, seine Anteile nach und nach verkaufen musste; auch beim sozialdemokratischen Zentralorgan hätte die wirtschaftliche Situation besser sein können, was dem Chefredakteur Oscar Pollak jedoch ernsthaft Sorgen bereitete, war der zunehmend autoritäre Kurs des Kabinetts Dollfuß, der den Spielraum der oppositionellen Presse stark einengte; so befand sich die *Reichspost* trotz ihrer im Vergleich niedrigen Abonnentenzahl in der besten Ausgangslage, ökonomisch und politisch abgesichert, eine Staatsführung unterstützend, mit der Friedrich Funder, der langjährige Leiter des Blattes, freundschaftlich verbunden war. In der folgenden Analyse soll es freilich nur am Rande um das Verhältnis der Zeitungen zur damaligen österreichischen In-

nenpolitik gehen. Im Kern steht die Frage, wie sie auf die zeitgenössischen politischen Vorgänge in Deutschland reagierten, auf die sich die *Dritte Walpurgisnacht* bezieht, wobei die Berichterstattung, je nachdem, welche Ereignisse K. K. über die bloße Erwähnung hinaus leitmotivisch behandelt, ausführlich oder nur kursorisch wiedergegeben wird.

Dass die Weimarer Republik scheitern werde, war Mitte der 1920er Jahre keineswegs absehbar; im Gegenteil, bis zum Börsenkrach an der Wall Street sah es so aus, als könnten sich die in der Reichsverfassung von 1919 festgeschriebene Staats- und Regierungsform behaupten, die nach der erzwungenen Abdankung Wilhelms II. an die Stelle des deutschen Kaiserreichs getretenen waren. Die Weltwirtschaftskrise raubte der Demokratie aber jede Chance, sich durchzusetzen, denn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit verstärkte sich das Verlangen nach einem grundlegenden politischen Wandel, einer schlagkräftigen Regierung, die keine Zeit mit parlamentarischen Diskussionen vergeudete, was den radikalen Kräften der Linken wie der Rechten Zulauf verschaffte. Während der Stimmenanteil der NSDAP im Jahr 1928 noch bei rund zweieinhalb Prozent gelegen war, entschied sich bei den Reichstagswahlen im September 1930 schon fast ein Fünftel für die Partei Hitlers, die nun mit 107 statt mit zwölf Abgeordneten als zweitstärkste Fraktion ins Parlament einzog. Obwohl die Sozialdemokraten, die sich im März aus der großen Koalition zurückgezogen hatten, am meisten Stimmen erhielten, setzte der Zentrums Politiker Heinrich Brüning sein Präsidialregime fort, das mit Notverordnungen nach Artikel 48 der Reichsverfassung regierte und die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie einleitete. Nach zwei Jahren Amtszeit hatte Brüning die Gunst des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg verwirkt und musste zurücktreten. Aus der Neuwahl im Juli 1932 ging die NSDAP als haushoher Sieger hervor – im selben Monat kamen in Deutschland 86 Menschen bei Straßenkämpfen ums Leben, die vor allem von Nationalsozialisten und Kommunisten ausgetragen wurden.¹ Die Weimarer Republik war bereits mit Brüning untergegangen; es folgte eine Übergangsphase mit autoritären Kabinetten unter Franz von Papen und Kurt von Schleicher, wobei ersterer Anfang Jänner 1933, unterstützt von Wirtschaftsführern, begann, zwischen Hindenburg und Hitler zu vermitteln. So kam es, dass die NSDAP zu einem Zeitpunkt, als sie den Zenit des Wahlerfolges schon überschritten hatte, in die Rolle der Regierungspartei

1 Vgl. Eric Hobsbawm: *Gefährliche Zeiten*, S. 79.

geriet, weil sich der Reichspräsident in seinem Glauben bestärken ließ, dass ein von konservativen Ministern umrahmter Reichskanzler Hitler, fern davon, eine Gefahr darzustellen, ein würdiger Erbe seiner nationalistischen Politik wäre. Was sich am 30. Jänner 1933 in Berlin abspielte, hatte folglich nichts mit einer Revolution zu tun. Die Macht wurde von Hitler weder erkämpft noch ergriffen, sondern wie ein Paket in Empfang genommen, das eine Clique von Reaktionären und Großindustriellen geschnürt hatte und vom Staatsoberhaupt zugestellt wurde. Unter den elf Namen, die Hindenburg als Mitglieder des Kabinetts der „Nationalen Konzentration“ bekannt gab, befanden sich nur drei Nationalsozialisten: Neben dem Reichskanzler fungierte Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und Hermann Göring als Leiter des preußischen Innenministeriums. Da sich in der Folge auch der parteilose Reichswehrminister Werner von Blomberg hinter Hitler stellte, verfügte die NSDAP de facto über die Schlüsselpositionen der nächsten Monate.¹ Als Gegengewicht waren namentlich Vizekanzler Franz von Papen, der in den vergangenen Wochen alles eingefädelt hatte, und der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Alfred Hugenberg, vorgesehen, wobei dem einflussreichen Medienunternehmer das Ministerium für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft übertragen wurde. In der *Dritten Walpurgisnacht* kommt die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, jener Ausgangspunkt der tatsächlichen Machtergreifung, die erst anderthalb Jahre später abgeschlossen war, nicht direkt vor, sondern bildet das unausgesprochene Movens des Textes. K. K. setzt allerdings Zitate ein, die sich auf das Initiationsereignis des NS-Regimes beziehen – wie jener Halbsatz aus einer Ansprache, die Papen bei einer Tagung des Soldatenbundes „Stahlhelm“ am 13. Mai in Münster hielt: „Und vor allem die präzise Feststellung, Deutschland habe ‚seit dem 31. Jänner 1933 den Begriff des Pazifismus aus seinem Wörterbuch gelöscht.‘“ (DW 93) Hier wie in der *Arbeiter-Zeitung*, wo sich dieselbe Stelle findet, wird die martialische Erklärung des Vizekanzlers mit der außenpolitischen „Friedensrede“ kontrastiert, die Hitler wenige Tage später im Reichstag verlas.² Auf den nationalsozialistischen Hang zur Widersprüchlichkeit wies das sozialdemokratische Zentralorgan auch am Tag, als die deutschen Lexika gesäubert wurden, hin: „Ja, er hat’s erreicht! Ja, da sitzt er nun, der ‚Führer‘ des deutschen Fascismus, auf

1 Vgl. Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung*, S. 18.

2 Vgl. *Arbeiter-Zeitung*, 18.5.1933, S. 2. Die drei Zeitungen werden in der Folge durch Angabe ihres Kürzels, des Datums (ohne der Jahreszahl 1933) und der Seitennummer in Klammern im Text zitiert (AZ 18-05, 2). Jene Stellen, die aus einem Abendblatt der *Neuen Freien Presse* stammen, sind – außer wenn die Abendausgabe die einzige des Tages war – mit „Ab.“ gekennzeichnet.

dem Platz des deutschen Ministerpräsidenten und soll das deutsche Volk aus Not und Krise führen. Aber in welchem Zustand ist Herr Hitler ins Reichskanzlerpalais eingezogen! Nicht an der Spitze sieghaft stürmender Braunhemden, nicht als Führer einer fascistischen ‚Revolution‘, sondern als Kanzler des Kuhhandels, als Chef einer Koalitionsfirma, als Partner eines kläglichen Kompromisses mit seinen bisherigen Gegnern. Was hat Herr Hitler über die ‚feinen Herren‘ vom Herrenklub geschimpft und gewettert – jetzt sind sie seine Ministerkollegen!“ (AZ 31-01, 1) Dass die Chefredaktion des Blattes die Lage nicht so ernst sah wie die deutsche Schwesterpartei, die angesichts des drohenden Umsturzes für eine „Kampfgemeinschaft mit den Kommunisten“ eintrete, zeigte der Leitartikel der nächsten Ausgabe, wo es hieß, die brachial tuenden Nazis seien, wie sich nun herausstelle, „eh die reinen Lamperln“, vor denen sich gewiss kein Kapitalist, „sei er Jud oder Christ“, fürchten müsse. „Gebt Hitler die Macht!“ so hieß es damals. Jetzt hat er die Macht. Wozu verwendet er sie? Um fünf Aristokraten den Staat, zwei Vertretern der Schwerindustrie die Wirtschaft auszuliefern, eine Regierung von Monarchisten zu bilden und – die Börsenjuden zu beruhigen ...“ (AZ 01-02, 2) Wie handzahn die Nationalsozialisten anfangs auftraten, erstaunte auch den Korrespondenten der *Neuen Freien Presse*, der hervorhob, dass das neue Kabinett den Journalisten „in sehr urbanen Formen und mit betonter Liebenswürdigkeit“ entgegenkomme und Reichsinnenminister Frick glaubhaft erklärt habe: „An der Verfassung wird ohne Proklamierung eines Staatsnotstandes festgehalten. Die Regierung legt den größten Wert auf unbeschränkte Meinungsäußerung. Die kommunistische Partei wird nicht verboten.“ (NFP 31-01, 2) Kommentiert wurden die Ereignisse auf der Titelseite, wo der Leitartikel „Was wird Reichskanzler Hitler leisten?“ forderte, man solle die neue Regierung in Ruhe arbeiten lassen. Hitler müsse nun den Wandel von „der politischen Pubertät [...] zu verantwortungsbewußter Sachlichkeit“ vollziehen. Immerhin sei „dieser Volksführer“ schon „weicher geworden“ und verzichte darauf, „seine eigene Gruppe allein herrschen zu lassen“. Die zentrale Frage, von der nicht nur seine Zukunft, sondern das Schicksal Deutschlands abhängen, laute: „Was also wird Adolf Hitler als Reichskanzler vermögen? Welche neuen Ideen wird er bringen, durch welche Zauberkunst wird er in der Lage sein, dieses arme Deutschland dem ‚Dritten Reiche‘ anzunähern?“ (NFP 31-01, 1) Zwiespältig reagierte die *Reichspost* auf die Angelobung des Kabinetts „Hitler-Papen-Hugenberg“, die sich „rein äußerlich, ohne den großen Aufwand vollzogen“ habe, „den man sonst bei sol-

chen Anlässen beobachten konnte, die mit Adolf Hitler zusammenhängen“. (RP 31-01, 1) Einerseits wollte das christlichsoziale Blatt den Stolz, dass ausgerechnet ein Österreicher zum Regierungschef des deutschen Reiches ernannt wurde, nicht verbergen: „Der oberösterreichische Kleinbürgersohn, der bisher keine anderen politischen Fähigkeiten zu entfalten wußte, als die Fähigkeit zur Agitation und Propaganda, sitzt jetzt auf dem Sessel Bismarcks und sogar die selbstbewussten Vertreter altpreußischer Herrentradition anerkennen ihn als ihren Führer.“ Deshalb müsse man es begreiflich finden, „daß dieser Mann [...] sich als ein Auserwählter fühlt, der berufen ist, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen“. Andererseits berge die Tatsache, „daß die Nationalsozialisten ernste persönliche und sachliche Garantien für die Einhaltung der Verfassung gegeben haben“, jedoch die Gefahr eines kommunistischen Gegenschlags, denn die Massen, „die von ihrem ‚Führer‘ alle Herrlichkeiten des Dritten Reiches erwarten und nichts anderes bekommen als eine Fortsetzung des bisherigen ‚Systems‘, werden in hellen Haufen abwandern, aber nicht zu den gemäßigten Parteien, sondern – wie die Erfahrung lehrt – zum Radikalismus der anderen Couleur“. (RP 31-01, 1f.) Keinerlei Bedenken enthielt jener Telegrammwechsel zwischen Hitler und Dollfuß, den die *Reichspost* tags darauf wiedergab. Nachdem der deutsche Kanzler die „herzlichsten Wünsche für die Wohlfahrt des deutschen Brudervolkes in Oesterreich“ übermittelt hatte, dankte der österreichische Kollege „für die ausgesprochenen Wohlfahrtswünsche“ und grüßte seinerseits „mit dem innigen Wunsche für das Wohlergehen des gesamten deutschen Volkes“. (RP 01-02, 2) Während hier diplomatische Zurückhaltung den Ton bestimmte, ließ das christlichsoziale Organ in einer Glosse seiner Freude darüber freien Lauf, dass die „Stechschritt-Preußen“ nun vor einem Landsmann Habacht stehen würden: „Ein Oesterreicher Duce von Preußen und vielangestaunter ‚Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Nation‘!“ Es sei schon allerhand, zu sehen, wie sich die „Rassepreußen“ dem Diktat eines „geborenen Oesterreichers“ beugen müssten, der zwar „geistig aus der Region des ‚Preußenseuchlers‘ Schönerer“ stamme, sich aber bei jedem Anlass „als Lehrling und Imitator des Urösterreichers Lueger“ ausbebe. „Der ‚österreichische Mensch‘ Deutschlands Hoffnung“, so der Titel des Kommentars, „welch interessanter Fall und gewaltiger Antrieb für das österreichische Selbstgefühl!“ (RP 01-02, 4)

Auch die Ereignisse der ersten Februartage sind in der *Dritten Walpurgisnacht* noch nicht unmittelbar, sondern allusiv präsent, als Schatten eines Geschehens, das dem eigentlichen

Stoff des Textes vorgelagert ist. Dass Reichspräsident Hindenburg, nachdem Hitler erklärt hatte, keine Parlamentsmehrheit zustande zu bringen, am 1. Februar den Reichstag auflöste, gehört zur Vorgeschichte der Neuwahlen, als deren Termin der 5. März bestimmt wurde und die K. K. in einer Passage über die *Deutschösterreichische Tageszeitung* beiläufig erwähnt. „Noch in der Stunde der Erhebung, am Tage der Reichstagswahl, mußte sie einen Sektierer beruhigen: ‚Schweißfüße. Das können Sie bei uns unmöglich gelesen haben, daß das Vertreiben von Schweißfüßen andere Krankheiten macht, denn solchen Unsinn schreiben wir nicht. Und daß Sie durch das Vertreiben Ihrer Schweißfüße eine multiple Sklerose bekommen haben, ist unmöglich.‘ Es war ihr letztes Wort. Sie mag heute bedauern, daß eine so klare Einsicht in die Realität bloß auf den einen, wenngleich wesentlichen Belang beschränkt geblieben ist.“ (DW 165) Der Nachsatz erklärt sich aus der Tatsache, dass das nationalsozialistische Blatt im Juli 1933 von der österreichischen Bundesregierung verboten wurde. Es geht meistens, wenn das Thema Zensur in der *Dritten Walpurgisnacht* zur Sprache kommt, um die österreichischen Verhältnisse; an ein paar Stellen bezieht sich K. K. aber explizit auf die Situation in Deutschland, wo bereits am 4. Februar eine Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ erlassen wurde, um die Versammlungs- und Pressefreiheit einzuschränken. Wie das Wolff-Büro mitteilte, könne der Reichsinnenminister nun das Erscheinen von Zeitungen, in denen „offensichtlich unrichtige Nachrichten“ enthalten seien, deren Verbreitung „lebenswichtige Interessen des Staates“ gefährden würde, bis zu vier Wochen verhindern. (RP 07-02, 1) Das Gesetz steht am Beginn einer Reihe von Maßnahmen, mit denen die Nationalsozialisten im Lauf des Jahres 1933 ein straffes System zur so genannten „Gleichschaltung“ der Presse schufen. K. K. zitiert diesen Begriff, der aus der Elektrotechnik stammt und zunächst die Aufhebung der föderalistischen Struktur Deutschlands bezeichnete, wiederholt als typisch nationalsozialistische Wortprägung. Was den Journalismus angeht, greife der Ausdruck bzw. die Tätigkeit, die damit benannt werden sollte, jedoch zu kurz, denn es bleibe „durchaus dahingestellt, ob die Welt an einem Wesen, dessen Presse bloß gleichgeschaltet, aber nicht beseitigt wurde und dessen Heilkraft überhaupt bestritten ist, in absehbarer Zeit genesen wird“. (DW 19) In kakani-schen Augen ist der Opportunismus ohnehin in jeder Zeitung angelegt: „Nimmt man aber die ‚Gleichschaltung‘ der Presse als politischen Eingriff, so bedeutet sie nur ihre eigene letzte Möglichkeit, die letzte Stufe, über die sie vermöge ihrer Konstitution nicht gelangen

kann, welche von Natur die Prostitution ist.“ (DW 308) Wie geschickt der Propagandaminister Joseph Goebbels diese angebliche Neigung nutzte, um eine Presselandschaft zu gestalten, in der neben den NS-Kampforگانen, allen voran dem *Völkischen Beobachter*, liberale Blätter wie die *Frankfurter Zeitung* oder das *Berliner Tageblatt* kontrolliert weiter erschienen, so dass trotz strengem politischem Kritik- und Rechercheverbot der Schein einer Meinungsvielfalt aufrechterhalten blieb – davon legt die *Dritte Walpurgisnacht* Zeugnis ab. Aber schön nach der Reihe; zuerst kam die Auflösung des Reichstags, mit der die *Arbeiter-Zeitung* nicht gerechnet hatte. Denn Hitler könne nicht im Ernst glauben, dass er gemeinsam mit den Deutschnationalen mehr als die Hälfte der Wählerstimmen erhalten werde. Dieses Ergebnis wäre nur durch systematische Unterdrückung der gegnerischen Parteien erreichbar: „Wenn also gewählt wird, dann wird unter einem unvorstellbaren Terror gewählt werden, das heißt, es werden Wahlen sein, die in Wirklichkeit keine Wahlen sind.“ (AZ 02-02, 1) Und in dieser Situation, da der Entscheidungskampf bevorstehe, falle der Berliner *Roten Fahne*, dem Zentralorgan der deutschen Kommunisten, nichts Besseres ein, als die Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokratie zu verhetzen. „Jetzt ist keine Zeit zu parteipolitischen Konkurrenzmanövern. Jetzt gibt es nur eines: den Feind, der zum entscheidenden Angriff gegen die deutsche Republik, gegen die in Jahrzehnten errungenen, mit dem kostbarsten Blut bezahlten Rechte der deutschen Arbeiter, gegen die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse einsetzt, zu schlagen.“ (AZ 02-02, 2) Weniger kämpferisch, aber ebenfalls verärgert kommentierte die *Neue Freie Presse* die Ankündigung von Neuwahlen in Deutschland. Weshalb Hitler auf diesen Schritt gedrängt habe, liege auf der Hand: „Das Volk soll abstimmen, bevor noch Enttäuschung eingetreten ist; bevor die Taten der Regierung erwiesen haben, daß Wunder von keiner Seite zu erwarten sind.“ (NFP 02-02, 1) Wenn die Nationalsozialisten ernsthaft versucht hätten, parlamentarisch zu regieren, wäre eine Einigung mit dem Zentrum zweifellos möglich gewesen. Tatsächlich sei dieser in den Augen der Radikalen mühsamere Weg nie infrage gekommen, wolle man doch vermeiden, mit „Wahrheitssuchern“ zusammenzuarbeiten, „deren Augen nicht verhüllt sind durch den Schleier der Phrase“. (ebd.) Dass der Führer der NSDAP mehr Wert auf die Verpackung seiner Politik lege als auf deren Inhalt, habe die Regierungserklärung gezeigt, die am Abend des 1. Februar im deutschen Rundfunk verlesen worden und die aufgrund der Ereignisse desselben Tages als erste Wahlkampfreden zu betrachten sei. „Neue Gedanken sind auch in

dem Manifeste Hitlers nicht zu erkennen, es sei denn, daß man es als Neuigkeit betrachtet, daß in vier Jahren – erst in vier Jahren! – Deutschland von der Arbeitslosigkeit befreit werden soll und daß die Regierung für die Freiheit und Ehre des deutschen Volkes kämpfen will.“ (NFP 02-02, 2) Ungeachtet der Fragen, weshalb das bürgerliche Blatt, wenn es die Herrschaft der Phrase in der Politik beklagen wollte, selbst zu einer Phrase griff und ob in Anbetracht einer Arbeitslosenzahl von fast fünf Millionen¹ die Behauptung, in Deutschland würden nach vier Jahren fast alle beschäftigt sein, nicht treffender mit einem emphatischen „schon“ statt „erst“ zu tadeln wäre, mutet die Kritik der *Neuen Freien Presse* berechtigt an, zumal der „Aufruf an das deutsche Volk“ in der Tat nicht einen konkreten Vorschlag enthält. Hitler sprach ruhig und fließend, zurückhaltend, nie mitreißend, nie hysterisch; lauter wurde die Stimme erst gegen Ende der rund 15-minütigen Ansprache, aber ohne in das Brüllen zu verfallen, das man von Aufnahmen nationalsozialistischer Redner kennt.² Seit den Tagen des Verrates im November 1918 habe „der Allmächtige dem deutschen Volke seinen Segen entzogen“. Der Niedergang des Vaterlandes wurzele in der „verneinenden, alles zerstörenden Idee“ des Kommunismus: „Vierzehn Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert – ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten.“ Deshalb betrachte die Regierung es als ihre wichtigste Aufgabe, den „Klassenwahnsinn“ zu überwinden und die „Einheit unseres Volkes“ wiederherzustellen, wobei „das Christentum als Basis unserer gesamten Moral“ und „die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers“ dienen solle. Zwei große „Vierjahrespläne“ stünden im Mittelpunkt der Arbeit des neuen Kabinetts. „Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen vier Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein; binnen vier Jahren muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.“ Was die Außenpolitik betreffe, wünsche sich die Staatsführung nichts sehnlicher, als dass „die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde“. Am Ende der Rede wandte sich der Reichskanzler mit einem Appell an die Hörer: „Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns!“ Hitler verlangte also einen Blankoscheck, denn wie seine Politik im Detail aussehen werde, mit welchen Maßnahmen seine groß-

1 Vgl. Martin Broszat u. Norbert Frei (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick*, S. 216.

2 Vgl. *Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk*, ÖM 99-33013.

mundigen Versprechungen umzusetzen wären, wurde mit keinem Wort erwähnt. Neben der Unverbindlichkeit der Regierungserklärung fällt vor allem die wiederholte Anrufung Gottes auf, das Bekenntnis zur christlichen Moral, die einem kommunistischen Nihilismus gegenübergestellt wird, während an keiner Stelle von Juden die Rede ist. Der Korrespondent der *Neuen Freien Presse* sprach in einem Kommentar ebenfalls die beiden „Vierjahrespläne“ an, die gewiss erstrebenswerte Ziele verfolgen würden, „doch wie sollen sie erreicht werden?“ Ein Regierungsprogramm unterscheide sich nur dann von einer Agitationsrede, wenn es „nicht nur Zusagen macht, sondern auch die Mittel angibt, durch die sie erfüllt werden sollen“. (NFP 05-02, 4) Mit der Notverordnung „zum Schutze des deutschen Volkes“ befasste sich ein Leitartikel der *Reichspost*. Prinzipiell gesehen, sei das restriktive Vorgehen durchaus begründet: „Aehnlich wie in Oesterreich wurden auch in Deutschland seit dem Umsturz Pressefreiheit und Redefreiheit in gewissenlosester Weise mißbraucht; Lügen und Entstellungen, grobe Beschimpfung und Verleumdung des politischen Gegners, zügellose Aufhetzung der Klassen und Stände gegeneinander – alles das ist auch in Deutschland zum täglichen Handwerk gewissenloser Publizisten und Politiker geworden. Es ist gar kein übler Gedanke, solchem Treiben einen Damm entgegenzusetzen.“ Hitlers Verordnung, die nicht von ungefähr am Beginn des Wahlkampfes in Kraft trete, beschränke sich aber nicht auf das Verbot jener Zeitungen, „die im Dienste Moskaus auf die Zerstörung aller Bande der sittlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung“ zielen würden, sondern richte sich gegen alle Andersdenkenden: „Während die rechtsradikale Regierungspresse ihren parteipolitischen Kampf fast ungehindert weiterführen kann, sind die Blätter der Opposition, auch der gemäßigten, zu äußerster Vorsicht gezwungen [...]“. (RP 07-02, 1f.)

Nicht nur die Blätter, wie die folgenden Wochen zeigten, sondern auch die Redakteure, Funktionäre, Abgeordneten oder wer sonst gegen die Regierung auftrat. Denn was den Regimegegnern schon bald mehr zu schaffen machte als der Verlust der Meinungsfreiheit, war die körperliche Bedrohung, die Gefahr, zusammengeschlagen oder erschossen zu werden. Dass die brutale Vorgangsweise der nationalsozialistischen Kampftruppen im Sinn der Parteiführung war, belegten schon die einschlägigen Anordnungen des preußischen Innenministers Hermann Göring in der zweiten Februarhälfte. Im so genannten „Schießerlass“ vom 17. Februar forderte er die Polizeibehörden auf, „jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen“ und zu den „nationalen

Verbänden (SA., SS. und Stahlhelm) [...] das beste Einvernehmen“ herzustellen. Den Aktionen staatsfeindlicher, namentlich kommunistischer Organisation sei dagegen mit aller Schärfe entgegenzutreten: „Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauches von mir gedeckt. Wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.“ (AZ 21-02, 1) Folgerichtig kündigte Göring fünf Tage später, am 22. Februar, die Einrichtung einer Hilfspolizei an, die sich aus Mitgliedern der SA, der SS und des Stahlhelm rekrutierte. Da „Ausschreitungen von linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite“ die öffentliche Sicherheit bedrohen würden, handle es sich um eine reine Schutzmaßnahme – so die offizielle Begründung. (AZ 25-02, 1) Wenn K. K. bemerkt, „das Problem der ‚Einrechnung der Hilfspolizei‘ verschwindet wohl vor der Frage, ob nicht mit jedem deutschen Zivilisten das Kontingent überschritten sei“, dann spielt er auf internationale Bedenken an, dass Hitler mit seinen Ersatztruppen vorhabe, die im Versailler Friedensvertrag festgeschriebene Beschränkung der deutschen Armee auf 100.000 Mann zu umgehen. (DW 91) Ein Verdacht, den der Reichskanzler in seiner „Friedensrede“ zu entkräften suchte, indem, wie es in der *Dritten Walpurgisnacht* heißt, „die SA. und die SS. auf den ‚Rang einer Feuerwehr oder Wach- und Schießgesellschaft‘ verwiesen wurden“. (DW 93) Zugleich wird K. K. aber nicht müde, auf jene Ansprachen zu verweisen, die nationalsozialistische Führer nicht vor der Weltöffentlichkeit, sondern vor den eigenen Leuten hielten. So habe Göring die Erklärung abgegeben: „Jeder Schuß eines SA.- und SS.-Mannes ist ein Schuß von mir!“ (DW 110) Von einer am 11. März in Essen gehaltenen Rede des preußischen Innenministers, „wo jeder Schuß autorisiert wurde“ (DW 178), berichtete am nächsten Tag die *Arbeiter-Zeitung*. „Die Polizei ist nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen. Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und mißhandelt worden, so kann man nur erwidern: Wo gehobelt wird, fallen Späne.“ (AZ 12-03, 4) Was die beiden Polizeierlässe Görings angeht, finden sich in den drei Zeitungen informierende, aber keine kommentierenden Beiträge. Die *Arbeiter-Zeitung* wusste ihre Lesart der Ereignisse allerdings in den Schlagzeilen und in angehängten Bemerkungen unterzubringen. „Sozialisten niederknallen ist Dienstpflicht!“, lautete der Titel der Nachricht über den Schießerlass, auf die drei Sternchen folgten, um dann die Einschätzung zu geben: „Bald wird also jeder deutsche Polizeibeamte, der nicht wenigstens einen Sozialis-

ten abgeknallt hat, aus der Polizei hinausfliegen: denn die Polizei ist nur noch ein Anhängsel der fascistischen Terrorbanden, eine technische Nothilfe der Konterrevolution.“ (AZ 21-02, 1) Dasselbe Verfahren wandte die *Neue Freie Presse* beim Artikel zur Aufstellung der Hilfspolizei an, die, wie nach dem Dreigestirn zu lesen war, „zu ernststen Kontroversen Anlaß geben“ werde. „Da die Polizei ein überparteiliches Instrument bleiben muß, so wird die einseitige Heranziehung von Rechtsverbänden bei allen anderen politischen Gruppen ein Gefühl der Minderwertigkeit erzeugen.“ (NFP 25-02, 4) Während das bürgerliche im Gegensatz zum sozialdemokratischen Blatt seine Einwände so verhalten formulierte, enthielt sich die *Reichspost* jeder Stellungnahme und gab lediglich die Aussendungen der deutschen Nachrichtenagenturen wieder. Lakonisch fiel auch die Berichterstattung über Görings amtlichen Werdegang aus, dessen weitere Stationen in der *Dritten Walpurgisnacht* ebenfalls nur en passant erwähnt werden. Dass er ab 11. April als preußischer Ministerpräsident fungierte, schlägt sich in der Apposition „Zar aller Preußen“ nieder (DW 95); und wenn K. K. Deutschland als ein „Tollhaus“ bezeichnet, „wo der Insasse den Pfleger überfallen kann, um bald darauf Ministerpräsident zu werden“ (DW 98), dann handelt es sich um mehr als eine Metapher. Denn wie die *Arbeiter-Zeitung* Ende März behauptete, sei Göring, als er 1925 wegen Morphiumsucht Patient einer psychiatrischen Klinik in Stockholm gewesen war, mit einer Eisenstange auf einen Wärter losgegangen. (AZ 24-03, 1) Am 5. Mai wurde der ehemalige Jagdflieger überdies zum Reichsluftfahrtminister ernannt, worauf eine Passage der *Dritten Walpurgisnacht* hindeutet, in der von der Erfordernis die Rede ist, „den deutschen Reichsluftschutzbund auszubauen, weil deutscher Luftschutz das Gebot der Stunde“ sei. Laut Göring habe sich Deutschland zu einem „Überpreußen“ entwickelt, so zitiert K. K. ohne Anführung eine Meldung des Arbeiterblattes, weshalb „der alte preußische Aar wieder das Schwert und den Blitz“ erhalte, und zwar „zum Zeichen, daß er gewillt ist, zur Sonne emporzusteigen und das Heiligste mit dem Letzten zu verteidigen“. (DW 283 vgl. AZ 03-07, 1) Dass der umtriebige Minister jedoch die SA als die „getreuen Helfer zur Verteidigung von Unruhen und Auswüchsen“ angesprochen habe, ist ein Irrtum. (DW 294) Die falsche Präposition, die K. K. als einen „Druckfehler der Weltgeschichte“ betrachtet, legte die *Neue Freie Presse* dem Berliner Polizeipräsidenten Magnus von Levetzow in den Mund, dem bei einer Ansprache vor Schutzpolizisten dieser Göringsche Versprecher unterlaufen sein soll: „Vergessen wir nicht der großen Verdienste der Nationalsozialisten, ihrer

tapferen S. A. und S. S., vergessen wir nicht der wackeren ‚Stahlhelmer‘. Und das wünsche ich insbesondere von jedem einzelnen von Ihnen: Stehen Sie zu ihnen als ihren getreuen Helfern zur Verteidigung von Unruhen und Auswüchsen!“ (NFP 24-02, 3)

Wie treffend der Lapsus die widersprüchlichen Vorgänge in Deutschland umschrieben hatte, wurde ein paar Tage später deutlich. Denn die Frage, welche Rolle Hitlers Soldaten bei den Unruhen und Auswüchsen am Abend des 27. Februar spielten, ist bis heute nicht geklärt. Fakt ist, dass kurz nach 21 Uhr ein Feuer im Reichstagsgebäude ausbrach und etwa eine halbe Stunde später, als bereits die gesamte rechte Seite des Westflügels und der zentral gelegene Plenarsaal brannten, ein nur mit Hose und Schuhen bekleideter junger Mann namens Marinus van der Lubbe im Haus festgenommen wurde. Während sämtliche Feuerwehren Berlins noch damit beschäftigt waren, den Großbrand zu löschen, saß der 24-jährige Holländer beim Verhör und behauptete standfest, die Tat allein ausgeführt zu haben. Ungeachtet dessen, verbreitete Göring, der als erstes Regierungsmitglied am Schauplatz eingetroffen war, sofort die Version, es handle sich um einen bolschewistischen Anschlag, hinter dem die Kommunistische Partei Deutschlands stecke, und stattete die gesamte Kriminal-, Schutz- und Hilfspolizei mit Haftbefehlen gegen kommunistische Politiker und linke Autoren aus. Im Lauf der Nacht wurden in Berlin über 130 Personen verhaftet – darunter die Publizisten Carl von Ossietzky und Egon Erwin Kisch. Am 28. Februar legte Hitler dem Reichspräsidenten eine Notverordnung vor, die „zum Schutz von Volk und Staat“ dienen sollte, de facto aber die Reichsverfassung durch einen dauerhaften Ausnahmezustand ersetzte. Denn mit Hindenburgs Unterschrift traten wesentliche Grundrechte wie die Freiheit von Person und Eigentum, die Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis außer Kraft. Die Verordnung war für ganz Deutschland gültig und ermächtigte die Reichsregierung, falls die Landesbehörden den Weisungen aus Berlin nicht folgen würden, deren Befugnisse zu übernehmen. Es konnten nun Delikte wie Hochverrat, Brandstiftung oder politische Geiselnahme mit der Todesstrafe geahndet und Personen ohne gerichtliche Kontrolle in „Schutzhaft“ genommen werden. Da die Presse der deutschen Kommunisten und Sozialdemokraten umgehend verboten wurde, waren es vor allem linke Organe im Ausland, die den Verdacht nährten, die Nationalsozialisten hätten den Reichstagsbrand als bolschewistischen Anschlag inszeniert, um ungehindert gegen die politischen Gegner vorgehen und

bei den Neuwahlen am 5. März als Retter des Reiches auftreten zu können. K. K. ist, wie mindestens ein halbes Dutzend Stellen der *Dritten Walpurgisnacht* zeigen, ein entschiedener Anhänger dieser Variante. Er weist auf das Ereignis und dessen Folgen wiederholt als Beispiel für den nationalsozialistischen „Wettkampf der Worte mit den Taten“ hin: „Das geht so von der Feststellung an, daß alles was geschah [sic] zur Rettung vor den Kommunisten geschah, angefangen vom Reichstagsbrand, der durch sie geschah.“ (DW 177f.) Es sei jedenfalls bedenklich, mit Politikern diplomatisch zu verkehren, „gegen die nebst allem, was erwiesen ist, der dringende Verdacht vorliegt, daß die Kommunisten den Reichstag angezündet haben“. (DW 232) In seinen Anspielungen folgt K. K. der Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung*, die schon am Morgen nach dem Brand von einer „Nazimache“ sprach und die amtlichen Darstellungen als „vollkommen unglaublich“ bezeichnete: „Es spricht alles dafür, daß die Nazi die ‚Schwatzbude‘ in Brand gesteckt haben, denn nur sie können ein Interesse daran haben. Die Entdeckung des angeblichen holländischen Kommunisten soll offenkundig den Vorwand für neue Terrorakte und für die verschärfte Verfolgung der Marxisten liefern. Der ‚Bolschewismus‘ ist schuld – neue Verbote her, neue, immer tollere Unterdrückungsmaßnahmen! Der Reichstag brennt – die Marxistenhatz kann beginnen!“ Dass in van der Lubbes Hosentaschen, wie in den ersten Kommuniqués behauptet wurde, außer seinem holländischen Pass ein kommunistisches Parteibuch gesteckt habe, sei natürlich ein völliger „Blödsinn“, der vielmehr die „absichtliche Mache“ verrate. (AZ 28-02, 1) Keine Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Aussendungen schien hingegen die *Neue Freie Presse* zu haben. Nach diesem „Flammengruß der Revolution“, so beschwor ihr Leitartikel am 28. Februar, dürfe es in Deutschland nur mehr eine Partei geben, „die Partei des allgemeinen Wohles“, in deren Namen sich „alle Gutwilligen zu gemeinsamem Werke, zur Rettung vor dem Bolschewismus“ zusammenfinden sollten. Im Angesicht der Gefahr besann sich das bürgerliche Blatt sogar des Allmächtigen, damit Hitler nicht vom rechten Weg abkomme: „Lasset uns beten, daß die Männer an der Spitze des Staates nicht sprechen: der Staat sind wir, dass ihre Arbeit nicht im Kleinkram erstarre, daß ihr Wille, dem Volk zu dienen, nicht an Parteigeist erstickte ...“ Nun müsse die Gelegenheit genutzt werden, „um endgültig die Böcke von den Schafen zu trennen und das Lebenswillige vom brandigen Krebsgewebe zu sondern“. Von der Zurückhaltung am Beginn des Beitrags, wo im Konjunktiv berichtet wurde, „ein holländischer Kommunist habe die Tat vollbracht“, blieb im Fazit nicht viel

übrig: „Der Kommunismus meldet sich als Hyäne des Schlachtfeldes. Er hat bisher noch aus jedem Wahlkampf Nutzen gezogen. Löschet den Brand, ehe es zu spät ist!“ (NFP 28-02, 1f.) Im Blattinneren brachte die *Neue Freie Presse* einen ausführlichen Bericht ihres Berliner Korrespondenten, der seine Augenzeugenschaft in einem szenischen Einstieg herausstellte. „Ungeheure Menschenmassen haben sich um das Reichstagsgebäude angesammelt. Die Polizei hat umfangreiche Absperrungen vorgenommen. Minister und Abgeordnete, an ihrer Spitze Reichstagspräsident Göring, dringen zu dem brennenden Gebäude vor. Das Innere des Hauses bietet ein Bild der Zerstörung. In den weiten Hallen liegen Balken und Trümmer.“ Obwohl in dieser Nacht kein Journalist die Möglichkeit hatte, den Reichstag zu betreten, erweckt der Artikel den Eindruck, sein Autor habe das Feuer im Vestibül, im Restaurant und im Plenarsaal selbst gesehen. Um die Authentizität der Schilderungen zu erhöhen, stehen die kurzen, von Verben dominierten Sätze der Brandbeschreibung im Präsens. „Der Sitzungssaal ist ein einziges Flammenmeer. Alles brennt, die Stühle der Abgeordneten, die Bank der Regierung und des Reichsrates, der Sitz des Präsidenten, die Tribünen und die hölzernen Wandverkleidungen, die sich bis hinauf unter die Kuppel ziehen. / Alle Telephonleitungen sind gestört, Wasser überschwemmt die roten Veloursteppiche in den Seitengängen.“ Von außen betrachtet, verwandle sich das Geschehen in „ein schauerlich-schönes Bild. Ueber den Bäumen des in tiefem Dunkel liegenden Tiergartens schlagen die roten Flammen aus der Kuppel des brennenden Gebäudes hoch zum Nachthimmel.“ (NFP 28-02, 3) In der *Reichspost* war am Tag nach der Brandstiftung ebenfalls ein Gemisch aus tatsächlichen und erdichteten Sinneseindrücken zu lesen, das allerdings nicht von einem Korrespondenten, sondern einer Nachrichtenagentur stammte, dem Wolffschen Telegraphenbüro, das von insgesamt dreißig Brandherden berichtete, von denen noch einige „in Gestalt von Benzinflaschen“ vorhanden gewesen seien. „Die Täter“ hätten genügend Zeit zur Vorbereitung gehabt, „da die Beamten des Hauses schon früher weggegangen waren. / Der verhaftete Täter besitzt einen holländischen Paß und Ausweispapiere der niederländischen Kommunistenpartei.“ Das christlichsoziale Organ musste aus diesen Informationen nur noch den richtigen Schluss ziehen: „Die bisher vorliegenden Nachrichten über die Entstehung der Brandkatastrophe führen zu der Vermutung, daß es sich um eine kommunistische Aktion handelt, die als ‚Propaganda der Tat‘ zu bewerten wäre, da ein unmittelbarer politischer Zweck dieses Verbrechens nicht zu erkennen ist. Da nicht weniger als dreißig

Brandherde festgestellt wurden, ist mit Gewißheit anzunehmen, daß es sich nicht um die Tat eines einzelnen handelt, sondern um eine wohl vorbereitete Verschwörung.“ Fraglich sei jedoch, wie die „planmäßige Brandstiftung trotz der strengen Ueberwachung des Hauses“ erfolgen habe können. Bis die näheren Umstände des Delikts geklärt seien, böte sich „Vermutungen und Gerüchten ein weiter Spielraum“, weshalb man die Ergebnisse der polizeilichen Untersuchung abwarten müsse. (RP 28-02, 1) Erste Ermittlungserfolge konnte die *Reichspost* schon in der nächsten Nummer bekannt geben. Denn wie die Nebenausgabe des Wolff-Büros, der Nachrichtendienst „Conti“, den auch K. K. zu den offiziellen Quellen zählt (DW 181), meldete, bewiesen die Dokumente, die eine Razzia in der kommunistischen Parteizentrale, dem Karl-Liebknecht-Haus, zutage gefördert habe, dass „systematische Terrorakte von kommunistischer Seite“ vorbereitet worden seien. Es lägen nicht nur „Pläne über die Festnahme von Geiseln“, namentlich der „Frauen und Kinder bestimmter Persönlichkeiten“, sondern auch detaillierte „Angaben über Brandstiftungen in öffentlichen Gebäuden“ vor. Was den Anschlag auf das Reichstagsgebäude betreffe, sei inzwischen belegt, dass der Vorsitzende der KPD-Fraktion, Ernst Torgler, „mit mehreren Brandstiftern einige Stunden im Reichstage“ verkehrt habe. Van der Lubbes Komplizen seien vermutlich durch „die unter dem Reichstagsgebäude befindlichen Gänge für die Heizungsanlagen nach dem Wohngebäude des Reichspräsidenten“ geflohen. (RP 01-03, 1) Der gestellte Täter habe, wie eine Nachricht ohne Quellenangabe mitteilte, „die Verbindung mit der SPD. zugegeben“, weshalb sowohl die kommunistischen als auch die „Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der sozialdemokratischen Partei“ nicht mehr erscheinen dürften. (ebd.) Im Leitartikel zeigte das Blatt Verständnis für die harten Maßnahmen der deutschen Regierung, denn der „Kampf gegen den Kommunismus im Reich ist nach allen Seiten gerechtfertigt“, da eine Partei, „die sich die Zerstörung der europäischen Ordnung und Kultur und die physische Vernichtung des Bürgertums zur Aufgabe gemacht hat“, keinen Anspruch auf demokratische Freiheiten erheben dürfe. Hitlers „Kampf gegen die Demokratie“ richte sich allerdings nicht gegen „ein nach Europa verpflanztes Asiatentum“, sondern gegen „die wenigen, noch aufrecht stehenden Reste der Weimarer Verfassung“. (RP 01-03, 2) Folglich beklagte die *Reichspost* in einem Kommentar über die „Kritikscheue der Harzburger“, dass das Regime auch die Meinungsäußerungen der katholischen Organe und Politiker unterdrücke. „Der deutsche Rundfunk steht ganz im Dienste der nationalsozialisti-

schen Wahlpropaganda, die Funkhörer werden mit Ansprachen der Harzburger Führer und mit Stimmungsberichten des Propagandaleiters Dr. Goebbels bombardiert. [...] Die Aus-sendungen und Meldungen des (amtlichen, bzw. halbamtlichen) Wolffbüreaus stehen unter nationalsozialistischer Redaktion und spiegeln die Auffassungen und Wünsche der herr-schenden Partei.“ Und von der „drakonischen Pressezensur“ seien nicht nur linke Blätter betroffen, „sondern die Zeitungen aller nicht der Harzburger Parteienkoalition angehören-den Richtungen“. (RP 01-03, 3) Zwei Wochen später kam das christlichsoziale Organ auf diese Frage in einem Leitartikel zurück, der betonte, wie stark die Aufhebung der Mei-nungsfreiheit in Deutschland den Informationsfluss nach Österreich beeinträchtige: „Die Meldungen, die aus dem Reich über die Grenze gelangen, stehen unter Zensur oder sind schon im Hinblick auf eine Zensur verfaßt. Der Draht meldet nur Dinge, die der Regie-rung und den Regierungsparteien genehm sind, auch das Briefgeheimnis gilt nicht mehr und die Zeitungskorrespondenten in den deutschen Städten sind zu äußerster Vorsicht ge-nötigt. Die Berichterstattung aus dem Reich ist daher sehr lückenhaft und einseitig.“ (RP 15-02, 1) Auf die Leser des Blattes wirkte sich diese Situation insofern gravierend aus, als sie im Gegensatz zu jenen der *Arbeiter-Zeitung* und der *Neuen Freien Presse* keine Möglich-keit hatten, der offiziellen Darstellung der Ereignisse zu entgehen. Obwohl sich die *Reichs-post* bewusst war, dass die Wolff- und Conti-Meldungen zensuriert wurden, stammte der überwiegende Teil ihrer Berichterstattung aus Deutschland von diesen beiden Agenturen, die spätestens seit 1931, als die Aktienmehrheit des 1848 gegründeten Wolffschen Tele-graphenbüros in Staatsbesitz übergegangen war, den Reichsregierungen als amtliche Nach-richtendienste zur Verfügung standen.¹ Daneben gab es die 1913 entstandene „Telegra-phen-Union“, die noch während des Ersten Weltkriegs in den Medienkonzern von Alfred Hugenberg eingegliedert wurde und sich im Lauf der 1920er Jahre zum größten Konkur-renten des Wolff-Büros entwickelte. Da Hugenberg selbst Mitglied des Kabinetts der „Na-tionalen Konzentration“ war, hatte Hitler von Anbeginn Zugriff auf die beiden wichtigsten Nachrichtenagenturen Deutschlands, die mit Jahresende 1933 zum „Deutschen Nachrich-tenbüro“ zusammengeschlossen wurden. Alternativ brachte die *Reichspost* Beiträge, die mit dem Kürzel „TK“ versehen waren, was für „Telegraphenkompagnie“ stand. Wie eine Mel-dung über die Konkordatsverhandlungen Franz von Papens offenbart, dachte sie, anhand

1 Vgl. André Uzulis: *Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus*, S. 43f.

dieser kleinen Wiener Agentur Auslandsberichte „aus privater Quelle“ beziehen zu können (RP 02-07, 3) – ein Irrglaube, der durchaus im Interesse der Telegraphenkompanie lag. Denn hinter dem scheinbar unabhängigen Pressedienst stand seit 1927 die Nachrichtenagentur „Europapress“, die wie das österreichische Partnerbüro als Erwerbsunternehmen getarnt war, de facto aber wesentlich vom deutschen Staat finanziert und beeinflusst wurde.¹ So verwundert es nicht, dass die vermeintlich private Quelle im Gegensatz zur „Amtlichen Nachrichtenstelle“ in Wien auch nach 1938 bestehen blieb: Die Telegraphenkompanie habe, wie das Propagandaministerium ihren Einsatz bei der publizistischen Vorbereitung der Annexion bilanzierte, „einen ständigen guten Abdruck in der österreichischen Systempresse“ nachgewiesen.² – Dass das „Wolff-Büro unter Nazizensur“ stehe, berichtete die *Arbeiter-Zeitung* schon am Tag nach dem Reichstagsbrand. „Die Unsicherheit über alles, was in Deutschland vorgeht, wird noch dadurch erhöht, daß den Meldungen der offiziellen und halboffiziellen deutschen Nachrichtenagenturen keinerlei Glaubwürdigkeit mehr beizumessen ist. Seit einigen Tagen werden sämtliche Nachrichten des Wolffschen Büros von drei Beauftragten der Nazi kontrolliert.“ (AZ 28-02, 1) In der folgenden Ausgabe prangerte das sozialdemokratische Organ die „große Masse der bürgerlichen Blätter“ an, die die „offenkundigen Ausgeburten der nationalsozialistischen Phantasie“ ohne Gegenäußerungen wiedergäben. Wie im Jahr 1914, als in den ersten Kriegstagen die Mär von den serbischen Brunnenvergiftern kursiert habe, werde nun verbreitet, dass man im Karl-Liebknecht-Haus auf Pläne der Kommunisten gestoßen sei, Wasserleitungen und Lebensmittel zu vergiften. (AZ 01-03, 1) Die *Arbeiter-Zeitung* selbst verschwieg die Berliner Aussendungen nicht, sondern setzte sie unter Anführungszeichen gegen die Auftraggeber ein – als Beweise für die Verlogenheit der NS-Führer und die Widersprüchlichkeit ihrer Argumentation. Anfangs wurden die Leser ausdrücklich vor den „Schauergeschichten“ des amtlichen preußischen Pressedienstes und den Nachrichten des Wolff-Büros, der „offizielle[n] Zentrale der Nazilügen“, gewarnt (AZ 01-03, 3 u. 02-03, 5); in der Folge begann das Blatt aber, die Meldungen der deutschen Agenturen lediglich durch ironische Überschriften zu diskreditieren. Ein Titel, der sich nach dem Reichstagsbrand zu einem *Running Gag* entwickelte, lautete: „Van der Lücke hat es getan!“ (z. B. AZ 09-03, 5 u. 14-03, 4) Damit wur-

1 Vgl. ebenda, S. 52 u. 93-99.

2 Zit. nach ebenda, S. 158.

den jene Wolff- und Conti-Berichte erledigt, die Verbrechen augenfällig nationalsozialistischer Täter „kommunistischen Provokateuren“ anlasteten. Um aus seiner Sicht wahrheitsgetreue Informationen über das Geschehen in Deutschland bieten zu können, setzte das sozialdemokratische Organ eigene Korrespondenten ein, zitierte aus der ausländischen Presse und veröffentlichte Nachrichten, denen die Quellenangabe „T. R.“ vorangestellt war. Dabei handelte es sich vermutlich um die private Funkagentur „Transatlanticradio“, die ein Schweizer Unternehmer namens Fritz Simon betrieb.¹ Die „Transradio“, wie das als Finanzdienst gegründete Nachrichtenbüro auch genannt wurde, lieferte seit Ende der 1920er Jahre zusätzlich politische Berichte und besaß eine Station in Innsbruck, die den direkten Empfang von Funkmeldungen aus England ermöglichte. Es ist bezeichnend, dass die erste Gegendarstellung der *Arbeiter-Zeitung* zum Reichstagsbrand von dieser Schweizer Agentur stammte: Marinus van der Lubbe sei nicht, wie in den offiziellen Aussendungen behauptet, Mitglied der kommunistischen Partei Hollands, sondern bereits vor zwei Jahren aus der Organisation ausgeschlossen worden und habe sich laut Auskunft der niederländischen Kriminalpolizei seither „als fanatischer Antikommunist“ betätigt. (AZ 01-03, 2)

Im Lauf der nächsten Wochen beschäftigte sich das Blatt immer wieder mit den Hintergründen des Anschlags vom 27. Februar. Es versuchte, im Verein mit ebenfalls linksgerichteten Zeitungen im Ausland wie dem Pariser *Populaire* oder dem *Manchester Guardian* öffentlich zu beweisen, dass der Reichstagsbrand von Nationalsozialisten organisiert wurde. Als sicheres Indiz für den „Nazischwindel“ betrachtete die *Arbeiter-Zeitung* etwa die Tatsache, dass van der Lubbes Name im Pass, den er bei der Brandstiftung bei sich getragen habe, mit „ü“ geschrieben sei, einem Buchstaben, den das holländische Alphabet nicht kennt. (AZ 07-03, 1)

Dass die deutschen Behörden das Faksimile des Ausweises selbst veröffentlicht hatten, bestätigte das Bild der sich in ein Lügennetz verstrickenden NS-Täter, das der nächste Entlarvungsbericht durch den Hinweis auf den unterirdischen Heizungsgang zwischen dem Reichstagsgebäude und dem Palais des Reichstagspräsidenten zu vervollständigen suchte. Entgegen der offiziellen Version handle es sich dabei nicht um den Fluchtweg kommunistischer Terroristen, sondern um den Tatweg jener SA-Männer, die Göring, der Reichstagspräsident, mit der Brandstiftung beauftragt habe. (AZ 19-03, 3)

Im selben Beitrag war auch eine Behauptung zu lesen, die K. K. aufgreift, nämlich dass die Nationalsozi-

1 Vgl. dazu Edith Dörfler u. Wolfgang Pensold: *Die Macht der Nachricht*, S. 323f. u. 337f.

alisten geplant hätten, das Feuer erst am Abend des 2. März zu legen, der Konflikt mit den Deutschnationalen aber zu der überstürzten, mit allen Mängeln behafteten Vorgangsweise geführt habe. (ebd.) Wie das sozialdemokratische Blatt im Juli ergänzte, sei außerdem die Nachricht vom kommunistischen Anschlag auf den Reichstag „eine volle Stunde vor dem Ausbruch des Feuers“ von SA-Truppen in Berlin verbreitet worden. (AZ 08-07, 4) In der *Dritten Walpurgisnacht* verzahnen sich beide Darstellungen: „Dagegen dürfte die Behauptung, daß der Retter die Nachricht von der Anzündung des Reichstags durch die Kommunisten bereits eine Stunde vor dieser verbreiten ließ, insofern auf einem Irrtum beruhen, als der Brand selbst vor dem angesetzten Termin erfolgt war.“ (DW 283f.) Mit solchen Spitzfindigkeiten setzte sich die *Neue Freie Presse* nicht auseinander. Nachdem die deutsche Regierung sämtliche Freiheitsrechte mit einer Notverordnung außer Kraft gesetzt und bereits die Verhaftung hunderter politischer Gegner veranlasst hatte, veröffentlichte das bürgerliche Blatt einen Leitartikel, der sich auf den Freiheitsbegriff in Fichtes *Reden an die deutsche Nation* berief: „Würde Johann Gottlieb Fichte heute noch ebenso sprechen und müßte er nicht alle Werte seines Lebens umwerten angesichts der herzerreißenden Entwicklung in Deutschland?“ Gewiss, es sei betrüblich, das Volk der Dichter und Denker in Ketten zu sehen; über die Frage, wer den Ausnahmezustand zu verantworten habe, bestünde jedoch kein Zweifel mehr. „Der Kommunismus hat durch seine unglaublichen und fluchwürdigen Verirrungen das Stichwort geliefert für diese ganze Flut von scharfen und ernsten Maßregeln. Die Funde im Karl-Liebkecht-Haus scheinen wirklich sensationellen Charakter zu tragen, und seit den Greueln der Kriegs- und Nachkriegszeit hat man ähnliche schauderhafte Dinge noch nicht gehört. [...] Nun erfahren wir sogar, daß Vergiftungen in dieser Hexenküche des Verbrechens vorbereitet wurden; und wirklich, man muß glauben, daß diese Menschen gänzlich den Verstand verloren und völlig aus der Psychologie des wütendsten Spartakismus heraus gehandelt haben.“ (NFP 01-03, 1) Der Erfolg der deutschen Kommunisten müsse als Effekt der Arbeitslosigkeit betrachtet werden. Denn während die Reichstagsfraktion der KPD Mitte der 1920er Jahre keine fünfzig Abgeordnete gezählt hatte, sei die Mandatsziffer bis zum Herbst 1932 auf „die furchtbare Höhe von hundert“ gestiegen, und zwar „trotz der ganz kolossalen Arbeit des Nationalsozialismus und der populären Strömung zugunsten Hitlers“. Das Ziel, die Menschen „der Verführung der Bolschewiken zu entziehen, das Gift des Marxismus aus ihnen zu vertreiben“, könne man schwer-

lich durch restriktive Maßnahmen erreichen; das einzige Mittel, mit dem sich „der Kommunismus ausrotten“ lasse, sei „positive Arbeit“ der Regierung. (NFP 01-03, 2) Die Nachricht über die Ereignisse am Tag nach dem Reichstagsbrand stammte vom Korrespondenten der *Neuen Freien Presse*, der die „Erklärungen in maßgebenden Kreisen“ wie üblich in abhängiger Rede referierte: „In Deutschland, wird weiter erklärt, kommt eine neue Zeit. Die parlamentarisch-demokratische Zeit ist endgültig überwunden. Nach nicht mehr allzu langer Zeit wird man sehen, was Adolf Hitler für die ganze Welt bedeute im Abwehrkampf gegen den Kommunismus. Nach dieser Regierung kann nur der brutale Kommunismus kommen, und darum müsse diese Regierung bleiben.“ (NFP 01-03, 3) Dass der Modus der Wiedergabe zwischen Konjunktiv und Indikativ wechselt, erhöht die Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Darstellung und stellt keine Ausnahme, sondern den Regelfall in der Berichterstattung des bürgerlichen Blattes dar, das die Quelle bei kürzeren, von Nachrichtenagenturen übernommenen Meldungen in der Regel gar nicht anführte. Namentlich genannt wurden nur außergewöhnliche Autoren – wie der deutsche Schriftsteller Kurt Münzer, der die „Schreckensnacht in Berlin“ feuilletonistisch Revue passieren ließ: „Es war wie ein Symbol, ein Fanal der blutigen Zeit, als in der Nacht vom Montag zum Dienstag, dem letzten Februartag, ein roter Feuerschein über dem Regierungsviertel Berlins am Himmel erschien.“ Einem jungen Mann sei rein zufällig aufgefallen, wie es hinter den Fenstern des Gebäudes rot geleuchtet habe, und ehe „er sich noch ganz klar war, was es bedeutete, gab er die Meldung ins Telephon: Feuer im Reichstag ...“ Ganz „ausgeschreckt“ wäre Berlin inzwischen, „der allnächtliche Mord, die alltägliche Schießerei, die gesprengte Demonstration, heut kann es im eigenen Haus, kann es einer aus der Familie sein, die Hupen da draußen: Gilt es mir? Gilt es dir nebenan?“ Aber nein, die Wagen fuhren vorbei, hin zum Reichstag, der schon lichterloh brannte. „Während der Sockel des Gebäudes finster und unversehrt stand, wogten um die Dächer und Türmchen, die Reiterfiguren daneben, die Göttinnen und Götter die roten Fluten des Feuers. Jetzt zischten die Scheinwerfer auf, ein Meer von Licht ergoß sich über das Meer der Flammen, es konnte eine Filmaufnahme sein, sensationeller Filmeinfall, Millionenfilm, ein ganzes Volk hat sich arm gemacht für ihn.“ (NFP 02-03, 1) An die emphatische Schilderung des Brandes schloss sich ein Absatz über die Geschichte jenes zerstörten Hauses, das der „Schweiß, der Hunger, die Tränen, aber auch die Hoffnungen eines Volkes“ errichtet hätten und das zwar gewaltig, jedoch nicht

schön gewesen sei, da es für eine „eklektische, fremde Größe bergende Art“ des Bauens gestanden habe. Nun hingegen, nachdem das Löschwasser an der Fassade der Ruine gefroren war, bilde der Reichstag ein natürliches Kunstwerk, von „jener Schönheit, die der Mensch nur anbeten, nicht erfinden kann“. (NFP 02-03, 2) Im Gegensatz zur *Arbeiter-Zeitung* kamen die *Reichspost* und die *Neue Freie Presse* erst im Herbst auf den Reichstagsbrand zurück. Denn am 21. September begann in Leipzig der Prozess gegen Marinus van der Lubbe und vier weitere Angeklagte, den Vorsitzenden der KPD-Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, und drei bulgarische Kommunisten, die am 9. März in Berlin verhaftet worden waren. Als der Termin des Strafverfahrens bekannt wurde, mit dem laut K. K. „die in der Weltgeschichte wie in der Kriminalgeschichte noch nicht dagewesene Schwierigkeit“ verbunden sei, „daß die Täter der Justiz den Fall in Auftrag geben“ (DW 299), brachte das sozialdemokratische Organ einen langen Artikel, der die wichtigsten Indizien für eine nationalsozialistische Täterschaft zusammenfasste. (AZ 25-08, 3f.) Der Beitrag wies eingangs auf das in der Schweiz erschienene *Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror* hin und führte dann Argumente an, die teils bis heute diskutiert werden, teils aus der Luft gegriffen erscheinen. Überzeugend sind etwa die Hinweise auf die ursprünglichen Aussagen des Berliner Oberbranddirektors Walter Gemppe und auf die Denkschrift des deutschnationalen Fraktionschefs Ernst Oberfohren, die auch in der *Dritten Walpurgisnacht* erwähnt wird. (DW 207) Gemppe hatte nach ersten Untersuchungen am Tatort ausgeschlossen, dass van der Lubbe das Feuer allein gelegt haben konnte, da man auf Brandstiftungsmaterial im Umfang einer Lastwagenladung gestoßen sei. Außerdem habe ihm Göring ausdrücklich verboten, sofort die höchste Alarmstufe zu verkünden. Der Leiter der Berliner Feuerwehr wurde daraufhin fristlos abgesetzt, in ein Korruptionsverfahren verwickelt und schließlich, am 2. Mai 1939, erdrosselt in seiner Gefängniszelle aufgefunden.¹ Der Polizeibericht sprach von Selbstmord, genauso wie bei Oberfohren, der sich am 7. Mai 1933 in seiner Kieler Wohnung erschossen haben soll. Die unter dem Namen des deutschnationalen Politikers veröffentlichte Broschüre bestätigte die These, dass SA-Leute, die durch die unterirdischen Heizungsgänge ins Gebäude gelangt waren, den Reichstag im Auftrag Görings angezündet und van der Lubbe dort als Sündenbock zurückgelassen hatten. Entgegen der Darstellung in der *Arbeiter-Zeitung* war Oberfohren aber nicht der Autor, sondern nur die Informationsquelle des Memorandums,

1 Vgl. dazu Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung*, S. 21f.

das vermutlich von kommunistischen Emigranten verfasst und verbreitet wurde.¹ Während dieser Irrtum durch die dubiosen Todesumstände im Fall Oberfohren erklärlich ist, muten andere spekulative Annahmen des Blattes nicht nur tendenziös, sondern hetzerisch an, wodurch auch die stichhaltigen Einwände gegen die Reichstagsbrand-Version der Nationalsozialisten an Glaubwürdigkeit verlieren. Im selben Bericht wurde beispielsweise behauptet, der angeblich homosexuelle van der Lubbe sei bereits 1931 bei einer Wanderung durch Deutschland in die Fänge eines gewissen Georg Bell geraten, der seinem Vorgesetzten, dem SA-Stabschef Ernst Röhm, „die von seiner anormalen Veranlagung benötigten jungen Leute“ besorgt habe. (AZ 25-08, 3) Schon im März hatte die *Arbeiter-Zeitung* einen Konnex zwischen Bell, der im folgenden Monat in Tirol von Nationalsozialisten erschossen wurde, und dem Reichstagsbrand konstruiert: Der mysteriöse Geschäftsmann fungiere als Vermittler zwischen führenden Nazis und der britischen Erdölindustrie, die mithilfe des inszenierten Anschlags versucht habe, „das russische Petroleum vom deutschen Markt zu verdrängen, die russischen Handelsbeziehungen mit Deutschland zu sprengen, die russische Ausfuhr lahmzulegen und an diesen Flammen, wenn möglich, den heiligen Krieg des internationalen Kapitals gegen Sowjetrußland zu entzünden!“ (AZ 19-03, 4) Über den Verlauf des Reichstagsbrandprozesses berichteten alle drei Blätter ausführlich – die *Arbeiter-Zeitung* betont kritisch, die *Neue Freie Presse* leichtgläubig und die *Reichspost* anhand der Aussendungen des Wolff-Büros. Das Verfahren dauerte drei Monate und endete mit der Verurteilung van der Lubbes zum Tode und einem Freispruch der Mitangeklagten. Ein „sensationelle[s] Urteil“, wie das bürgerliche Blatt feststellte: „Unbefangen zu bleiben, da so viele öffentliche Interessen im Spiele sind, wahrlich eine Aufgabe für einen Uebermenschen der Gerechtigkeit.“ (NFP Ab. 23-12, 2) Das christlichsoziale Organ lobte zwar auch die Objektivität des Gerichts, bezeichnete den Prozess selbst aber als nutzlos, da er „weder den kriminellen Tatbestand noch den politischen Hintergrund“ geklärt habe. Ein „schwerer Mißgriff“ sei jedenfalls die Anklage der drei Bulgaren gewesen; und dass die deutschen Behörden nach dem Reichstagsbrand „offenkundige Unwahrheiten“ veröffentlicht hätten, namentlich die Behauptung, van der Lubbe habe die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zugegeben, müsse ebenfalls als verhängnisvoller Fehler bewertet werden. Für die Richtigkeit der „ungeheuerlichen Anschuldigung“, wonach das Feuer von Nationalsozialisten gelegt wor-

1 Vgl. zum Fall Oberfohren Walther Hofer u. a. (Hg.): *Der Reichstagsbrand*, S. 341-354.

den sei, gäbe es freilich auch keinerlei Beweise. (RP 24-12, 4f.) Das Arbeiterblatt hob das Gegenteil als das eigentliche Ergebnis des Verfahrens hervor: „da erwiesen ist, daß van der Lübbe den Reichstag nicht allein angezündet haben kann, da aber zugleich die Anklage, die die Kommunisten zu seinen Mitschuldigen machen wollte, trotz aller Mühe schmachvoll zusammenbrach – wer also bleibt übrig?“ (AZ 24-12, 2) Ungeachtet der vielen Fragezeichen, die dem Anschlag noch immer anhaften, legen diese beiden Prämissen bis heute die Konklusion nahe, dass der Reichstagsbrand eine nationalsozialistische Tat war.

Diese Untersuchung hat, es sei nun eingestanden, ein zwiespältiges Verhältnis zur Chronologie. Sie soll grundsätzlich dem kalendarischen Ablauf des Geschehens folgen, um Ordnung in die Diskurse zu bringen, die kakanischen und journalistischen Texte nach der historischen Zeitleiste gliedern zu können. Sie soll aber zugleich zeigen, wie unterschiedlich die Ereignisse in der *Dritten Walpurgisnacht*, den drei Zeitungen und der Geschichtsschreibung gewichtet sind. Eine Krux, die notgedrungen zu zeitlichen Sprüngen und also dem Versuch führt, aus der Not die Tugend des guten Erzählers zu machen, der den Eindruck der Reihenfolge erweckt, sich der Zeit jedoch kaum mehr verpflichtet fühlt als das Kind seinem Spielball, den es liegen lässt, sobald ein Mobiltelefon blinkt oder klingelt, und erst wieder aufnimmt, wenn es sonst nichts zu sehen oder hören gibt. Was den Reichstagsbrand betrifft, ist die ausführliche Darstellung erstens der Relevanz geschuldet, die ihm K. K. verleiht, und zweitens der Tatsache, dass er in der Presse, namentlich in der *Arbeiter-Zeitung*, nicht nur als einmaliger Vorfall behandelt wurde, sondern über Monate hinweg thematisch präsent blieb. Anders verhält es sich mit den Ereignissen, die das politische Leben Deutschlands und Österreichs in den ersten Märztagen 1933 bestimmten: Der folgenreiche Rücktritt der drei österreichischen Nationalratspräsidenten am 4. März wird in der *Dritten Walpurgisnacht* nicht erwähnt, und die tags darauf abgehaltene Reichstagswahl kommt, wie zitiert, lediglich in einem Nebensatz vor. Die drei Blätter setzten sich mit den Vorgängen hingegen breit auseinander, weshalb zunächst ein paar Stellen der Berichterstattung über den deutschen Wahlkampf und -ausgang angeführt werden sollten. Einer nationalsozialistischen Kundgebung im Berliner Sportpalast am 10. Februar hatte der Korrespondent der *Neuen Freien Presse* beigewohnt. Hitlers Rede wurde live im Rundfunk übertragen und per Lautsprecher auf die großen Plätze der Hauptstadt geschallt. Inhaltlich knüpfte der Kanzler bei der Disjunktion an, um die sich schon sein „Aufruf an das deutsche Volk“ gedreht

hatte. „Nur eines kann das Ziel sein: entweder der Marxismus oder das deutsche Volk.“ Er gelobe, nicht zu ruhen, ehe die „Parteien der Klassenspaltung“ vernichtet seien. Gegen Ende der Rede sprach Hitler seinen Hörer, das deutsche Volk, persönlich an: „Ich schwöre dir, ich trat in dieses Amt nicht um Gehalt, nicht um Lohn, ich tat es um deiner selbst willen!“ Die Stunde werde kommen, da jene, die ihn heute verfluchen, hinter ihm marschieren und das gemeinsam erkämpfte Dritte Reich begrüßen würden als „das Reich der Ehre, der Kraft, der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. Amen!“ (NFP 11-02, 2) Der Bezug zum Christentum wird diesmal nicht ausdrücklich, sondern sinngemäß hergestellt, bald anhand des jenseitigen Charakters des in Aussicht gestellten Reiches, bald über die Anlehnung an den Schluss des Vaterunsers. In einem Kommentar wies das bürgerliche Blatt aber nicht die Vergöttlichung des Nationalsozialismus, sondern die Verteufelung des Marxismus zurück. Sozialdemokraten und Kommunisten hätten gewiss zahlreiche Fehlentscheidungen getroffen; die Anklage allein gegen sie zu erheben, sei jedoch „weniger richtig als einfach“. Außerdem falle nach wie vor Hitlers „Mangel eines positiven, durchdachten Programms“ auf, das nicht durch griffige Parolen zu ersetzen sei. (NFP 12-02, 4) Die *Arbeiter-Zeitung* brachte am 1. März eine Reportage des Sonderberichterstatters des Prager *Sozialdemokrat*, der ebenfalls eine Wahlveranstaltung der NSDAP besucht, dabei allerdings weniger auf den Inhalt der Ansprachen als die Art der Inszenierung geachtet hatte. In hierarchisch gegliederten, dicht gedrängten Reihen seien die SA- und SS-Leute Spalier gestanden, eine Gasse zum Sportpalast bildend, vor dem die Kinder der Hitlerjugend und des Bunds deutscher Mädel Souvenirs verkauft hätten: „Führerbilder, Hitler in Goldrahmen, Abzeichen, Fähnchen, das neueste Sturmlied, Liederbuch der SA.“ Im Saal an die 20.000 Zivilisten – Proletarier, Kleinbürger, auf den besseren Plätzen Bourgeoisie, die man vor und zwischen den Reden mit Musik unterhalte. Goebbels Auftritt erwecke den Eindruck eines „gerissenen, nüchtern rechnenden Demagogen“, der seinen „Führer“ ohne Zweifel als „sprechende Attrappe ohne Idee“ durchschaue. „Aber der Irrsinn der Nazi hat in jeder seiner Formen Methode.“ Und wenn der kleine Propagandaleiter eine Drohung ausstoße, die allgemein beklatscht werde, „dann kann man sicher sein, daß sie jeder auf den bezogen hat, den er am meisten haßt“. (AZ 01-03, 6) Am Tag nach der Wahl, bei der die NSDAP knapp 44 Prozent der Stimmen und gemeinsam mit den Deutschnationalen die absolute Mehrheit im Reichstag erhalten hatte, feierte das sozialdemokratische Organ die Widerstandskraft der

Schwesterpartei, die trotz massivem Regierungsterror als zweitstärkste politische Kraft in Deutschland bestätigt worden war: „unentwegt und unerschüttert, in geschlossenen Reihen, harren die alten, schlachterprobten Kader der organisierten deutschen Arbeiterschaft bei ihrer Fahne aus“. (AZ 06-03, 1) Die *Neue Freie Presse*, die sich ein Ergebnis gewünscht hatte, „das die Demokratie vor dem Untergange bewahrt“, führte den Wahlausgang auf die „Sehnsucht nach Führerschaft“ zurück, die immer ein „Wesenselement des deutschen Volkes“ gewesen sei. (NFP 05-03, 2 u. 07-03, 1) Dass die Abstimmung im Deutschen Reich keine „völlig freie“, aber doch eine ordentliche Wahl sein werde, hatte die *Reichspost* am Tag zuvor betont und hinzugefügt: „Die Zugriffe des Herrn Goering, durch die die Kommunisten aus dem Wahlkampfe so gut wie ausgeschieden wurden, sind immerhin nur ein mattes Abbild der blutigen Brutalität, mit der sich der Bolschewismus in den Sattel setzte [...]“. (RP 05-03, 1) Nachher hob das christlichsoziale Blatt außer dem Stimmenzuwachs der katholischen Parteien den Erfolg des deutschen Regimes hervor, den Kommunisten erstmals seit 1924 Stimmenverluste beigebracht zu haben. Über allen Bedenken müsse nun Deutschland zuliebe der Wunsch stehen, dass Hitler „das versprochene Werk der Erneuerung gelingen möge“. (RP 06-03, 2) Im Leitartikel, der vor der Wahl erschienen war, hatte die *Reichspost* eine bemerkenswerte Unterscheidung getroffen: Es entspreche „wahrer Demokratie“, der Auflehnung der Volksstimmung gegen die „Pseudodemokratie des Marxismus“ zum Durchbruch zu verhelfen. (RP 05-03, 2) Mit diesem Salto mortale versuchte das Blatt, sich sowohl von der angeblich sozialdemokratischen Methode, Parlament und Meinungsfreiheit für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen, als auch den nationalsozialistischen Diktaturplänen abzugrenzen. Bereits zwei Tage vorher hatte es auf der Titelseite einen mit „Aufbruch!“ überschriebenen Beitrag veröffentlicht, der im „Zeichen der Autorität“ für „wahre, dauernd gesicherte Freiheit und für geläuterte Demokratie“ eingetreten war. (RP 03-03, 1) Wer Anfang März das christlichsoziale Organ las, konnte über das, was nach dem Zwischenfall im Nationalrat passierte, der infolge des Rücktritts seiner drei Präsidenten ohne Sitzungsabschluss auseinander gegangen war, nicht verwundert sein. Denn die *Reichspost* hatte den neuen Kurs der Regierung Dollfuß, der von Anbeginn oxymorisch als „autoritäre Demokratie“ gerechtfertigt wurde, wiederholt angekündigt. Die an Goebels Zynismus geschulte amtliche Erklärung vom 7. März sprach folgerichtig von einer „schwere[n] Krise des Parlaments“, die die Regierung nicht hindern könne, „ihre Pflichten

gegenüber Volk und Heimat in jeder Hinsicht zu erfüllen“. Es gäbe daher „keine Staatskrise“, und damit es so bleibe, habe man „bis auf weiteres alle Aufmärsche und Versammlungen verboten und durch eine Verordnung auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zum Pressegesetz die Möglichkeit geschaffen, staats- und volksschädliche Mißbräuche der Pressefreiheit sowie Verstöße gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verhindern“. (RP 09-03, 1) Während K. K. den Vorfall im Parlament, wie gesagt, nicht erwähnt, spielt Dollfuß' Entschluss, mithilfe eines Notstandsgesetzes aus dem Ersten Weltkrieg zu regieren, in der *Dritten Walpurgisnacht* eine bedeutende Rolle. Wir werden später auf dieses Thema zurückkommen. Vorausgeschickt sei lediglich, dass K. K. den Schritt, das „Gesetz der Trägheit“ durch Notverordnungen zu ersetzen, uneingeschränkt begrüßt und die „Beinträchtigung der Preßfreiheit“ in der österreichischen Variante als „kuturbewußtes Wagnis“ herausstellt, „zu dem mehr Mut gegen die Presse gehört als der von Gleichschaltern, die, den Ausdruck eigenen Willens erpressend, der Kritik entzogen bleiben“. (DW 239f.) Hier liegt eine Verwechslung vor. Was die Zensur der Christlichsozialen von jener der Nationalsozialisten unterschied, war nicht kulturelle Verantwortung, sondern mangelnde Raffinesse. Die Berichterstattung der deutschen Zeitungen wurde gleichsam von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler an über die Meldungen der wichtigsten Nachrichtenagenturen und ab Juni 1933 zusätzlich anhand der täglichen Reichspressekonferenz kontrolliert, bei der die Journalisten detaillierte Anweisungen erhielten; Dollfuß hingegen versuchte vor allem mit anachronistischen Mitteln wie der Vorzensur, öffentliche Kritik an seiner Regierung zu unterbinden. So konnte der Bundeskanzler aufgrund der am 7. März erlassenen Notverordnung verfügen, dass Zeitungen, die sich der „Verletzung des vaterländischen, religiösen oder sittlichen Empfindens“ schuldig gemacht hatten, ihre Ausgaben zwei Stunden vor der Verbreitung bei der zuständigen Behörde zur Kontrolle abliefern mussten.¹ Dieser Repressalie war zunächst das Sprachrohr der österreichischen Kommunisten, die *Rote Fahne*, ausgesetzt; am 24. März traf es neben der *Arbeiter-Zeitung* das *Kleine Blatt*; und erst am 4. April wurde mit der *Deutschoesterreichischen Tageszeitung* ein nationalsozialistisches Organ unter Vorzensur gestellt. Im Lauf des Jahres folgten elf weitere Verordnungen, die publizistische Fragen regelten.² Beispielsweise durfte der Kanzler ab Mitte Juni Kolportageverbote

1 BGBl. 1933/41.

2 Vgl. dazu Wolfgang Duchkowitsch: *Umgang mit „Schädlingen“ und „schädlichen Auswüchsen“*, S. 359ff.

über Zeitungen verhängen – am Monatsende wurde der Presse dann vorgeschrieben, amtliche Verlautbarungen künftig „ohne Einschaltungen, Weglassungen, Zusätze und ohne Gegenbemerkungen unentgeltlich zu veröffentlichen“.¹ Kurzum, das österreichische Regime wollte genauso wie jene Gleichschalter, den Ausdruck eigenen Willens erpressend, der Kritik entzogen bleiben. Ob die Tatsache, dass es dem Vorbild dabei nicht gerecht wurde, in Gutmütigkeit oder Dummheit begründet liegt, ist eine Frage des Standpunkts. Was K. K. imponierte, waren wohl Eingriffe wie jener vom 21. Juli, der Überschriften in Zeitungen und Flugblättern verbot, „die mit dem Inhalt der Mitteilung oder des Aufsatzes nicht im Einklang stehen“, und außerdem festlegte, welche Schriftgrade und Schriftschnitte zu verwenden seien.² „Es ist auch ein Stück Volkserziehungsarbeit“, so hieß es in der *Reichspost*, „die da von der Regierung geleistet wird. Das Zeitungspublikum wird, wenn es nicht mehr der Gefahr ausgesetzt ist, sich vom Titelgeschrei und Fettdrucklärm überrumpeln zu lassen, dazu angeleitet, wieder mehr auf das Tatsächliche der Meldungen und auf den sachlichen Inhalt der Artikel zu achten. Es wird in Hinkunft schwerer gemacht sein, dem Leser das Urteil vorweg zu nehmen, es im voraus zu verfälschen und auf falsche Fährten zu leiten.“ (RP 24-07, 1) Das christlichsoziale Organ hatte bereits nach der ersten Notverordnung den „Dank aller anständigen Menschen“ für jene eingefordert, „die ohne Furcht und Vorurteile der Verrottung der Presse ein Ende setzen“. (RP 09-03, 1) Nachdem die Möglichkeit geschaffen war, Zeitungen den Straßenverkauf zu verbieten, leitete das Blatt seinen Bericht mit dem Satz ein: „Der Schädlingpresse, die in ihrer Hemmungslosigkeit auf das Volks- und Staatswohl keine Rücksicht nimmt, wird endlich das Handwerk gelegt.“ Freilich habe die „staatstreue, sich ihrer Verantwortung gegenüber Volk und Heimat bewusste Presse“ nichts zu befürchten, und bei der übrigen stelle sich die Frage, ob sie „denn überhaupt existenzberechtigt“ sei? (RP 11-06, 3) Eines der Blätter, denen die *Reichspost* die Daseinsberechtigung absprach, war die *Arbeiter-Zeitung*, die die Einführung der Vorzensur als „Verfassungsbruch“, ja als „Staatsstreich der Regierung“ bezeichnet hatte: „Diese Verordnung ist der erste Schritt zum Fascismus in Oesterreich!“ (AZ 08-03, 1) Zu Recht wies das sozialdemokratische Organ darauf hin, dass es juristisch unzulässig sei, aufgrund des Gesetzes vom 24. Juli 1917, mit dem die damalige Regierung ermächtigt worden war, „während

1 BGBl. 1933/217 u. 1933/282.

2 BGBl. 1933/323.

der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse“ Verordnungen „zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen“ zu erlassen, die Pressefreiheit im Jahr 1933 aufzuheben.¹ Als die *Arbeiter-Zeitung* selbst unter Vorzensur gestellt wurde, brüstete sie sich mit der „Angst der herrschenden Gewalten vor der Macht unseres Wortes“ und rief den Lesern den in der Kriegszeit üblichen Umgang mit dem Blatt in Erinnerung: „Unter der Herrschaft einer demokratischen Verfassung muß man lesen, was in den Zeilen steht. Unter anders gearteten staatsrechtlichen Verhältnissen muß man lesen, was zwischen den Zeilen steht.“ (AZ 26-03, 1) In Wahrheit genügte es, die nächste oder übernächste Ausgabe abzuwarten, um in einer gewöhnlichen Nachricht zu erfahren, was dort gestanden hatte, wo anstelle des Textes die berüchtigten weißen Flecken erschienen waren. Denn die Sozialdemokraten nutzten die Plattform in den Landtagen, um Anfragen über jene Artikel einzubringen, die der Staatsanwalt konfisziert hatte, worauf das Zentralorgan die unterdrückten Stellen ungehindert als Parlamentsreden wiedergeben konnte. Eine Taktik, die in der austrofaschistischen Verfassung vom 1. Mai 1934 ausdrücklich verboten wurde.²

Bei allen Gemeinsamkeiten der Regime in Deutschland und Österreich fällt ein Unterschied ins Auge – das Ausmaß körperlicher Gewalt. Es ist nicht der einzige, aber der wichtigste. Auch wenn kein Grund besteht, die österreichische Diktatur zu verharmlosen, können die Aktionen der Heimwehr nicht mit dem systematischen Terror gleichgesetzt werden, wie er von der SA und der SS ausgeübt wurde. Blutige Konflikte zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten hatte es schon seit den 1920er Jahren gegeben; nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler entwickelte sich aus den Kämpfen paramilitärischer Einheiten jedoch eine Jagd staatlicher Organe auf politische Gegner, die bereits Ende Februar legalisiert war. Seitdem die Reichstagsbrandverordnung die Möglichkeit geschaffen hatte, Personen willkürlich in „Schutzhaft“ zu nehmen, explodierte die Zahl jener linken Funktionäre, die in Kellern und Lagerhallen festgehalten und gefoltert wurden. Reichsinnenminister Frick kündigte am 9. März an, dass den kommunistischen Abgeordneten, für die im neuen Reichstag kein Platz sei, „in einem Konzentrationslager Gelegenheit geboten“ werde, sich wieder an „fruchtbare Arbeit“ zu gewöhnen. Sobald die „roten Genossen“ zu „nützlichen Gliedern der Nation erzogen“ seien, heiße man sie „als vollwertige Volks-

1 Vgl. RGBl. 1917/307.

2 Vgl. BGBl. 1934/1: Art. 26 u. Art. 59, Abs. 3.

genossen willkommen“. Verschwinden müssten ferner die Vertreter der Sozialdemokratie, der „Wurzel, die den Kommunismus hervorgebracht“ habe. (RP 11-03, 3) Ein paar Tage später gab Heinrich Himmler, der SS-Reichsführer, in seiner Funktion als Münchner Polizeipräsident bekannt, dass in Dachau ein Konzentrationslager für „kommunistische Funktionäre und marxistische Führer“ eröffnet werde. (AZ 21-03, 4) Es war das erste und bekannteste einer Reihe von Lagern, die im Lauf der nächsten Wochen zur „Konzentration“ der „Schutzhäftlinge“ errichtet wurden. Was das politische Geschehen in Deutschland anlangt, stellt der brutale Umgang der Nationalsozialisten mit ihren Gegnern das Hauptthema der *Dritten Walpurgisnacht* dar. K. K. dokumentiert anhand konkreter Fälle, was sich 1933 in den Konzentrationslagern und SA-Bunkern abgespielt hat, indem er einerseits Augenzeugenberichte und andererseits Aussendungen deutscher Nachrichtenagenturen und Pressestellen zitiert. Dass bei ersteren in der Regel keine Quellen angegeben sind, verleitet zu der Annahme, die Schilderungen stammten von persönlichen Informanten. Tatsächlich bezieht K. K. sein Material auch hier aus den Tageszeitungen, die zumindest in Österreich Darstellungen beider Seiten, der Opfer wie der Täter, lieferten. Als Beispiel kann der Fall Ernst Eckstein dienen, der in der *Dritten Walpurgisnacht* aus einer Meldung der *Neuen Freien Presse* und zwei Artikeln der *Arbeiter-Zeitung* montiert ist. (DW 204f.) In dieser Passage, die am Beginn einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der KZ-Berichterstattung steht, steigt K. K. in die offizielle Version der Todesumstände des Breslauer Anwaltes, der dem Vorstand der Sozialistischen Arbeiterpartei angehört hatte, ein und bricht sie in zweifacher Hinsicht auf – zum einen inhaltlich, indem er die Beobachtungen eines Mitgefangenen anführt, und zum anderen durch eine formale Verwandlung des amtlichen Täuschungsversuches in eine ironische Erzählung, wobei der Unterschied lediglich in der Haltung des Autors liegt. Dass Ironie nichts weiter als ersichtlich gemachte Lüge ist, zeigt diese Montage klar, die schildert, „wie ein Fall, hingestellt als eine der grausigsten Bluttaten nach einem Verzweiflungsausbruch des Ermordeten, sich in Wahrheit abgespielt hat“:

Dr. Ernst Eckstein, der als einer der ersten politischen Funktionäre in Schutzhaft genommen wurde
– also geradezu ein Akt der Protektion –

konnte sich nur schwer mit den Bedingungen der Haft abfinden... [NFP 09-05, 3f.]

Man hatte ausgesprengt, diese Bedingungen wären Zwangsarbeit unter Kolbenstößen, Peitschenhieben ins Gesicht, Einnahme von Ricinus, Teilnahme an Sprechhören, und was dergleichen Mißverständnisse mehr sind. Gab es doch auch gelegentliche Rundfahrten durch die Stadt in einem niedrigen Rollwagen, angeblich unter dem Gejohle nationaler Kämpfer, während andere Zuschauer erschüttert weinten. [AZ 19-05, 2]

Noch vor 14 Tagen war er bei Arbeiten für das Breslauer Konzentrationslager beschäftigt. [NFP 09-05, 4]

Keineswegs „im“; eine Art Bürotätigkeit. Freilich nicht ohne körperliche Ertüchtigung, die der tatkräftige Heines [SA-Führer und Breslauer Polizeipräsident Edmund Heines], der selbst einst ein Beispiel gegeben hat, für seine Schutzbefohlenen vorsieht. Einer von diesen behauptet:

Er mußte schwere Steine karren und wurde, wenn wir anderen Ruhe hatten, zum Reinigen der Latrine kommandiert. Während er in deren Inhalt herumwühlen mußte, wurde er Besuchern des Lagers gezeigt. [AZ 12-08, 3]

Doch, wie das schon so kommt, trotz solcher Ablenkung überließ er sich kopfhängerischer Schwermut, zu der er offenbar neigte. In einem Anfall, nämlich

von seelischer Depression verübte er in seiner Zelle einen Selbstmordversuch. Zuletzt verweigerte er die Aufnahme von Nahrung, so daß sie

– man wollte ihn dem Leben und der Arbeit erhalten –

ihm künstlich zugeführt werden mußte. [NFP 09-05, 4]

Man tat das Erdenklichste. Ärzte wurden herbeigeholt. Sie führen sein Ableben

in erster Linie auf die freiwillige Selbstaufgabe zurück. [ebd.]

die er leider wichtigeren Aufgaben, die seiner harften, vorzog. Man hatte ihn, kombinierte die Greuelphantasie, von Breslau nach Oels gebracht (Sitz des Kronprinzen), wo ihm „in stundenlangem Prügeln Lungen und Nieren zerschlagen wurden“; er wimmerte die ganze Nacht; es hieß

anscheinend sei er im Kopf nicht mehr ganz in Ordnung. . . . Man brachte ihn seiner unglücklichen Mutter . . . Sie ließ ihn in die Irrenanstalt an der Einbaumstraße überführen; dort ist er dann bald gestorben. [AZ 12-08, 3]

Wenn man das Kommuniké freilich als ironisch begreift, wozu die kakanischen Einschübe und Sperrungen anleiten, dann läßt die Verkehrung dessen, was dort behauptet wird, das wirkliche Geschehen errahnen. Mit anderen Worten, schon die Lektüre der kurzen Nachricht in der *Neuen Freien Presse*, die sich auf die „Polizeipressestelle“ berief, offenbarte jenen, die es wissen wollten, was vorgefallen war. Diese Schlussfolgerung ist wichtig, weil die starren Fronten, die das politische Leben der Zwischenkriegszeit prägten, vermuten lassen, dass die Berichte der sozialdemokratischen Organe von vielen Lesern der bürgerlichen und christlichsozialen Blätter ignoriert oder als demagogisch abgetan wurden. Ein Misstrauen, das die unterschiedlichen Reaktionen auf den nationalsozialistischen Terror in Deutschland widerspiegeln: Während die *Arbeiter-Zeitung* ab Ende Februar fast täglich Artikel über Gewalttaten der SA- und SS-Leute brachte, kam dieses Thema in der *Neuen Freien Presse* so gut wie gar nicht vor; in der *Reichspost*, die sich im Fall Eckstein ebenfalls auf die Mitteilung der Täter verließ (RP 10-05, 2), wurden die Marxistenverfolgungen begrüßt und erst dann Klagen laut, als auch katholische Funktionäre ins Schussfeld gerieten. Der Vorzug des sozialdemokratischen Blattes lag wiederum in seinen Informationsquellen, die eine alternative Sicht auf die Vorgänge in Deutschland boten. Wie beim Reichstagsbrand übergang es die amtlichen Aussendungen nicht, sondern versah Titel wie „Auf der Flucht erschossen“ oder „Selbstmord eines Schutzhäftlings“ mit Anführungszeichen, um sich von der folgen-

den Meldung zu distanzieren. Daneben gab die *Arbeiter-Zeitung* jedoch Beiträge der französischen und britischen Presse wieder, veröffentlichte Berichte, die sie von Augenzeugen erhalten hatte, und griff auf das Angebot der bereits erwähnten Funkagentur „Transradio“ zurück. Nachdem Reichsinnenminister Frick die Errichtung von Konzentrationslagern angekündigt hatte, erschien daher nicht der Wortlaut nach „Wolff“, sondern ein Artikel mit dem Kürzel „T. R.“: „Wie in hiesigen politischen Kreisen verlautet, sind in Deutschland bisher elftausend Personen interniert worden. Für die Internierten sollen Konzentrationslager an Stellen errichtet werden, die abseits vom Verkehr liegen, so daß sie nicht leicht zu erreichen sind.“ Am oberen Ende der Spalte stand eine mit „Folterungen“ überschriebene Nachricht von derselben Agentur, die auf eine Meldung des Londoner *Daily Herald* verwies, wonach „die SA. in Deutschland planmäßig die verhafteten politischen Gegner foltere“; es gebe „geheime Arrestlokale“ in Berlin, „wo die Häftlinge mit Stahlruten mißhandelt werden“. (AZ 11-03, 4) Wie sich die Berichterstattung des Blattes in concreto gestaltete, lässt sich anhand der Verhaftung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Sollmann darstellen. Der Chefredakteur der *Rheinischen Zeitung* sei, so teilte „Conti“ zunächst mit, in seiner Wohnung „von Gruppen politisch Andersdenkender angegriffen“ worden. Nach Auskunft des Kölner Regierungspräsidenten habe man Sollmann und andere Oppositionsführer nun „im Interesse ihrer eigenen Sicherheit“ in „Schutzhaft“ genommen. (AZ 10-03, 7) Vier Tage später schilderte die *Arbeiter-Zeitung*, was bei dem „Ueberfall der braunen Untermenschen auf den sozialdemokratischen Abgeordneten“ tatsächlich vorgefallen sei: SA-Männer drangen in die Wohnung ein, schlugen Sollmann bewusstlos und hielten ihm dann „eine brennende Fackel unter die nackten Fußsohlen“; nachdem er wieder zu sich gekommen war, „rißen sie ihm den Mund auf und urinierten hinein“; anschließend wurde er „mit Ochenschwänzen und Karabinern bearbeitet“. (AZ 14-03, 4) In einem weiteren Beitrag hieß es, dass man Sollmann „in ohnmächtigem Zustand im Kohlenkeller des Kölner Braunen Hauses gefunden“ habe. „Sein ganzer Körper war voller Verletzungen. Am Kinn hatte er eine breite klaffende Wunde. Der ganze Unterkiefer war gelockert und die Zähne hingen heraus.“ (AZ 17-03, 4) Einer von tausend Fällen, wie das Blatt betonte. Und einer von dutzenden, über die es im Frühling und Sommer 1933 berichtete. Um dem Vorwurf zu entgehen, bei der Darstellung der Gewalttaten zu übertreiben, ließ die *Arbeiter-Zeitung* die Opfer, wenn es möglich war, selbst zu Wort kommen. Am 4. April etwa gab sie

die Erlebnisse eines Berliner Sozialdemokraten wieder, der aus dem Bett heraus in eine SA-Kaserne verschleppt worden war. Man habe ihn, erzählte der Mann, nach einem Verhör zum Küchendienst kommandiert und nachts auf einen Heuboden gesperrt. Am folgenden Tag sei er auf eine weitere Befragung vorbereitet worden: „Mir wurde der Mantel ausgezogen, ich mußte die Hose herunterlassen und wurde dann von den SA.-Leuten auf die Pritsche gezogen, vier Mann hielten mich fest, ein fünfter drückte meinen Kopf in das Kissen. Man fragte mich, was ich ausgefressen hätte, als ich antwortete, daß ich das nicht wüßte, bekam ich auf Kommando mit einer langen Reitpeitsche zwölf mit voller Wucht geführte Schläge über den nackten Körper.“ Bei der Vernehmung habe ihn der SA-Sturmführer erneut gefragt, weshalb er hier sei, statt ihm endlich den Grund seiner Verhaftung zu nennen. Erst nachdem er unterschrieben hatte, dass er gut behandelt und gepflegt wurde, künftig ausschließlich nationalsozialistische Zeitungen lesen und sich regelmäßig in der SA-Kaserne melden werde, sei er freigekommen. An den Bericht schloss sich ein ärztliches Attest, das die Aussagen bestätigte: „Die Untersuchung ergibt auf beiden Gesäßhälften blutunterlaufene Striemen. Der Tatbestand spricht für die Richtigkeit der Angabe.“ (AZ 04-04, 3) Es ist eine kafkaeske Welt, die hier beschrieben wird, wo Menschen verhaftet, verhört, misshandelt werden, ohne zu erfahren, was sie Böses getan hätten, und letztlich eine Schuld bekennen, deren sie sich nicht bewusst sind. Während dieser anonyme Sozialdemokrat aber mit der Scham davongekommen war, überlebte sie mindestens 23 von hundert Regimegegnern, die in der so genannten „Köpenicker Blutwoche“ vom 21. bis 26. Juni 1933 maltäriert wurden.¹ Dabei handelt es sich um eine mehrtägige Folteraktion des SA-Sturmbannes 15 im Berliner Stadtteil Köpenick, dessen Mitglieder Antifaschisten aller Couleur in Kellerräumen und Hinterzimmern teils bewusstlos, teils zu Tode prügeln. In der *Arbeiter-Zeitung* befassten sich im Juli drei Artikel mit dem „Grauen von Köpenick“, die alle in die *Dritte Walpurgisnacht* eingegangen sind. Als Erstes erschien eine Transradio-Meldung über die Ermordung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Johannes Stelling, dessen Leiche man bei Zerpenschleuse aus einem im seichten Wasser treibenden Sack gezogen habe. Das Gesicht des ehemaligen Innenministers, der am 22. Juni im Gefängnis des Köpenicker Amtsgerichtes getötet worden war, sei „durch die furchtbaren Mißhandlungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt“. (AZ 09-07, 1 vgl. DW 215) Vom Bericht über das Be-

1 Vgl. Claus-Dieter Sprink: *Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933*, S. 26.

gräbnis, den das Blatt am 15. Juli brachte, gibt K. K. einen Teil vollständig wieder: „Kein Wort hatte in den Zeitungen gestanden. Wer dem andern sagte, daß heute die Ermordeten begraben werden, mußte mit Zuchthaus wegen Verbreitung von Greuelmärchen rechnen. Wer kam, wußte, daß ihm Verhaftung drohte. Aber sie waren gekommen. Arbeitslose nach stundenweisem Marsch, Junge, graubärtige Männer, Frauen mit grauenhaft versteinertem Gesicht. Manche gingen mühsam mit Stöcken, die müden Glieder, noch geschwollen von den Schlägen der Bestien, wollten sie kaum tragen. Aber sie kamen.“ Den folgenden Absatz lässt er aus, fügt jedoch das anschließende Bild hinzu: „die den Sarg trugen, waren selbst alle noch verbunden und zerschlagen“. (DW 248 vgl. AZ 15-07, 3) Es geht mir weder hier noch woanders um einen Quellennachweis der *Dritten Walpurgisnacht* – dazu gibt es Kommissionen an wissenschaftlichen Akademien. Was an diesem Passus, wo die Nachrichten des sozialdemokratischen Organs mit seinen Kommentaren kontrastiert werden, bemerkenswert erscheint, ist vielmehr das, was unzitiert bleibt. Die beiden Sätze zwischen den Stellen, die K. K. anführt, lauten: „Als der Sarg langsam in die Tiefe glitt, flogen fünfhundert Arme hoch, die Faust geballt. Ein Ruf: Wir rächen euch! und aus fünfhundert Mündern ein Schrei: Freiheit!“ Die Frage, ob sich diese Szene wirklich so zugetragen hat, ist weniger entscheidend als der stilistische Bruch, der zwischen der eindringlichen Beschreibung des Leichenzugs und dem pathetischen Finale besteht. Dass einige auf Stöcken gingen und andere aus versteinerten Gesichtern blickten, kann man sich so lange vorstellen, bis ihre Hände als Fäuste in die Höhe fliegen und ihre Mündern Parolen zu brüllen beginnen. In dem Moment bricht das Bild zusammen und mit ihm die Glaubwürdigkeit des ganzen Berichts. Informationen wie jene, dass in der Köpenicker Blutwoche „mehr als zwanzig Männer zu Tode gefoltert“ wurden, was aus heutiger Sicht durchaus den Tatsachen entspricht, fallen der Katachrese zum Opfer. (AZ 15-07, 3) Der kakanische Hinweis auf die Kluft, die zwischen der Berichterstattung und der Kommentierung der *Arbeiter-Zeitung* liege und auf die wir noch zu sprechen kommen werden, stellt nicht nur dem, was in den Nachrichten gemeldet wurde, die Schlussfolgerungen der Leitartikel gegenüber, sondern zielt auch auf die Informationsvermittlung selbst, die vom Nebeneinander nüchterner Darstellung und klassenkämpferischer Rhetorik geprägt war. Ein Beispiel für jene bietet der letzte Beitrag über die Vorfälle in Köpenick, der abermals mit „T. R.“ gekennzeichnet war und die Beobachtungen eines Opfers, das überlebt hatte, mitteilte. Laut den Schilderungen des Zeugen

wurde Stelling „über den Tisch gelegt und mit einer anderthalb Meter langen und etwa zwei bis drei Zentimeter breiten Latte geschlagen. Weitere Schläge wurden mit Schleppsäbel, Rohrstöcken und dünnen Baumästen auf Oberschenkel, Gesäß und Rücken geführt. Während Stellings Schmerzensschreie in ein leises Wimmern übergingen, wurde er mit denselben Werkzeugen über den Kopf gehauen. Dann verlor er das Bewußtsein.“ Später sei ein 19-jähriges Mädchen ins Zimmer geschleppt worden. Nachdem die SA-Leute ihr „die Kleider vom Leibe gerissen“ hatten, „wurde sie erst über den Rücken und Gesäß, darauf umgedreht und mit Rohrstöcken über den Leib und die Brüste geschlagen. Nun wurde sie aufgesetzt und bis zum Zusammenbrechen über den Kopf geschlagen, worauf man sie hinaustrug.“ (AZ 29-07, 3 vgl. DW 215) Die Beschreibung wirkt glaubhaft, weil sie auf drastische Details und moralisierende Slogans verzichtet, das Wesentliche aber in einfachen Worten wiedergibt. Während die sachlichen Berichte ihre politische Funktion erfüllen und beim Leser Abscheu erregen, rufen jene Artikel, die ausdrücklich auf diese Reaktion hinarbeiten, das Gegenteil, nämlich den Unwillen hervor, das Gelesene wahr-zu-nehmen. Man sträubt sich, angeblichen Flüchtlingen aus Deutschland zu glauben, die, nachdem sie vom traurigen Schicksal des Gemeindeverordneten „Vater Hartmann“ und der Jugendfürsorgerin „Fräulein Erna“ erzählt haben, den Gesinnungswandel des Verwaltungsjuristen „Karl“ hervorheben, der „auf der andern Front des Klassenkampfes stand“ und jetzt solche Briefe schreibt: „Der Ordnung halber teile ich Ihnen mit, daß ich zu dem Entschluß gekommen bin, der für jeden Menschen in Deutschland, der nur anständig, nur ehrlich, nur rechtlich denkend ist, meiner Meinung nach selbstverständlich ist: mich hat das, was ich mitangesehen habe, zum Sozialisten gemacht!“ Das stimmt den Exilanten hoffnungsfroh, obwohl seine Sorgen nicht kleiner geworden sind und ihm das, „was heute im Herzen Europas geschieht, tief weh tut, weil ich das deutsche Volk so lieb habe, wie man es heute nur lieb haben kann“. Dass der adelige Karl die Seiten gewechselt hat, gibt ihm aber „den heiligen Glauben und die frohe Zuversicht“ zurück: „Deutschland wird wiedererobert werden für die Freiheit, Menschlichkeit und Kultur, und es wird wiedererobert werden von dem deutschen Volke selbst – als sozialistisches Deutschland!“ Es ist einerlei, ob der Artikel, der am 16. Juli die Wochenendbeilage der *Arbeiter-Zeitung* aufmachte, fingiert war oder nicht, da seine billige Propaganda in jedem Fall auf Kosten der vielen Meldungen ging, die authentisch über die täglichen Misshandlungen in den Konzentrationslagern und SA-Heimen be-

richteten und die mich, obwohl es längst an der Zeit wäre, hindern, zu den beiden anderen Blättern überzugehen. Zuletzt sei also noch ein Beitrag erwähnt, der Ende August im sozialdemokratischen Organ erschien und ein paar der in der Broschüre *Terror in Braunschweig* dokumentierten Gewalttaten wiedergab. Die 30-seitige Schrift war im Verlag der Sozialistischen Arbeiter-Internationale herausgekommen und sollte aufklären, was mit den Braunschweiger Abgeordneten, die ihre Mandate „freiwillig“ zurückgelegt hatten, tatsächlich geschehen war. Der Sozialdemokrat Karl Poth, zum Beispiel, sei in seiner Wohnung von einem SA-Trupp überfallen worden. „Seine Frau wurde an die Wand gestellt und mit Revolvern bedroht. So zwang man sie, die Folterungen ihres Mannes mit anzusehen, oder, wie einer der Peiniger sich ausdrückte, ‚aufzupassen, was der Bonze für Grimassen schneidet‘.“ K. K. greift diese Stelle ebenso auf wie die Ermordung des Baugewerkschafters Matthias Theissen, der sich trotz stundenlanger Prügel geweigert hatte, seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei zu erklären, worauf man ihm „Salzwasser auf den zerschundenen Körper“ gegossen habe, der am nächsten Tag nur mehr eine „blutige Masse“ gewesen sei. Bevor Theissen den Verletzungen erlag, hatte ihm der SS-Führer Friedrich Alpers, der kurz darauf Justizminister von Braunschweig wurde, gedroht: „So, Matties, diesmal bist du noch gut davongekommen. Sagst Du jemandem, daß du geschlagen worden bist, gehst du zum Arzt oder in ein Krankenhaus, so holen wir dich wieder.“ (AZ 24-08, 2 vgl. DW 248)¹ Im Leitartikel hielt die *Arbeiter-Zeitung* den Beschwichtigungen, wonach jede Revolution mit Gewalt verbunden sei, entgegen, „daß es ‚so was‘ seit Jahrhunderten nicht gegeben hat, daß die Grausamkeiten des Dritten Reiches schlechterdings beispiellos sind“. Außerdem könne man nur von „Revolution“ sprechen, wo sich die Massen gegen die Staatsgewalt erheben; in Deutschland hingegen finde auf Befehl der Regierung eine „Bartholomäusnacht in Permanenz“ statt. „Und so war denn diese ‚nationale Erhebung‘ von Anfang an dadurch charakterisiert, daß planlos, sinnlos, einzig nach Laune und Willkür verhaftet, geprügelt, gefoltert wurde, daß jeder an jedem Rache nehmen durfte, mit dem er persönlich verfeindet war, daß jedes Vieh legitimiert war, jeden Menschen, dessen Wohnung ihm gefiel und dessen Nase ihm nicht gefiel, auf die Straße zu werfen, in ‚Schutzhaft‘ zu nehmen oder auf der Flucht zu erschießen [...]“. (AZ 24-08, 1f.) Für das sozialdemokratische Organ trugen die bürgerlichen Blätter eine Mitschuld am Leid der Opfer des Nationalsozialismus, da sie die

1 Vgl. Hans Johann Reinowski: *Terror in Braunschweig*, S. 15f. u. 21f.

Terrorberichte entweder verschweigen oder als übertrieben abtun würden. Eine Haltung, die in Deutschland eine Überlebensstrategie, in Österreich aber der Ausdruck eines feigen Opportunismus sei. Während die *Arbeiter-Zeitung* dem *Neuen Wiener Journal* vorwarf, sich bewusst an der NS-Propaganda zu beteiligen, prangerte sie das andere „demokratisch und liberal tuende Blatt“ für die Ruhe an, „die es bei allen Schandtaten der fascistischen Barbarei gegenüber Arbeitern und Marxisten bewahrt hat“. (AZ 06-08, 5) Gemeint war die *Neue Freie Presse*, in der tatsächlich fast keine Artikel zu diesem Thema erschienen. Die wenigen Meldungen, die sich mit der Situation der politischen Gefangenen in Deutschland befassten, gaben die Darstellungen der Täter, wie sie in Aussendungen und Pressekonferenzen vermittelt wurden, kommentarlos wieder. Was etwa die Zahl der Schutzhäftlinge betrifft, hieß es am 12. Juli lakonisch: „In einer amtlichen Mitteilung wird die Zahl der politischen Schutzhäftlinge gegenüber den von einer Auslandsagentur veröffentlichten Ziffern mit 18.000 angegeben. Hievon entfallen auf Preußen allein 12.000.“ (NFP 12-07, 2) Die beiden anderen Blätter brachten die Nachricht in erweiterter Form, das heißt samt Quellenangabe „Wolff“, dem Hinweis, dass die ausländische Telegraphenagentur von 100.000 Inhaftierten gesprochen habe, und je einer redaktionellen Anmerkung. In der *Reichspost* folgte einem Sternchen die Feststellung: „Nach privaten Schätzungen sollen sich in Deutschland 60.000 Personen in Schutzhaft befinden.“ (RP 12-07, 2) Die *Arbeiter-Zeitung* dagegen widersprach in Klammern, dass die Angaben „bestimmt erlogen“ seien, da der sächsische Innenminister unlängst erklärt habe, „in Sachsen allein gebe es doppelt soviel Schutzhäftlinge wie in Preußen“. (AZ 12-07, 1) K. K. übernimmt diesen Einwand des sozialdemokratischen Organs, räumt aber, gewohnt ironisch, ein, dass die „scheinbare Unstimmigkeit“ der sächsischen Daten eine „Übereinstimmung mit Preußen“ insofern zulasse, als immerhin jene 100.000 ungezählt geblieben wären – was inzwischen von Historikern nachgeholt wurde.¹ (DW 295) Wie immer dem sei, die *Neue Freie Presse* veröffentlichte jedenfalls nur einen Beitrag, der anhand eigener Recherchen über die Haftbedingungen der politischen Gefangenen berichtete. Es handelte sich um eine Reportage ihres Berliner Korrespondenten, den Göring Ende März gemeinsam mit anderen Auslandsjournalisten ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz eingeladen hatte, um öffentlich zu beweisen, dass den Schutzhäftlingen, entgegen der grassierenden Gräuelmeldungen, nichts geschehen sei. „Eine höchst wirksame

1 Vgl. Martin Broszat u. Norbert Frei (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick*, S. 208.

Maßnahme!“, betonte der Reporter, bevor er schilderte, wie die Gruppe von Rudolf Diels, dem Chef der politischen Polizei, durch den Gefängnisstrakt geführt worden war. „Große Sauberkeit, der Fußboden ist glatt gebohrt.“ Als Erster wird Ernst Thälmann vorgezeigt. Der Führer der KPD weise „keinerlei Spuren von Verletzungen“ auf: „Hätte man ihn geschlagen oder gefoltert, er brauchte jetzt nur ein Wort zu sagen, und wenige Stunden später würde die ganze Welt es erfahren.“ In einer anderen Zelle sitzt der Chefredakteur der Berliner *Roten Fahne*, Werner Hirsch, der behauptet, es seien „Gefangene mit verbundenen Köpfen“ eingeliefert worden. Lediglich Opfer von Zusammenstößen, erwidert Diels, „die man dann zu ihrem eigenen Schutz in Haft genommen“ habe. Seine Behörde stehe nämlich auf dem Standpunkt, dass „Schutzhaft“ nicht nur „zum Schutze der Gesellschaft“, sondern auch „zum Schutze der Verhafteten selbst“ zu verhängen sei: „Mancher von den Gefangenen wäre vielleicht freiwillig gekommen, wenn er nicht hieher gebracht worden wäre“, sagt der Leiter der Staatspolizei. Dann treten Ludwig Renn, Carl von Ossietzky und Ernst Torgler auf. Der kommunistische Fraktionsvorsitzende und die beiden Schriftsteller trügen jene Blässe, „die wochenlange Haft auf den Gesichtern hervorruft, sehen aber sonst normal aus, und auch an ihnen sind keinerlei Verletzungen zu bemerken“. Welch „seltsame Szene“, sinnierte der Korrespondent hinterher, „dieses Interview politischer Gefangener durch Berichterstatter der Welpresse“, dort im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, „einzigartig unter den Ereignissen unserer Zeit“. (NFP 02-04, 26) Von diesem Bericht und einer Hand voll Nachrichten abgesehen, war in dem bürgerlichen Blatt nichts darüber zu erfahren, wie die Schutzhäftlinge in Deutschland behandelt wurden. Für den Besuch im Polizeigefängnis mag neben der offiziellen Einladung die Prominenz der Insassen gesprochen haben, denn Leute wie Ossietzky und Renn waren, ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung, bedeutende Publizisten, deren Schicksal die kulturbeflissenen Leser der *Neuen Freien Presse* interessierte. Wie sehr die Berichterstattung über den NS-Terror auf das Publikum der jeweiligen Zeitung zugeschnitten war, zeigt auch die Reaktion der *Reichspost*, die zunächst eine Wolff-Meldung nach der anderen druckte und den harten Kurs gegen die Marxisten in den Leitartikeln begrüßte; erst als die Nationalsozialisten anfangen, katholische Führer zu verfolgen, änderte sie ihre Haltung und sprach von einem „Kulturkampf“, der in Deutschland ausgebrochen sei. Anfang März hielt das christlichsoziale Organ den ersten Folterberichten der *Arbeiter-Zeitung* einen Brief aus der Sowjetunion entgegen, der die Folgen der Zwangs-

kollektivierung anschaulich schildere. Er stamme von einer Österreicherin, die seit Jahren in Südrussland lebe und dort fürchterlich Hunger leide: „Ernte gut gewesen ist, Weizen Roggen Kuguruz Gerste und so weiter alles viel gewesen ist. Alles alles genommen haben, kein einziges Körnchen nicht mehr ist nirgens.“ Aber nicht nur das Getreide befinde sich in den staatlichen Kerkern, nein, auch tausende Menschen, die dann „mit den Automobilen auf das Feld fahren in eine große Grube“, kurz, eine unerträgliche Situation, weshalb ihr „die Augen nicht trocknen und das Herz immer weh tut...“ (RP 01-03, 8) Eine Schlagzeile der nächsten Ausgabe lautete: „Ausrottung des Kommunismus mit Stumpf und Stiel!“ Darunter wurde eine Conti-Nachricht über eine Rundfunkrede von Göring wiedergegeben, und daneben stand ein mit „Der Bolschewismus in der Defensive“ überschriebener Leitartikel, der mit dem Satz begann: „Dem Marxismus ist seit den Tagen des Marsches auf Rom und der Machtergreifung Mussolinis kein so wuchtiger Schlag mehr versetzt worden wie jetzt im Deutschen Reiche und es ist begreiflich, daß im Lager der Betroffenen ein großes Weheklagen, Schelten, Verwünschen und Drohen begonnen hat.“ Dass die Kommunisten in ihrer Wahlpropaganda behindert und ihre Wortführer „teils als Beschuldigte eingezogen, teils zur Vorsicht in Schutzhaft genommen“ würden, stelle man nun „als Ungeheuerlichkeit und beispielloses Verbrechen“ hin. Was aber, so müsse man die Ankläger fragen, geschehe mit den politischen Gegnern der sowjetischen Staatsführung? Dulde etwa der Bolschewismus – dieser „blutigste Despot der Weltgeschichte“ – oppositionelle Zeitungen oder Parteien? Mit anderen Worten: „Ein Massenschläger beginnt zu jammern, weil ihm einige Backpfeifen verabfolgt wurden.“ (RP 02-03, 1) Ist es dieser Ton der *Reichspost*, dieses „Begleitwort“, das K. K. den sozialdemokratischen Phrasen entgegensetzt? (DW 271) Dass die *Arbeiter-Zeitung* „Faschismus!“ rief, wann immer ein Schwarz-, Braun- oder Grünhemd in Sicht war, zeugt gewiss von politischer Kurzsichtigkeit; wenn aber einer Begriffsverwirrung nachgesagt werden kann, sie habe der nationalsozialistischen Machtergreifung Vorschub geleistet, dann ist es jene plumpe Identifizierung des stalinistischen Staates mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien des Westens, die Hitler als den Retter des Abendlandes vor der bolschewistischen Barbarei erscheinen ließ. Zwei Wochen später hatte das christlichsoziale Blatt freilich schon eigene Wunden zu lecken, denn der Sturz der katholischen Landesregierung in Bayern war nicht gütlich abgegangen: „Der Innenminister im Kabinett Held, Dr. h. c. Stützel, wurde in der Nacht aus dem Bett geholt,

ausgepeitscht und im Hemd in das Braune Haus verschleppt. Erst als er dort zusammenbrach, wurde er eiligst wieder nach Hause geführt.“ Man dürfe, so schloss der Bericht, die Hoffnung jedoch nicht aufgeben, „daß es Hitler im letzten Augenblick gelingt, die nationalbolschewikischen Tendenzen der SA-Führung niederzuhalten“. (RP 15-03, 3) Die strategische Rollenaufteilung zwischen dem staatsmännischen Reichskanzler und den ungestümen Parteisoldaten tat im Fall der *Reichspost* ihre Wirkung, die immer dann, wenn das eigene Lager betroffen war, an Hitlers mäßigenden Einfluss appellierte. Was den Marxismus betraf, war man hingegen einig, dass es sich, wie ein Kommentar zum 1. Mai resümierte, um eine „widerlegte Weltanschauung“ handle, deren Irrlehren „kalt und berechnend [...] zu schneidigen Waffen des ‚Klassenkampfes‘ geschmiedet wurden, die das Leben des Volkes vergifteten“. Herkules und Merlin in Personalunion: Nachdem die Marxisten den kalten Stahl zu Klingen gehämmert hatten, verwandelten sie die Schwerter in Giftspritzen, um dem Volk das kommunistische Virus zu injizieren. Trotz allem Hokusfokus übersahen sie aber, „daß keine ‚Klasse‘ im luftleeren Raum existierte, daß über der Klasse eine viel ältere, schicksalsverbundene Gemeinschaft – die Volksgemeinschaft stand“. Eine Hierarchie, die der historische Prozess bestätige: „Nicht mehr, wie ehemals, international-horizontale geht heute die weltpolitische und damit soziale Entwicklung, sondern staatlich-zusammenfassend, national, vertikal, letzten Endes ständisch.“ (RP 30-04, 1f.) Damit traf das christlichsoziale Organ den Kern des Gegensatzes, der zwischen dem staatlich fixierten Faschismus und dem transnationalen Anspruch des Kommunismus wie des Kapitalismus bestand. Während sich das österreichische Völkchen, wie es Dollfuß vorschwebte, jedoch mit den territorialen Gegebenheiten zufrieden gab, ging jener Staat, den das deutsche Volk in den Augen Hitlers bilden sollte, weit über die bestehenden Grenzen hinaus. Als dieser Konflikt, mit dem wir uns noch auseinandersetzen müssen, im Frühling 1933 manifest wurde, änderte sich auch die Haltung der *Reichspost* zu den nationalsozialistischen Terroraktionen. Sie applaudierte den SA-Leuten nicht mehr für ihre vorbildliche Marxistenjagd, sondern wies regelmäßig auf die „Wühl- und Zersetzungsarbeit“ der „Unterirdischen“ in Deutschland hin, das heißt der kommunistischen Widerstandsgruppen, die entgegen der Darstellung weder zahlreich noch gut organisiert waren, was allerdings für die Taktik des Blattes keine Rolle spielte. Denn es ging nun vor allem darum, Hitlers Kampf gegen den Bolschewismus als gescheitert zu erklären, da die deutschen Kommunisten entweder in die Illegalität ge-

flüchtet oder in der NSDAP selbst untergekommen seien. Die Katholikenverfolgung vor der Auflösung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, über die ab Mitte Juni fast täglich Berichte erschienen, diene dann als Beweis für die bolschewistischen Tendenzen in der SA. Plötzlich fanden sich auf den Titelseiten der *Reichspost* Nachrichten, die mit „Unmenschlicher brauner Terror“ oder „Kulturkampf in Deutschland“ überschrieben waren, und Leitartikel, die den „Hakenkreuzweg des deutschen Volkes“ vom „Scheinnationalismus zum Bolschewismus“ nachzeichneten. (vgl. RP 17-06, 1, 24-06, 1 u. 27-06, 1) Dass in den gleichen Ausgaben Meldungen über die erfolgreichen Konkordatsverhandlungen standen, die der deutsche Vizekanzler Franz von Papen in Rom führte, wirft ein ungünstiges Licht auf den Vatikan, wo in diesen Tagen christliche Grundsätze pragmatischen Überlegungen zum Opfer fielen. K. K. spielt auf die Rolle des Papstes in einer Montage aus *Faust*-Zitaten an, in der die SA-Schläger als Goethes allegorische Figuren Raufebold, Habebald und Haltefest auftreten, wobei auch die Kirche „dran glauben“ muss: „Dem Klerus hab' ich eine Lust verdorben, / Und ihre Gunst mir freilich nicht erworben.“ Dennoch kann Papen melden: „Dort war's in Rom. Er bleibt dir hoch verpflichtet, / Auf deinen Gang in Sorge stets gerichtet.“ (DW 303f.)¹ Das journalistische Pendant zu den beiden Stellen, die im Original vom Kaiser und seinem Kampfgefährten Faust gesprochen werden, enthält die *Reichspost* vom 2. Juli. Dort schließt sich an die Nachricht „Mehrere tausend deutsche Katholiken in Schutzhaft“ folgende Meldung: „Wie aus vatikanischer Quelle verlautet, machen die Verhandlungen des Vizekanzlers v. Papen über ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl rasche Fortschritte.“ (RP 02-07, 3) Hatte es im Lauf der Gespräche noch geheißsen, dass die „götzendiennerische Verehrung des Staates“, wie sie der Nationalsozialismus fordere, eine „Verkehrung der natürlichen Wertordnung“ bedeute, „die der religiösen Sphäre und ihrer sichtbaren Verkörperung, der Kirche, den Vorrang vor dem Staate zuerkennt“, so meinte das Blatt nach dem Abschluss des Reichskonkordats „das Atmen der Geschichte“ zu fühlen: „Nun ist der Liberalismus auch von Amts wegen überwunden und abgetan.“ (RP 07-07, 2 u. 23-07, 1) In Wirklichkeit war es, wie der Aufmacher mitteilte, der Herausgeber Friedrich Funder, der, wenn nicht das Atmen der Geschichte, so doch den Atem Pius XI. gespürt hatte, als ihm in Privataudienz mit dem „Segen des Heiligen Vaters für die ‚Reichspost‘“ ein Exempel katholischer Diplomatie gegeben worden war.

1 Vgl. Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 10616f. u. 10447f.

Dass „Die drei Gewaltigen“ Raufebold, Habebald und Haltefest, die im *Faust* erstmals zum Einsatz kommen, als der Bürgerkrieg ausbricht, nicht nur wegen der sprechenden Namen in die *Dritte Walpurgisnacht* eingegangen sind, zeigen die zeitgenössischen Zitate, die ihren Auftritt einleiten. Er steht inmitten einer Collage aus dokumentarischen und literarischen Passagen, die mit dem Hinweis beginnt, dass „das sichere Bett der Evolution keinen ruhigen Schlaf“ gewähre: „Elemente treten auf den Plan. Rütteln an der Illusion, mit der Staat gemacht wurde. Schauen nach, was dahinter steckt. Faustnaturen drohen zu vollenden, wo Ungesetz gesetzlich überwaltet, und wie auch verordnet sei – ‚Indessen wogt, in grimmigem Schwallen / Des Aufruhrs wachsendes Gewühl.‘“ (DW 299) K. K. bezieht sein Material hier wie in der Folge aus der *Arbeiter-Zeitung* und dem zweiten Teil der Goetheschen Tragödie. Das sozialdemokratische Organ berichtete am 8. Juli von einer Rede, die Hitler bei einer Konferenz der Reichsstatthalter vorgetragen hatte: „Man müsse den freigewordenen Strom der Revolution“, so der Reichskanzler, „in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.“ Das wichtigste Mittel für diese Kultivierung sei „die Erziehung der Menschen [...] zur nationalsozialistischen Staatsauffassung“. (AZ 08-07, 1) Es ist die im Titel des Artikels genannte „Angst vor der ‚zweiten Revolution‘“, die den Hintergrund der kakanischen Schilderung bildet, wonach die „Elemente“, die großteils proletarischen SA-Männer, nicht nur die politischen Gegner, sondern auch „den Plan“ der NS-Führung mit Füßen zu treten beginnen und auf der Erfüllung jener sozialistischen Versprechungen beharren, mit denen man sie in die Partei gelockt hatte. Sie, die „Faustnaturen“, drohen damit, das Programm der NSDAP in einer Situation zu verwirklichen, wo ohnehin das „Ungesetz gesetzlich überwaltet“, sich also kurzer Hand bzw. auf eigene Faust zu holen, was ihnen zusteht, während die Wortführer mit der Gegenseite, den Junkern und Industriellen, paktieren. Im Originaltext spricht der Kanzler den eingefügten wie die abgesetzten Verse vor dem Thronrat, um dem Kaiser ein Bild von den chaotischen Zuständen im Reich zu geben, die später, im vierten Akt, zum Bürgerkrieg führen.¹ Bezogen auf Deutschland anno 1933, entsprechen der literarischen Darstellung weniger die Unruhen, die sich bei der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur ergaben, als die Konflikte innerhalb der regierenden Partei. Bereits Mitte März traten Hitler, Frick und Göring öffentlich gegen „Einzelaktionen“ auf. „Gewissenlose Subjekte, hauptsächlich kommunistische Spitzel“, hieß es

1 Vgl. ebenda, V. 4785 u. 4793f.

in einem Aufruf des Reichskanzlers an die SA-Männer, „versuchen, die Partei durch Einzelaktionen zu kompromittieren [...]“. Von nun an müsse der „Vollzug der nationalen Erhebung ein von oben geleiteter planmäßiger“ sein. (NFP 11-03, 3) Im Leitartikel drückte die *Neue Freie Presse* ihre Erleichterung über den Appell in der gleichen Metapher aus, die Hitler ein paar Wochen später verwendete: „Was der Reichskanzler hier fordert, wird sicher Verständnis finden bei allen, die den Wunsch hegen, es möge nach der ungeheuren Gärung der Gemüter nunmehr der angestaute Strom in ein festes Bett gelangen.“ Grundsätzlich solle bei „Umwälzungen so umfassender Art [...] Großzügigkeit am Platze“ sein; es könne doch aber niemand glauben, „daß irgendjemandem mit Vorstößen gegen Einzelne gedient sei, etwa wenn beispielsweise der Generalmusikdirektor von Dresden an seiner Arbeit gehindert wird“. Im „Chaos blutiger Schufterei tadelt sie die Absetzung des Dresdner Dirigenten“, klagt K. K. über die bürgerliche Zeitung, ohne auf den Schluss des Kommentars hinzuweisen, wo die Antithetik kulminierte: „Der Rechtsstaat [...] ist jetzt eigentlich in sämtlichen Ländern das größte Problem geworden. Man kann ihn nur bewahren durch die Rückkehr zu seiner unsterblichen Idee der Autonomie der Persönlichkeit, wie sie Immanuel Kant entwickelt hat. Hitler hat recht: die neue Revolution darf nicht in die Sünden der Vergangenheit verfallen.“ (NFP 11-03, 1 vgl. DW 104) Nachdem auch die Minister Göring und Frick ähnlich lautende Erlässe herausgegeben hatten, sprach die *Neue Freie Presse* vom „Zwang zur Gesetzlichkeit“, der in Deutschland die Zeit, da „sich die Instinkte unverantwortlicher Elemente regen oder gar austoben zu dürfen“ glaubten, beende. „Wohin soll es führen“, fragte das Blatt erneut, wenn „Warenhäuser [...] durch Terrorakte in ihrem Geschäftsgang“ gestört und „hervorragende Künstler von einer Stunde zur anderen entlassen“ werden? (NFP Ab. 14-03, 2) Was Wunder, dass die *Arbeiter-Zeitung* in der Berichterstattung über die Gegensätze zwischen der Führung der NSDAP und den Parteisolдатаn andere Prioritäten setzte. Zum einen nannte sie als Beispiele für die „terroristischen Einzelaktionen“ weder abgesetzte Dirigenten noch geplünderte Warenhäuser, sondern jene abertausend Fälle, wo Schutzhäftlinge misshandelt wurden; andererseits zeigte das sozialdemokratische Organ aber Verständnis für den Unmut der SA-Leute, zumal das Kompositum „Nationalsozialismus“ beim Regierungseintritt in eine Schieflage geraten sei: Während ganz Deutschland seither vom ersten Teil des Namens spreche, höre man von der anderen Hälfte nichts mehr. In einem mit „Die Nazi und ihr Programm“ überschriebenen Beitrag,

aus dem K. K. mehrere Stellen übernimmt, stellte das Blatt den Ankündigungen der früheren Oppositionspolitiker Erklärungen gegenüber, die sie als Minister abgegeben hatten. So werde im NSDAP-Programm zwar die „Brechung der Zinsknechtschaft“, die „Kommunalisierung der Großwarenhäuser“, die „unentgeltliche Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“ und die „Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Truste) Betriebe“ gefordert; als Reichskanzler habe Hitler dagegen versichert: „Grundsätzlich wird die Regierung die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes nicht über den Umweg einer staatlich zu organisierenden Wirtschaftsbürokratie betreten, sondern durch stärkste Förderung der Privatinitiative und Anerkennung des Privateigentums.“ (AZ 23-05, 3) Das „grundsätzlich“ bezog sich wohl auf die verbündeten Banken und Industriebetriebe, die im Gegensatz zu den jüdischen Greißlern tatsächlich keine Enteignung zu befürchten hatten – zumindest vorläufig nicht. Nachdem Fritz Thyssen, der Leiter des gleichnamigen Stahlkonzerns, zum preußischen Staatsrat und von den Gauleitern Essens, Düsseldorf und Westfalens zur „obersten staatlichen Autorität“ in wirtschaftspolitischen Fragen ernannt worden war, veröffentlichte die *Arbeiter-Zeitung* unter dem Titel „Der wirkliche ‚Führer‘“ eine Zeichnung, die den Unternehmer, breitschultrig und im Maßanzug, vor rauchenden Schloten zeigt, die eine Hand in der Hosentasche, die andere einem Mann in nationalsozialistischer Uniform reichend, der sich vor dem „Wirtschaftsdiktator“ verneigt. (AZ 20-07, 3) Dass dieselben Leute, deren Politik er damals mitfinanzierte, sechs Jahre später seinen eigenen Konzern beschlagnahmen würden, konnte sich Thyssen 1933 gewiss nicht vorstellen, als er in bürgerlichen Kreisen noch als Garant für eine gemäßigte Variante des Dritten Reiches galt. War es ein naiver oder absichtsvoller Analogieschluss, dass die *Reichspost* vom Lager der „Girondisten“ sprach, das mit dem bolschewistischen Parteiflügel, den „Jakobinern“, im Widerstreit stehe? (RP 30-06, 1) Hitler jedenfalls, das stand für das christlichsoziale Blatt außer Zweifel, gehörte zur vernünftigen Gruppe; fraglich bleibe allerdings, ob er sich gegen den braunen Mob durchsetzen könne. Das Wort von der „Zweiten Revolution“ fiel zum ersten Mal Anfang Juli, als der Reichskanzler auf einer nationalsozialistischen Führertagung in Reichenhall erklärte, er werde rücksichtslos „gegen eine sogenannte Zweite Revolution“ vorgehen. (RP 04-07, 3) Zehn Tage später berichtete die *Reichspost* von „Hitlers Rückzug vor den wirtschaftlichen Notwendigkeiten“, den er seinen Gauleitern in einer dreistündigen Rede befohlen habe: „Es gilt, die Synthese zwischen dem idealistischen Na-

tionalsozialismus und den realen Erfordernissen der Wirtschaft zu verwirklichen. Ich kapituliere bei allem, was ich tue, nur vor der Vernunft“ – „die bisher vor ihm kapituliert hat“, ergänzt K. K. (RP 14-07, 3 vgl. DW 300f.) Dass er auch die auf der nächsten Seite abgedruckte Nachricht über Himmlers „Reichsrassenschule“ als Zeichen der innerparteilichen Konflikte deutet, ist rückblickend nur folgerichtig. Der Reichsführer der SS habe „die Burg Schwabenberg auf 99 Jahre gepachtet“, um dort Schulungskurse für seine „Schutzstaffel“ abzuhalten, die auf „der Erkenntnis vom Wert des Blutes“ gründe. In Deutschland sei „ein neuer Geschichtsraum“ entstanden, der sich „über 20.000 bis 30.000 Jahre ausdehnen“ werde. Während die SS also im Lauf der Äonen, wie die *Dritte Walpurgisnacht* erläutert, „in den Rang himmlischer Heerscharen“ aufsteige, bleibe die SA „mißvergnügt und der Erdennot überlassen“ zurück. (RP 14-07, 4 vgl. DW 325f.) Tatsächlich erfüllte sich die Voraussage nicht erst nach Millennien, sondern bereits knapp ein Jahr später, als die SA-Führung von SS-Leuten ermordet wurde. Der so genannte „Röhm-Putsch“ war in Wirklichkeit ein gut vorbereitetes Attentat auf die Clique rund um den Obersten Stabschef der Sturmabteilungen, Ernst Röhm, das den Richtungskampf in der NSDAP zugunsten Görings, Himmlers und auch Blombergs entschied, denn obwohl die SS, die bisher der SA-Leitung unterstand und nun zu einer selbständigen Organisation avancierte, am meisten von der Mordaktion profitierte, ging es zugleich darum, das Monopol der Reichswehr als Waffenträgerin des deutschen Reiches zu sichern.¹ Dass Hitler von Anbeginn der politischen Maxime „divide et impera“ folgte, lässt sich an der Vorgeschichte des 30. Juni 1934 ablesen, in der sich der Reichskanzler zurücklehnte, um den „Schweinsköpfen“, kakanisch geredet, zuzusehen, wie sie „einander vor dem Futtertrog auffressen“. (DW 190) Es war im Sommer 1933 daher keineswegs absehbar, welche Seite sich durchsetzen werde. Zwar sprachen sich die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder gegen die Forderungen des Parteivolkes aus und begannen, meuternde SA-Männer in die Konzentrationslager abzuschieben; das vergangene Halbjahr hatte allerdings gezeigt, wozu die braunen Bataillone imstande waren, und wie sollten die Instinkte, auf Befehl losgelassen, wachsend ohne Widerstand, gezügelt werden? Die Äußerungen, die K. K. unmittelbar vor dem Auftritt der drei Gewaltigen anführt, zeugen von dem Unbehagen, mit dem die NS-Führer das Geschehen verfolgten. Hitler selbst hatte in seiner Rede über das sichere Bett der Evolution die „geistigen Bazillenträger, die

1 Vgl. dazu <http://www.kurt-gossweiler.de/artikel/roehmput.pdf> (20.10.2007).

jetzt in die Wirtschaft einzudringen suchen“, als Gefahr für „Staat und Volk“ bezeichnet. (AZ 08-07, 1 vgl. DW 302) Und zehn Tage später erklärte Goebbels im Rundfunk, dass die Regierung „ein wachsames Auge über jene getarnten bolschewistischen Elemente“ halte, „die von einer zweiten Revolution sprechen in einem Zeitpunkt, in dem das Volk und die Nation sich eben anschicken, die Ergebnisse unserer Revolution für das nächste Jahrhundert zu sichern und auszubauen“. (AZ 18-07, 3 vgl. DW 302) Was in der *Dritten Walpurgisnacht* folgt, ist jene Bemerkung, die Mephistopheles an das Publikum richtet, bevor sich Raufebold selbst vorstellt: „Es liebt sich jetzt ein jedes Kind / Den Harnisch und den Ritterkragen; / Und, allegorisch wie die Lumpen sind, / Sie werden nur um desto mehr behagen.“ (DW 302)¹ Im Verein mit den *Faust*-Exegeten, die an dieser Stelle auf den zeitgenössischen Mittelalterfetisch verweisen, konstatiert K. K. „romantische Ablenkung“, die im neuen Deutschland sogar in den Lehrplan aufgenommen worden sei, zumal die Schüler ab dem zehnten Lebensjahr Uniformen tragen müssten bzw. dürften. Der Reichskanzler hatte, wie zitiert, die „Erziehung der Menschen“ als goldene Brücke genannt, um von der Revolution zur Evolution zu gelangen. Wie sich dieser Übergang de facto gestaltete, illustriert K. K. in einer Montage aus Nachrichten der *Arbeiter-Zeitung*, die im Gegensatz zur *Reichspost* und zur *Neuen Freien Presse* regelmäßig über die nationalsozialistische Schulpolitik berichtete. Das Beispiel von Heinz und Hans entnahm das sozialdemokratische Organ dem Dresdner NS-Blatt *Freiheitskampf*, wo ein Lehrer erzählt hatte: „Alle meine Neunjährigen beneiden den Heinz und den Hans, weil diese, bereits zehnjährig, Jugenduniform tragen dürfen. [...] Beide sind Sitzenbleiber, demnach ein Jahr älter als die andern. Das gilt sonst wohl als ein Fleckchen an der Schülerehre, doch die Uniform gleicht das aus, sie verschafft sogar höhere Geltung unter den Klassengenossen.“ (AZ 19-07, 4 vgl. DW 302) Der preussische Unterrichtsminister, heißt es in der *Dritten Walpurgisnacht* weiter, habe angeordnet, dass Schüler in höhere Klassen versetzt werden können, „die dadurch zurückgeblieben sind, daß sie sich mit ganzer Kraft der nationalsozialistischen Bewegung gewidmet haben“. In der zugrunde liegenden Meldung der *Arbeiter-Zeitung* fehlt die Hervorhebung des Doppelsinns, dafür wird der verantwortliche Minister namentlich genannt und mit dem Attribut „(Psychopath)“ versehen. (DW 302 vgl. AZ 22-04, 4) Dass Bernhard Rust ein „Geistesgestörter“ sei, hatte das Blatt schon im Februar unter Berufung auf ärztliche Gutachten

1 Vgl. Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 10327-10330.

festgestellt – deswegen habe man den früheren Gymnasiallehrer 1930 pensioniert. (AZ 19-02, 2) K. K. gibt in der Folge zwei weitere Passagen aus Erlässen jenes Mannes „von anerkannter verminderter Zurechnungsfähigkeit“ wieder, um schließlich auf das „Problem der Jugenderziehung“ in seiner österreichischen Variante zu sprechen zu kommen. Bei der nun erwähnten terroristischen Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Schülern handelt es sich um die Vorbereitung einer Schienensprengung auf der Südbahn-Strecke Ende Juni 1933, von der das sozialdemokratische Organ zu berichten wusste: „Fünf Kilogramm Ammonit und vier Sprengkapseln gab der Lehrer Kilian dem Schüler Natter, damit er Bomben fabriziere. Der Schüler trug sie in seinen Schlafsaal in der Bundeserziehungsanstalt Traiskirchen und erzeugte acht Bomben.“ Ausgeführt habe man den Anschlag, hinter dem die Führung der SS-Standarte Niederösterreich stehe, dann zu sechst, „drei Burschen und drei Mädels“, wobei die Mädchen, nachdem die Buben die Lunte angezündet hatten, das Beweismaterial verschwinden ließen. (AZ 21-07, 3) „So wachsen jene Scharführer heran“, fährt K. K. fort, „die da pflanzen, bei der Produktenbörse Benzin auszuschütten, bis einer ‚erklärte, daß er etwas besseres habe‘, und er zeigte ihnen die Bombe, die er ihnen im Koffer mitgebracht hatte, und sie gefiel ihnen.“ (DW 303) Diese Anspielungen gehen auf einen Artikel der *Arbeiter-Zeitung* vom 22. Juni zurück, in dem die Hintergründe eines versuchten Bombenattentats auf das Wiener Kaffeehaus „Produktenbörse“ geschildert wurden. Zehn Tage zuvor hatte ein SS-Scharführer namens Hans Ziegler seine Männer beauftragt, das Lokal nicht, wie zunächst geplant, in Brand zu stecken, sondern in die Luft zu sprengen. Der Anschlag, der sofort verübt werden sollte, misslang, weil die Zündschnur verlosch, so dass die Höllenmaschine samt Koffer liegen blieb. (AZ 22-06, 5) Mit dieser, wenngleich gescheiterten, Reifeprüfung endet der Exkurs über die Erziehung im nationalsozialistischen Geist, und die *Dritte Walpurgisnacht* kehrt, indem die SS-Lumpen mit den allegorischen aus dem *Faust* in eins gesetzt werden, zum literarischen Bezug des Abschnitts zurück. K. K. spricht nun geradewegs von den „Vorkämpfern Raufebold, Habebald und Haltefest“ und lässt den ersten der drei Gewaltigen dort anschließen, wo Mephistopheles aufgehört hatte:

Wenn einer mir ins Auge sieht,
 Werd' ich ihm mit der Faust gleich in die Fresse fahren,
 Und eine Memme, wenn sie flieht,
 Faß ich bei ihren letzten Haaren.

Der zweite will im Nehmen unverdrossen sein, der dritte meint, nehmen sei recht gut, doch besser sei behalten.

Der tüchtige Fuß nimmt Teil an ihrem Glück,
 Setzt dem Erschlagen frisch sich ins Genick. (DW 303)

Im *Faust* empfiehlt sich Raufebold mit den oberen Versen als geeigneter Krieger für die bevorstehende Schlacht, die das kaiserliche Heer von den Bergen aus gegen die Truppen des Gegenkaisers schlagen wird; das zweite Zitat entstammt einem Gespräch, in dem der Protagonist den Kaiser in die Kunst moderner Kriegsführung einweicht.¹ Er solle nicht heroisch sein Haupt verpfänden, sondern die Arme(e) Schild wie Schwert führen und den Fuß in der beschriebenen Weise am Gefechtseifer teilnehmen lassen. Gesagt, getan: Die drei Gewaltigen rücken ein und entscheiden den Kampf unter magischer Mitwirkung für ihre Auftraggeber. So, wie die beiden Stellen in der *Dritten Walpurgisnacht* verknüpft sind, bezieht sich das Pronomen des Präpositionalobjekts „an ihrem Glück“ auf den Einsatz von Raufebold, Habebald und Haltefest, was jene Lesart der Passage explizit macht, die bei Goethe zwischen den Zeilen steht, nämlich dass Faust für die Taten seiner Vorkämpfer verantwortlich ist.² Während der Bürgerkrieg im vierten Akt eine moralische Ausnahmesituation darstellt, in der sich die Grenze zwischen gut und böse verschieben mag, wird das faustische Fehlverhalten gegen Ende der Tragödie augenfällig. Nachdem er zum Lohn für seinen militärischen Erfolg die Küste des Landes erhalten hatte, um dem Meer Boden abzugewinnen und dort Siedlungen zu errichten, erschuf sich Faust ein feudales Reich mit Palast und weitem Ziergarten, das ihm makellos erschiene, gäbe es nicht jenes Fleckchen mit Hütte, Linden und Kapelle, das den besten Blick auf seinen Besitz bietet, aber nicht ihm, sondern Philemon und Baucis gehört. Da sich das Greisenpaar weigert, den Grund zu verkaufen, lässt er die beiden von Mephistopheles und den drei Gewaltigen zur Seite schaffen. Was als Umsiedlung gedacht war, führt zu Mord und Brand, so dass Faust auf den Bericht der Täter erwidert: „Wart ihr für meine Worte taub? / Tausch wollt’ ich, wollte keinen Raub.“³ In Wahrheit hätte er wissen müssen, wie Mephisto und seine Gesellen den Auftrag ausführen würden; und dass er seine Schuld auch einsieht, zeigt der Selbstvorwurf: „Geboten schnell, zu schnell getan!“⁴ Es ist letztendlich die Erfahrung, schuldig geworden zu sein, die Faustens Seele Erlösung gewährt. Wenn K. K. auf den ersten Seiten der *Dritten Walpurgisnacht* den Schluss des Kommentars anführt, mit dem Mephistopheles auf jenen Befehl reagiert, Philemon und Baucis aus dem Weg zu räumen, dann stellt sich neben der Frage der Ver-

1 Vgl. ebenda, V. 10331-10334 u. 10485f.

2 Vgl. Kurt Krolop: *Präformation als Konfrontation – „Drittes Reich“ und Dritte Walpurgisnacht*, S. 227.

3 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 11370f.

4 Ebenda, V. 11382.

antwortung der Gedanke an Konzentrationslager ein: „Der Mensch holt vom Himmel seine Rechte, und davor sei Gott behütet; Blut beweist sich durch Blut; knechtischer Befehl bricht in Leben, Freiheit und Besitz, denn ihm sind Gesinnung und Geburt verantwortlich; über Nacht geschah es; und jede weitere Nacht lebst du in Erwartung; ‚nach überstandener Gewalt versöhnt ein schöner Aufenthalt‘.“ (DW 16)¹ Während diese parataktische Reihe die Hauptaufgaben der SA-Männer – vom Hitlergruß über die nächtlichen Überfälle und Inquisitionen bis zur Aufsicht bzw. Folter der Schutzhäftlinge – umschreibt, wird an anderer Stelle die „Enteignung des Gütlechens im Zeichen der drei Gewaltigen“ als alltäglicher Vorgang im nationalsozialistisch regierten Deutschland genannt, womit anstatt der Macht die Habgier in den Fokus gerät. (DW 143) Gewiss geht es, wenn in der *Dritten Walpurgisnacht* von der „zweiten Revolution“ die Rede ist, um die Vorboten des „Röhm-Putsches“; das Motiv der inneren Revolte lässt sich aber zugleich anthropologisch deuten. Mit anderen Worten, der Sturmabteilungsmann stellt selbst eine allegorische Figur dar, in der sich die tierische Natur des Menschen verkörpert. „Triebhaft ist es, nicht geplant.“ (DW 185) Und so nimmt K. K. eine „Wiederbesinnung auf die Urinstinkte“ wahr, die vor allem dem wirtschaftlichen Neid und dem pervertierten Geschlechtstrieb Vorschub leiste. (DW 67 u. 69)² Es ist einerseits das dumpfe Gefühl, benachteiligt zu sein, das banale Verlangen nach Besitz und Erfolg der anderen, das die Braunhemden antreibt; als weiteres Movens erweist sich jedoch die sinnliche Lust an der Gewalt, an der Erniedrigung des Gegners, wie sie etwa in folgendem Bericht der *Arbeiter-Zeitung* über ein Verhör im KZ Dürngoy geschildert wurde: „Ich mußte mich ganz nackt ausziehen und wurde auf den Tisch geschnallt. [...] Nach jedem Schlag mußte ich selber zählen. Beim fünfzehnten Schlag wurde die erste kurze Pause gemacht: ‚Wieviel Schläge hast du bekommen?‘ Ich stöhnte nur noch: ‚Fünfzehn!‘ Dann weiter alle fünf Schläge eine Minute lang Unterbrechung. Die Haut war völlig aufgerissen und ich blutete fürchterlich. [...] Als ich einmal meinen Kopf zur Seite wandte, bemerkte ich, daß in der Ecke ein jugendlicher SA-Mann stand und bei dem Anblick – onanierte. Dasselbe haben mir auch andre Gefangene im Lager erzählt, das heißt zugeflüstert, denn das Sprechen miteinander war streng verboten.“ (AZ 12-08, 3) Ist es verwunderlich, fragt K. K., dass sich die Welt diese „Romantik der Menschenschändung“ nicht vorstellen

1 Vgl. ebenda, V. 11280f.

2 Vgl. dazu Irina Djassemj: *Der „Productivgehalt kritischer Zerstörerarbeit“*, S. 404ff.

will? „Sieht sie die Augen dieser Komparsen des Schreckens, deren geschlechtliche Jugend die rätselhafte Verbindung von Qual und Wonne erlebt und behält? Denn selbst hier, bis zur Orgie in Blut und Kot, hat Natur ihren Anteil, und ein Höllentor ist eröffnet, aus dem es keine Rückkehr gibt für den Genießer; und keine Rettung der Menschenwürde, die solchem Bedürfnis erlag ...“ (DW 216) Was die *Dritte Walpurgisnacht* über die nationalsozialistische Libido zu sagen hat, lieferte Stoff für eine separate Studie, die klären müsste, weshalb die weiblichen Opfer der Nazis in der Regel nicht vergewaltigt, sondern ausgepeitscht wurden, ob ein Zusammenhang zwischen Homosexualität und Rechtsradikalismus besteht, und wie die NS-Blätter zur Festigung der Volksgemeinschaft beitrugen, indem sie deutsche Frauen an den Pranger stellten, die Juden liebten, wovon das sozialdemokratische Organ ausführlich berichtete. (z. B. AZ 03-09, 4) Hier soll das sadomasochistische Beispiel genügen, um das kakanische Entsetzen darüber begreiflich zu machen, dass jener menschlichen Natur, auf deren Zähmung das, was man Kultur heißt, gerichtet ist, in Hitlers Deutschland nicht nur freien Lauf gelassen, sondern schulische Förderung zuteil wird. Die drei Gewaltigen treten deshalb im Verein mit den Pimpfen auf, weil die nationalsozialistischen Lehrer Raufbolde bzw. Scharführer heranzüchten wollen, in denen die schlechten Anlagen des Menschen voll entfaltet sind, während Erziehung im Sinn der Aufklärung auf das Gegenteil zielt, nämlich dem moralischen Charakter zu seinem Recht zu verhelfen. Was sich in Goethes Held als Schuldgefühl meldet, nachdem er von der Ermordung des Greisenpaars erfahren hat, ist sein Gewissen, das auf die Entwicklung seines guten Wesens pocht, denn gut zu sein bedeutet im *Faust* wie in der *Dritten Walpurgisnacht*, das Glück des Anderen zu wollen, den Nächsten zu lieben. K. K. spricht zwar von „viehische[n] Formen der Entschädigung“, von „Krokodilstränen“ (die in Hitler-Versammlungen wirklich gesehen wurden)“, von den „Wölfen des Konzentrationslagers“ und der Schwierigkeit, dass man einen „Löwe[n...] nur nach seinen Taten beurteilen“ könne; den Bestien steht aber ein Haustier gegenüber, dem als „Kreatur Gottes“ gedacht wird: „Der Hund des Platzmeisters störte die Brandstifter durch sein Gebell bei ihrer Arbeit. Daraufhin feuerte einer der Nazis einen Revolverschuß auf das Tier ab und verletzte es schwer. Trotzdem konnte der Hund noch zur etwa hundert Meter entfernten Wohnung des Platzmeisters laufen und seinen Herrn wecken. / Als der Platzmeister zum Klubhaus kam, waren die Eindringlinge schon geflüchtet. Der Mann löschte mit einigen Eimern Wasser den Brand. / In den frühen Morgenstunden mußte der

treue Hund, der die Brandleger entdeckt und schwere Verletzungen erlitten hatte, durch einen Gnadenschuß getötet werden.“ (DW 69/180/119/199/281) Im Gegensatz zwischen dem Wolf und dem Hund drückt sich die Doppelnatur des Menschen aus, der von Anbeginn über schlechtes wie über gutes Potential verfügt. Es ist eine Frage der Erziehung, ob sich der Hang durchsetzt, die selbstischen Bedürfnisse rücksichtslos zu befriedigen, oder ob es gelingt, dem Kantschen Geheiß der Pflicht zu folgen, das heißt, eigene Vollkommenheit und fremde Glückseligkeit in Einklang zu bringen.¹ Aus dieser Warte liegt kein Widerspruch darin, den Nationalsozialismus als ein „Naturereignis“ zu bezeichnen und im folgenden Satz die Hoffnung auszusprechen, „daß die Richterin Natur den Aufstand wider sie rächen wird“, zumal in jeder Person beide Naturen, die tierische wie die menschliche, angelegt sind und um die Vorherrschaft streiten. (DW 20) Jenes Zitat aus dem *Faust*, das in dem Abschnitt der *Dritten Walpurgisnacht*, wo sich K. K. auf die Suche nach dem „ideologischen Überbau“ der NS-Bewegung macht, zwischen Heidegger und Nietzsche steht, deutet denselben Hintergrund an: „Nur, um dir's im Vertraun zu sagen: / Zwei Philosophen bin ich auf der Spur, / Ich horchte zu, es hieß: Natur! Natur!“ (DW 67 u. 72)² Dabei handelt sich um Verse aus der „Klassischen Walpurgisnacht“ im zweiten Teil der Tragödie, einer Versammlung antiker Geister im vorhellenistischen Griechenland, die Goethe als Pendant zur mittelalterlichen Hexenfeier, der „Walpurgisnacht“ des ersten Teils, erfunden hat. Beide Male wird Faust mit dämonischen Naturreichen konfrontiert, zunächst in der sagenhaften Orgie auf dem Blocksberg, dann in seiner von mythologischen Gestalten begleiteten Suche nach Helena. Was nun den angeführten Passus betrifft, so spricht ihn das künstliche Geschöpf Homunculus, den Faustens alter Famulus, der Alchimist Wagner, in einer Phiole erzeugt hatte. Er trifft „am obern Peneios“, so der Titel der Szene, auf Mephistopheles und erzählt ihm, dass er sich den zwei Philosophen Anaxagoras und Thales anschließen werde, um zu erfahren, wie es ihm, dem Geist in der Flasche, gelingen könnte, körperlich zu entstehen. Während jener den Erdbebengeist Seismos als die Natur gestaltende Kraft ansieht, verweist dieser auf die Urquelle Wasser, aus dem alles Lebendige hervorgehe. Es mag schon sein, dass Goethe die altgriechischen Philosophen zu Sprechern des zeitgenössischen Geologenstreites zwischen „Vulkanisten“ und „Neptunisten“ erkor. K. K. lässt aber einen tiefe-

1 Vgl. Immanuel Kant: *Die Metaphysik der Sitten*, S. 515-518.

2 Vgl. Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 7835-7837.

ren Sinn der Passage erkennen. Denn Anaxagoras und Thales treten in der *Dritten Walpurgisnacht*, nachdem sie von Homunculus angekündigt wurden, umgeben von Berichten über niederträchtige Gewalttaten, die SA-Männer begangen hatten, und Nietzsche-Zitaten auf. Die leitende Frage, ob sich die Nationalsozialisten zu Recht auf dessen Lehre berufen, wird zwar verneint, indem Nietzsche als Kritiker der Deutschen wie der Antisemiten zu Wort kommt. Was die Rede von „vornehmen Rassen“, der „blonden Bestie“ und ihrem „Raubtiergewissen“ jedoch für eine Wirklichkeit zeitigt, sollen die Ausschnitte aus dem Alltag der Braunhemden bewusst machen. Dazwischen spricht Anaxagoras: „Hast du, o Thales, je in einer Nacht, / Solch einen Berg aus Schlamm hervorgebracht?“ Die Antwort, die im *Faust* direkt anschließt, folgt nach ein paar Zeilen, wobei der Sprecherwechsel vor dem letzten Vers in der *Dritten Walpurgisnacht* nicht angegeben ist: „Nie war Natur und ihr lebendiges Fließen / Auf Tag und Nacht und Stunden angewiesen; / Sie bildet regelnd jegliche Gestalt, / Und selbst im Großen ist es nicht Gewalt. / Hier aber war's!“ (DW 75)¹ Den Dialog beendet nicht Thales, sondern Anaxagoras, dessen These, wonach Natur und Gewalt ineinander gestiftet sind, unwidersprochen bleibt. Wer die natürlichen Kräfte, die Instinkte und Triebe der Menschen befreien will, so lautet die kakanische Mahnung, darf keine ästhetischen Geniestreiche, keine tanzenden und lachenden Engel erwarten, sondern muss auf jene Nietzscheanischen „Ungeheuer“ gefasst sein, „welche vielleicht von einer scheusslichen Abfolge von Mord, Niederbrennung, Schändung, Folterung mit einem Übermuthe und seelischen Gleichgewichte davongehen, wie als ob nur ein Studentenstreich vollbracht sei“.² Ein treffendes Bild der entfesselten Natur, der Walpurgisnacht, wie sie über Deutschland hereinbrechen sollte? Gelang es den Nazi-Schergen tatsächlich, trotz ihrer Untaten seelisch ausgeglichen zu sein? Zeugt jener gebückte und zitternde alte Mann, zu dem Hitler zehn Jahre nach der Machtergreifung geworden war, nicht von einem Menschen, der an seinem schlechten Gewissen zugrunde ging – zeugt sein Schicksal nicht von der Rache der „Richterin Natur“? Mit anderen Worten: „Das Ende einer Panik, die auf die weitere Menschheit übergreift, wäre nur vom organischen Ablauf zu erwarten, indem schließlich auch die Wildernatur den Naturgesetzen erliegt und die entfesselte Unersättlichkeit sich dahin wendet, wo ihr Ermächtigung wurde.“ (DW 275) Zweifellos spielt diese Stelle auf die „zweite Re-

1 Vgl. ebenda, V. 7859-7865, sowie Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*, S. 275.

2 Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*, S. 275.

volution“ an, gründet auf der Hoffnung, die freigelassene SA-Meute werde den nationalsozialistischen Führern selbst zum Verhängnis. Anthropologisch betrachtet, geht es dabei jedoch um die Vorstellung, dass es den Menschen natürlich sei, Mitleid zu empfinden, dass sie über eine empathische Natur verfügen, die sich nicht ausrotten lässt. Wer seinen Mitmenschen willentlich Leid zufügt, den werden über kurz oder lang Schuldgefühle plagen, die ihn zur Vernunft bringen, aber auch in den Wahnsinn, ja bis zum Selbstmord treiben können. So gesehen, ist Lady Macbeth dem „organischen Ablauf“ zum Opfer gefallen, den menschlichen „Naturgesetzen“ erlegen. „Was haben wir zu fürchten, wer es weiß?“, zitiert K. K. ihren schlafwandlerischen Monolog: „Niemand zieht unsre Macht zur Rechenschaft. Doch wer hätte gedacht, daß der alte Mann noch so viel Blut in sich hätte?“ (DW 177)¹ Dabei reibt sie unablässig die Hände aneinander, als versuche sie, die Schuld abzuwaschen, die sie auf sich geladen hat. „Sie bedarf / Des Beicht’gers mehr noch als des Arztes“, konstatiert dieser, denn „Taten unnatürlich / Erzeugen unnatürliche Zerrüttung“.² Es ist der letzte Auftritt der Königsgattin, die sich in der Folge, wie der Leser am Ende der Tragödie erfahren wird, selbst das Leben nimmt. Aus Shakespeares Theaterstück über den schottischen Heerführer Macbeth, der Duncan I. tötet und ihm auf den Thron folgt, stammen, von Goethes *Faust* abgesehen, die meisten literarischen Zitate der *Dritten Walpurgisnacht*.³ Im Lauf des Dramas geht der Protagonist in den Eigenschaften auf, die seine Gemahlin von einem Mann erwartet – Entschlossenheit, Härte, Skrupellosigkeit. Als er vor der Ausführung des Mordplans zaudert, spornt sie ihn mit den Worten an: „Welch ein Tier / Hieß dich von deinem Vorsatz mit mir reden? / Als du es wagtest, da warst du ein Mann; / Und mehr sein, als du warst, das machte dich / Nur umso mehr zum Mann.“⁴ Der schottische Adlige Macduff bekundet ein konträres Bild von Männlichkeit, wenn er die Nachricht vom Verlust seiner Familie, die Macbeth hatte ermorden lassen, nicht nur „wie ein Mann“ ertragen, sondern „fühlen“ will: „Vergessen kann ich nicht, dass das gewesen, / Was mir das Liebste war. Konnte der Himmel / Es anschauen und nicht helfen? Sünd’ger Macduff! / Für dich sind sie erschlagen! Ich Verworfenner!“⁵ Er gibt sich selbst die Schuld für den Tod seiner

1 Vgl. William Shakespeare: *Macbeth*, V/1.

2 Ebenda.

3 Vgl. Edward Timms: *Karl Kraus*, S. 505.

4 William Shakespeare: *Macbeth*, I/7.

5 Ebenda, IV/3.

Frau und seiner Kinder, die er allein zurückgelassen hatte, um in England Hilfe zu holen. Macbeth hingegen zeigt mit jeder Szene weniger Verantwortungsgefühl. Anstatt überlegt zu handeln, agiert er, seine Gewissensbisse verdrängend, ohne innezuhalten.

Die Handlung rückt an den Punkt, wo, wollt' er nun im Waten stille stehn, Rückkehr so schwierig wär', als durchzugehn. Seltsames glüht im Kopf, es will zur Hand, und muß getan sein, eh' noch recht erkannt.

Doch ist's gewiß, er kann den wild empörten Zustand nicht mehr schnallen in den Gurt der Ordnung. Jetzt empfindet er geheimen Mord an seinen Händen klebend; jetzt straft Empörung stündlich seinen Treubruch; die er befiehlt, handeln auf Befehl, aus Liebe nicht. Jetzt fühlt er seine Würde zu weit und lose, wie des Riesen Rock hängt um den dieb'schen Zwerg.

Mir war, als rief es: „Schlaf nicht mehr. Macbeth mordet den Schlaf!“ Und drum wird Macbeth nicht mehr schlafen.

„Denn so zu sein, ist nichts: doch sicher so zu sein!“ (DW 324f.)

MACBETH: Zu meinem Vorteil muss sich alles fügen; Ich bin einmal so tief in Blut gestiegen, Dass, wollt ich nun im Waten stillestehn, Rückkehr so schwierig wär, als durchzugehn. Seltsames glüht im Kopf, es will zur Hand Und muss getan sein, eh noch recht erkannt. (III/4)

MENTETH: Und was tut der Tyrann?

CATHNESS: Das mächt'ge Dunsinan befestigt er. Toll heißt ihn mancher; wer ihn minder hasst, Nennt's tapfre Wut; doch ist's gewiss, er kann Den wild empörten Zustand nicht mehr schnallen In den Gurt der Ordnung.

ANGUS: Jetzt empfindet er Geheimen Mord, an seinen Händen klebend; Jetzt straft Empörung stündlich seinen Treubruch; Die er befiehlt, handeln auf Befehl, Aus Liebe nicht. Jetzt fühlt er seine Würde Zu weit und lose, wie des Riesen Rock Hängt um den dieb'schen Zwerg. (V/2)

MACBETH:

Mir war, als rief es: „Schlaf nicht mehr, Macbeth Mordet den Schlaf!“ (II/2)

MACBETH: Das so zu sein, ist nichts: Doch sicher so zu sein. (III/1)

Mit dieser Passage setzt das Finale der *Dritten Walpurgisnacht* ein; die Prosa geht in Poesie über: Paarreime und Apostrophe lenken die Aufmerksamkeit auf Klang und Rhythmus der Sätze, Anapher und Parataxe erwecken den Eindruck von Hast, Anführungs- und Ausrufezeichen lassen die Zitate wie Stimmen aus dem Off erscheinen. Vorangestellt ist der Montage aus vier Szenen des *Macbeth* eine Kostprobe des nationalsozialistischen Tatendrangs. Denn K. K. listet Zwischentitel eines langen Berichts der *Neuen Freien Presse* auf, in dem eine Reihe von Gesetzen erläutert wurde, die Hitlers Regierung am 14. Juli beschlossen hatte, darunter das bekannte gegen die „Neubildung politischer Parteien“, aber auch eines zur „Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“, ein anderes über die „Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit“ und ein weiteres, das der „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ dienen sollte. Es folgen Meldungen aus dem Alltag in Deutschland, wo die Beamten zum Hitler-Gruß verpflichtet, drei Kommunisten auf der Flucht erschossen und Verwandte des sozialdemokratischen Altkanzlers Philipp Scheidemann, der ins Ausland geflohen war, an seiner Stelle verhaftet wurden. (NFP 15-07, 2f.) Im Anschluss an den *Macbeth*-Passus ist vom Aufstieg der SS und Fall der SA die Rede, womit der Fokus klar auf

dem inneren Konflikt der NSDAP zu liegen scheint – der Revolte der Braunhemden gegen die Parteiführung, der Eigendynamik der Revolution, die Hitler in die Enge und zu unbeachteten Taten treibt. Der Originaltext legt freilich neben der sozialen eine psychologische Lesart nahe: Dort lässt sich der „wild empörte Zustand“ auf den Tyrannen selbst beziehen, den man zu Recht „toll“ heißt. Er spürt das Blut des toten Duncan, den er im Schlaf erscholcht hatte, an seinen Händen kleben, er kann die Untat nicht vergessen, hört Stimmen und wähnt sich verfolgt, was zu weiteren Morden führt. Im Gegensatz zu seiner Frau, die letztendlich, von Schuldgefühlen gepeinigt, ein Opfer der eigenen Aggression wird, reagiert Macbeth nach anfänglichen Selbstvorwürfen mit Verdrängung. Er entwickelt sich zu einem grausamen Despoten, den die Rache der Natur gleichsam auf Umwegen ereilt. Denn die englischen Truppen, mit deren Hilfe Duncans Sohn Malcolm den Usurpator stürzen will, tarnen sich mit Zweigen aus dem Wald von Birnam, um unbemerkt zum Schloss Dunsinan ziehen zu können. Macbeth fällt dann im Duell mit Macduff, seinem moralischen Konterpart. Mitten im Schlussteil ruft K. K. die Shakespearesche Folie der deutschen Ereignisse noch einmal auf: „Der Birnamwald rückt heran.“ (DW 326) Am Ende aber kehrt die *Dritte Walpurgisnacht* zu Goethe zurück, und zwar mit der Hoffnung, dass „die guten Geister einer Menschenwelt aufleben zur Tat der Vergeltung: ‚Sei das Gespenst, das gegen uns erstanden, / Sich Kaiser nennt und Herr von unsern Landen, / Des Heeres Herzog, Lehns-herr unsrer Großen, / Mit eigener Faust ins Totenreich gestoßen!‘“ (DW 327)¹ Wer diese Verse aus dem *Faust*, die der Kaiser in der Bürgerkriegsszene spricht, pazifistisch versteht, der versteht sie falsch. Es geht nicht um eine symbolische, sondern eine tatsächliche Faust. Die Frage ist nur, wem sie gehört, wer den Gegenschlag in kakanischen Augen führen soll? Handelt es sich um einen Appell an England, Hitler wie Macbeth zu entthronen? Obwohl die *Dritte Walpurgisnacht* Anhaltspunkte für diese Deutung liefert, mutet sie zu oberflächlich an. Nein, die Faust kommt nicht von außen, sondern stammt vom „Gespenst“ selbst. Lässt K. K. also das Thema der „zweiten Revolution“ in den Wunsch münden, dass sie die Väter der ersten frisst, dass Hitler von den eigenen Leuten „ins Totenreich gestoßen“ werde? Dann hätte er seinen Aufruf nicht an „die guten Geister einer Menschenwelt“, sondern an deren schlechte gerichtet. Kurzum, das schlüssigste Verständnis der Stelle ist jenes, das dem Tenor der vorherigen Zitate aus dem *Faust* und dem *Macbeth* entspricht: „Und nun ist

1 Vgl. Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 10469-10472.

zu erwarten, daß die andere der beiden ‚himmlischen Mächte‘, der ewige Eros, eine Anstrengung machen wird, um sich im Kampf mit seinem ebenso unsterblichen Gegner zu behaupten.“¹ Die *Dritte Walpurgisnacht* beginnt mit Thanatos – jenem „nichts“, das K. K. zu Hitler einfällt – und endet wie der Essay *Das Unbehagen in der Kultur*, den Freud 1930 veröffentlicht hatte, im Vertrauen auf die Kraft seines Pendants, des menschlichen Eros. (DW 12 u. 327) Wäre Shakespeare der Autor der deutschen Tragödie, dann stiege das normannische Meer heran und die Hauptfigur schösse sich zuletzt selbst in den Kopf.

Wem dieser Schluss zu theatralisch erscheint, der sei daran erinnert, dass die Anfangsszenen nicht realistischer waren. Als „Eröffnungsvorstellung des Dritten Reiches“ bezeichnete die *Arbeiter-Zeitung* den nächsten Anknüpfungspunkt unserer Analyse: „Heute große Haupt- und Staatsaktion in Potsdam. Regie und Reklame klappen gleich vorzüglich und verraten Goebbels’ Meisterhand.“ (AZ 22-03, 4) Anlässlich der ersten Sitzung des neuen Reichstags wurde der 21. März zum „Tag von Potsdam“ erklärt, an dem sich die Symbole der „alten Größe“ und der „jungen Kraft“ vereinen sollten. In der Garnisonkirche, hinter deren Altar sich die Gruft Friedrichs II. befand, ließ sich Hitler von Hindenburg, dem greisen Reichspräsident und Feldmarschall, zum würdigen Erben des deutschen Nationalismus adeln. Nach stundenlangen Feierlichkeiten, die auf allen Radiosendern übertragen wurden, trat der Reichstag in der Berliner Krolloper zusammen, wo Göring, der Parlamentspräsident, eine Eröffnungsansprache hielt. Die entscheidende Sitzung fand erst zwei Tage später statt, als das von der Regierung eingebrachte Ermächtigungsgesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ mit mehr als den erforderlichen zwei Dritteln der Stimmen beschlossen wurde. Da sich die kommunistischen Abgeordneten in Haft oder auf der Flucht befanden, war die sozialdemokratische die einzige Fraktion, die gegen den Initiativantrag der regierenden Parteien stimmte, mit dessen Annahme sich der Reichstag – im Gegensatz zum österreichischen Parlament tatsächlich – selbst ausschaltete. Denn nun besaß das Kabinett das Recht, eigenständig Gesetze zu erlassen, was gemäß dem Prinzip der Gewaltenteilung ein Privileg der Volksvertretung war und ist. Ungeachtet der symbolischen Bedeutung der

1 Sigmund Freud: *Das Unbehagen in der Kultur*, S. 108. Die Wendung von den „himmlischen Mächten“ stammt aus einem bekannten Lied, das der Harfner in Goethes Roman *Wilhelm Meisters Lehrjahre* singt: „Wer nie sein Brot mit Tränen aß, / Wer nie die kummervollen Nächte / Auf seinem Bette weinend saß, / Der kennt euch nicht, ihr himmlischen Mächte. // Ihr führt ins Leben uns hinein, / Ihr laßt den Armen schuldig werden, / Dann überlaßt ihr ihn der Pein, / Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“ Im Übrigen zeigt diese kulturtheoretische Schrift, dass Freud entgegen der geläufigen Ansicht Kant näher steht als Nietzsche.

Abstimmung, ist es historisch folgerichtig, dass K. K. dem Ermächtigungsgesetz weit weniger Gewicht beimisst als den Folgen des Reichstagsbrandes. In Wirklichkeit wurde am 23. März nur nachträglich legalisiert, was seit knapp einem Monat politischer Alltag gewesen war, zumal bereits die Notverordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ wesentliche Teile der Weimarer Verfassung aufgehoben hatte.¹ So bezieht sich die *Dritte Walpurgisnacht* lediglich am Rande auf die Ereignisse in Potsdam und der Krolloper, über die es etwa heißt, dass „Fridericus rex vielfach wieder zu Ehren“ komme (DW 57), und lenkt die Aufmerksamkeit stattdessen auf jene am 21. März ergangenen Verordnungen, die in den Schallkegel des Staatsaktes geraten waren. Dabei handelte es sich einerseits um eine Generalamnestie für Delikte, die, wie „Conti“ mitteilte, „aus bestem Willen für das Wohl des Reiches begangen worden sind“, und andererseits um Maßnahmen zur „Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Reichsregierung“, für deren Ahndung „Sondergerichte“ eingesetzt wurden. (RP 22-03, 3) Die Richter konnten dort auch mündliche Kritik am Regime mit Zuchthaus bestrafen, ohne dass es Angeklagten möglich gewesen wäre, Rechtsmittel gegen die Urteile einzulegen. K. K. weist an mehreren Stellen auf die nationalsozialistische Verkehrung des Strafrechts hin; bezeichnend ist vor allem jene Passage über einen Aufsatz, den ein Landesgerichtspräsident in der *Deutschen Juristenzeitung* veröffentlicht hatte. Darin werde die Ansicht vertreten, dass „eine Reihe von Taten, wie Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Tötung, als ‚durch den nationalen Zweck bestimmt‘ anzusehen und darum vom Verdacht einer strafbaren Handlung vorweg befreit“ sei: „Weitwendigkeiten wie bei den Mördern von Potempa, deren Leben an einem Haar hing und deren Beamtenlaufbahn dann durch einige Monate verzögert war, werden sich nicht wiederholen.“ (DW 289f.) Der erste Fall geht auf eine Glosse der *Arbeiter-Zeitung* zurück, die einen Ausschnitt aus dem juristischen Fachartikel als Beispiel „deutscher Rechtspflege“ zitierte. (AZ 20-06, 4) Was den „Mord von Potempa“ betrifft, so brachte das sozialdemokratische Organ zum ersten Jahrestag einen ausführlichen Bericht über die Tat und ihre Folgen. Im schlesischen Dorf Potempa war der Bergarbeiter Konrad Pietrzuch in der Nacht vom 9. auf den 10. August 1932 von SA-Leuten aus dem Bett geholt, mit Stöcken und Stiefeln geprügelt und schließlich erschossen worden. Nachdem ein Schnellgericht die Täter zum Tode verurteilt hatte, sandte ihnen Hitler ein Telegramm, in dem er von „ungeheuerlichen Bluturteilen“ sprach und sich mit

1 Vgl. Karl Dietrich Bracher: *Stufen totalitärer Gleichschaltung*, S. 20f.

den Mördern „in unbegrenzter Treue verbunden“ erklärte. Hindenburg gab dem Gnaden-gesuch statt und wandelte die Strafe in lebenslange Haft um. Dass die SA-Männer am 15. März 1933 auf Befehl des Reichskanzlers freikamen, mache Potempa zum Symbol der NS-Herrschaft: „Was damals ein außergewöhnliches Verbrechen schien, das in seiner Scheußlichkeit die ganze Welt in Aufregung versetzte, ist heute in Deutschland alltägliches Geschehen, ist Regierungssystem geworden.“ (AZ 06-08, 2f.) Bereits im Kommentar über den „Spuk in Potsdam“ hatte das Blatt hervorgehoben, die schlesischen Schufte wären bei der Parade an einer Ecke „noch vor dem Spalier“ gestanden. (AZ 24-03, 3) Während die *Arbeiter-Zeitung* im Übrigen von einer boulevardesken Veranstaltung sprach, übernahm die *Reichspost* den dithyrambischen Duktus des Wolff-Büros: Strahlender Sonnenschein, frohe Festesstimmung, tannenumkränzttes Willkommensbild, gewaltige Menschenmenge, stürmische Ovationen, Heilrufe, lebende Mauern von Menschen, Chorgesang, dann lautlose Stille. Nach dem Pleonasmus ergreift Hitler das Wort in der Garnisonkirche. Seine Rede beginnt mit Klagen über die elende Situation des deutschen Volkes, das unter dem Einfluss einer „Theorie der individuellen Werte“ die „Notwendigkeit eines gemeinsamen Willens“ verdrängt habe. Indem nun das „junge Deutschland“ das „Reformwerk der Reorganisation“ in Angriff nehme, werde das Reich zur „alten Größe“ zurückfinden. Es folgt eine Reihe von Sätzen, die inhaltsarm, aber suggestiv sind, weil alle, die kollektive Motivation anaphorisch umsetzend, mit „Wir wollen“ anfangen. Als sich der Reichskanzler dem „Generalfeldmarschall“ zuwendet, treten archaisierende Wendungen an die Stelle seines Neusprechs, das ein Gemisch aus schmückenden Beiwörtern und Fachbegriffen darstellt. Hindenburg, der „auf dem Felde der Ehre“ gekämpft habe, geziemen das Dativ-e und genitivische Attribute, erlebte er doch „des Reiches Werden“, sah „des großen Kanzlers Werk“ gedeihen und gebe „des deutschen Volkes Jugend“ heute den Segen, den Kampf „für unseres Volkes Freiheit und Größe“ wieder aufzunehmen. Während der Reichspräsident im Anschluss einen Kranz am Grab des Preußenkönigs niederlegt, spricht ein Kriegsblinder im Rundfunk: „Ein Strahlenschein glänzt über Deutschland und dringt auch in meine Nacht. Das Vaterland ist wieder schön und ehrlich und hell geworden.“ (RP 22-03, 2f.) Hitler fand mit seinem monarchischen Schauspiel Anklang beim christlichsozialen Organ, das ihn den „Weg vom Volks-tribun zum Staatsmann“ beschreiten sah. Nach dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes hieß es im Leitartikel: „Mit seiner heutigen Rede vor dem Reichstag hat er auf diesem We-

ge eine weite Strecke zurückgelegt.“ Als radikal sei nur mehr die „Kampfansage gegen den Kommunismus“ zu werten, aber gerade in dieser Frage habe sich die NSDAP „nie in einem Gegensatz zu anderen Parteien, die unsere europäische Gesellschaftsordnung und Kultur gegen die rote Flut aus dem Osten verteidigt wissen wollen“, befunden. Da der Versuch einer „Abwehr mit demokratischen Mitteln“ gescheitert sei, habe der Tag kommen müssen, „an dem sich die Völker Europas auf ihre Pflicht besinnen, den Kampf gegen den Bolschewismus mit ähnlichen Waffen zu führen, wie sie Moskau benützt“. Hitler liege jedenfalls richtig, wenn er die „Gefahr einer Bolschewisierung Deutschlands als eine europäische Gefahr“ erkenne: „Es ist daher zu wünschen, daß sein Kampf in dieser Richtung die Billigung Europas findet und auch nachgeahmt wird.“ (RP 24-03, 1f.) Die *Reichspost* zollte nicht nur Dachau Lob, sondern dem gesamten in der Krolloper vorgetragenen Regierungsprogramm, das diesen Namen nicht verdient. Denn der Reichskanzler stellte so konkrete Maßnahmen wie „eine durchgreifende moralische Sanierung“ in Aussicht; und was die Wirtschaftspolitik betraf, gab er die tiefgründige Erkenntnis preis, auf der die Reformarbeit gründen werde: „Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital gilt der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk.“ Zwei Hauptaufgaben ergäben sich aus diesem Grundsatz, nämlich die „Rettung des deutschen Bauern“ und die „Eingliederung der Arbeitslosenarmee in den Produktionsprozeß“. Außenpolitisch wolle das deutsche Volk ebenso wie seine Regierung „mit der Welt in Frieden leben“, weshalb es an den Abgeordneten des Reichstages läge, selbst eine Entscheidung über „Frieden oder Krieg“ zu treffen. (RP 24-03, 2f.) In einer zweifellos mutigen Stellungnahme begründete der SPD-Vorsitzende Otto Wels, warum seine Fraktion nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmen werde, worauf Hitler alle Vorwürfe wütend zurückwies. Medienhistorisch sind die prosodischen Unterschiede der beiden Redner bemerkenswert.¹ Wels spricht, musikalisch ausgedrückt, legato, lässt eine Silbe in die andere übergehen, hebt die Stimme beschwörend, ohne je anklagend zu klingen, so dass der Satz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen – die Ehre nicht“, resignativ statt kämpferisch wirkt; Hitler dagegen führt in seiner Erwiderung ein breites Artikulationsrepertoire vor, das vom bairisch nasalen „ä“ bis zum preußisch zischenden „s“ reicht, vom geschmierten „geduldig hörte man Ihren Redner an“ bis zum Stakkatogebrüll: „Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!“ Jawohl,

1 Vgl. 1933 – *Der Weg in die Katastrophe*, Tracks 7 u. 8.

sagte das christlichsoziale Blatt damals und wunderte sich zwei Monate später, dass alles ganz anders gekommen war. Bei einer Referendartagung in Berlin hatte der preußische Justizminister Hanns Kerrl angesprochen, was unter „moralische Sanierung“ zu verstehen sei: „Ich verlange, daß der Richter parteiisch ist bis zum äußersten, wenn es um den Bestand der Nation geht. Es gibt kein Wolkenkuckucksheim eines göttlichen objektiven Rechtes!“ Bestehe keine „höhere sittliche Ordnung“, kein Naturrecht, so wandte die *Reichspost* ein, dann wäre es dem jeweiligen Machthaber überlassen, „das Recht nach seinen Begriffen zu formen“, dann trete der Staat an die Stelle Gottes. Den folgenden Absatz des Kommentars, in dem der Rechtspositivismus für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs mitverantwortlich gemacht wurde, gibt K. K. vollständig wieder: „Der Geist dieses himmelstürmenden Kraftbewußtseins, der da aus den Retorten der Gelehrtenstuben geboren wurde und in Büchern und Reden seinen Niederschlag fand, hat nicht zuletzt jene unheilvolle Vorstellungswelt in Europa hervorgebracht, die dem Ausland das Wesen des deutschen Volkes in einer ganz wahrheitswidrigen Verzerrung zeigte und aus diesem schrecklichen Irrtum den Weltkrieg entspringen ließ.“ (RP 26-05, 1 vgl. DW 90) In der *Dritten Walpurgisnacht* bezieht sich der Passus nicht direkt auf den juristischen Hintergrund, sondern dient als Kontrast zu dem, was „Worthelfer der Gewalt“ wie Martin Heidegger oder Gottfried Benn von sich gaben, wenngleich die *Reichspost* selbst, wie K. K. einräumt, „den Weltkrieg teils als die österreichische Initiative der Vergeltung, teils nibelungentreu als Untat der Einkreiser kommentiert“ habe. (DW 72/90) Auf den Gegensatz zwischen Naturrecht und Rechtspositivismus weist eine andere, bereits zitierte Stelle hin, wo es heißt, der nationalsozialistische Mensch hole „vom Himmel seine Rechte“, was bildlich wie buchstäblich zu verstehen ist, und die SA-Truppen brächen in „Leben, Freiheit und Besitz“, also in die Quintessenz der natürlichen Rechte ihrer Opfer. (DW 16) Dass jura novit curia auch für die neuen Sondergerichte galt, zeigen die Urteile, die dort gefällt wurden. Entsprechungen eines Beispiels, das die *Dritte Walpurgisnacht* anführt, nämlich dass mit Zuchthaus bestraft werden könne, wer behaupte, „den Juden in Deutschland gehe es nicht gut“, finden sich in der *Neuen Freien Presse* und in der *Arbeiter-Zeitung*. (DW 196) Das bürgerliche Blatt berichtete am 8. April über den ersten Fall des Berliner Sondergerichts. Dem jüdischen Händler David Leisten wurde zur Last gelegt, „am 24. März in Berlin Nachrichten über angebliche Judenverfolgungen in Deutschland verbreitet zu haben“; der Richter strafte das „Vergehen gegen die Verordnung

zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ mit einem Jahr Gefängnis. (NFP 08-04, 4) Im Zentralorgan der Sozialdemokraten war das „Wüten der Justizbestie“ ein wiederkehrendes Thema. Mitte August brachte es eine Kompilation aus Gerichtsmeldungen der NS-Presse, in der auch das Verfahren gegen den jüdischen Kaufmann Benno Bonnen zur Sprache kam, der am 31. März in einem Privatgespräch gesagt hatte, „in Deutschland würden die Juden nicht gut behandelt“. Das Sondergericht in Wilhelmshaven verhängte eine Haftstrafe von vier Monaten. (AZ 16-08, 2)

Der Terminus technicus für Delikte, wie sie David Leisten und Benno Bonnen angestrichet wurden, lautete „Gräuelpropaganda“. Wenige Tage nach dem Erlass der Heimtückeverordnung machte Göring den im Ersten Weltkrieg geprägten Ausdruck für die Abwehr jener angeblichen Hetze fruchtbar, die von der Auslandspresse gegen das neue Deutschland betrieben werde. Er hatte eine internationale Journalistenschar auf den 25. März zu sich ins Palais des Reichstagspräsidenten bestellt, um sich gegen Berichte zu verwahren, wonach die nationalsozialistische Regierung politische Gegner foltern lasse. Unter den Hörern, die anschließend ins Polizeigefängnis am Alexanderplatz geführt wurden, befand sich, wie erwähnt, ein Korrespondent der *Neuen Freien Presse*. In seiner Rede sagte Göring, dass es in Deutschland nicht einen Menschen gäbe, „dem auch nur ein Fingernagel abgehackt oder ein Ohrläppchen abgezwickt worden wäre“, und was die Judenfrage betreffe, so dulde man unter keinen Umständen, „daß ein Mensch nur deshalb verfolgt wird, weil er ein Jude ist“, obwohl die Lügenkampagne offenkundig vom „geschlagenen Marxismus“ und von „Juden im Ausland“ ihren Ausgang nehme. Er appelliere an die „journalistische Standesehre“ der Berichterstatter, die deutschen Zustände wahrheitsgetreu darzustellen, immerhin habe die Regierung, „indem sie die kommunistische Welle zum Zurückfluten brachte, die abendländische Kultur gerettet“. (NFP 26-03, 6 vgl. DW 142) In den ersten zwei Monaten der NS-Herrschaft war kaum von Juden die Rede gewesen; als politische Zauberformel hatte der „Kampf gegen den Bolschewismus“ gedient, ein Vorwand, unter dem zuerst die Grundrechte aufgehoben und dann tausende Regimegegner verschleppt wurden. Ende März kam der Antisemitismus ins Spiel, der das russische Feindbild nicht ersetzte, sondern ergänzte, indem sich die beiden Stereotype zur Chimäre des „jüdischen Bolschewismus“ verbanden. Den Achsenbegriff „Gräuelpropaganda“ hält K. K. für widersinnig, da dort, wo Menschen Gewalt leiden mußten und „Information“ darüber unterdrückt oder nicht geglaubt wurde,

„Übertreibung“ geradezu ein moralisches Gebot sei: „Könnte es denn, wo nur der leiseste Verdacht auf ‚Greuel‘ besteht, ein sittlicheres Tun geben als ‚Propaganda‘, eine lügenhafte-re, nichtswürdigere Fiktion als deren Vorwurf?“ (DW 108) Der Gipfel der Niedertracht ist in kakanischen Augen erreicht, wenn die Verfolgten selbst gegen die Behauptung, dass sie verfolgt würden, auftreten, was im Fall des „Verbandes nationaldeutscher Juden“, der gemeinsam mit anderen jüdischen Organisationen das Buch *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda* herausgegeben hatte, tatsächlich geschehen war. (DW 98)¹ Mag der Grund Erpressung oder Opportunismus gewesen sein, am 31. März, als der antisemitische Feldzug der NS-Presse in vollem Gang war, meldete sich der Ehrenvorsitzende des Verbandes, Max Naumann, jedenfalls auf dem Titelblatt des *Neuen Wiener Journals* zu Wort: „Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß ich ein absoluter Gegner dieser Greuelhetze gegen Deutschland bin. Ich sehe in dieser Kampagne nichts anderes, als eine Neuauflage der Kriegshetze gegen Deutschland und seinen Verbündeten von einst.“ K. K. gibt den Artikel, von dem er nicht wisse, ob er das „Dokument einer Gesinnung“ oder das „Ergebnis der raffiniertesten Vergewaltigung“ sei, auszugsweise wieder und kommt in der Folge auf die *Neue Freie Presse* zu sprechen, die ja ebenfalls in dem Ruf stand, eine liberale Tageszeitung zu sein. (vgl. DW 101-103) Der Übergang gestaltet sich nicht nur aus publizistischer Sicht fließend, sondern auch im Hinblick auf das politische Geschehen, zumal die Frage lautet, wie das bürgerliche Blatt auf den Boykott jüdischer Geschäfte, Anwälte und Ärzte reagierte, der am 1. April in ganz Deutschland stattfand. Die NSDAP hatte die Aktion, rhetorisch betrachtet, mit einer Synekdoche und einem Pleonasmus begründet, nämlich als Abwehr jener „antideutschen“ Hetze des „internationalen Weltjudentums“, womit einerseits der Eindruck erweckt werden sollte, dass die gesamte deutsche Bevölkerung am Pranger stehe, und andererseits unterstellt wurde, es gäbe ein globales Netzwerk jüdischer Meinungsführer. Am Boykotttag bestand die Aufgabe der SA-Männer darin, den Zugang zu Läden und Praxen zu versperren, deren Besitzer als Juden galten. Das Verdikt der *Dritten Walpurgisnacht*, dass die *Neue Freie Presse*, fern davon, Kritik zu üben, verharmlosend über das Geschehen in Deutschland berichtete, ist gerechtfertigt; die angeführten Textstellen lassen sich belegen und entsprechen der Tendenz der zahlreichen Beiträge über den Judenboykott. So sprach sich der Leitartikel vom 30. März zwar im „Namen der Menschlichkeit“ gegen die antisemitische Aktion

1 Vgl. Jakow Trachtenberg (Hg.): *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda*.

aus, aber nicht wegen prinzipieller Bedenken, sondern weil sich bereits die Einsicht durchgesetzt habe, dass die Gräuelpropaganda eine Lügenpropaganda sei: „Wenn ein guter Engel das Schicksal Deutschlands lenkt und wenn das Ausland ebenso begreift, daß die Greuelpropaganda verderblich, ja unsinnig ist, dann muß in letzter Sekunde eine Entspannung erfolgen. [...] Deutschland will und muß emporsteigen in der nationalen Einigkeit, in Kraft und Glanz seines Selbstbewußtseins. Die Greuelpropaganda wird von selbst ins Nichts zerfallen durch die Kraft der Wahrheit.“ (NFP 30-03, 2 vgl. DW 104) Tags darauf ging man mit gutem Beispiel voran und veröffentlichte im Abendblatt eine Nachricht mit dem Titel „Gegen die antideutsche Propaganda“, in der angebliche Zuschriften jüdischer Geschäftsleute wiedergegeben wurden, darunter ein Brief der Berliner Aktiengesellschaft Mix & Genest, die versicherte, „daß sich der Umsturz in völliger Ruhe und Ordnung abgespielt hat, und daß im Bereich der Organisation des Unternehmens, die sich über das ganze Reich erstreckt, nicht ein einziger Fall von Verfolgungen oder Angriffen auf Andersdenkende oder Angehörige fremder Staaten, bestimmter Rassen oder Religionsgemeinschaften vorgekommen sei“. (NFP Ab. 31-03, 3 vgl. DW 103) Warum K. K. den Judenboykott als „Nationalfeier“ bezeichnet, machen die Schilderungen des Korrespondenten der *Neuen Freien Presse* begreiflich, der am 1. April auf der Tauentzienstraße in Berlin beobachtet hatte, wie eine Menschenmasse „friedlich auf und ab promenierte“, wobei die Stimmung „nicht erbittert“ war; zwischendurch hat man wohl „höhnische und auch drohende Bemerkungen gegen die Juden“ hören können, die auf dem Wittenbergplatz aber von einem Lautsprecher übertönt wurden, der „fröhliche Weisen“ erklingen ließ. (NFP Ab. 01-04, 1 vgl. DW 116) Dass es nicht überall so einträchtig zugegangen war, zeigte ein Bericht der folgenden Ausgabe, in dem ein „Zwischenfall“ in Kiel vermeldet wurde. Dort hatten zwei SS-Leute den Rechtsanwalt Friedrich Schumm gehindert, das Möbelgeschäft seiner Eltern zu betreten. Als der junge Mann nach einem Handgemenge eine Pistole zog, riss ihm sein Vater den Arm zur Seite, worauf sich ein Schuss löste, der eine der beiden Wachen schwer, aber nicht tödlich verwundete. Nachdem sich in der Stadt das Gerücht verbreitet hatte, der SS-Mann sei den Verletzungen erlegen, „sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Polizeigefängnis an und geriet in ungeheure Erregung. Bevor der Abtransport des verhafteten Rechtsanwaltes durchgeführt wurde, drang die Menge in das Gefängnis ein. Sie erbrach die Zelle, in der Friedrich Schumm untergebracht war; Schumm wurde durch SA-Leute niedergeschossen.

Ueber fünfzehn Pistolenschüsse sollen auf ihn abgegeben worden sein.“ Nach Auskunft der Regierungspressestelle habe sich die Hinrichtung derart schnell zugetragen, „daß sie von Seiten der Polizei nicht verhindert werden konnte“. (NFP 02-04, 6) Im Anschluss an die Meldungen über den Verlauf des Boykotts erschien noch einmal ein Hinweis auf die „große Anzahl von Telegrammen und Briefen“, die deutsche Industrielle an die Redaktion geschickt hätten, betuernd, „daß die Geschäftstätigkeit in Deutschland bis jetzt an keiner Stelle eine Unterbrechung oder Behinderung erfahren hat im Zusammenhang mit der politischen Umwälzung. Auch die jüdische Geschäftswelt konnte bisher unbehelligt ihren Geschäften nachgehen.“ Was K. K. – im Licht der Vorgänge zu Recht – empört, ist die „witzige Einschränkung“, die der Zusammenfassung der Zuschriften folgte: „(Diese Mitteilungen stammen sämtlich aus der Zeit vor der Verhängung des Boykotts.)“ (NFP 02-04, 7 vgl. DW 103f.) Inzwischen hatte sich, wie es an einer anderen Stelle der *Dritten Walpurgisnacht* heißt, die „größte Tat“ des neuen Deutschland ereignet. (DW 203) Indem K. K. den Judenboykott als Menetekel des Dritten Reichs erkennt, geht er nicht nur über die Berichterstattung der *Neuen Freien Presse*, sondern auch über jene der *Reichspost* und der *Arbeiter-Zeitung* hinaus. Denn während erstere bemüht war, ihre Leser zu überzeugen, dass es unter Hitler keine Judenverfolgung gebe, reklamierte das christlichsoziale Organ den Antisemitismus für die eigene Weltanschauung, und das sozialdemokratische Blatt ordnete die Judenfrage dem Thema des Klassenkampfes unter. Demgegenüber werden schon in der Einleitung der *Dritten Walpurgisnacht* Zweifel laut, „ob sich die ungeheure Erfüllung des Gebots ‚Deutschland erwache!‘ so reibungslos vollzogen hätte, wenn ihm nicht die einfachere Weisung ‚Juda verrecke!‘ angeschlossen und unmittelbar befolgt worden wäre“, was besagt, dass K. K. den Antisemitismus als integralen Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie betrachtet, der nicht nur als propagandistisches Mittel, als leere Drohung diene, sondern zur Tat aus Überzeugung anspornte, zur endgültigen Lösung des Problems. (DW 25) Den entgegengesetzten Standpunkt vertrat die *Reichspost*, die am 27. März den Kommentar „Kein Antisemitismus im Dritten Reich“ brachte. Wie sich jetzt, da eine deutsche „Regierungsgröße“ nach der anderen gegen die Gräuelpropaganda auftrete, zeige, seien die jüdenfeindlichen Parolen lediglich Wahlkampfaktik gewesen; de facto beginne das „Aufbauwerk des Nationalsozialismus“ mit einer groß angelegten „Judenschutzaktion“, nachdem die jüdische „Angstpsychose“ eine Massenflucht und einen „Aufruhr der öffentlichen Meinung in

allen Weltteilen“ erwirkt habe: „Dieser erste große Zusammenprall von ‚Judas Weltmacht‘ mit dem zur Macht gelangten Nationalsozialismus endet nun damit, daß die maßgebenden Stellen des Dritten Reiches alle judengegnerischen Absichten in Abrede stellen und brave Unparteilichkeit geloben.“ Für die Parteigenossen sei es an der Zeit, umzudenken, denn wer sich aufgrund der „Heilsbotschaft des ‚Rassismus‘“ hinter das Hakenkreuz gestellt habe, lerne nun die Mühen der Ebene kennen: „Jüdische Staatsbürger gelten im Dritten Reich wie andere Staatsbürger. Die großen Sprüche vor der Mahlzeit waren eben nur große Sprüche, nach dem Mahle liest sich anders.“ (RP 27-03, 2) Dass sich die Judenfrage auch in Österreich stelle, betonte der Leitartikel der übernächsten Ausgabe. Die Einbürgerungszahlen für die Jahre von 1921 bis 1931 sprächen eine deutliche Sprache: Der „Nettozuwachs an Katholiken“ liege mit 41.982 nicht viel über dem „jüdischen Nettozuwachs aus den Ostländern“, der sich auf 32.025 belaufe. Dazu müsse man freilich wissen, dass es Karl Seitz, der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, sei, der das Gros der Naturalisierungen zu verantworten habe. Ein aktuelles Beispiel möge illustrieren, nach welchen Kriterien die Wiener Landesangehörigkeit verliehen werde. Fünf „österreichische Wehrmänner“ hätten in der Hauptstadt um „Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband“ angesucht und seien, „wie so viele andere christliche Bewerber“, abgewiesen worden – während der Antrag von Stephan Szücs, „Sohn eines Budapester israelitischen Rechtsanwaltes“, der sich nur ein paar Tage im Jahr in Österreich aufhalte, zu einem positiven Bescheid geführt habe. Anders gesagt: „Zehntausende von jungen, tüchtigen Menschen, Kinder des Heimatvolkes, suchen verzweifelt nach Brot und Arbeit. Die Gemeinde Wien teilt es Fremden zu, die sie durch Bürgerrechtsverleihungen selbst unter bedenklichsten Umständen legitimiert.“ (RP 29-03, 1f.) Ist es ein Zufall, dass der Beitrag in derselben Nummer erschien wie die Ankündigung des Judenboykotts in Deutschland? Stellte er nicht den Versuch dar, den Nationalsozialisten das antisemitische Monopol streitig zu machen, die christlichsoziale Tradition der Judenfeindschaft zu beleben? Denn dass die jüdischen Staatsbürger im Dritten Reich wie alle anderen gelten würden, ließ sich angesichts einer bevorstehenden Aktion, die „schlagartig“ einsetzen und „bis in das kleinste Bauerndorf“ reichen werde, „um besonders auf dem flachen Lande die jüdischen Händler zu treffen“, nicht mehr behaupten. „Verantwortlich für die Lügen und Verleumdungen sind die Juden unter uns“, erklärte der Aufruf der NSDAP-Leitung, die ihr Personal ermahnte: „Krümmt auch weiterhin keinem Juden auch nur ein

Haar!“ (RP 29-03, 3) Schließlich sollte zugleich bewiesen werden, dass Hitler der Garant der Ordnung und also jederzeit imstande sei, die SA-Meute zu zähmen, die schon seit Anfang März jüdische Geschäfte im ganzen Land beschmiert und deren Kunden belästigt hatte. Synekdochisch verschoben, hieß es dann, dass der Boykott geregelt werden musste, weil er „aus dem Volke selbst herauskam und ohne Organisation leicht unerwünschte Formen angenommen hätte“; nun könne der Reichskanzler dafür sorgen, dass es nicht „zu Belästigungen persönlicher Art und zu Gewalttätigkeiten“ komme. (RP 30-03, 2) So wurde den „Abwehrposten“ offiziell befohlen, lediglich „das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß der Inhaber des Geschäftes ein Jude ist“; faktisch gab es aber Ermessensspielraum, wie ein vorgezogener Einsatz im sächsischen Annaberg erkennen ließ, wo SS-Abteilungen den Kunden jüdischer Läden einen Stempel mit der Prägung „Wir Verräter kauften bei Juden!“ ins Gesicht drückten. (RP 01-04, 2) Die Freiheit bei der Auslegung der Vorschriften führte zu kontrastreichen Nachrichten der deutschen Agenturen, die etwa über den Verlauf des Boykotts in Berlin-Schöneberg berichteten, dass sich eine Menschenmasse beim Amtsgericht gebildet habe, um zu kontrollieren, ob jüdische Rechtsanwälte oder Richter ein und aus gingen: „Vor dem Gerichtsgebäude wurde die schwarzrotgoldene Fahne des Gerichtes verbrannt. / Die Bewegung ist bisher in äußerster Disziplin und Ordnung verlaufen.“ (RP 02-04, 2) Im Leitartikel beklagte die *Reichspost* den halbherzigen Vollzug der Aktion, die auf den 1. April beschränkt blieb. Es sei leicht und sehr populär, einen Judenboykott zu propagieren, aber schwer, ihn durchzuhalten. Nun komme es darauf an, „den Antisemitismus, der im ganzen Reich – keineswegs nur in der Partei Hitlers – so stürmisch zu Taten drängt, in geordnete Bahnen zu leiten, damit er staats- und kulturpolitisch zu voller Wirksamkeit kommen kann“. Obwohl jetzt die Zeichen auf Angriff stünden, habe diese Volksbewegung „im Grunde defensiven Charakter“, da die Juden nicht die ihnen angemessenen Statisten-, sondern überall die Hauptrollen spielen würden: „Entscheidend für die Entwicklung des Antisemitismus in den deutschen Ländern war und ist, daß ein national und moralisch entwurzelter, oft auch sittlich angekränkelter Judentum viele Schlüsselstellungen im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Nation erobert und in diesen Positionen jedes Augenmaß für die Rolle verloren hat, die der Jude innerhalb der Grenzen christlicher und deutscher Kultur einnehmen darf, ohne die bodenständige Bevölkerung zurückzudrängen, zu beleidigen, zu korrumpieren.“ Die gerne geleugnete „Weltsolidarität“

der Juden sei, wie das deutsche Beispiel zeige, kein Phantom, sondern wirksame Realität. Trotzdem dürfe nicht „altes Unrecht mit neuem“ vergolten werden; man müsse vielmehr „im Geiste der Gerechtigkeit“ eine Ordnung schaffen, die „nicht mehr den Stempel jüdischen Geistes“ trage. Was die Gräuelhetze angehe, solle einfach offen gesagt werden, „was da und dort angestellt und was dagegen verfügt wurde“, denn „der Kreis der Menschen, der sich darüber wirklich entrüsten darf, ist eng gezogen“. In Erinnerung an die „Blutströme“, die in Frankreich und Russland geflossen seien, hätten die Vertreter des Liberalismus und des Marxismus jedenfalls zu schweigen: „Im Vergleich zu diesen beiden Revolutionen [...] ist der Umsturz in Deutschland glimpflich verlaufen.“ (RP 02-04, 1f.) Das christlichsoziale Blatt lag mit den Nationalsozialisten im moralischen Clinch wegen der Frage, welcher Antisemitismus der richtige, der wahre sei. Es handelte sich um eine Wiederholung des Konfliktes zwischen dem Führer der Aldeutschen, Georg von Schönerer, der seinen Judenhass rassistisch begründet hatte, und der Galionsfigur der Christlichsozialen, Karl Lueger, der in der Tradition des religiös motivierten Antijudaismus gestanden war. Tatsächlich versöhnte Hitler beide Konzepte, aber Luegers Nachfolger wollten das zugkräftigste Pferd der Partei nicht vor den nationalsozialistischen Karren spannen lassen und beharrten deshalb auf den ideologischen Unterschieden. Ein Dokument des Protests ist der Kommentar „Der Antisemitismus im christlichsozialen Parteiprogramm“ des früheren Vizekanzlers und späteren Wiener Bürgermeisters Richard Schmitz, der am 23. Juli im *Neuigkeits-Welt-Blatt* erschien. Unter Ignaz Seipel habe man die Stoßrichtung festgelegt: „Als national gesinnte Partei bekämpft sie die Uebermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet.“ Nun gelte es, diesen Grundsatz, Punkt VIII des Parteiprogramms, in die Tat umzusetzen. Dass der „jüdische Einfluß“ zurückzudrängen sei, gebiete der gesunde Menschenverstand: „Wie der Vater zuerst für seine Kinder sorgt, dann erst für Nachbarn, so hat ein christliches Volk das Recht und die Pflicht, zuerst auf seiner leiblichen Kinder Wohl und Lebensmöglichkeit bedacht zu sein und diese vor übermächtiger Konkurrenz anderer zu schützen.“ Man dürfe bei diesem berechtigten Abwehrkampf freilich nicht „das Gebot der christlichen Liebe“ außer Acht lassen: „Daher gibt es für den Christlichsozialen keinen gewalttätigen und auch keinen Rassenantisemitismus.“ Die Forderung des Tages sei nicht „radikaler Wortantisemitismus“, sondern „kraftvolle antisemitische Politik“. Anfang August befasste sich wiederum die *Reichspost* mit dem „Mythus der Rasse“, der „zur Ent-

geistigung, zur Vermaterialisierung der nationalen Idee“ führe – eine wahre Volksgemeinschaft gründe auf ethischen, nicht auf physischen Merkmalen. Wie der *Osservatore Romano* den Nationalsozialisten treffend entgegnet habe, sei die Kultur ein „Ergebnis der rassistischen Vermischung“, während „Rassenreinheit eine Absurdität“ darstelle, worin das vatikanische Organ mit K. K. übereinstimme, der en parenthèse erwähnt, dass jene „Mischung nachweislich auch die geistigsten und schönsten Menschenexemplare ergeben hat“. (RP 03-08, 1f. vgl. DW 100) Die Christlichsozialen traten also für einen gemäßigten Antisemitismus ein, der gerecht, ja karitativ sein sollte. Man sträubt sich zwar, zu lesen, wie der Kampf gegen das Judentum mit Nächstenliebe in Einklang gebracht wird, weiß aber, dass es keine neue Verbindung ist, sondern eine Konstante abendländischer Kultur, die von den judenfeindlichen Passagen des Johannes-Evangeliums über Hetzpredigten Luthers bis zu Wagners *Parsifal* reicht. Was Lueger wie Hitler für sich zu nutzen wussten, war ein jahrhundertlang geförderter Sozialneid von Christen auf Juden, der in der *Dritten Walpurgisnacht* als „Wurzel“ des Geschehens in Deutschland genannt wird: „Warum vadiert der Jude schneller und mehr Jeld als der Christ?“ (DW 25f.) Die *Arbeiter-Zeitung* stellte dieselbe Diagnose, zog jedoch andere Schlüsse daraus, denn nach ihrer Meinung, wie sie etwa im Leitartikel vom 30. März geäußert wurde, sollte die Judenverfolgung, dem Motto „Spiele statt Brot“ folgend, nur vom entfesselten Klassenkampf ablenken, von der elenden Lage des Proletariats, die dem Nationalsozialismus zum Aufstieg verholfen habe. So lasse sich die auf den 1. April terminierte Aktion lediglich taktisch, nicht rational erklären: „Was bedeutet der allgemeine Boykott der Juden in einem Lande wie Deutschland, in dem unter mehr als sechzig Millionen Einwohnern rund sechshunderttausend Juden, also etwa ein Prozent der Bevölkerung, leben? Niemand wird ernsthaft erwarten, daß fühlbare Wirkungen für neunundneunzig Prozent der Bevölkerung daraus entstehen können, daß man ein Prozent aus seinem Erwerb verdrängt.“ Selbst der Einwand, die Macht der Juden beruhe auf ihren einflussreichen Positionen, leuchte nicht ein, zumal sich der Boykott in erster Linie gegen die kleinen Händler richte. „Den jüdischen Kapitalisten tut das nicht weh!“ Nein, was veranstaltet werde, sei nichts als ein großer Schwindel. Denn die NS-Führer wüssten sehr wohl, wer an den ökonomischen Schalthebeln säße: „In einem modernen, kapitalistisch hochentwickelten Lande, wie es Deutschland ist, steckt die Macht, die über die Wirtschaft gebietet, nicht in dem Binkel der jüdischen Händler im Dorf, nicht in den einzelnen Geschäften

auf der Straße, nicht in den Rechtsanwaltskanzleien und Aerztezimmern. Sie steckt in den Kontors der großen Aktiengesellschaften, in den Direktorenzimmern der Banken, in den Büros der riesigen kapitalistischen Konzerne.“ Allerdings sei das Kapital einer AG anonym; niemand wisse, „wieviel Aktien einer bestimmten Bank in jüdischem Besitz sind“, und in Wirklichkeit wolle das auch kein Nazi wissen, da sonst die Geldquellen der Partei zu versiegen drohten. (AZ 30-03, 1f.) Ungeachtet dessen, dass die NSDAP tatsächlich generöse Spenden von großen deutschen Unternehmen erhielt und es der Frage wert ist, ob die namentlichen Verbrecher des Dritten Reichs verwerflicher sind als die anonymen, mutet der Kommentar des sozialdemokratischen Organs insofern problematisch an, als das Attribut „jüdisch“ wie selbstverständlich beim Schimpfwort „Kapitalist“ steht. Mit anderen Worten: Keines der drei Blätter bestritt, dass es eine jüdische Elite gebe, die heimlich die gesellschaftlichen Fäden ziehe – „Judas Allmacht“ scheint als Faktum betrachtet worden zu sein, das die *Neue Freie Presse* beschämt verschwieg, der *Reichspost* widerstrebte und von der *Arbeiter-Zeitung* agitatorisch verwertet wurde. Über den Verlauf des Judenboykotts berichtete letztere nur knapp, da die Ausgaben der ersten Apriltage vor allem mit Angriffen gegen die Regierung des eigenen Landes bedruckt waren, nachdem Dollfuß am 31. März die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, des sozialdemokratischen Pendants zur christlichsozialen Heimwehr, angeordnet hatte. Ausführlich setzte sich das Blatt dann mit jenen antisemitischen Maßnahmen auseinander, die K. K. auf den Begriff „Stellenraub“ bringt. (DW 224) Am 9. April erschien eine Nachricht über das zwei Tage vorher erlassene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das die Entlassung von „politisch unzuverlässigen“ oder „nichtarischen“ Beamten erlaubte. In der folgenden Meldung wurde erläutert, nach welchen Kriterien man in Berlin das Soll von 35 jüdischen Anwälten auswähle: „Als Bedingung der Zulassung wird eine besondere Bewährung im Felde als Frontkämpfer verlangt.“ (AZ 09-04, 1) Der „Fascisierung der deutschen Rechtsanwälte“ widmete die *Arbeiter-Zeitung* später einen Kommentar, der die „Beweggründe zu dieser ‚Säuberung‘ von Elementen, denen man nicht das mindeste Verschulden vorwirft“, klären sollte. Im Grunde gehe es allein darum, unter dem „Vorwand einer formal-papierenen Rassenlehre“ die lästige Konkurrenz der nationalsozialistischen Winkeladvokaten zu beseitigen. Daher wimmelten die juristischen Fachzeitschriften von Inseraten, in denen Stellensuchende betonten, sie seien „Arier, streng national, aus evangelischer Familie“, während jüdische Anwälte ihre flo-

rierenden Praxen plötzlich „an christliche Kollegen abzugeben“ wünschten. (AZ 17-05, 4) Dass es in der Ärzteschaft nicht anders zuing, zeigt die *Dritte Walpurgisnacht* anhand von Zitaten, die ebenfalls aus dem sozialdemokratischen Organ stammen, das zum Beispiel am 24. Mai den Aufruf des *Deutschen Ärzteblattes* wiedergab, „alle Juden von der ärztlichen Behandlung deutscher Volksgenossen auszuschließen, weil der Jude die Inkarnation der Lüge und des Betruges ist“. (AZ 24-05, 1 vgl. DW 284) Den jüdischen Kassenärzten hatte man schon vor einem Monat die Verträge gekündigt. Obwohl die *Arbeiter-Zeitung* all die Vorkehrungen gegen die „Verjudung“ der akademischen Berufe verurteilte, trat sie nicht direkt für die Verfolgten ein, sondern versuchte vielmehr, die niedrigen Motive der Nationalsozialisten bloßzustellen. Mitleid zeigte das Blatt nur für die jüdischen Proletarier, allenfalls für jene Kleinhändler, gegen die sich der Boykott gerichtet hatte. Die jüdische Bourgeoisie dagegen stand auch weiterhin am Pranger, zumal es zahlreiche Unternehmer gebe, so hieß es Mitte Juni in einem Kommentar, die selbst „den Kampf gegen ihre Glaubensgenossen führen“ und dabei den „Schutz der Polizei und der NSDAP“ genießen würden. Nicht die Rasse entscheide in Deutschland über das persönliche Schicksal, sondern die Klasse; und die „Bekämpfung des Judentums“ diene lediglich als „Ablenkungsmittel für das Volk“, das sein „Wirtschaftselend“ vergessen solle. Der „Antisemitismus des Dritten Reiches“ habe folglich eine klassenkämpferische Funktion: „er verhüllt und verschleiert die wahren Frontstellungen!“ (AZ 18-06, 3) Viele der Nachrichten, die erkennen ließen, wie bigott sich die „Rasseprüfung“ gestaltete, finden sich in der *Dritten Walpurgisnacht* wieder. So führt K. K. beispielsweise Passagen eines Artikels an, der die von der deutschen Regierung beschlossenen „Richtlinien über die Vergebung öffentlicher Aufträge“ mitteilte. Zwar seien grundsätzlich „bei gleichwertigen Angeboten deutschstämmige Firmen zu bevorzugen“, die Beschaffungsstellen sollten sich aber „jeder Schnüffelei enthalten“, da unter allen Umständen vermieden werden müsse, „daß sie ohne besonderen Anlaß etwa in jedem Einzelfalle weitläufige Untersuchungen nach der Ariereigenschaft der etwa in Frage kommenden Personen anstellen“, die „namentlich bei Aktiengesellschaften und Unternehmungen ähnlicher Rechtsform“ fast undurchführbar erschienen; ausschlaggebend sei die Frage, „ob die betreffende Firma deutsches Personal (Arbeiter, Angestellte usw.) beschäftigt“. (AZ 01-08, 3 vgl. DW 196f.) Dass die SA beim Boykott der jüdischen Läden weniger zurückhaltend vorgegangen war, dokumentierte die *Arbeiter-Zeitung* mit einer Fotografie, die Wachen und Passanten vor einem

„Tuchgeschäft“ zeigt, auf dessen Schaufenster neben einem Hakenkreuz geschrieben steht: „Dir Judensau sollen die Hände abfaulen!“ (AZ 14-07, 3 vgl. DW 63) Die Bildunterschrift wies allerdings nicht, wie K. K. angibt, diese Aufnahme als offizielle Ansichtskarte aus, die im In- und Ausland verbreitet werde, sondern die darunter abgedruckte, ein Schnappschuss aus dem KZ Dachau, auf dem die Häftlinge zwischen Lager und Stacheldrahtzaun dicht an dicht stehen, ja sogar auf den Dächern sitzen – so groß war der Andrang. Es handelte sich um „Gräuelpropaganda“ im Auftrag des zuständigen Reichsministeriums.

„Was bedeutet denn gegen die Nationalfeier des Boykott-Tags“, kakanisch betrachtet, „jener Mummenschanz der Bücherverbrennung, dem ja ein europäischer Lacherfolg sicher war, mochte er ihn mehr dem Mittel oder dem Mißlingen verdanken, mehr der Barbarei der Täter oder der Reklame für die Opfer!“ (DW 116) Der Index verfemter Autoren, der seit Mitte April unter Federführung der Deutschen Studentenschaft erstellt wurde, und das am 10. Mai veranstaltete Autodafé kommen in der *Dritten Walpurgisnacht* zwar häufig vor, das Gewicht der propagandistischen Aktion wird aber bewusst heruntergespielt. K. K. betont immer wieder, dass eine „verbrannte Bibliothek“ beklagenswert, dem „Martyrium der Anonymen“, den physischen „Leiden einer Arbeiterschaft“ gegenüber jedoch nicht der Rede wert sei. (DW 113) Mit dieser Überzeugung steht er ziemlich allein da, denn 1933 erregte die Bücherverbrennung keineswegs einen „Lacherfolg“, sondern international Kritik, und noch lange bedauerten die Gebildeten, „daß Deutschland Einstein aus dem Lande gejagt hat – ohne zu begreifen, ein wie viel größeres Verbrechen es war, Hänschen Cohn von nebenan zu töten, auch wenn er kein Genie war“¹. Die Bagatellisierung der „Scheiterhaufen“ soll dem „Andenken all der Blutzeugen“ dienen, die aufgrund mangelnden Nachrichtenwertes nicht in die Zeitungen kamen, zumindest nicht in die bürgerlichen. (DW 281) Denn dass linke Blätter über nationalsozialistische Opfer berichteten, die nicht prominent waren, belegt die *Dritte Walpurgisnacht* selbst, die dutzende solcher Dokumente des Zentralorgans der österreichischen Sozialdemokratie wiedergibt, was nicht den Schluss zulässt, die *Arbeiter-Zeitung* hätte die kulturellen Untaten des NS-Regimes ignoriert. Im Gegenteil, mit der „Aufordnung der deutschen Literatur“ befasste sie sich ebenfalls eingehender als die *Reichspost* und die *Neue Freie Presse*. Bereits am 19. Februar, als die „Säuberung“ der preußischen Akademie der Künste begonnen hatte, hieß es in einem Kommentar, dass Heinrich

1 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, S. 230.

Mann, der geschasste Präsident der Sektion für Dichtkunst, von seiner eigenen Romanfigur verfolgt werde: „Der Untertan, den er mit hellseherischem Haß, mit abgründiger Genialität porträtiert hat, dieser feige, eitle, größtenwahnsinnige Doppelgänger Wilhelms II., heute sitzt er in der deutschen Regierung, heute ist er in Deutschland so mächtig wie einst sein Oeldruckkaiser; soll er da nicht Rache nehmen für die unsterbliche Lächerlichkeit, zu der ihn ein Dichter verdammt hat?“ (AZ 19-02, 2) Als die größte Gefahr der Schriftsteller, die für die Arbeiterbewegung eintraten, betrachtete das Blatt jedoch nicht den Sozialtypus des Sadomasochisten, sondern die „Schar der Denunzianten, die im sicheren Hafen der herrschenden Partei die Verfolgung gegen die Kollegen dirigieren“ – Modeliteraten, die Talent, aber keinen Charakter, und Naziliteraten, die weder diesen noch jenes hätten. (AZ 16-03, 4) Die zwölf Thesen der nationalsozialistisch geführten Deutschen Studentenschaft, die ihren Kampf „wider den undeutschen Geist“ eröffneten, teilte die *Arbeiter-Zeitung* unter dem Titel „Der deutsche Ungeist“ mit. Was K. K. als Versuch einer „klare[n] Unterscheidung deutschen Geistesguts von solchem hebräischen Ursprungs“ verhöhnt, liest sich im Original so: „Der Jude kann nur jüdisch denken; schreibt er deutsch, dann lügt er. [...] Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutscher Sprache, sind sie als Uebersetzungen zu kennzeichnen.“ (AZ 14-04, 1 vgl. DW 157-160) Ein Blick in die beiden anderen Blätter lässt erahnen, welche Vifzacks am Werk waren, denn die Überschrift des sozialdemokratischen Organs scheint den Wortlaut nicht verkehrt, sondern exakt wiedergegeben zu haben, was in dem studentischen Kommuniqué gestanden hatte, zumal hier wie dort von einer Aktion „Wider den deutschen Ungeist“ berichtet wurde. (vgl. NFP Ab. 13-04, 3 u. RP 14-04, 2) Gemeint war jedenfalls der „undeutsche Geist“, das heißt der jüdische, weshalb sich die *Arbeiter-Zeitung* zwei Tage später fragte, an welches „goldene Zeitalter der ‚judenreinen‘ Kunst“ die Hakenkreuzler dächten, wenn die deutsche Kultur nun „wieder“ germanisiert werden solle? In Wirklichkeit sei schon die mittelhochdeutsche Literatur vom „Grundsatz der Toleranz“ durchdrungen gewesen, auch im Hinblick auf Nationalitäten und Religionen. Sogar Walther von der Vogelweide, der selbst im Verdacht der Kreuzfahrerei steht, habe die Gleichheit der Menschen vor Gott besungen: „Christen, Juden, Heiden, / Der alle wunderbar ernährt.“ Und am Ende des Mittelalters seien schlechthin moderne Werke entstanden, etwa die *Dunkelmännerbriefe*, „in denen mit dem Antisemitismus kräftig abgerechnet wird“. (AZ 16-04, 10) Ein weiterer Kommentar zum geplan-

ten „Scheiterhaufen“ berief sich auf Hölderlin, um das Volk, dessen Führer einen Bücherindex zusammenstellen ließen, zu charakterisieren: „Barbaren von alters her, durch Fleiß und Wissenschaft und selbst durch Religion barbarischer geworden“. Das Zitat findet sich in der *Dritten Walpurgisnacht* wieder, ebenso wie der Tenor des Beitrags, dass es eine Ehre sei, auf der schwarzen Liste des Dritten Reichs zu stehen, „bei deren Anblick“, spottet K. K., „einen der gelbe Neid packt“. (DW 41/150) Das sozialdemokratische Blatt führte eine Reihe von Autoren an, darunter Thomas Mann, André Gide und James Joyce, die es durch ihren „Kulturbolschewismus“ wahrlich „verdient“ hätten, „von den Hakenkreuzlern geächtet zu werden“. (AZ 29-04, 3) In der folgenden Ausgabe geriet die andere Seite in den Fokus, die „Parade der Überläufer“, die nun bei Goebbels zum Tee erschienen, während sich die aufrechten Dichter im Exil befänden. Der Gegenindex der *Arbeiter-Zeitung* unterscheidet sich kaum vom kakanischen: Binding, Ewers, Gulbransson usw. (AZ 30-04, 4) Dass die *Reichspost* auch in dieser Frage konträrer Meinung war, verwundert insofern nicht, als viele der verfolgten Künstler dem Marxismus nahe standen. Einig ging man nur in dem Wunsch, die Bücher Thomas Manns brennen zu sehen – wenngleich aus unterschiedlichen Motiven. Denn das christlichsoziale Organ hatte den Nobelpreisträger schon im Februar als Inbegriff der „pseudodeutschen Ungeistigkeit“ bezeichnet, nachdem sein *Bekenntnis zum Sozialismus* auszugsweise in der linken Presse erschienen war. Hatte Mann die Absicht geäußert, „den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen Kollektivs, in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen“, was metaphorisch gewagt ist, so sprach die *Reichspost* von einem Kotau vor dem „sowjetrussischen Kollektivismus“, den der Autor schon seit Jahren mache. Im Kreis der „Brüder Mann“ sei der „erhabene Bau der deutschen Dichtung“ zu einem „Wirtshaus dritten Ranges“ verkommen, „einem internationalen ‚Alexanderplatz‘, auf dem Volksverräter, Sprachverhunzer und Kaffeehausschmocks der Welt verkünden, daß es im ‚Westen nichts Neues gibt““. An die bedeutungsschwangeren Anspielungen schloss sich ein Passus, der den weiteren Verlauf der Ereignisse vorhersagte: „Es ist ein glückverheißendes Zeichen, daß heute ein Großteil des deutschen Volkes, vor allem die deutsche Jugend, gegen die literarische Verknechtung des deutschen Volksgeistes aufsteht.“ Was ein wahrer Dichter sei, präge „in Not und Wirrnis den Fahnnenspruch göttlicher Berufung“, weshalb man jenem „Preisträger des Ungeistes“, vulgo Thomas Mann, samt Gefolge

„gerne die Reisepässe ausstellen“ werde. (RP 22-02, 4) Noch bevor die Deutsche Studentenschaft anfang, ihre Thesen zu verbreiten, schob das christlichsoziale Blatt den Kommentar „Kehraus auf dem deutschen Parnaß“ nach, der sich mit dem Vorhaben der „reformierten“ Akademie der Künste befasste, eine „neue deutsche, aus nationalen Quellen gespeiste Dichtung“ zu erschaffen. Den Kundgebungen liege die „durchaus gesunde und richtige Einsicht“ zugrunde, dass der „Volksorganismus eine weitgehende Entgiftung von den Bazillenträgern einer Pseudokunst“ erfahren müsse, die seit Jahren versuche, „die volkhafte Güter und Werte“ zu demontieren. Obwohl nicht abzustreiten sei, dass „die Führung bei diesem Literaturverderb wie bei so vielen anderen Kulturdemolierungen in den Händen fremdrassiger Elemente“ liege, solle man sich vor „Verwechslungen und Verallgemeinerungen“ hüten. Denn „national“ könne nur eine Kunst sein, die mehr als einen „rassischen Sechzehn-Ahnen-Stammbaum“ zu bieten habe, nämlich „deutsches Gottsuchertum, deutsche Reinheit, deutsche Treue“. (RP 12-04, 2) Tags darauf, als die Aktion „Wider den undeutschen Geist“ einsetzte, sah die *Neue Freie Presse* den „Höhepunkt der Unduldsamkeit“ erreicht. Man könne nicht glauben, hieß es im Abendblatt, dass sich der „wüste Traum“ eines Autodafés erfülle: „Noch ist er nur von einer Schar Unverantwortlicher ausgesprochen worden, noch kann man also die Hoffnung hegen, daß die Verantwortungsbewußten die Heißsporne eines verblendeten Sturmes und Dranges im Zaum halten werden.“ (NFP Ab. 13-04, 2) Ende April erschien dann eine Erklärung der Studentenvertreter, wie ihr Aufruf, der einige Verwirrung gestiftet hatte, vor allem aufgrund des Problems der hebräisch-deutschen Transkription, zu verstehen sei. Die Aktivisten stellten also klar, „der undeutsche Geist sei der liberale Intellektualismus in jeder Form und der Geist aus anderer Rasse und anderem Volkstum war“. Es lässt sich schwer eruieren, ob die undeutsche Syntax schon dem Originaltext geeignet hatte oder erst bei der Wiedergabe bzw. Übersetzung des Korrespondenten entstanden war. Fakt ist, dass die Passage weniger zur Klärung des Sachverhalts beitrug als der folgende Grundsatz, nur jene Hochschullehrer hätten das Recht zur Kritik, „die aus dem Geist der S.-A. schaffen und lehren“. (NFP 26-04, 3) Woher der Wind wehte, zeigte sich kurz vor dem Finale, als „Studenten der Hochschule für Leibesübungen“ das Institut des Sexualforschers Magnus Hirschfeld stürmten, um die Fachbibliothek und insbesondere das „Bilderarchiv“ einer „eingehenden Untersuchung“ zu unterziehen. Nachdem alles verdächtige Material auf einen Lastwagen geladen war, zerschlug der Anführer noch die „Re-

klamefigur von einem Nervenstärkungsmittel“, so dass einem – wie K. K. zu Heidegger – das geflügelte Wort aus Gogols Komödie *Der Revisor* in den Sinn kommt: „Gewiß, Alexander der Große war ein großer Mann, aber warum gleich Sessel zertrümmern?“ (NFP 07-05, 5 u. DW 71) Am Tag der Bücherverbrennung schließlich trat das bürgerliche Blatt für den „Primat der Politik“ ein. Neben den „menschlich-politischen Tragödien, die sich seit dem 5. März in Deutschland vollziehen“, womit angesichts der eigenen Berichterstattung nicht geprügelte Arbeiter, sondern abgesetzte Dirigenten gemeint waren, „ist dieses Autodafé der Literatur vielleicht nicht das ärgste“; es stelle aber ein unvergleichliches „Beispiel der Verblendung“ dar und erweise der deutschen Regierung einen Bärendienst, da alles, „was dem Kulturgefühl widerspricht und der Rücksicht auf nachbarliche Freundschaft“, dem internationalen Ansehen des Reiches schaden müsse. (NFP 10-05, 1f.) Über den Verlauf des feierlichen Aktes am Abend des 10. Mai erschien in der *Neuen Freien Presse* ein Korrespondentenbericht und in der *Reichspost* eine achtzeilige Meldung. Die *Arbeiter-Zeitung* brachte auf der Titelseite einen Ausschnitt aus der Rede, die Goebbels bei der Hauptveranstaltung am Berliner Opernplatz gehalten hatte, sowie den mit verteilten Rollen gesprochenen Text der „Hexenküchenszene“ selbst, jene neun „Feuersprüche“ gegen besonders verhasste Autoren: „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebensauffassung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky. [...] Gegen seelenzerfasernde Ueberschätzung des Sexuallebens. Für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sigmund Freud. [...] Gegen Verhunzung der deutschen Sprache! Für Pflege des kostbarsten Gutes unseres Volkes! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred Kerr. [...] Gegen Frechheit und Anmaßung! Für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky!“ (AZ 12-05, 1 vgl. DW 124) In derselben Ausgabe des sozialdemokratischen Blattes veröffentlichte Oskar Maria Graf seinen Protest „Verbrennt mich!“, in dem er die „Unehre“ ablehnte, auf der weißen Liste des Nationalsozialismus zu stehen. Er habe es vielmehr verdient, „daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen“. (AZ 12-05, 1) Die Frage, wie mit dem Index künftig verfahren werden sollte, stellte die *Reichspost* eine Woche nach der Bücherverbrennung, da nun die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Imprimatur im Raum stand. Der Leit-

artikler betrachtete diesen Vorschlag als „das krönende Ziel“ der deutschen „Kultur- und Literaturrevolution“, deren theatralischer Höhepunkt der „Scheiterhaufenbrand Unter den Linden“ gewesen sei. „Aber das sind schließlich äußere Gesten, die den inneren gesunden Kern der Sache nicht berühren.“ Während der jugendliche „Abwehrkampf gegen Schmutz und Schund“ eine erfreuliche Reaktion darstelle, schieße die „Unterwerfung der Kunst unter die Volks- und Staatsherrschaft“ übers Ziel hinaus: „Echte Kunst kennt keine Vergottung, weder des Volkstums, noch des Einzelindividuums, sondern sie ist das höchste irdische Symbol des Göttlichen, das sich im einzelnen oder auch in einer ganzen Nation nach dem Willen und zu den Zwecken der Vorsehung offenbart.“ (RP 17-05, 1f.) In der romantischen Vorstellung, dass sich Gott in künstlerischen Werken äußere, hat der Künstler keinen politischen Auftrag. Er ist entweder auserwählt, die göttliche Rede zu vermitteln, oder zur Arbeit berufen – literarisch gesehen, schreibt jener in Versen und dieser für ein Zeilenhonorar. Felix Salten, der Schöpfer von *Bambi* und langjährige Mitarbeiter der *Neuen Freien Presse*, gehörte zur zweiten Kategorie. Auch deswegen, vor allem aber wegen seiner „unpolitischen Haltung“ bei einer Tagung des PEN-Klubs, die Ende Mai 1933 im kroatischen Ragusa stattfand, steht er am Pranger der *Dritten Walpurgisnacht*. Es wäre die Pflicht aller Teilnehmer gewesen, mahnt K. K., „die Güter, deren Vertretung sie sich anmaßten, zu verteidigen“; stattdessen sei das Gros der Delegierten und allen voran Salten umgefallen. (DW 116-119) Was war geschehen? Obwohl die Autoren am Beginn des Kongresses vereinbart hatten, nicht über politische Fragen zu diskutieren, protestierte Ernst Toller, der als unabhängiger Schriftsteller nach Ragusa gekommen war, in seiner Rede gegen die Verfolgung der Opposition und gegen die Bücherverbrennungen in Deutschland. Daraufhin verließ die nationalsozialistische Delegation die Sitzung, gefolgt von der österreichischen, deren Präsident, nämlich Felix Salten, erklärte, sich an einer antideutschen Debatte nicht beteiligen zu wollen. Der Wiener Literat habe sich, glossierte die *Arbeiter-Zeitung*, „unbeschadet seiner Rasse und seines in der ‚Neuen Freien Presse‘ bodenständigen Liberalismus, mit dem Dritten Reich gleichgeschaltet“, vermutlich in der Hoffnung, „seine Abstammung dadurch gutzumachen (der katholische Ueberguß allein tut es nicht mehr) und seine Bücher vor der Verbrennung zu bewahren“. (AZ 28-05, 6) Kein Wunder, dass Salten eine Gegendarstellung vorlegte: „Ich habe mich niemals an Hitler angeschlossen, ich habe mit keinem einzigen Wort erklärt oder angedeutet, daß ich oder die von mir geführte österreichische Dele-

gation mit der Hitler-Barbarei solidarisch sei.“ (AZ 03-06, 2) Der Entgegnung zum Trotz war im Leitartikel derselben Ausgabe vom „Verrat der Schriftsteller“ die Rede. Es sei eine Tragödie, dass jene, „die sonst das Wort zu handhaben verstehen, in einer Sache, die Idee, Wesen und Kern alles geistigen Schaffens betraf, Wort und Geste nicht gefunden“ und sich als „maßvolle Taktiker“ erwiesen hätten. Statt die „Heuchler aus dem Naziland“ von der Tagung zu verjagen, habe man „in die Luft hinein akademische Resolutionen“ verabschiedet, weil, wie es in der „verlegenen, stammelnden, notdürftigen Rechtfertigung“ von Salten heiße, „das Los hunderter geistiger Arbeiter in Deutschland gemildert werden“ sollte. (AZ 03-06, 1f.) Gemeint war nicht der kurze Protest im eigenen Blatt, sondern eine Erklärung, die tags zuvor unter dem Titel „Die Wahrheit über den Pen-Klub-Kongreß“ in der *Neuen Freien Presse* erschienen war und auch von K. K. erwähnt wird. Dort hatte der Angegriffene eingewandt, für seine Entscheidung sei die Einsicht maßgebend gewesen, „daß Oesterreich seit Jahrhunderten in Sprache, Dichtung und geistigem Streben mit Deutschland unauflöslich verbunden ist und daß diese Verbundenheit über jede wechselnde politische Lage hinweg bestehen bleibt“; zugleich habe er sich bei dem Autorentreffen wie „immer und überall als deutscher Jude bekannt“, und es sei vielleicht nur ein Versehen, dass seine eigenen Bücher auf keinem Scheiterhaufen gelandet waren. Laut Salten hätte die Tagung gewiss einen anderen Verlauf genommen, „wenn einige der hervorragenden verfolgten und vertriebenen Dichter in Ragusa erschienen und den deutschen Delegierten gegenübergetreten wären“ – über das „Versäumnis dieser Pflicht“ habe er freilich kein Wort gelesen. (NFP 02-06, 5 vgl. DW 117) Hatte nicht der Auftritt des emigrierten Ernst Toller den Eklat verursacht? Wie immer dem sei, in den Augen der Kritiker lag ein moralischer Abgrund zwischen dem, was beim PEN-Kongress vorgefallen war, und der entschlossenen Haltung, die Arturo Toscanini dieser Tage zeigte. Der italienische Dirigent sagte Anfang Juni sein Engagement bei den Bayreuther Festspielen mit der Begründung ab, dass er die Verfolgung jüdischer Künstler in Deutschland nicht hinnehmen könne. Was der „Kampfbund für deutsche Kultur“ zu dem Entschluss mitteilte, zitiert K. K. als Lehrbeispiel nationalsozialistischer Öffentlichkeitsarbeit: „Der Kampfbund für deutsche Kultur, der sich von jeher Schutz und Förderung des deutschen Kulturgutes in Bayreuth in jeder Form angelegen sein ließ, stellt fest, daß keine seiner kompetenten Stellen jemals sich gegen eine künstlerische Betätigung Arturo Toscaninis aussprach und daß insbesondere der preußische Landesleiter, Reichstagsabgeordneter

Hinkel, sich oftmals mündlich und in der Presse ausdrücklich für einen in jeder Richtung verbürgten Verlauf der Festspiele 1933 eingesetzt hat.“ (NFP 08-06, 7 vgl. DW 163) Es ist Zynismus im ursprünglichen Sinn, nämlich eine Umkehrung des Sachverhalts, wonach der Dirigent die Rückkehr auf den Grünen Hügel ablehnte, um seinen Widerstand gegen die deutsche Regierung auszudrücken, was voraussetzt, dass sein Kommen erwünscht war, und die Antwort, man habe ihn doch eingeladen, absurd oder als Versuch erscheinen lässt, Tatsachen veränderten Umständen anzupassen. Der Fall Toscanini zeugt auch an einer anderen Stelle der *Dritten Walpurgisnacht* vom Gegenteil einer, sagen wir, strengen Benennung der Wirklichkeit. K. K. schreibt, dessen Absage gebe der *Neuen Freien Presse* „zu denken“. Das Zitat stammt aus der Nummer, in der das Kommuniqué des „Kampfbundes“ erschien: „Daß dieser aufrechte Charakter nun seiner Bekümmernis, seinem Schmerze über bedauerliche Vorgänge in Deutschland Ausdruck verleiht und daß er auf eine ehrenvolle und ihm gewiß so überaus wertvolle Aufgabe freiwillig verzichtet, gibt zu denken.“ Es handelt sich nicht um den Auftakt zu einer Verurteilung jener Ereignisse, die den Dirigenten zu dem Verzicht veranlasst hatten, sondern bereits um den Höhepunkt der Kritik. Am Ende des Kommentars hieß es noch, der Maestro Sorge sich vor allem wegen „Tendenzen in der Kunst“, die dem Rassekult statt den Gesetzen „des ewig Schönen“ gehorchen würden, obwohl sie, die Kunst, „frei sein“ wolle und müsse. (NFP 08-06, 2 vgl. DW 106) Mit demselben bürgerlichen Argument hatte sich der österreichische Publizist Stefan Großmann in der *Arbeiter-Zeitung* an Gerhart Hauptmann gewandt, der Salten als Toscaninis Konterpart nachfolgte: „Sie wissen, daß Kunst nur in Freiheit aufblühen kann, Sie wissen und schweigen.“ Während die „Zerstörung der deutschen Literatur für ein Menschenalter“ vor sich gehe, ziehe sich der schlesische Dichter, an den eine Autorengeneration als den „freien Repräsentanten des unmilitärischen Deutschland“ geglaubt habe, in seinen „italienischen Garten“ zurück. (AZ 04-06, 3) „Wenn ‚Hauptmann schweigt‘, so ist es immer noch besser, als wenn Großmann spricht“, bemerkt K. K. und fügt anderswo hinzu, dass der Verstumpte inzwischen „für Horst Wessel einen Prolog geschaffen“ habe. (DW 112/215) Der zweiten Anspielung liegt ein Artikel des sozialdemokratischen Organs vom 3. September zugrunde, der von einem Fest zum Andenken des SA-Barden berichtete, bei dem Gedichte vorgetragen wurden, „darunter ein Prolog Gerhart Hauptmanns. Die nationalsozialistischen Blätter teilen ferner mit, daß bei dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes Gerhart Hauptmann gleichfalls mit

dem Hitler-Gruß dastand.“ (AZ 03-09, 6) Hatte der Nobelpreisträger nun selbst die Freiheit der Kunst preisgegeben? In Wahrheit glaubte die *Arbeiter-Zeitung* nie an das Hirngespinnst einer jungfräulichen Literatur. Was sie Hauptmann vorhielt, war der Seitenwechsel, die Konversion vom sozialen Dramatiker zum faschistischen Lyriker. Kunst ist in ein Netz von Abhängigkeiten eingespannt, die entweder verschwiegen oder proklamiert werden, und wenn die sozialistische Dichtung leiser wurde, als Hitler an der Macht war, dann auch deshalb, weil Dokumentation genügte, Verbrechensauflistung, Opferregistrierung.

Es ist an der Zeit, innezuhalten: Wo steht die Untersuchung? Wir fangen am Anfang an, nämlich bei Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, und ließen uns von der *Dritten Walpurgisnacht* durch die ersten Monate der nationalsozialistischen Machtergreifung leiten, hoben die wichtigsten Ereignisse hervor und folgten ihren Spuren in der *Arbeiter-Zeitung*, der *Neuen Freien Presse* und der *Reichspost*. Wäre die zurückgelegte Strecke in der Zeitleiste des Jahres 1933 eingezeichnet, verliefte keine gerade, sondern eine Schlangenlinie, die vorne in der Reihenfolge Punkte markierte und hinten bis September reichende Schleifen zöge. Im Anschluss an die Bücherverbrennung setzen wir die nächste Zäsur Mitte Mai, denn aus kakanischer Sicht beginnt hier, was uns nun beschäftigen wird: der Konflikt zwischen Deutschland und Österreich. Dass dem bayrischen Justizminister Hans Frank, der von 13. bis 15. Mai eine österreichische Propagandatour machte, bei der Ankunft in Wien vom Bundeskanzler ausgerichtet wurde, sein Besuch sei „nicht sehr erwünscht“, feiert K. K. als heroische Tat, als Auftakt der „Befreiung eines Landes von den Myriaden Kainszeichen, mit denen satanischer Wille sein kriegsmüdes Gesicht gespickt hatte“ – kurz, als den Beginn der Rettung Österreichs vor den nationalsozialistischen Invasoren. (DW 230f.) Abgesehen davon, dass Dollfuß, selbst wenn man in Hitler den Teufel sieht, der Heilandsrock passt wie jener des Riesen dem dieb'schen Zwerg, war die Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungen früher entstanden. Nachdem der Bundes- dem Reichskanzler per Telegramm zum Amtsantritt gratuliert hatte, wurde in Berlin angefragt, ob Deutschland einen Teil der österreichischen Völkerbundanleihe übernehmen könnte. Hitlers Reaktion gab der „Landesinspekteur“ der NSDAP in Österreich, Theo Habicht, am 23. Februar auf der Titelseite der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* wieder; die *Arbeiter-Zeitung* fasste die Bedingungen für den Kredit zusammen: „erstens Eintritt der Nazi in die österreichische Regierung, zweitens sofortige Auflösung des Parlaments“, und empörte sich über den „Erpressungsver-

such“ der Nationalsozialisten. In der Anschlussfrage habe sich die Blattlinie allerdings nicht geändert: „Wir deutschösterreichischen Sozialdemokraten sind nicht, wie die Christlichsozialen, österreichische Partikularisten. Wir sind nicht wie sie gesonnen, der großen Schicksals- und Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes die bodenständige Spezialität eines ‚österreichischen Menschen‘ entgegenzustellen. [...] Wir fühlen uns unzertrennbar verbunden mit der großen deutschen Arbeiterklasse. Darum bleibt, auch in diesen Tagen der schlimmsten Erniedrigung des deutschen Volkes, der Anschluß an das freie Deutschland von morgen unser Ziel.“ (AZ 26-02, 1f.) Die Standpunkte wandelten sich im Lauf des Jahres kaum mehr. Hitler verlangte Neuwahlen, um Österreich innenpolitisch gleichzuschalten, da eine Annexion 1933 noch unmöglich war; die Sozialdemokraten wollten den Nationalsozialismus mit demokratischen Mitteln bekämpfen und die beiden Länder nach dessen Sturz vereinigen, während die Christlichsozialen auf einem unabhängigen österreichischen Staat beharrten, sonst aber an freundschaftlichen Beziehungen zum NS-Regime interessiert waren. Was sich bereits im Februar anbahnte, stellte keinen Streit dar, bei dem sich die Parteien wechselseitig angriffen, sondern einen Propagandafeldzug der NSDAP, der die österreichische Regierung in die Knie zwingen sollte. Es ist bezeichnend, dass der eigentliche Auslöser des Konflikts ein Rundfunkbeitrag war, das heißt eine Rede, die Hans Frank am 18. März im Münchner Sender hielt. Wie die *Reichspost* berichtete, sprach der Hausjurist Hitlers von Terrormaßnahmen des österreichischen Regimes, das „in aller Freundschaft“ gewarnt sein müsse, „etwa uns zu veranlassen, die Sicherung der Freiheit unserer deutschen Volksgenossen in Oesterreich vorzunehmen“. (RP 20-03, 3 vgl. DW 188) Die Provokation führte zu einer Demarche des österreichischen Geschäftsträgers in Berlin, die jedoch erfolglos blieb. Dass just in Deutschland gegen den Aufbruch Österreichs gehetzt werde, kam dem christlichsozialen Organ widersinnig vor: „Man nimmt sich gar nicht erst die Mühe, das Werk, das die österreichische Regierung in Angriff genommen hat, zu verstehen, obwohl man gerade bei den erfolgreichen Unternehmern der ‚deutschen Revolution‘ weitgehendes Verständnis für den Befreiungskampf voraussetzen möchte, der in Oesterreich zur Rettung des Landes und der Wirtschaft vor einem impotent gewordenen, durch hemmungslose Demagogie in eine Sackgasse geratenen Parlamentarismus begonnen hat.“ (RP 21-03, 1) Dollfuß hatte sich vor zwei Wochen entschieden, den Nationalrat, der am 4. März ohne Beschluss auseinander getreten war, für arbeitsunfähig zu erklären und künftig autoritär zu regieren,

und zwar keineswegs, um Österreich besser vor den nationalsozialistischen Gegnern schützen zu können, sondern weil er die Chance sah, seine Vorstellung einer katholischen Diktatur zu verwirklichen. Folgerichtig lautete die Präambel der neuen Verfassung, die am 1. Mai 1934 proklamiert wurde: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“¹ Fern davon, ein leeres Bekenntnis zu sein, brachte das Vorwort den großen Einfluss des Klerus auf die austrofaschistische Politik zum Ausdruck. Wie sich die katholische Kirche Österreichs zum Nationalsozialismus stellte, zeigt ein Hirtenbrief des damaligen Linzer Bischofs, der am 24. Jänner 1933 in der *Reichspost* erschienen war. Darin hieß es zwar, dass die Erklärung, die Papst Pius XI. in der Enzyklika *Quadragesimo anno* abgegeben habe, wonach es unmöglich sei, „gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein“, auch für dessen nationale Variante gelte; in einer wesentlichen Frage war man aber einig: „Das entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Kapitalismus und vorwiegend Begründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorboten und Schrittmacher des Bolschewismus. Diesen schädlichen Einfluß des Judentums zu bekämpfen und zu brechen, ist nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenspflicht eines jeden überzeugten Christen [...]“. (RP 24-01, 1-4) Die katholischen wie politischen Würdenträger in Österreich traten dem Nationalsozialismus insofern entgegen, als er ihre Macht gefährdete, nicht weil sie ihn aus ideologischen Gründen ablehnten. Genauso wie bei Hitler müssen auch bei Dollfuß die Äußerungen an die internationale Öffentlichkeit den Parteireden gegenübergestellt werden. So sagte er in einem Interview mit dem *Evening Standard* wohl, dass er „keinen Unterschied zwischen den einzelnen Rassen der Menschheit“ mache und in Österreich alle Menschen als „frei und gleich“ betrachtet würden, ja dass sein „Glaube an die Prinzipien der demokratischen Regierungsform“ unerschütterlich sei, die Lage ihn jedoch zwänge, mit allen Mitteln für die „Selbsterhaltung“ seines Landes zu kämpfen. (NFP 25-05, 3) Auf einer christlichsozialen Kundgebung in Wien hatte der Bundeskanzler hingegen andere Töne angeschlagen: „Wir haben am 15. Juli 1927 ein kleines Beispiel davon gesehen, was der jüdische Marxismus beabsichtigt.“ (RP 03-04, 2) Es besteht kein Zweifel, dass Dollfuß gegen den Nationalsozialismus Widerstand leistete; sein Hauptfeind war aber der „jüdische

1 BGBl. 1934/1.

Marxismus“ und Hitler sein größter Konkurrent. De facto kamen ihm die deutschen Angriffe nicht ungelegen, dienten sie doch als Motor der Österreich-Ideologie und als Rechtfertigung des autoritären Regimes. Eine zynische Sichtweise? Gewiss, der Wirklichkeit entspricht sie allerdings besser als die kakanische, die nur den Dollfuß des *Evening Standard* zu sehen scheint. In der *Dritten Walpurgisnacht* wird der österreichische Kanzler ausdrücklich als der „Retter“ bezeichnet, dessen Einsatz Unterstützung verdiene. (DW 238) Angesichts des nationalsozialistischen Ansturms hänge alles von der Frage ab, welche Politik die eigene Existenz zu sichern vermöge; wie die Schutzmaßnahmen zustande kämen, spiele im Ernstfall keine Rolle: „Keinesfalls steht man zu der Sache des Demokraten, in dessen Haus eingebrochen wird und der der Polizei in den Arm fällt, weil sie ihn nach der Notverordnung schützen will und nicht nach der Verfassung, und der er bei diesem Anlaß auch sonst seine Meinung sagt.“ (DW 245) Dieser Vergleich ist nicht nur schief, sondern völlig entstellend. Tatsächlich war es die Polizei selbst, die mithilfe des Notstandsrechts in das demokratische Haus eindrang, die Bewohner fesselte und dann, als Plünderer kamen, Habacht stand, betuernd, alles sei geschehen, um jene vor diesen zu bewahren. Wessen Zeitungen wurden zuerst unter Vorzensur gestellt? Die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht die nationalsozialistischen. Welchen Wehrverband ließ man als Erstes auflösen? Den Republikanischen Schutzbund, nicht die SA oder die SS. Was K. K. an den deutschen Communiqués zu Recht kritisiert, ist ihm bei der Beurteilung des österreichischen Geschehens selber vorzuwerfen – die Verkehrung von Ursache und Wirkung. Man muss freilich, will man das verklärte Bild verstehen, auch dessen Kehrseite betrachten: „Dümmeres als das Benehmen der österreichischen Sozialdemokratie hat es, seit Politik zum Tort der Menschheit erfunden ist, nicht gegeben.“ (DW 246) Genauso vehement wie das Lob der christlichsozialen Regierung spricht K. K. den Tadel der sozialdemokratischen Opposition aus. Seine Urteile beziehen sich dabei weniger auf die Parteien im Sinn politischer Organisationen als auf die publizistischen Organe, die *Reichspost* und die *Arbeiter-Zeitung*, deren Vorzüge und Mängel konfrontiert werden. Kakanisch gesehen, ist der Fehler des einen Blattes die Qualität des anderen und vice versa. „Die Sozialdemokraten haben die unvergleichlich stärkeren Beweise gegen Hitler, und ‚man glaubt ihnen‘ da. Aber die Christlichsozialen haben die sachliche und bündige Anwendung, das echtere Begleitwort.“ (DW 271) Während letztere unisono zur Verteidigung Österreichs aufriefen, mache sich die linke Führerschaft über einen „libe-

ralen Betverein „Alles, nur nicht Hitler““ lustig, obwohl die eigene Zeitung Informationen liefere, die nur diesen Schluss zuließen: „Ihre Berichterstattung aus Deutschland, die überzeugender ans Herz greift als ihre Politik ans Hirn, bringt Dokumente, vor deren Fülle des Grauens und der Verzweiflung doch nichts als jener Ausruf bleibt und wahrlich kein Arbeiter, kein Gewerkschaftsführer, kein Parteijournalist anders als der liberale Betverein reagieren könnte.“ (DW 247f.) Die Kritik zielt auf die Kommentare der *Arbeiter-Zeitung*, die Art und Weise, wie die Nachrichten interpretiert werden, und zwar sowohl, was den Inhalt betrifft, als auch im Hinblick auf die sprachliche Darstellung. Denn K. K. wirft den sozialdemokratischen Leitartiklern vor, dass sie, statt Sachverhalte adäquat zu bezeichnen, Begriffe wie „Kampf“ und „Freiheit“ inflationär einsetzen, ideologisch verblendet, Parolen verbreiten würden. Wir haben schon gesehen, wie die Folterberichte ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn die Beschreibung zu emotional wird, wenn klassenkämpferische Formeln an die Stelle nüchterner Wiedergabe treten. Dieser Hang zur plumpen Agitation ist in der Tat die größte Schwäche der *Arbeiter-Zeitung*, und es verwundert nicht, dass die *Dritte Walpurgisnacht* bei dem Thema auf die „Anweisung“ anspielt, „mit ‚Trutz‘ spazieren zu gehn“. (DW 234) Gemeint ist der Aufruf der Wiener Sozialdemokraten, das geltende Aufmarsch- und Versammlungsverbot am 1. Mai durch gemeinschaftliche „Spaziergänge“ zu umgehen. Am Versuch, den „Kampftag der Arbeit“, der in Deutschland zum „Tag der nationalen Arbeit“ umfunktioniert wurde, wenigstens in Österreich zu feiern, gibt es nichts auszusetzen, zumal die Appelle der Parteiführung, friedlich zu bleiben, Wirkung zeigten; die Demonstranten marschierten einfach an den Spanischen Reitern vorbei, mit denen die Polizei und das Bundesheer die Wiener Innenstadt abriegelten. In Anbetracht des ruhigen Verlaufs mutet aber die Zeichnung grotesk an, mit der die „1.-Mai-Sondernummer“ der *Arbeiter-Zeitung* aufgemacht war: Eine Ketten und Stacheldraht sprengende Faust, verstreute Zettel mit der Überschrift „Notverordnung“, daneben „Freiheit!“ in fetten Lettern. (AZ 01-05, 1) Größer könnte die Kluft zwischen Symbol und Wirklichkeit nicht sein. Tags darauf hieß es sogar, das „arbeitende Volk“ habe seine „alte Kampfbereitschaft“ gezeigt und die „Schlacht“ gewonnen. (AZ 02-05, 1) In der *Reichspost* verbuchte man den 1. Mai 1933 wiederum als christlichsozialen „Sieg der Ordnung“: Endlich sei aus dem „Demonstrationstag“ ein „Feiertag für alle“ geworden. Dass der Militäreinsatz berechtigt war, sollte ein Bericht über einige „Zwischenfälle“ belegen, die nicht weniger absurd erscheinen als die ungewollte Kari-

katur der Gegenseite. Zwei Beispiele: Ein Bezirksinspektor „wurde von roten Exzedenten schwer mißhandelt und erlitt eine Schwellung der Lippen und der Wangen. Der Täter, ein Kommunist [...] Bereits im Laufe des Sonntags war es an verschiedenen Ausflugsorten am Stadtrand und in der Umgebung von Wien zu wilden sozialdemokratischen Kundgebungen gekommen. Größere Trupps von jungen Burschen und auffallend viel weibliche Jugendliche begrüßten einander in lautestem Stimmenaufwand mit ‚Freiheit‘ und ballten gegeneinander die Fäuste.“ (RP 02-05, 1f.) Eine Woche später brachte das christlichsoziale Organ einen Leitartikel, der mit „Unerwünschter Besuch“ überschrieben war. Wie die Pressestelle der NSDAP in Wien bekannt gegeben habe, trafen am 13. Mai deutsche Minister in der Hauptstadt ein, um an nationalsozialistischen Veranstaltungen teilzunehmen. Da der Aufenthalt nicht auf diplomatischem Weg vereinbart worden sei, müsse er als parteipolitische Aktion betrachtet werden, die wohl das Ziel verfolge, das am selben Wochenende stattfindende Heimwehrfest zum 250. Jubiläum der „Türkenbefreiung“ zu stören. Die Gäste dürften daher nicht mit der Unterstützung österreichischer Behörden rechnen, ganz im Gegenteil; der Besuch sei als „unfreundlicher Akt“ anzusehen und zu behandeln. Insbesondere die Anwesenheit des bayrischen Justizministers Hans Frank, der die Bundesregierung im Rundfunk „schwer beleidigt“ habe, würde die „Gutmütigkeit des Oesterreichers“ auf eine „unerträgliche Probe“ stellen. Man könne nicht glauben, dass Reichskanzler Hitler, der auf dem Gebiet der internationalen Politik „ein hohes Maß an Einsicht und Mäßigung“ zeige, mit der geplanten „Agitationsreise hoher Staatsfunktionäre“ einverstanden sei. (RP 09-05, 1f.) Die *Neue Freie Presse* setzte sich bereits im Abendblatt mit dem offiziellen Kommentar der *Reichspost* auseinander. Bemerkenswert an ihrem Artikel ist weniger die Klage über die neuen „Unruhen“ und „Reizungen“ als die Tatsache, dass darin vom „Zentralorgan der Christlichsozialen“ die Rede war, dessen Äußerungen in dem Fall gewiss nicht als „private Meinung“ zu werten seien. (NFP Ab. 09-05, 2) Auch die *Arbeiter-Zeitung* widersprach tags darauf der Selbstbezeichnung als „unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk“, indem sie berichtete, das „Regierungsorgan“ wolle der Bevölkerung von Wien eine nationalsozialistische „Propagandatournee“ ersparen: „Daß freilich die grünweiße Provokation der andern fascistischen Fraktion, der Heimwehraufmarsch am kommenden Sonntag, dessen Wohlgelingen der ‚Reichspost‘ so am Herzen liegt, keine geringere Belastung für die überwältigende Mehrheit dieser Stadt bedeutet, sagt das Blatt selbstverständlich nicht.“ (AZ 10-05, 3)

Von den heftigen Reaktionen der deutschen NS-Presse gab das christlichsoziale Organ eine Bemerkung des Berliner *Angriff* wieder, wonach „in der Brust der ‚Reichspost‘ – wie ein vernünftiger Kommentar zur Verbrennung von Schmutz- und Schundliteratur zeige – ,anscheinend zwei Seelen wohnen“ würden. Der Eindruck, so erläuterte das Blatt, dass „die Christlichsozialen gegen die nationalsozialistische Freiheitsbewegung mit Haß erfüllt“ seien, entspreche nicht den Tatsachen; man wünsche ihr vielmehr „eine rasche Stabilisierung und einen durchgreifenden Erfolg“, zumindest in Deutschland. Denn „daß die Regierung in Wien nicht um ein Haar weniger deutsch ist als die Regierung in Berlin“, müsse außer Frage stehen. (RP 11-05, 3) In der folgenden Ausgabe erschien ein Brief, den Hans Frank soeben an Justizminister Schuschnigg geschickt habe. Er werde lediglich an einer Tagung teilnehmen, die der österreichische Landesverband des „Nationalsozialistischen deutschen Juristenbundes“ in Wien veranstalte; sein Besuch habe also „völlig unpolitischen Charakter“. (RP 12-05, 3) Tatsächlich fand als Hauptereignis eine Kundgebung in der Wiener Engelmänn-Arena statt, die ebenfalls die „Türkenbefreiung“ feiern sollte. Gelandet war das deutsche Regierungsflugzeug am Nachmittag des 13. Mai auf dem Flugfeld in Aspern bei Wien, jenem „Schauplatz“, wo österreichische Truppen im Jahr 1809 Napoleon erstmals besiegt hatten. (vgl. DW 231) Außer Frank stiegen der preußische Justizminister Hanns Kerrl, sein Ministerialdirektor Roland Freisler, der spätere Präsident des Volksgerichtshofes, und eine Handvoll Begleiter aus der Maschine. Was K. K. als das Ideal einer politischen Handlung beschreibt, stellte die *Reichspost* so dar: „Polizeivizepräsident Dr. Skubl, der die behördlichen Verfügungen leitete, trat alsbald nach der Landung auf den bayrischen Justizminister Dr. Frank zu und erklärte diesem amtlich, daß im Hinblick auf die noch schwebenden Angelegenheiten die Ankunft des Herrn Ministers der Bundesregierung ‚nicht sonderlich erwünscht‘ sei, trotzdem werde er alles tun, um die persönliche Sicherheit des Herrn Ministers und die der anderen Gäste zu gewährleisten.“ (RP 14-05, 8) Im Leitartikel wurden die „reichsdeutschen Gäste“ eingeladen, den „Aufmarsch der österreichischen Heimwehr“ mitzuerleben. „Sie mögen [...] von Reihe zu Reihe gehen und mit den Männern in der Heimwehrtracht sprechen. Sie werden erkennen, daß es Männer sind, deren Deutschtum so unerschütterlich ist wie die Berge unserer Heimat: Kinder der deutschen Erde Oesterreichs, Söhne urdeutscher Geschlechter, die ihr Deutschtum seit tausend Jahren in Ehren tragen und verteidigen.“ Aus rechtlicher Sicht stand der Musterung nichts im Weg, denn wie eine

daneben abgedruckte Meldung mitteilte, hatte die Bundesregierung beschlossen, „patriotische Veranstaltungen“ vom Aufmarschverbot auszunehmen. (RP 14-05, 1) Und wenn man dem anschließenden Bericht des Blattes folgt, wurde es eine Feier, deren Homoerotik und Führerglauben den Nationalsozialisten wohl gefallen hätte: „Da versammeln sich über vierzigtausend Männer aus ganz Oesterreich, Männer der Arbeit aller Berufsstände, unter ihnen zahllose, die in der Feldschlacht erworbenen Tapferkeitsauszeichnungen auf der Brust, neben ihnen trotzig-stämmige Jugend, kerniges Alpenvolk – [...] herrliche Mannheit. Ueberwältigend das Bild, als nach dem heiligen Opfer ihre begeisterte Entschlossenheit die Führer umloht, die zu ihnen über Oesterreich und die Pflicht für Vaterland und Volk reden.“ (RP 15-05, 1) Hans Frank hatte den „frohlackenden Jubel einer ungeheuren Menschenmenge“ verschmäht und stattdessen eine Pressekonferenz gegeben, wo er den Journalisten erklärte, der „Nationalsozialismus bekennt sich zum Menschheitsgedanken“, was K. K. ebenso zitiert wie den Einwand der *Neuen Freien Presse*, dass er einen Tag vor seiner Abreise nach Wien gesagt habe, alle Juden müssten „restlos aus jeder Form des Rechtslebens heraus“. (NFP Ab. 16-05, 2 vgl. DW 230) Dann fuhr der bayrische Justizminister, der im folgenden Jahr zum Reichsminister und 1939 zum Generalgouverneur im besetzten Polen avancierte, nach Graz weiter, um auf dem Schlossberg eine Rede zu halten, „in der die österreichische Bundesregierung und insbesondere der Bundeskanzler herabgesetzt und auch zum Widerstand gegen die Bundesregierung aufgefordert wurde“. (RP 16-05, 1) Der österreichische Gesandte in Berlin ersuchte tags darauf Außenminister Neurath, dafür zu sorgen, dass Frank seine Reise beende; zur gleichen Zeit erschien der deutsche Gesandte in Wien bei Dollfuß und beschwerte sich über den unfreundlichen Empfang in Aspern. Die *Persona non grata* traf spät nachmittags in Salzburg ein, wo ihr weitere Ansprachen polizeilich untersagt wurden, und reiste noch am selben Tag, dem 15. Mai, gegen 21 Uhr nach Deutschland aus. (vgl. NFP Ab. 16-05, 2) Ehe der Monat zu Ende ging, hatte das Wolff-Büro die nächste Runde im zwischenstaatlichen Streit eingeläutet: Da es in Österreich verboten sei, Parteiuniformen und -abzeichen zu tragen, bestehe die Gefahr, dass deutsche Gäste unbeabsichtigt in Konflikt mit den hiesigen Behörden gerieten; im Bestreben, „solche Reisende vor unliebsamen Zwischenfällen zu bewahren und alles zu vermeiden, was zu einer Störung des Verhältnisses der Reichsregierung zur österreichischen Bundesregierung führen könnte, wird der Reichsinnenminister eine den Reiseverkehr nach Oesterreich betreffende Verord-

nung erlassen, wonach ab 1. Juni 1933 die Ausreise von Reichsdeutschen nach Oesterreich von der Erteilung eines Ausreisesichtvermerkes abhängig gemacht wird, der gegen Zahlung einer Gebühr von 1000 Mark erteilt wird“. (RP 28-05, 1) Im Leitartikel empörte sich die *Reichspost*, dass die Ankündigung der „Tausendmarktaxe“, die in der *Dritten Walpurgisnacht* mehrmals vorkommt, „im Tone einer höhnenden Polemik gehalten“ sei. Denn das Movens der „Grenzsperre“ liege auf der Hand: „Wenn eine starke Verringerung des Fremdenverkehrs zahlreiche Menschen schädigt oder brotlos macht, wird es nicht schwer fallen, den Zorn der Geschädigten gegen die Regierung zu kehren und dadurch neues Wasser auf die Mühlen der braunen Umsturzpropaganda zu leiten.“ (ebd.) Auch die *Arbeiter-Zeitung* verurteilte den „zynischen Erpressungsversuch“, fügte aber hinzu, dass die Christlichsozialen nicht gerade „Meisterstücke der Diplomatie“ abgeliefert hätten, was K. K. heftig kritisiert. In Wirklichkeit war der Einwand, man hätte Franks Besuch „mit diplomatischeren Mitteln abwehren können, als damit, daß man ihm auf dem Flugplatz von Aspern durch den Vizepräsidenten der Polizeidirektion sagen ließ, sein Besuch sei unerwünscht, und daß man ihm in Salzburg eine Botschaft schickte, die einer Ausweisung sehr ähnlich war“, nicht deshalb fehl am Platz, weil er, wie es in der *Dritten Walpurgisnacht* heißt, „eine der saubersten und sinnvollsten Worthandlungen, die jemals zum realpolitischen Zweck geführt haben“, herabwürdigte, sondern weil er dazu beitrug, das an sich sanfte Vorgehen der österreichischen Regierung heldenhaft erscheinen zu lassen. (AZ 28-05, 1f. vgl. DW 258f.) Kurz darauf forderte das sozialdemokratische Organ, die nationalsozialistischen Angriffe vor den „Völkerbundrat in Genf“ zu bringen und das Parlament wieder einzuberufen, damit die Volksvertretung sich für die „Selbständigkeit Oesterreichs“ aussprechen könne. Jenen Leuten, die nach dem „Verbot der Hakenkreuzlerpartei“ rufen würden, gehe „jede demokratische Erkenntnis und Gesinnung“ ab; einer „Bewegung von hunderttausenden Menschen“ sei nicht „mit Polizeimaßnahmen“ beizukommen, ganz zu schweigen davon, „daß zu solchen Maßnahmen jede gesetzliche Grundlage fehlte“. (AZ 30-05, 1f.) Wie kurzsichtig die Klage ist, die K. K. zu diesen Bedenken äußert, dass die Sozialdemokratie nämlich nie „antidemokratischen Methoden zustimmen“ würde, „die sie dauernd der Möglichkeit berauben würden, in Schutzhaft genommen zu werden“, zeigen die Regierungsverhandlungen zwischen Dollfuß und Theo Habicht, die letzterer Ende Mai publik machte. (DW 249) Der Landesinspekteur der NSDAP in Österreich teilte in einer Pressekonferenz mit, dass er zweimal mit

dem österreichischen Bundeskanzler über ein „Koalitionskabinett“ gesprochen habe, „das nur aus Christlichsozialen und Nationalsozialisten bestehen sollte“. Die Initiative sei von Dollfuß ausgegangen, der lediglich zwei Ministerposten angeboten und Neuwahlen kategorisch ausgeschlossen hätte, weshalb die vertraulichen Gespräche gescheitert wären. (AZ 31-05, 3) Im Dementi des Bundeskanzlers hieß es, dass Habicht um eine Aussprache ersucht und der zurückgetretene Unterrichtsminister Anton Rintelen als Vermittler fungiert habe; das „ganz einseitige Angebot“ des deutschen Reichstagsabgeordneten sei abzulehnen gewesen. (NFP Ab. 31-05, 1) Wie die *Neue Freie Presse* auf derselben Seite berichtete, wurden, als Dollfuß seine Erklärung abgab, „Hausdurchsuchungen im Braunen Haus“ in Wien, wo der Journalistenempfang stattgefunden hatte, durchgeführt. Ging es tatsächlich um „nationalsozialistische Flugblätter“, oder sollten Dokumente beschlagnahmt werden, die der Version des Bundeskanzlers widersprachen? Ungeachtet der Frage, wer die Verhandlungen angeregt hat, mutet Habichts Darstellung ausnahmsweise plausibel an. Denn hätten die Nationalsozialisten nicht auf Neuwahlen beharrt, deren Ausgang die Christlichsozialen fürchten mussten, wäre eine Regierungsbeteiligung möglich, sogar wahrscheinlich gewesen.¹ Nun kam es anders: Da die konspirativen Treffen nicht zum Ziel geführt hatten, sollten Terroranschläge den Druck auf das österreichische Regime erhöhen. Dem ersten tödlichen in einer Reihe von Bombenattentaten fiel der jüdische Juwelier Norbert Futterweit zum Opfer, in dessen Wiener Geschäft ein SS-Mann am 12. Juni einen Sprengkörper geworfen hatte. K. K. nimmt das Verbrechen, bei dem auch ein Passant ums Leben kam, zum Anlass, das „Spiel der Versionen“ darzustellen, wie es die „Bombenpresse“ in Gestalt der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* betreibe, die, anspielend auf den ungarischen Sprengstoffattentäter Sylvester Matuschka, von „Matuschka-Methoden der Kommunisten“ sprach und die Unschuld der Nationalsozialisten folgendermaßen begründete: „Es ist nicht unsere Art, durch Bombenwürfe auf jüdische Geschäftsinhaber arische Käufer oder unschuldige arische Straßenpassanten zu gefährden.“² (DW 188f.) Während die *Reichspost* und die *Arbeiter-Zeitung* sofort den Verdacht äußerten, dass es sich um einen Anschlag der NSDAP handle, berichtete die *Neue Freie Presse* zunächst von einem geplanten „Raubattentat“ und räumte dann ein, dass man es wohl „mit dem Verbrechen des Mitgliedes einer Terrorgruppe zu tun“ ha-

1 Vgl. dazu Kurt Bauer: „Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut“.

2 *Deutschösterreichische Tageszeitung*, 14.6.1933, S. 1f.

be, „die sich von politischen Motiven leiten läßt“, ohne die nahe liegende Vermutung auf SA- oder SS-Täter in der Nachricht zu erwähnen. (NFP 13-06, 4) Im Blatt der Christlich-sozialen war hingegen von „braunen Terroristen“ die Rede, die sich „gründlich verrechnet“ hätten und jetzt die „Kraft des wiedererwachten Oesterreichertums“ zu spüren bekämen: Die nationalsozialistischen Parteilokale wurden besetzt und dutzende NS-Führer verhaftet. (RP 13-06, 1 u. 14-06, 1f.) Das sozialdemokratische Organ warnte derweil vor „Ausbrüchen der Hysterie“, denn man dürfe unter dem Eindruck der Bombenattentate nicht sämtliche Freiheitsrechte preisgeben. Was der Leitartikel stattdessen als Schutzmaßnahme vorschlug, findet sich in der *Dritten Walpurgisnacht* als Gipfel der Naivität verhöhnt: „Echte, kraftvolle, schöpferische Demokratie – das allein ist ein wirksames Mittel gegen den politischen Terror.“ Dem Zustand der „Knechtschaft“, wie er derzeit in Deutschland herrsche, müsse ein „Asyl freier Entwicklung deutscher Kultur“ entgegengesetzt werden, um das zu erreichen, was nicht zu erzwingen sei, nämlich „die Vereinigung der ungeheuren Mehrheit des österreichischen Volkes zu einer österreichischen Front gegen den Nationalfascismus“. (AZ 13-06, 1f. vgl. DW 251) Den in den nächsten Tagen von der *Arbeiter-Zeitung* geäußerten Wunsch, bei der Abwehr der nationalsozialistischen Terrorwelle im Parlament zusammenzuarbeiten, ließ die *Reichspost* unbeantwortet. Nach einem Handgranatenanschlag auf eine Kolonne von Hilfspolizisten in Krems fasste die Regierung am 19. Juni den Beschluss, die NSDAP sowie ihre Wehrverbände SA und SS in Österreich zu verbieten. Dass die „nationalsozialistische Wirklichkeit“ kriminell sei, stand für das christlichsoziale Blatt nun außer Zweifel: „Das ist nicht mehr Partei, sondern organisierte Verschwörung, organisierter Ueberfall, organisierter Heimatverrat. Das ist nicht mehr Politik, weder nationale noch soziale, sondern systemisiertes Verbrechen.“ (RP 20-06. 2) Daraufhin erinnerte die *Arbeiter-Zeitung* an jenen Kommentar, der vor gut einem Monat, als „der verbrecherische Charakter der nationalsozialistischen Bewegung“ schon in allen Einzelheiten bekannt gewesen sei, in der *Reichspost* erschienen war und in dem sie „dieser mit feigen Mordhandlungen á la Krems seit Jahren arbeitenden Partei noch einen durchgreifenden Erfolg gewünscht“ hatte. Solange seine Wurzel – „die fortlaufende Zerstörung des Rechtsbewußtseins“ – wuchere, bleibe das braune Übel bestehen. (AZ 22-06, 5) Wie sich die Sozialdemokraten die parlamentarische Kooperation vorgestellt hatten, sollte im niederösterreichischen Landtag demonstriert werden, wo die beiden verfeindeten Fraktionen ein Verfassungsgesetz beschlossen, das die

Mandate der NSDAP annullierte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Leopold Petznek erklärte im Plenum, dass seine Partei nicht im Sinn habe, „der Republik in den Arm zu fallen, wenn sie sich gegen den Terror der Nazi schützen will“; man dürfe aber auch in dieser Ausnahmesituation nicht den Boden der Verfassung verlassen, um gravierende Maßnahmen kurzerhand per Notverordnung zu treffen. Nach der Abstimmung spielte sich, so berichtete die *Arbeiter-Zeitung*, folgende Szene ab, die K. K. als Inbegriff einer „Metapher“ wiedergibt: „Als der Präsident das Gesetz für angenommen erklärte, rief Püchler mit Stentorstimme in den Saal: ‚Es lebe die demokratische Republik!‘ Schneidmadl rief: ‚Nieder mit der braunen Pest!‘ Die sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben sich von den Sitzen und brachen mit geballten Fäusten in stürmische Freiheitsrufe aus. Einige Minuten stand der Landtag im Zeichen der wuchtigen Kundgebung der Sozialdemokraten gegen den Fascismus.“ (AZ 24-06, 1f. vgl. DW 253) Es ist wiederum die Kluft zwischen Symbol und Wirklichkeit, die Ablehnung hervorruft – erhobene Fäuste zum Abschluss einer betont friedlichen Handlung. Als symbolische Geste waren auch die roten Fahnen gedacht, die dieser Tage auf Häusern und Bäumen in Wien gehisst wurden und die in der *Dritten Walpurgisnacht* als Beleg für die Verblendung der österreichischen Linken dienen; denn „wenn eine Fahne, wie immer man zu Fahnen stehen mag, nun einmal verboten ist: ist es da würdig, sie, wie die Hoffnung auf dem Grab, auf Giebeln und Schornsteinen aufzupflanzen und mit Wachleuten, die doch mit einer ernsthafteren Gefahr zu tun haben, Fangerl zu spielen?“ (DW 254f.) Obwohl die Meldung des sozialdemokratischen Blatts, die Polizisten sparten „nicht mit grimmiger Anerkennung der einzigartigen Verwegenheit, mit der die geheimnisvollen Rebellen die verbotene Fahne an Stellen befestigen, die sonst nur für Vögel erreichbar sind“, lächerlich statt amüsant war, krankt der kakanische Vorwurf, der auf Schillers Gedicht *Hoffnung* anspielt, wo es heißt, der Mensch pflanze diese noch am Grabe auf, an der Tatsache, dass rote Fahnen in Österreich nicht „nun einmal“, sondern aufgrund der am 19. Mai erlassenen „Fahnenverordnung“ verboten waren.¹ (AZ 21-06, 5) Wenn K. K. feststellt, der Nationalsozialismus sei vom „Prinzip autoritärer Unverantwortlichkeit“ geprägt, wäre es nur folgerichtig, an die Politik des österreichischen Bundeskanzlers denselben kritischen Maßstab zu legen. (DW 237) Die Wahrheit ist, dass in der *Dritten Walpurgisnacht* von Dollfuß wie von den sozialdemokratischen Führern ein verfälschtes Bild gezeichnet wird. Während jener als

1 Vgl. BGBl. 1933/186 u. Friedrich Schiller: *Hoffnung*.

aufopfernder Staatsmann erscheint, dem angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung nichts anderes übrig blieb, als autoritär zu regieren, werden diese in das Klischee vom taktierenden Parteitheoretiker gepasst. Beide Figuren weisen zwar charakteristische Züge auf, sind in ihrer Überzeichnung aber Karikaturen, die wie getreue Abbilder wirken sollen. Dass K. K. für diese Täuschung auch tendenziöse Zitate einsetzt, zeigt seine Polemik gegen die Aufsätze „Um die Demokratie“ und „Zwischen zwei Faschismen“, die im Juli 1933 in der sozialdemokratischen Zeitschrift *Der Kampf* erschienen.¹ Der erste stammte von Otto Bauer und befasste sich mit der Forderung „junger Arbeiter“, die demokratischen Ziele aufzugeben und stattdessen die „Diktatur der Bourgeoisie durch eine Diktatur des Proletariats“ zu ersetzen. Den Zwischenrufen entgegnete der stellvertretende Parteivorsitzende, dass es für einen Sozialdemokraten keine Last, sondern eine Freude sein müsse, Arbeiterrechte im Parlament zu erkämpfen. Um seinen Standpunkt zu verdeutlichen, zog er einen Vergleich, der im Gegensatz zur Argumentation stand: Wer in der Armee den Soldaten einrede, eine verlorene Stellung sei des Kampfes nicht wert, wäre „dem alten k. u. k. Dienstreglement“ entsprechend „niederzumachen“ gewesen. Der Teufel weiß, weshalb Otto Bauer in einem Artikel, der die Parteigenossen für die Demokratie begeistern wollte, eine militärische Allegorie wählte; trotz des stilistischen Bruchs hätte K. K. dem Beharren auf rechtsstaatlichen Grundsätzen aber Respekt erweisen sollen, anstatt die „papierne Ahnungslosigkeit“ eines Autors zu verspotten, mit dem er die Kritik juristischer Willkür gemein hatte. (DW 262ff.) Es ist auch nicht zu bestreiten, dass der Beitrag von Oscar Pollak, dem Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung*, sprachlich wie inhaltlich fragwürdig war. So hieß es am Schluss, nachdem der Verfasser mehr „Anziehungskraft auf die Phantasie der Menschen“ und „massenpsychologische Propaganda“ in Aussicht gestellt hatte, „wohlan, wir wollen nicht nur zu 1918 zurück, wir weisen in unserem Kampf über 1918 hinaus: über die wiedereroberte republikanische Demokratie in die sozialistische Zukunft“ – eine Diktion, die abermals das Gegenteil der eigentlichen Botschaft ausdrückte. Dass K. K. immer wieder auf die Kluft zwischen dem, was gemeint war, und jenem, das geschrieben wurde, hinweist, hängt mit seinem Verständnis von Sprache zusammen, mit dem wir uns später befassen werden, und ist nicht das Problem. Nein, es geht um eine Reihe von verkürzten Zitaten, die den Sinn der Passagen, aus denen sie stammen, entstellen. In Pollaks Aufsatz stand beispielsweise: „Die Arbeiter-

1 Vgl. Otto Bauer: *Um die Demokratie* u. Oscar Pollak: *Zwischen zwei Faschismen*.

klasse übersieht nicht, daß es in Österreich bisher keine Mißhandlungen und keine Konzentrationslager gibt; aber sie kann auch nicht übersehen, daß es keine Staatsbürgerfreiheit, kein Parlament, keine Verfassung, keinen Schutz der sozialpolitischen Gesetze mehr gibt.“ Von dieser nüchternen Beurteilung der Lage, die das österreichische Regime weder verteuflerte noch verharmloste, bleibt in der *Dritten Walpurgisnacht* ein absurder Gegensatz übrig: „man ‚übersieht nicht‘, daß es ‚in Österreich bisher kein Konzentrationslager gibt‘, aber was hilft das, man ‚kann auch nicht übersehen‘, daß es – nein, das erriete niemand – daß es ‚kein Parlament‘ gibt!“ (DW 267) Die kakanische Überspitzung erweckt den Eindruck, als höbe die Ausschaltung des Parlaments in Pollaks Augen die Tatsache auf, dass Dollfuß seine Gegner nicht verschleppen und foltern ließ. Noch deutlicher wird das manipulative Zitierverfahren an einer Stelle, die K. K. als „Pollakwitz“ wiedergibt: „Man denke an den 1. Mai‘ / das ist der Erfolg! / ‚den einzigen Fall, wo die Partei nicht nachgegeben hat – es war der einzige Erfolg in der ganzen Zeit!‘ [...] ‚Die Partei muß ausdrücklich erklären, daß sie zu Verhandlungen nicht bereit ist.‘“ (DW 268f.) Im Original schließt der Passus nicht hier mit einem Punkt, sondern nach der Einschränkung: „solange das Parlament und die Verfassung ausgeschaltet sind.“ Der Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung* zog aus der friedlichen Demonstration am 1. Mai also nicht den Schluss, dass die Sozialdemokraten sich in ihrer Position einmauern sollten; er forderte die Gegenseite vielmehr auf, den Rechtsstaat außer Streit zu stellen, bevor man sich auf eine Ausnahmeregelung zur Abwehr der nationalsozialistischen Angriffe einigen könne. Als Antiserum zu den beiden Aufsätzen führt K. K. eine Passage aus der Rede „Ein freies Volk in freiem Land“ an, die der christlichsoziale Politiker Leopold Kunschak am 1. Juni in Wien gehalten hatte und deren Titel an die berühmten Worte aus Fausts Schlussmonolog erinnert, er wolle „auf freiem Grund mit freiem Volke“ stehen.¹ Die Stelle, die den „Sprachgebildeten sozialdemokratischer Wortführer“ entgegengesetzt wird, lautet so: „Ein neuer Feind ist aber der Freiheit unseres Volkes und unseres Vaterlandes erstanden. Ein Feind, der in unseren Augen so häßlich, in unserem Herzen so schmerzlich wirkt, weil wir in seinen Gesichtszügen die Züge des Mannes aus der Notgemeinschaft im Schützengraben erblicken, weil wir darin unser Brudergesicht sehen und es nicht fassen können, daß es soweit kommen kann, daß der Deutsche gegen den Deutschen, der Bruder gegen den Bruder und gerade der Stärkere gegen den Schwachen und Geknecht-

1 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 11580.

teten auftreten kann.“ (DW 271) Es ist eine Frage des Geschmacks, ob man den sozialdemokratischen Fachjargon oder das christlichsoziale Pathos erträglicher findet. Bei diesem Beispiel sollte aber auch gehört werden, was Kunschak vorher und nachher sagte. Er wollte den Titel seiner Rede vor allem als Parole gegen den innenpolitischen Gegner verstanden wissen, den Dollfuß außer Gefecht gesetzt hatte: „die Sozialdemokraten werden die Freiheit unseres Volkes und unseres Vaterlandes nicht mehr bedrohen, dafür ist gründlich gesorgt“. Erst gegen Ende der Ansprache kam er auf den neuen, unerwarteten Feind zu sprechen, der begreifen möge, „daß Oesterreich nicht am Kongo liegt, sondern am Nibelungenstrom, dessen Wellen Tag um Tag, Jahr um Jahr, Jahrhundert um Jahrhundert, bald leise wispelnd, bald in stürmischen Akkorden uns das Hohelied der deutschen Treue singen“.¹ Kurzum, die *Dritte Walpurgisnacht* erweckt den falschen Eindruck, dass Dollfuß den Nationalsozialismus aus Überzeugung bekämpft habe und der sozialdemokratische Störenfried ins Schussfeld geraten sei, weil er der Rettung Österreichs im Weg stand. Tatsächlich war es genau umgekehrt. Und deshalb stimmt auch die Behauptung nicht, dass es „nur ein unerwünschtes Zwischenspiel“ gewesen sei, „als das christlichsoziale Organ [...] jener unappetitlichen Lockung aufsaß“ und sich von dem „andern Ton“ aus Berlin betören ließ. (DW 236) K. K. zitiert in der Folge den Leitartikel der *Reichspost* vom 5. Juli, der eine versöhnliche Aussendung der deutschen „Außenpolitischen Korrespondenz“ lobte und zu dem geäußerten Koalitionsangebot feststellte: „Wer [...] aus dem österreichischen Nationalsozialismus einen Faktor österreichischer Politik formen hilft, wird sich dafür um die gesamtdeutsche Sache und eine fruchtbare mitteleuropäische Politik ein Verdienst erworben haben. Die Führer der österreichischen Regierung und ihre Freunde würden die letzten sein, die ihre Unterstützung versagen.“ (RP 05-07, 1f.) Das war kein Ausrutscher, sondern exakt die Haltung der Christlichsozialen, die unter der Voraussetzung, dass Österreich als unabhängiger Staat anerkannt wurde, an einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten interessiert waren. Es zeugt von der gegenläufigen Außenpolitik des Auswärtigen Amtes und der NSDAP, dass Theo Habicht am Abend jenes Tages, an dem die *Reichspost* die Versöhnungszeichen aus Deutschland begrüßt hatte, den ersten der über hundert Vorträge gegen die österreichische Regierung hielt, die bis zum „Juliputsch“, dem nationalsozialistischen Umsturzversuch am 25. Juli 1934 in Österreich, von den Radiosendern München, Stutt-

1 Vgl. Leopold Kunschak: *Ein freies Volk in freiem Land*, S. 5f.

gart, Nürnberg und Breslau ausgestrahlt wurden. K. K. erwähnt die „Rundfunkpropaganda“ an mehreren Stellen direkt und im Anschluss an das christlichsoziale „Zwischenspiel“ allusiv in einem Zitat aus der „Klassischen Walpurgisnacht“, wo Sphinx Mephistopheles vor den Sirenen warnen: „Nötigt sie herabzusteigen! / Sie verbergen in den Zweigen / Ihre garstigen Habichtskrallen, / Euch verderblich anzufallen, / Wenn ihr euer Ohr verleiht.“¹ (DW 237) Wir werden noch ausführlicher auf den deutsch-österreichischen Radiokrieg zu sprechen kommen. Was uns hier beschäftigen soll, ist die Frage, wie die *Reichspost*, die *Neue Freie Presse* und die *Arbeiter-Zeitung* auf den Sirenengesang des „Landesinspektors“ reagierten. Im Gegensatz zum sozialdemokratischen Zentralorgan, in dem fast keine Beiträge zu dem Thema erschienen, hatte das Blatt der Christlichsozialen schon Ende Mai die „Greuelpropaganda gegen Oesterreich“ beklagt, die von süddeutschen Stationen verbreitet werde. (RP 31-05, 2) Obwohl gerade ein Großsender am Bisamberg in Wien errichtet worden war, ließ sich das Programm des österreichischen Rundfunks, der damals „Radio-Verkehrs-AG“ hieß, in den westlichen Bundesländern kaum empfangen: „Das wichtigste Instrument der Kulturpropaganda, das bereits in den fernsten Alpendörfern seinen Eingang gefunden hat, der Rundfunk, ist für Tirol und vor allem Vorarlberg ausgeschaltet.“ (RP 11-06, 13) Das technische entwickelte sich zu einem politischen Problem, als der Münchner Sender, der im ganzen Land zu hören war, jene Vortragsreihe über den „brutalen Kampf“, der „von einer kleinen separatistischen Clique in Oesterreich gegen alles Deutsche geführt“ werde, mit einer Hetzrede Theo Habichts eröffnete. (RP 06-07, 1) Der Wiesbadener Reichstagsabgeordnete habe sich dazu verstiegen, schrieb die *Neue Freie Presse*, „die Regierung selbst des Hochverrates zu beschuldigen“, und zwar deswegen, weil sie „als Vertreter einer Minorität eine überragende Mehrheit vergewaltige. Nun, im Vergewaltigen, so sagen dunkle Gerüchte, haben auch Parteien, die Herrn Habicht vielleicht näherstehen, ganz gute Uebung [...]“. (NFP 06-07, 1) In den seltenen Fällen, wo das bürgerliche Blatt Kritik am Nationalsozialismus äußerte, wurde nichts beim Namen genannt, sondern angedeutet, flüchtig erwähnt, aus eingeweihten Kreisen zitiert. Umso erstaunlicher ist es, dass der zuständige Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, Gerhard Köpke, dem österreichischen Geschäftsträger, der sich über die Rundfunkpropaganda beschwerte, gerade diesen Beitrag entgegenthielt: „Ich machte den Geschäftsträger als Beispiel auf den ‚So geht es nicht!‘ überschriebe-

1 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 7161-7165.

nen Leitartikel im Morgenblatt der ‚Neuen Freien Presse‘ vom 6. ds. Mts. aufmerksam, der an Gehässigkeit doch kaum übertroffen werden könnte.“¹ Unverdiente Ehren, zumal sich die Zeitung Mühe gab, die nationalsozialistischen Politiker nicht vor den Kopf zu stoßen. Auch im Kommentar zu einem am 11. August gesendeten Vortrag ging die Sprache, wie es K. K. in einer typischen Verzahnung zweier Redewendungen formuliert, „sammetpfotig um den Brei, der nicht so heiß gegessen wird“; die in der *Dritten Walpurgisnacht* auszugsweise wiedergegebenen Stellen lauten: „Die Empfindlichkeit ist zu einer außerordentlichen Höhe angewachsen, und es wäre nicht nur im Interesse des Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich, das gerade aus nationalen Gründen die stärkste Rücksicht verdient, es wäre auch international von größter Wichtigkeit, daß neue Anlässe zu Streitigkeiten vermieden würden. [...] Es kommt nun alles darauf an, diese Erwartungen nicht gänzlich zu enttäuschen.“ (NFP Ab. 12-08, 2 vgl. DW 105) Im letzten Monat hatten deutsche Sender über ein Dutzend Reden von Habicht und anderen aus Österreich vertriebenen Nazis ausgestrahlt. Die österreichische Regierung wehrte sich nicht nur auf diplomatischem Weg gegen diese Angriffe, sondern ließ Repliken von der RAVAG, wie die „Radio-Verkehrs-AG“ kurz genannt wurde, übertragen. Als Erster sprach am 8. Juli der Leiter des Bundespresse-dienstes, Eduard Ludwig, über den „Kampf des deutschen Rundfunks gegen Oesterreich“, und vier Tage später wurde eine, so hieß es in der *Reichspost*, „schlagkräftige Antwort“ des Justizministers Schuschnigg gesendet. (RP 09-07, 5 u. 13-07, 3) Am meisten Aufsehen erregte ein Vortrag mit dem Titel „Oesterreich, Deutschland und Europa“, den Habicht am Abend des 9. August im Münchner Sender hielt und dem eine Meldung der „Agenzia Stefani“ vorausgegangen war, dass die deutsche Regierung dem italienischen Botschafter zugesichert habe, die Radiopropaganda zu untersagen. (RP 10-08, 1) Wiederum fielen Versöhnungsangebot und Provokation zeitlich zusammen; diesmal brüskierten die Nationalsozialisten aber nicht Dollfuß, sondern Mussolini, der Hitler Wortbruch vorwarf, was sich dieser als unverschämte Bevormundung verbat.² Dass die Offensivtaktik der Kanzlerpartei der deutschen Außenpolitik zuwiderlief, zeigt auch eine Presseanweisung, die Goebbels am 10. August ausgeben ließ: „Die Rundfunkrede, die der Leiter der NSDAP. Oesterreichs, Habicht, der seinerzeit ausgewiesen wurde, gestern abend im bayerischen Rundfunk gehalten

1 Aktennotiz vom 7.7.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 73477.

2 Vgl. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, S. 729-733.

hat, soll nach Möglichkeit nicht gebracht werden.“¹ Da die Vorträge von öffentlichen Radiosendern übertragen wurden, die ihr Programm nicht nach eigenem Gutdünken zusammenstellen konnten, war es nicht mehr möglich, die Auseinandersetzung zwischen Habicht und Dollfuß als innenpolitisches Problem Österreichs abzutun. Der Reichskanzler musste die Propaganda unterstützen oder zumindest dulden, was jene Länder auf den Plan rief, die mit Deutschland im Viermächtepakt außenpolitische Zusammenarbeit vereinbart hatten. Es ist bekannt, dass 1933 vor allem der italienische Ministerpräsident für den Fortbestand eines unabhängigen österreichischen Staates eintrat. Er sagte Dollfuß militärischen Schutz zu, verlangte aber, dass Österreich innenpolitisch dem faschistischen Vorbild Italiens folge.² Stellten der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Stärkung der Heimwehren nur ein notwendiges Übel dar? Fakt ist, dass Mussolini weit weniger umstritten war als Hitler. Zumindest die *Reichspost* und die *Neue Freie Presse* sahen den Duce als charismatischen und vernünftigen Staatsmann. Zu seinem 50. Geburtstag am 29. Juli 1933 brachte das christlichsoziale Organ eine Würdigung, in der behauptet wurde, Mussolinis Erfolg wurzele „im instinktiven Gefühl der großen, lateinischen Menschlichkeit, die vom Führer kommt“; frage man ihn im Privatgespräch, „warum heute die Welt so schlecht steht“, laute die lapidare Antwort: „Weil die Liebe fehlt“. (RP 29-07, 2) Beim bürgerlichen Blatt hatte der italienische Ministerpräsident sogar den Status eines freien Mitarbeiters, der pro Monat mindestens einen Kommentar ablieferte – die Artikel trugen Titel wie „Technokratie“, „Die Frau und der Staat“ oder „Zurück zur Scholle“. (NFP 05-02, 2f. u. 02-04, 2f. u. 06-08, 2f.) Der Grund für den Protest bei der deutschen Regierung lag freilich weniger in Mussolinis lateinischer Menschlichkeit als in seinem wachsenden Verlangen, Italiens Einfluss auf die europäische Politik zu vergrößern. Als ihm Österreich nicht mehr nützlich war, ließ er es fallen, womit der Anschluss an Deutschland nur mehr eine Frage der Zeit war. Obwohl man diese Entwicklung 1933 bereits ahnen konnte, vertraute Dollfuß auf den Schutz des Duce, dem er auch persönlich nacheiferte. – Neben der „Rundfunkhetze“, die im Lauf des Sommers zu einer festen Rubrik der *Reichspost* wurde, war es vor allem das wiederholte „Abwerfen nationalsozialistischer Flugschriften durch deutsche Flugzeuge über Oesterreich“, das zur „Demarche der Großmächte in Berlin“ führte. (RP 06-08, 1) Die „Flugzeugpropaganda“,

1 Hans Bohrmann (Hg.): *NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit*, S. 96.

2 Vgl. Dieter Ross: *Hitler und Dollfuß*, S. 80f.

die K. K. als Beispiel für die nationalsozialistische Ablehnungstaktik anführt, setzte bereits wenige Tage nach dem Verbot der NSDAP in Österreich ein. (DW 187) Am 24. Juni berichtete das christlichsoziale Organ erstmals von nationalsozialistischen Aufrufen, die ein Flugzeug ohne Hoheitsabzeichen tags zuvor über Linz abgeworfen hatte. (RP 24-06, 1) Es handelte sich um ein zweiseitiges Pamphlet des Landesleiters der österreichischen NSDAP, Alfred Proksch, der beteuerte, dass seine Partei „niemals anders als mit legalen Mitteln gekämpft und niemals Gewalttaten veranlaßt oder gebilligt“ habe, nun aber gezwungen sei, den Kampf auf der Ebene zu führen, „auf welche die Regierung Dollfuß selber ihn verwiesen hat“, nämlich jener der Illegalität: „Der Sieg wird unser sein!“¹ Nach knapp zwei Wochen lief Habichts erste Rundfunkrede, die dann am 14. Juli als Flugblatt vom Salzburger Himmel fiel. (RP 15-07, 1) Ein von München kommendes Flugzeug, auf dessen Tragfläche ein Hakenkreuz zu erkennen war, verteilte außer dem gedruckten Vortrag abermals einen Aufruf, der mit: „Brüder! Ballt die Fäuste!“, überschrieben war: „Männer, die unser kleines Oesterreich, das ein Spielball aller Völker geworden ist, aus der Knechtschaft des jüdischen Bankkapitals befreien wollen, bezeichnet man als Hochverräter und sucht sie mit Steckbriefen!“² Der nächste Luftangriff erfolgte am 21. Juli auf Salzburg und Tirol. (RP 22-07, 3 u. 23-07, 4) Diesmal trugen die Flugzettel einen Appell an alle österreichischen „Volksgenossen“, die NSDAP als „die einzig wahre revolutionäre Freiheitsbewegung Deutschösterreichs“ zu unterstützen. Warum stelle sich Dollfuß nicht wie Hitler einer Wahl? Weil ihm der Ausgang beweisen würde, „daß er und die hinter ihm stehenden Parteien sich in hoffnungsloser Minderheit befinden“.³ Vier Tage später kreiste ein Eindecker über Vorarlberg und verbreitete neben den bekannten Exemplaren ein Flugblatt, dessen Text an die Anhänger der Sozialdemokratie gerichtet war. In welchem Zustand sich die österreichische Linke befinde, habe sich am 1. Mai gezeigt: „Wir kuschten vor dem Schwächling Dollfuß. – Statt dessen marschierten am 14. Mai die faschistische Heimwehr und die neue ‚österreichische Front‘ in Wien auf.“ Nicht die Arbeiterführer seien dem „reaktionären Söldneraufmarsch“ entgegengetreten, sondern die Nationalsozialisten, die man dafür „verhaftet und niedergeknüppelt“ habe.⁴ Da Zeugen auf den Tragflächen schwarz-weiß-rote Hoheitszeichen gese-

1 Vgl. Exemplar des Flugblatts vom 23.6.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 73512.

2 Vgl. Exemplare der beiden Flugblätter vom 14.7.1933, ebenda.

3 Vgl. Exemplar des Flugblatts vom 21.7.1933, ebenda.

4 Vgl. Exemplar des Flugblatts vom 25.7.1933, Vorarlberger Landesarchiv, BH Bludenz II 1470/1933.

hen hatten, ließ die österreichische Regierung am 27. Juli neuerlich Protest beim Auswärtigen Amt in Berlin erheben. Wie Staatssekretär Bernhard von Bülow vermerkte, sei der Gesandte im Lauf der Unterredung von den Flugzeugen auf die Presse zu sprechen gekommen und habe die „Anwendung einer österreichischen Notverordnung“ angeboten, „die Angriffe gegen fremde Regierungen mit 3.000 Schilling oder sechs Wochen Haft eventuell kumulativ bestrafe, wenn Gegenseitigkeit verbürgt sei“.¹ Dass die Nationalsozialisten damals noch kein Interesse an einem „Pressefrieden“ hatten, macht die vorliegende Untersuchung möglich; denn „öffentliche Beleidigungen“ von ausländischen Regierungen waren in Österreich zwar seit dem 7. März verboten, de facto wurden aber nur Artikel konfisziert, die sich mit innenpolitischen Themen beschäftigten – die Berichterstattung über Deutschland unterlag 1933 keiner Zensur. Anscheinend versuchte Dollfuß, die Notverordnung als Köder zu benutzen, um die vehemente Kritik deutscher Zeitungen an seiner Person und Politik einzudämmen. Es ist fraglich, ob das „Juli-Abkommen“, das sein Nachfolger drei Jahre später abschließen sollte, den Vorstellungen des früheren Bundeskanzlers entsprach: Während sich Schuschnigg im so genannten „Gentlemen’s Agreement“ bereiterklärte, ein NS-Kampfblatt wie die *Essener National-Zeitung* in Österreich zu erlauben, musste die deutsche Regierung etwa die Verbreitung des *Neuen Wiener Journals* zulassen, das nicht eben für seine unerbittlichen Leitartikel bekannt war.² Wie immer dem sei, im Sommer 1933 lag eine Einigung in weiter Ferne. Nachdem sich der österreichische Gesandte in Berlin beschwert hatte, fand am 29. Juli noch ein weiterer Propagandaflug statt, und die Vorträge im Rundfunk wurden unvermindert fortgesetzt. Am 14. August stellte die *Reichspost* daher auf der Titelseite fest, dass Deutschland „trotz aller gegenüber den Großmächten übernommenen Verpflichtungen“ nicht gewillt sei, die „Hetzpropaganda gegen Oesterreich“ abzustellen, und nun kein Grund mehr bestehe, „starke Zurückhaltung in der publizistischen Behandlung des Konfliktes“ zu üben. (RP 14-08, 1) Am gleichen Tag erschien eine Extra-Ausgabe des Blattes, in der vor allem Beweise für die illegale Tätigkeit der österreichischen NSDAP und deren Zusammenarbeit mit dem Außenpolitischen Amt der Parteiführung in Berlin veröffentlicht wurden.³ Von der Korrespondenz zwischen den beiden Stellen, die über die deutsche Gesandtschaft in Wien abgewickelt wurde, gab das christlichsoziale Organ einen Brief wieder,

1 Aktennotiz vom 27.7.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 73512.

2 Vgl. *Das Juliabkommen von 1936*, zit. nach <http://zis.uibk.ac.at/quellen/binder.htm> (3.4.2008).

3 Die Extra-Ausgabe der *Reichspost* vom 14.8.1933 wird in der Folge als „RP-Extra“ im Text zitiert.

den Emil Schneider, der Österreich-Referent des Außenpolitischen Amtes, an seinen Bruder Herbert geschickt hatte, der die geheime Zentrale der Nationalsozialisten in Wien unter dem Tarnnamen „Gesellschaft für kulturelle Zusammenarbeit in Ost- und Südeuropa“ leitete. Um den Anschluss Österreichs zu erreichen, sprach sich der Berliner Funktionär für eine „intensive Propaganda“ aus: „Wenn man den Leuten in Versammlungen, Zeitungen, Radiovorträgen es in die hohlen Schädeln einhämmert, dann wird das ‚Räderwerk‘ vielleicht – ich hoffe es – besser laufen.“ Im Übrigen bleibe ja immer noch „das letzte Mittel Reschny“, womit die so genannte „Österreichische Legion“ gemeint war, die unter der Leitung des SA-Führers und Ex-Bundesrates Hermann Reschny in Lechfeld bei Augsburg gesammelt und militärisch ausgebildet wurde. „Prachtvolle Burschen kommen in Scharen mit Rekrutensträußchen auf dem Hut angerückt“, so hieß es in dem Schreiben, „Kerle aus den Alpenländern, alle in tadelloser Form.“ Die *Arbeiter-Zeitung* hatte bereits am 5. August von dem bayrischen Emigrantenlager berichtet, wo hunderte geflüchtete Nationalsozialisten auf einen bewaffneten Angriff gegen Österreich vorbereitet würden. (AZ 05-08, 2) Abgesehen von der Bestätigung dieser Gefahr, enthielt der abgedruckte Brief hauptsächlich Interna aus der NSDAP-Bürokratie, wobei Decknamen zum Einsatz kamen: Theo Habicht wurde als „Flutterer“, der österreichische Landesleiter Alfred Proksch als „Schweinskopf“ und Wiens Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld als „Friedrich“ bezeichnet. Schneider schrieb zum Beispiel, dass sich „die Trottel“ vom Auswärtigen Amt um nichts kümmerten und er „Flutterer mit dem nötigen Nachdruck die verleumderische Gemeinheit Friedrichs vor Augen halten“ müsse, der „namenlos auf Schweinskopf“ schimpfe, weil dieser jenem „den Aufstieg neiden“ würde. (RP-Extra, 2) Was Wunder, dass sich K. K. von der Vorstellung „ins Gehirn getreten“ fühlt, diese „Gesellschaft von Postenfanatikern, mißvergnügten Philistern, die sich mit Scherznamen anrülpsen“, habe das Mittel, „an dem die Welt genesen soll“. (DW 190) Im Anschluss zitiert er ausführlich aus einem Artikel der Extra-Ausgabe, der eine Denkschrift auszugsweise wiedergab, die der ehemalige Chefredakteur der *Wiener Neuesten Nachrichten*, Gilbert in der Maur, verfasst hatte. Der jetzige Korrespondent der Berliner *Germania* legte dar, dass sein früheres Blatt in der aktuellen Form überflüssig und daher einzustellen sei; in der Folge müsste die Zeitung als *Die Wiener Neuesten Nachrichten* neu gegründet werden, womit der Name erhalten bleibe, alle Nachteile aber zur Liquidationsmasse gehören würden. Das sei zwar ein „jüdischer Dreh“, gesetzlich jedoch „zulässig und unanfechtbar“. Zu

den Aufgaben des Organs solle auch die „Erbauung der Parteigenossen“ zählen: „Ein Evangelium muß sonach verkündet werden. Immer und immer wieder. Das kann nicht konfisziert, nicht unterdrückt werden, besonders wenn man es vornehm, kurz so hält, wie eine Predigt in der Kirche sein sollte.“ (RP-Extra, 4 vgl. DW 190f.) K. K. führt außerdem eine Stelle aus einer Aktennotiz des Außenpolitischen Amts der NSDAP an, die von wirtschaftlichen Repressalien handelte und mit der Mitteilung schloss, der Verfasser „stehe jetzt mit Siemens wegen einer Verschärfung der Lage in Oesterreich in Verbindung“; falsch ist allerdings die Darstellung in der *Dritten Walpurgisnacht*, Habicht habe versucht, Proksch „mittels Uschla-Verfahren außenpolitisch kaltzustellen“ – der Sondernummer der *Reichspost* zufolge war es Frauenfeld, dem der Landesinspekteur den „Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss“ der Partei auf den Hals gehetzt hatte. (RP-Extra, 3f. vgl. DW 191) Aber wer ist schon in der Lage, das nationalsozialistische Hickhack um die Gunst des Führers zu überblicken? Wie das christlichsoziale Blatt in einem Leitartikel erklärte, würden die veröffentlichten Dokumente nicht nur die Verantwortung des Reichskanzlers für den Propagandakrieg gegen Österreich belegen, sondern auch die Illusion zerstören, dass die NS-Politiker mehr seien als Karrieristen: „Der Vorhang geht auf vor einer Schar ehrgeiziger kleiner Leute, die sich banalster Berufspolitik ergeben haben und sich dabei selbst nicht über den Weg trauen.“ (RP 15-08, 1f.) Die *Arbeiter-Zeitung* brachte einen langen Bericht über die Extra-Ausgabe, bezeichnete die abgedruckten Briefe und Akten als „ein sehr ernstes Ereignis der internationalen Politik“ und erhob deswegen die Forderung, „daß Oesterreich den andern Staaten seine völkerrechtliche Neutralisierung vorschlage“. (AZ 15-08, 1f.) Was die Reaktion deutscher Stellen betraf, so überschlugen sich die Dementis. Der Gesandte in Wien beteuerte, die Dokumente „im Benehmen mit dem Bundeskanzleramte einer Prüfung unterzogen“ und festgestellt zu haben, dass ihm keines „bekannt geworden“ sei. (RP 17-08, 3 vgl. DW 192) Zur gleichen Zeit schickte er ein Schreiben an Staatssekretär Bülow, worin er ausführlich aus dem Brief Emil Schneiders, der „authentisch“ sei, zitierte.¹ In einer Meldung des Conti-Büros hieß es wiederum, Deutschland habe in der Angelegenheit „erfreulicherweise rasch und vollständig Klarheit geschaffen“, finde es aber bedauerlich, „daß man in Oesterreich zu solchen Mitteln gegen einen stammverwandten Staat greifen zu müssen glaubt“. (RP 18-08, 3 vgl. DW 192) Auch die *Neue Freie Presse* hatte den Enthüllungen der

1 Vgl. *Akten zur deutschen auswärtigen Politik*, S. 754-757.

Reichspost einen Leitartikel gewidmet, der an den „kategorischen Imperativ der Politik“ appellierte. Es gehe nicht an, dass jedes Land in den internationalen Beziehungen nur auf den eigenen Vorteil bedacht sei. „Was würde aus dem Radio, aus dem Wunder der Verständigung durch den Aether werden, wenn jeder Staat dieses Medium dazu benützen wollte, um gegen den anderen zu polemisieren?“ Nein, es bestehe kein Zweifel, „daß die populäre Agitation weit über die Stränge schieße“, worauf K. K. erwidert: „Nie schlägt sie selbst übers Ziel [...]“. Der kakanische Kommentar bezieht sich einerseits auf die Katachrese und andererseits auf die Tatsache, dass das bürgerliche Blatt kaum offen Kritik am Nationalsozialismus übte. Was es für die *Neue Freie Presse* hieß, die Dinge beim Namen zu nennen, zeigte ihr Resümee jener Intrigen, die das christlichsoziale Organ aufgedeckt hatte: „Zusammenziehung von Emigranten, willkürliche Verschärfung des gegenseitigen Verhältnisses, Arbeit mit Zuckerbrot und Peitsche in wirtschaftlicher Richtung“. (NFP 15-08, 1f. vgl. DW 106)

In der *Dritten Walpurgisnacht* folgt eine Reihe von Beispielen für diese Übersetzungsarbeit des Blattes, das etwa aus einer Rede, die Hugh Dalton am 22. August auf einer Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris gehalten hatte, folgenden Satz wiedergab: „Die Hitler-Regierung finde in ganz England Verurteilung.“ (NFP 23-08, 4 vgl. DW 107) Laut der *Arbeiter-Zeitung* hatte der Labour-Politiker gesagt: „Die Verachtung, die die Hitler-Regierung in ganz England findet, ist unvorstellbar groß. In dieser Frage gibt es in England trotz den sonstigen schweren Gegensätzen der Parteien und der Klassen nur eine Meinung, nur eine gemeinsame Stimme des Abscheues.“ (AZ 23-08, 2 vgl. DW 107) Noch deutlicher trat der Konversionsjournalismus der *Neuen Freien Presse* in einem Bericht zutage, der den Leitartikel der *Times* vom 12. September zusammenfasste. Nach einer Meldung der *Reichspost*, die sich auf die Agentur „Reuters“ berief, war in der Londoner Tageszeitung gestanden: „In Großbritannien hat es niemals eine sehr starke öffentliche Meinung für die mögliche Verschmelzung des österreichischen und des deutschen Volkes gegeben, die Gewalttaten und die Außerachtlassung der guten Umgangsformen auf deutscher Seite haben die britischen Sympathien auf Seiten Dollfuß’ vereinigt [...]“. (RP 13-09, 6 vgl. DW 106)

Der Korrespondent der *Neuen Freien Presse* übersetzte hingegen, dass „in England niemals eine starke Gegenbewegung um die Frage einer möglichen Vereinigung Deutschlands mit Oesterreich bestanden“ habe; die „Einstellung in Deutschland und die zu verstehende Opposition der österreichischen Regierung“ hätten aber „die englischen Sympathien auf Doll-

fuß' Seite gebracht". (NFP Ab. 12-09, 1 vgl. DW 106f.) Während die Ansichten des christlichsozialen und des bürgerlichen Blattes in der Frage auseinandergingen, was die *Times* geschrieben hatte, so stimmten sie in der Begeisterung für das Ereignis überein, das dem fraglichen Leitartikel zugrunde lag – die so genannte „Trabrennplatzrede“, die Dollfuß am 11. September gehalten hatte. Es ist bezeichnend, dass der Bundeskanzler für seine programmatische Ansprache den Rahmen des Allgemeinen Deutschen Katholikentages wählte, der von 8. bis 12. September in Wien stattfand. Am Eröffnungstag erschien eine 68 Seiten zählende „Festausgabe“ der *Reichspost*, in der Schuschnigg betonte, dass Österreich ein „katholischer Staat“ sei, „der nicht nur die Freiheit und Gleichstellung, sondern im Bereiche des göttlichen Rechtes die Ueberordnung der Kirche“ anerkenne. (RP 08-09, 6) Nachdem der Wiener Erzbischof, Theodor Kardinal Innitzer, die Parole „Nunquam retrorsum“ ausgegeben hatte, um die österreichische Regierung in ihrem Kurs zu bestärken, feierte das christlichsoziale Organ den „Oberhirten“ wie den Messias: „Und dann erhebt sich von der Richtung der Stadtbahnhaltestelle her unendlicher Jubel, Fahnen und weiße Tücher wehen im Wind. Unter Vorantritt der kleinen Festspieler, rechts und links von weißgekleideten, blumentragenden Mädchen geleitet, umtönt von den Klängen der Papsthymne, schreitet Kardinal-Erzbischof Dr. Innitzer zwischen den Reihen der katholischen österreichischen Kinder durch.“ (RP 10-09, 2) Gewiss erbaulich, aber buchstäblich ein Kinderspiel gegen den Auftritt von „Oesterreichs Führer“ auf dem Wiener Trabrennplatz, wo die „Vaterländische Front“, jene patriotische „Bewegung“, die Dollfuß am 20. Mai gegründet hatte, zwei Tage später eine Heerschau veranstaltete. Hoch zu Pferd tritt der Bundeskanzler auf den Plan, gefolgt von „endlosen Marschkolonnen mit Fackeln entzündeten Oesterreichertums in den Händen“; Musikkapellen, Fahnen, jubelnde Begeisterung; den Weg zum Podest muss die Polizei mit Mühe bahnen; dann ertönt, endlich, seine „stahlharte Stimme“ aus den Lautsprechern: „Oesterreich ist erwacht!“ (RP 12-09, 1) Dollfuß erinnerte zunächst an die Zeit der Türkenbelagerung vor 250 Jahren, als noch „Mittelalter“ und „das Volk berufständisch organisiert“ gewesen sei. Die große Wende falle mit dem „Beginn der französischen Revolution“ zusammen, die in die „Epoche des Marxismus, des brutalen Materialismus“ geführt und die Menschheit „hochmütig und größtenwahnsinnig“ gemacht habe. In den Augen des Bundeskanzlers setzte sich diese Entwicklung nach dem Weltkrieg in Österreich fort, bis ihr Organ, das Parlament, an „seiner eigenen Demagogie und Formalistik zugrundegegan-

gen“ sei, weshalb „eine solche Volksvertretung“ nie wiederkommen dürfe. Im Kampf gegen den Marxismus, „der rascher, als jemand zu hoffen wagte, zurückgedrängt werden konnte“, sei dem Land „unter der Fahne des Nationalismus eine Bewegung in den Rücken gefallen“, was die Regierung „gezwungen“ habe, „in einem Zweifrontenkrieg die Führung des Staates fest in die Hand zu nehmen“. Die Zeit „kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung“ und der „Parteiherrschaft“ sei endgültig vorüber; er wolle, sagte Dollfuß, „den sozialen, christlichen, deutschen Staat Oesterreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung“. Am Ende seiner Rede berief sich der Bundeskanzler auf die „Kreuzfahrer“, um mit ihrem Schlachtruf zu schließen: „Gott will es!“ (RP 12-09, 2f.) Abgesehen von der Tatsache, dass das Mittelalter der *Opinio communis* zufolge im 15. Jahrhundert zu Ende gehe, wandte die *Arbeiter-Zeitung* ein, das von Dollfuß erwähnte idyllische Bauernhaus, wo Herr und Knecht „aus einer Schüssel essen und gemeinsam beten“ würden, gäbe es nur in seiner Fantasie. In Wahrheit sei diese „patriarchalische“ oder, wie der Herr Bundeskanzler sagen würde, „berufständische“ Verbundenheit“ bis heute ein Hauptgrund der Landflucht. Wer den Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern beenden wolle, müsse seine Ursache beheben: „Wenn es nicht mehr Besitzende und Besitzlose, nicht mehr Kapitalisten und Proletarier geben wird, sondern eine sozialistische Gesellschaft, in der die Arbeitsmittel der Gemeinschaft, den Arbeitenden gehören, [...] dann wird es keine Klassen und daher auch keine Klassengegensätze mehr geben.“ Was sich Dollfuß unter einem Ständestaat vorstelle, zeige das „Korporationensystem des italienischen Fascismus“, das die „freien Organisationen der Arbeiterschaft in Herrschaftsinstrumente eines despotischen Staates“ umgewandelt habe. (AZ 12-09, 1f.) Tatsächlich kam der „ständische Neubau“ kaum über seine feierliche Verkündung hinaus – bis 1938 wurden nur zwei jener sieben Berufstände eingerichtet, die in der Verfassung vom 1. Mai 1934 vorgesehen waren.¹ In welche Richtung sich Österreich bewegte, ließen die politischen Ereignisse in den Tagen nach der Rede auf dem Trabrennplatz erkennen. Am 21. September bildete Dollfuß seine Regierung um und ernannte den Heimwehrführer Emil Fey zum Vizekanzler, der als eine seiner ersten Amtshandlungen eine Notverordnung unterschrieb, „wonach man Personen nicht erst nach vollbrachter Tat, sondern schon vorher hinter Schloß und Riegel“, das heißt ohne gerichtliches Verfahren in so genannte „Anhaltelager“ sperren konnte. (RP 25-09, 2) Die *Neue Zürcher Zeitung* nahm

1 Vgl. Emmerich Tálos: *Das austrofaschistische Herrschaftssystem*, S. 404f.

das Kabinett Dollfuß-Fey als Bekenntnis zum „Austrofascismus“, bei dem die österreichischen Züge nicht recht erkennbar seien: „Schlösse man etwa in einer Heimwehrversammlung die Augen, so könnte man leicht der Illusion verfallen, man höre deutschen nationalsozialistischen Rednern zu; so ähnlich sind die Argumente, namentlich wenn das antisemitische Kapitel angeschnitten wird.“¹ Ein Eindruck, der richtig, aber in der Tat vom Ausfall des Sehvermögens abhängig war. Denn wer die Schnappschüsse der vaterländischen Kundgebung vom 11. September mit den professionellen Bildern vergleicht, die gut eine Woche vorher auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg entstanden waren, dem wird bewusst, worin der Unterschied zwischen dem Austrofascismus und dem Nationalsozialismus liegt. Während Dollfuß in Kaiserschützenuniform auf einem kleinen Podest steht, an dem Kruckenkreuz-Fahnen lose hängen, und vor einer verstreuten Menge von Anhängern spricht, die teils Trachtenhüte tragen, teils die Arme verschränken, blickt Hitler von einer umzäunten Tribüne, die wie ein Altar am oberen Ende des Zeppelifeldes thront, auf eine zu riesigen Quadern geformte Männermasse nieder – Hakenkreuze, schwarzer Block, Hakenkreuze, brauner Block, Hakenkreuze etc. – und vermittelt dem Betrachter, ungeachtet der reaktionären Parolen, die im nächsten Moment gebrüllt werden, das Gefühl, Zeuge eines modernen Geschehens zu sein, das in keiner Weise provinziell anmutet.

So, wie ein Trödler alten Hausrat zusammenträgt, lesen wir nun jene Ereignisse auf, die in der Presseanalyse liegen geblieben sind. Dabei soll der Zeitraffer nicht nur der Tatsache geschuldet sein, dass die Untersuchung im Hinblick auf die weiteren Kapitel bald zu Ende kommen muss, sondern in erster Linie der Nebenrolle entsprechen, die den folgenden Vorgängen in der *Dritten Walpurgisnacht* zukommt. Denn ab Juni 1933 rückt für K. K. wie für die drei Zeitungen das politische Geschehen in Deutschland zugunsten der Propagandaaktionen gegen Österreich in den Hintergrund, was historisch schlüssig ist, zumal die wichtigste Stufe der nationalsozialistischen Machtergreifung schon nach knapp sechs Monaten, als der errichtete Einparteiensstaat gesetzlich besiegelt wurde, abgeschlossen war. Aufsehen hatte noch die bereits erwähnte „Friedensrede“ erregt, die am 17. Mai auf der Agenda des deutschen Reichstags gestanden war. Die *Reichspost* rückte den Bericht über die „denkwürdige Sitzung“ auf die Titelseite und ließ im Leitartikel keinen Zweifel an der Glaubhaftigkeit von Hitlers Erklärung aufkommen, wonach Deutschland nur eines, nämlich den Frie-

1 *Neue Zürcher Zeitung*, 22.9.1933, S. 1.

den sichern wolle: „Die Mäßigung, die der Reichskanzler auch heute in außenpolitischen Fragen bekundete, entspringt gewiß einer aufrichtigen Ueberzeugung und einer nüchternen Abschätzung der moralischen und materiellen Machtverhältnisse in der Welt.“ (RP 18-05, 1f.) Für die *Arbeiter-Zeitung* lag hingegen auf der Hand, dass Hitler eine „Friedenspose“ angenommen habe; worüber sie nachdachte, war vielmehr der einmütige Beschluss der Regierungserklärung, das heißt die Frage, weshalb auch die sozialdemokratische Fraktion für die Rede gestimmt hatte? Auskunft erteilte der Chefredakteur des Berliner *Vorwärts*, Friedrich Stampfer, der am 23. Mai an die österreichischen Sozialdemokraten appellierte, nicht vorschnell über die deutschen Genossen zu richten. Denn niemand, „der das hohe Glück genießt, kein Untertan des Dritten Reiches zu sein“, könne sich vorstellen, was es heiße, als Marxist im nationalsozialistischen Deutschland zu leben. Davon abgesehen, dass lediglich die Hälfte der sozialdemokratischen Abgeordneten an der Reichstagssitzung teilgenommen habe, sei die Zustimmung aus triftigen Gründen erfolgt: erstens um die Existenz zu retten, und zweitens in der Hoffnung, dass der Terror dann aufhöre. (AZ 23-05, 3 vgl. DW 247)

Nachdem Göring dem früheren Reichspräsidenten Paul Löbe die Erklärung abgepresst hatte, seine Fraktion habe Hitlers Rede „ohne Zwang“ gebilligt, ließ Stampfer abermals eine Erwiderung veröffentlichen, dass seine Kollegen erst dem Druck der NSDAP gewichen seien, als die Regierung gedroht habe, „ihr sei das Leben der Nation wichtiger als das Leben einzelner Menschen“. (AZ 07-06, 3 vgl. DW 247) Es war keine Aufschneiderei, sondern bitterer Ernst. Was in der *Dritten Walpurgisnacht* als das „vom Teufel bewirkte Afflavit et dissipati sunt der großen Bruder-Partei“ bezeichnet wird, kam mitten in der „Köpenicker Blutwoche“ zum Abschluss: SA-Truppen hatten die SPD bereits in alle Winde zerstoßen, als sie am 22. Juni verboten wurde. (DW 242) Die drei Blätter nahmen das Ende der deutschen Sozialdemokratie genauso wie jenes der übrigen Parteien, die Hitler im Lauf der nächsten Tage auflösen ließ, zwar zur Kenntnis, allerdings ohne entschieden Einspruch zu erheben. Dass die Nationalsozialisten ihre Gegner tatsächlich weggefegt hatten, wurde, wie es K. K. an derselben Stelle formuliert, als „Naturereignis“ betrachtet, als unabänderliches Faktum. Die *Arbeiter-Zeitung* bemerkte, dass mit dem SPD-Verbot eine Leiche getötet worden sei; den Untergang der Deutschnationalen sah die *Neue Freie Presse* als hausgemacht an, da Hugenberg sich bereitwillig mit der NSDAP verbündet habe; und der Auflösungsbeschluss der Zentrumspartei hatte für die *Reichspost* nur mehr formellen Charakter,

denn ihr Ende sei spätestens seit den Märzahlen festgestanden. (AZ 23-06, 1 u. NFP 01-07, 1f. u. RP 07-07, 1) Auch wenn sich die Kommentare auf die Entwicklung der letzten Monate bezogen, war der Gang der Ereignisse schon länger absehbar gewesen. Hitler rang mit der Weimarer Republik und ihren Repräsentanten kein mächtiges System nieder, sondern eine Staatsform, die wirtschaftlich ausgezehrt und politisch gelähmt war. Er stürzte, kurz gesagt, einen Fallenden. Im Sommer 1933 wurde klar, dass die Nationalsozialisten in der gleichen Weise mit der Bevölkerung verfahren wollten: „Zur Erhöhung der Zahl erbgesunder Nachkommen haben wir zunächst die Pflicht, die Ausgaben für Asoziale, minderwertige und hoffnungslose Erbkrankte herabzusetzen und die Fortpflanzung der schwer erblich belasteten Personen zu verhindern“, sagte Goebbels, dieser blonde Hüne, am 28. Juni auf der ersten Sitzung des „Sachverständigenbeirates für Bevölkerungs- und Rassenpolitik“ in Berlin.¹ K. K. hält den eugenischen Plänen der NS-Führer den Einwand des Grafen von Kent entgegen, der in Shakespeares *König Lear* gesteht: „Ich sah mitunter bessere Gesichter, / Als hier auf irgendeiner Schulter jetzt / Vor meinen Augen stehn“², und registriert anderswo, diesmal gefolgt von der zitierten Montage aus dem *Macbeth*, dass die Umsetzung bereits begonnen hatte. (DW 201/324) Am 14. Juli beschloss die deutsche Regierung nicht nur das „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“, sondern auch jenes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das erst Anfang 1934 in Kraft trat, aber umgehend als notwendige Maßnahme für den rassischen Aufbau des Volkes propagiert wurde. Es ermöglichte die Zwangssterilisierung von Personen, die an Krankheiten wie Epilepsie oder Schizophrenie litten. Dass dieses Thema damals kein Tabu war, zeigt ein Artikel der *Arbeiter-Zeitung*, der das Gesetz für akzeptabel erklärte, wenn der festgelegte Anwendungsbereich nicht ausgeweitet werde. Leider sei das Gegenteil zu erwarten, nämlich dass die „fascistischen Rassentheoretiker“ die Regelung ständig ausdehnen würden, bis alle Menschen, die nicht dem arischen Ideal entsprächen, von der Fortpflanzung ausgeschlossen wären. (AZ 27-07, 2) Die *Reichspost* hingegen lehnte Zwangssterilisierungen grundsätzlich ab, da sie nicht mit der Moral des Christentums vereinbar seien. Im Leitartikel vom 31. August betonte das – in diesem Fall tatsächlich – christlichsoziale Blatt, dass die Eugenik zur NSDAP gehöre wie das Amen zum Gebet und die „Verachtung der Kranken und Gebrechlichen“ einen „Rückfall

1 *Wiener Zeitung*, 29.6.1933, S. 6.

2 William Shakespeare: *König Lear*, II/2.

in Heidentum“ darstelle. Hitler gehe daran, die erbbiologischen Hirngespinnste aus seinem Buch *Mein Kampf* in die Tat umzusetzen; wie der Rassenaufbau zu bewerkstelligen sei, habe er 1929 auf dem Nürnberger Parteitag angekündigt: „Würde Deutschland eine Million Kinder bekommen und 700.000 bis 800.000 der Schwächlichsten beseitigen, dann würde am Ende das Ergebnis sogar eine kräftige Steigerung sein.“ (RP 31-08, 1) Bei der diesjährigen Zusammenkunft in Nürnberg stand das alte Thema in neuem Gewand auf der Tagesordnung. Dr. Walter Groß, einer der pseudowissenschaftlichen Wegbereiter der Judenvernichtung, sprach am 1. September vor NSDAP-Mitgliedern über die Aufgaben der Rassenpolitik: „Mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses hat der nationalsozialistische Staat als erster bewußt die Folgerungen aus den Erkenntnissen moderner Wissenschaft gezogen. Der Staatsmann hat weiter die Pflicht, sein Volk vor dem Einsickern fremden Blutes und der Zerstörung seiner tragenden Rasse zu bewahren, und er handelt, wenn er das tut, sittlich richtig.“ (NFP 02-09, 3) Auch Hitler wählte, wie es in der *Dritten Walpurgisnacht* heißt, die „Ausdrucksweise der Gebildeten“, um auf der kulturpolitischen Konferenz des Parteitages die „Renaissance des arischen Menschen“ auszurufen. Der Nationalsozialismus erkenne die „Gegebenheit der verschiedenen rassischen Substanzen“ an, fordere aber, dass die Führung Deutschlands den „Ausdruck der Rasse“ erhalte, „die durch ihren Heroismus das deutsche Volk überhaupt erst aus einem Konglomerat verschiedener Bestandteile geschaffen hat“; gerade in künstlerischer Hinsicht sei die „Synthese aus der Achtung und Wertschätzung der Tradition und einer sicheren Gestaltung des Neuen“ das Gebot der Stunde. (NFP 02-09, 3 vgl. DW 286f.) Als Beispiel für den nationalsozialistischen Neusprech nennt K. K. ferner die wuchernden Amtsbezeichnungen, darunter die „Reichskulturkammer“, deren Gründung am 22. September lediglich die *Neue Freie Presse* erwähnte. (DW 127 u. NFP Ab. 23-09, 1) Kaum *mehr* Beachtung fand das letzte zeitgenössische Ereignis, das in die *Dritte Walpurgisnacht* eingegangen ist, und zwar in der futurischen Formulierung, dass „500.000 Bauern ausgerechnet in Hameln hinters Licht von 50 Scheinwerfern geführt werden sollen“. (DW 162) Gemeint ist das „Reichserntedankfest“, das am 1. Oktober auf dem Bückeberg bei der niedersächsischen Stadt Hameln stattfand, dessen organisatorische Details aber gewiss schon einige Tage vorher bekannt gewesen waren. Kurzum, wann endet die Entstehungszeit der *Dritten Walpurgisnacht*? Wir sollten nicht spekulieren, sondern jene Dokumente zu Rate ziehen, die uns zur Verfügung stehen. Es ist nur

folgerichtig, Hitlers Ernennung zum Reichskanzler als Ausgangspunkt des Textes anzusehen; chronologisch betrachtet, scheint das erste dokumentarische Zitat aus einer Kurzmeldung der *Arbeiter-Zeitung* vom 4. Februar zu stammen, die den Entschluss deutscher Christen wiedergab, eine „SA. Christi“ zu werden. (AZ 04-02, 6 vgl. DW 326) Die späteste mir vorliegende Quelle hingegen ist ein Bericht des sozialdemokratischen Organs vom 29. September über schweizerisch-deutsche Grenzkonflikte. Zwei Tage vorher hatte die *Reichspost* einer Berliner Aussendung, „daß kein ernsthafter Mensch in Deutschland daran denkt, die Unabhängigkeit anderer Staaten auch nur anzutasten“, den Punkt eins des als „unabänderlich“ erklärten Parteiprogramms der NSDAP gegenübergestellt: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.“ (RP 27-09, 1 vgl. DW 167f.) Als dann die Schweizer Delegation bei der Völkerbundversammlung in Genf auf einen Vorfall zu sprechen kam, wo SA-Leute die Grenze übertreten und Verhaftungen vorgenommen hatten, erwiderte Goebbels, das Reich würde die „größte Abenteuerpolitik“ betreiben, „wenn es den Anspruch darauf erheben wollte, sich alle Bevölkerungen deutscher Rasse und Zunge einzuverleiben“, woraus K. K. letztlich schließt, dass den Nationalsozialisten nicht mit Logik beizukommen sei. (AZ 29-09, 1 vgl. DW 168) Kann man diese Einsicht, wie es an mehreren Stellen der *Dritten Walpurgisnacht* geschieht, verallgemeinern? Waren die Protagonisten des Dritten Reichs Barbaren – mordlustig und keiner Gedankenfolge fähig? Lag ihren Taten nicht Idealismus, ja ein System von Überzeugungen zugrunde, das mit modernster Technik verwirklicht wurde?

Im folgenden Abschnitt, der vom Radio handelt, soll es auch um diese Fragen gehen.

III

„Im Gleichschritt mit unserer Zeit“, stand in Frakturschrift auf dem Titelblatt des Katalogs, mit dem die Firma AEG für ihre Rundfunkgeräte der Jahre 1933/34 warb.¹ Neben dem aktuellen Flaggschiff der Produktreihe, dem Fernempfänger „Super-Geador 605 L“ mit dynamischem Lautsprecher, war die rechte Seite eines kahlen Männerkopfs dreifach abgebildet; die kantigen Umrisse verliefen parallel, so dass in der Mitte des Arrangements ein Ohr auf das andere folgte. Text und Bild stellten insofern eine Einheit dar, als der Gleichschritt den

¹ Das Prospekt wurde 1991 von der „Gesellschaft der Freunde der Geschichte des Funkwesens e.V.“ nachgedruckt und ist im antiquarischen Buchhandel erhältlich.

Schädelkopien mit ihren klaren Formen und der Radioapparat der neusten Zeit entsprach. Obwohl die beabsichtigte Botschaft, die Verzahnung von technischer Modernität und sozialer Archaik, auf mehreren Ebenen vermittelt wurde, lag ein Widerspruch in der Reklame. Denn die Ohren, die hier stellvertretend für jene der Volksgemeinschaft zu sehen waren, lauschten einem Gerät, dessen beleuchtete Skala rund hundert internationale Radiostationen verzeichnete und das mehr als fünfmal so viel kostete wie jener schwache Volksempfänger, der nur in Ausnahmefällen einen anderen als den Regional- oder Deutschlandsender brachte. Propagandaminister Goebbels hatte den zur Erinnerung an das Datum, als Hitler in die Reichskanzlei eingezogen war, „VE 301“ genannten Apparat bei der Radioindustrie Deutschlands in Auftrag gegeben und am 18. August 1933 auf der Funk-Ausstellung in Berlin präsentiert. Der AEG-Katalog zeigte auf jener Seite, wo der Volksempfänger beschrieben wurde, eine Fotografie von den Menschenmassen, die sich am 1. Mai 1933, dem ersten „Tag der nationalen Arbeit“, auf dem Tempelhofer Feld zusammengefunden hatten; eine Veranstaltung, die wie viele andere Ereignisse der nationalsozialistischen Machtergreifung stundenlang im Rundfunk übertragen wurde. K. K. nimmt aufmerksam wahr, wie die deutsche Volksgemeinschaft im Äther geschaffen, wie „mit allen Behelfen der Radiotechnik an der Urzustand angeknüpft wird“ (DW 16), was die Frage aufwirft, welche Sender man in Wien eigentlich zu hören bekam? Abgesehen von den NS-Organen, deren Verbreitung im Lauf des Sommers 1933 von der Regierung verboten wurde, waren die großen Zeitungen Deutschlands während der gesamten Entstehungszeit der *Dritten Walpurgisnacht* in Österreich erhältlich. Aber wie sah es mit den Rundfunksendungen aus? Konnte man in einer Wiener Wohnung den Aufruf Hitlers an das deutsche Volk, die Wahlkampfreden aus dem Berliner Sportpalast, die Reportagen zum „Tag von Potsdam“ und zur Bücherverbrennung, die Reichstagsdebatte über das Ermächtigungsgesetz mitverfolgen? Das kam auf die Qualität des Radiogeräts an: Je stärker die Leistung seines Empfängers war, desto mehr Sender brachte der Apparat. Das gewöhnliche Rundfunkprogramm lief in den 1930er Jahren ausschließlich über Lang-, Mittel- und Kurzwellen. Letztere dienten aufgrund ihrer sehr großen Reichweite der Übertragung internationaler Sendungen, für deren Empfang ein Radio mit Kurzwellenteil erforderlich war. Der Durchschnittshörer stellte in der Regel Frequenzen im Lang- und Mittelwellenbereich ein, die je nach Tageszeit und geographischer Lage die Stationen im Umkreis von einigen Hundert Kilometern abdeckten. Ein guter Weg, um

sich ein Bild vom Empfangsspektrum zu machen, sind die Rundfunkzeitschriften, die ihren Lesern meistens wöchentlich eine Programmauswahl zusammenstellten. Die *Radiowelt*, die in Wien herauskam und sich *Illustrierte Wochenschrift für Jedermann* nannte, empfahl für die Zeit von 9. bis 15. Juli 1933 zum Beispiel Sendungen aus Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Heilsberg, Hilversum, Langenberg, Leipzig, München, Stuttgart und Königswusterhausen, wo der überregionale Deutschlandsender ausgestrahlt wurde.¹ Das heißt, dass die angeführten Übertragungen – zumindest unter günstigen Umständen – in Österreich empfangen werden konnten; und selbst wenn weit entfernte wie die Berliner „Funk-Stunde“, in deren Sendepausen neuerdings der Marsch „Volk ans Gewehr!“ erklang,² nur von selektiven Apparaten wiedergegeben wurden, lässt sich davon ausgehen, dass im ganzen Land jedenfalls eine der süddeutschen Stationen zu hören war. Mit anderen Worten, K. K. kannte den „Trommelschall der Parolen“ aus eigener Erfahrung. (DW 275) So hat die *Dritte Walpurgisnacht* einen medienhistorischen Paradigmenwechsel zu beklagen: jene Kluft zwischen dem anspruchsvollen Hörfunk der Weimarer Republik und der hemmungslosen Radiopropaganda der Nationalsozialisten, die uns nun als Leitfaden dienen soll.

Wer die Geschichte des Radios nachzeichnen will, muss mit den Rufposten und Rauchzeichen beginnen. Denn das Eigentümliche des Rundfunks, nicht von einem Punkt zum anderen, sondern rundherum zu senden, ist schon in diesen vorchristlichen Versuchen angelegt, akustische und optische Signale in den Raum zu schicken. Die technischen Voraussetzungen für den modernen Radiobetrieb schuf freilich ein Medium der Individualkommunikation, nämlich das Telefon, dessen erste funktionstüchtige Version Alexander Graham Bell 1876 patentieren ließ. Was der Erfindung, mit der Originalton in Echtzeit über große Distanzen übertragen werden konnte, fehlte, war das entscheidende Kriterium der Drahtlosigkeit, die erst möglich wurde, nachdem der deutsche Physiker Heinrich Hertz 1887 elektromagnetische Wellen im Labor erzeugt hatte. Zehn Jahre später gelang es dem Italiener Guglielmo Marconi, telegraphische Nachrichten über eine Entfernung von mehreren Kilometern drahtlos zu übermitteln. Als erste Radiosendung gilt Reginald Aubrey Fessendens Übertragung von Sprache und Musik mittels elektromagnetischer Wellen, die im Dezem-

1 Vgl. *Radiowelt*, 8.7.1933, S. 896.

2 Vgl. *Radiowelt*, 24.6.1933, S. 846.

ber 1906 zwischen Brant Rock bei Bosten und Plymouth in Massachusetts stattfand. Das Interesse an einer breiten Nutzung der neuen Technologie hielt sich zunächst in Grenzen; es waren vor allem die Nachrichtenoffiziere, die sich der „Radiotelephonie“ für militärische Zwecke zu bedienen wussten. Nach dem Ersten Weltkrieg suchte die funktechnische Industrie nach neuen Absatzmärkten, was zweifellos zur Gründung der ersten Sender beitrug. Während sich Ende 1922 schon mehr als 500 Stationen den freien Äther in den USA teilten, entstand in Großbritannien die British Broadcasting Company, die fünf Jahre später in Corporation umbenannt und mit ihrem *Public Service* zum Modell vieler öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten wurde. Mit der Ansage: „Achtung, Achtung, hier ist Berlin, Voxhaus!“¹, nahm am 29. Oktober 1923 der erste deutsche Radiosender, die „Funk-Stunde“, den Betrieb auf. Im Lauf der nächsten Monate wurden im ganzen Land privatwirtschaftliche Gesellschaften für den Programmdienst gegründet, die von Anbeginn unter staatlicher Kontrolle standen. So entwickelte sich ein System, das zwar föderal strukturiert, aber spätestens ab Mitte 1925, nachdem die Post die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft errichtet hatte, zentral gesteuert war. Der Direktor des Amtes hieß Hans Bredow, der als Staatssekretär im Reichspostministerium die führende Rolle bei der Entstehung des deutschen Rundfunks gespielt hatte und sich später gerne als dessen „Vater“ bezeichnen ließ. Der gelernte Ingenieur und langjährige Unternehmer setzte seine Vorstellung des Radios als „Kulturfaktor“ konsequent in die Tat um: Der Rundfunk sollte überparteilich, ja unpolitisch sein und in erster Linie der Volksbildung dienen. Ob das Programm der Regionalgesellschaften neutral genug war, entschieden Kontrollgremien, deren Mitglieder vom Innenministerium und von den Landesregierungen bestimmt wurden und die faktisch eine Vorzensur ausübten. Nicht was im Parlament, sondern was in den Theatern und Hörsälen gesprochen wurde, galt als vorbildlich für die Radiosendungen, so dass bürgerliche Anliegen eher Gehör fanden als jene der Arbeiterbewegung, deren Rundfunkverbände sich für eine dezentrale Organisationsform einsetzten, wie sie Bertolt Brecht in der radikalen Forderung vorschwebte, aus jedem Empfänger auch einen Sender zu machen – eine demokratische Utopie, die auf dem heutigen Stand der Medientechnik realistisch erscheint.² In Österreich setzte der tägliche Sendebetrieb am 1. Oktober 1924 ein, und zwar mit einem Richard-Wagner-Festkonzert; tags

1 Zit. nach Michael Marek u. Hans Sarkowicz (Hg.): *Das Radio spricht*, Track 1.

2 Vgl. Bertolt Brecht: *Der Rundfunk als Kommunikationsapparat*.

zuvor hatte sich die österreichische „Radio-Verkehrs-AG“, kurz RAVAG, konstituiert. Als Generaldirektor fungierte Oskar Czeija, der nach langwierigen Verhandlungen die Lizenz zum inländischen „Rundspruchdienst“ von der Post erhalten hatte. Genauso wie die deutschen war auch der Wiener Sender zur politischen Neutralität verpflichtet, deren Einhaltung von einem aus Vertretern der Bundesländer, der berufsständischen Kammern und der Radioamateur-Vereine gebildeten Beirat in wöchentlichen Programmsitzungen kontrolliert wurde. Was die Entwicklung der Hörerzahlen betrifft, so hatten nach drei Monaten, also zum Jahresbeginn 1925, bereits über 90.000 Österreicher ein Rundfunkgerät angemeldet – bis Herbst 1933 stieg die Summe der Teilnehmer auf 500.000;¹ in Deutschland, wo diese Marke schon 1924 überschritten war, gab es fast viereinhalb Millionen zahlende Radiohörer, als Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde.² Rechnet man jene Personen hinzu, die von den Gebühren befreit waren oder sich selbst davon befreiten, und bedenkt man, dass es sich um angemeldete *Haushalte* handelte, dann muss von einer weit höheren Zahl an tatsächlichen Rundfunkteilnehmern ausgegangen werden. Zur Akzeptanz des neuen Massensmediums trug seine technische Verbesserung wesentlich bei: Röhrenapparate ersetzten ab 1925 die verstärkerlosen Detektorgeräte, so dass nicht nur der nächstgelegene Sender am Kopfhörer, sondern eine Reihe von Stationen über Lautsprecher zu empfangen war, wobei zum Betrieb anstelle von Batterien bald Stromkabel benutzt werden konnten. Gegen Ende der Zwanzigerjahre ermöglichten vereinfachte Aufnahmeverfahren, Radiosendungen mitzuschneiden; bis dahin hatte man ausschließlich live aus dem Tonstudio übertragen, weshalb aus der Anfangszeit des Rundfunks kaum Originalaufnahmen erhalten geblieben sind. Auch in der Folge war die Aufzeichnung des Programms auf Schallplatte eher die Ausnahme als die Regel, denn erst mit dem Tonband, das ab 1935 zum Einsatz kam, stand ein Datenträger zur Verfügung, der den Anforderungen der Radiotechniker einigermaßen genügte. Seit 1929 erlaubten mobile Kurzwellensender außerdem, mit den Mikrofonen aus den Studios hinauszugehen und in Live-Reportagen vom Ort des Geschehens zu berichten.

War die Sendezeit anfangs auf wenige Stunden pro Tag beschränkt, so strahlten die Radiostationen bereits um 1930 ein Programm aus, das vom Morgen bis zum Abend reichte.³ Am meisten Hörer saßen zwischen 20 und 22 Uhr vor den Apparaten, um sich von wissen-

1 Vgl. VIII. Tätigkeitsbericht der Österr. Radioverkehrs A.-G. 1933, S. 87.

2 Vgl. Konrad Dussel: *Deutsche Rundfunkgeschichte*, S. 45 u. Klaus Scheel: *Krieg über Ätherwellen*, S. 264.

3 Vgl. Edgar Lersch: *Mediengeschichte des Hörfunks*, S. 460.

schaftlichen Vorträgen und Kammerkonzerten bilden oder von Salonorchestern und Opernenaufführungen unterhalten zu lassen. Die RAVAG übertrug zwar mehr leichte Musik als die Sender in Deutschland, war in den ersten Jahren jedoch ebenfalls um ein hohes kulturelles Niveau bemüht: „Österreichischer und deutscher Rundfunk sind wesensverwandt“, so schrieb Hans Bredow 1929, „beide von dem ernstesten Willen beseelt, den Volksgenossen der engeren Heimat zu dienen, ihnen Freude und Anregung zu bringen, zugleich aber auch bestrebt, über die Grenzen hinaus Zeugnis für deutsche Kunst und Wissenschaft abzulegen [...]“. ¹ Mit der Zeit lernten die Programmierer, ihre Ansprüche mit den Wünschen des Publikums in Einklang zu bringen, und ließen mehr kurzweilige Sendungen zu. Trotzdem hielt namentlich Bredow an seinem Ideal fest, der Rundfunk müsse eine „drahtlose Volkshochschule“ sein, ein technisches Mittel, das der Persönlichkeitsbildung dienen, die Sehnsucht der Menschen nach „innerer Vervollkommenung“ stillen solle. ² Was dem Radio, wie es in der Weimarer Republik gemacht wurde, fehlte, um wirklich aufklärerisch zu sein, war das Pendant zur Wissenschaft und zur Kunst, nämlich die Sphäre der Politik, die man bewusst vernachlässigte. Es gab weder Interviews noch Streitgespräche, bei denen die Fragen oder Antworten ad hoc entstanden wären, und Nachrichtensendungen liefen nur zur Mittagszeit und zum Sendeschluss, zusammengestellt aus Meldungen, die eine zentrale Stelle, die „Drahtloser Dienst AG“, ausgewählt und formuliert hatte; insgesamt betrug der Anteil des Informationsprogramms lediglich zehn Prozent. ³ Dass es die RAVAG in der Ersten Republik nicht anders hielt, lässt eine Äußerung Oskar Czeijas erkennen, der „das Kritische“ als eine Domäne der Presse ansah: „Wir vom Radio beschränken uns aber nicht nur auf die bloße Mitteilung von Nachrichten, sondern wir achten auch strengstens darauf, daß dieselben unbedingt farblos und ohne jede Tendenz gebracht werden.“ ⁴ Es waren Verlautbarungen, die aus dem Büro der Amtlichen Nachrichtenstelle, der Nachfolgerin des „k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus“, stammten und von den Moderatoren unverändert verlesen wurden. Im Zweifelsfall entschied der Bundespressdienst im Kanzleramt, welche Tendenz die gewiss farblosen Berichte zu verfolgen hatten. So blieb die Überparteilichkeit des Rundfunks in Deutschland wie in Österreich eine Floskel, mit der die regierenden Parteien

1 Zit. nach Theodor Venus: *Der lange Weg zum Juliputsch 1934*, S. 147.

2 Zit. nach Michael Marek u. Hans Sarkowicz (Hg.): *Das Radio spricht*, Track 5.

3 Vgl. Edgar Lersch: *Mediengeschichte des Hörfunks*, S. 462-464.

4 Zit. nach Viktor Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, S. 73.

ihren Einfluss auf das, was durch den Äther ging, sichern und die Gegner des jungen Massenmediums beruhigen wollten. Dem ungeachtet, boten vor allem die deutschen Stationen ein Radioprogramm, in dem sowohl klassische Dramen und Opern als auch zeitgenössische Kunstformen in einem Ausmaß Platz fanden, wie es sich heute nur Spartensender erlauben, die auf die Bedürfnisse kulturbeflissener Hörer ausgerichtet sind. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, dass die Dichter der Weimarer Republik bei der Berliner „Funk-Stunde“ aus und ein gingen. Denn die Liste der Autoren, die bei Hans Flesch, dem Intendanten des Senders, ein offenes Ohr fanden, umfasst Namen wie Gottfried Benn, Bertolt Brecht, Alfred Döblin, Else Lasker-Schüler, Heinrich und Thomas Mann. Der Programmleiter hatte bei seiner alten Station in Frankfurt das erste deutschsprachige Hörspiel gestaltet und am 24. Oktober 1924 ausgestrahlt: *Zauberei auf dem Sender* war keine literarische Lesung, sondern der Versuch, ein auf die dramaturgischen Möglichkeiten des Radios zugeschnittenes Genre zu begründen.¹ „Modern bis in die Fingerspitzen, allem neuen zugewandt und keiner irgendwie gearteten Form verhaftet“, sei Flesch gewesen, sagte Kurt Magnus, der damalige Geschäftsführer der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft.² Das erste „Sendespiel“ inszenierte am 3. Jänner 1925 ein anderer deutscher Radiopionier, nämlich der Schauspieler Alfred Braun, den die „Funk-Stunde“ in Berlin als Ansager engagiert hatte und der als Erfinder der Rundfunkreportage gilt. Er ließ die Sprecher seiner Adaption von Schillers *Wallenstein* in Kostüm und Maske ins Tonstudio kommen, um die Live-Aufführung so authentisch wie möglich wirken zu lassen. Von seinen eloquenten Moderationen sind zwei Aufnahmen aus dem Jahr 1929 erhalten geblieben, die aus den Reportagen über die Trauerfeier für Außenminister Gustav Stresemann und die Verleihung des Nobelpreises an Thomas Mann stammen.³

Mit diesen Bemerkungen sind die „Männer des Rundfunks“ genannt, deren Schicksal in der *Dritten Walpurgisnacht* gedacht wird, jene „Flesch und Braun, gegen die sich hinterdrein der Verdacht des Europäertums verdichtet hat und denen der sieghafte Dilettantismus das Bewußtsein kulturellen Kontrastes nachträgt“. (DW 119) Der Klage liegt die Tatsache zugrunde, dass die ehemaligen Leiter des deutschen Rundfunks Anfang August 1933 verhaftet wurden, und zwar aufgrund des fadenscheinigen Vorwurfs, maßlos Geld verschwendet zu

1 *Zauberei auf dem Sender* ist unter http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/mp3s/zauberei_sender.mp3 im Internet verfügbar (24.5.2008).

2 Zit. nach Klaus Theweleit: *Buch der Könige*, S. 359.

3 Vgl. *Der Klang der zwanziger Jahre*, Tracks 22 u. 23.

haben. K. K. erwähnt ein Bild, auf dem die „Gequälten, umstellt von Wölfen des Konzentrationslagers“, zu sehen sind: Sie stehen, noch in Anzüge gekleidet, in einer Reihe – Alfred Braun aufrecht, Hans Flesch mit gesenktem Kopf – und blicken auf eine Schar junger SA-Männer, die mit blitzenden Springerstiefeln ihren Einsatz erwarten.¹ (ebd.) Wenn man sich bewusst macht, was auf die verschleppten Radioleute zukam, dann begreift man, weshalb in der *Dritten Walpurgisnacht* die „Tat dieses Herrn Bredow“ hervorgehoben wird, „der mit einem Satz das Deutschtum rehabilitiert hat, indem er in Verbundenheit mit ihnen seine Person der Barbarei darbot, die es entehrt“. (ebd.) Der Staatssekretär a. D. hatte nach der Festnahme seiner früheren Mitarbeiter ein Telegramm an das Propagandaministerium gesandt, in dem er feststellte, dass die Verhafteten „um den Rundfunk hochverdiente Männer“ seien: „Er fühle sich mit diesen Männern verbunden und bitte um die gleiche Behandlung.“² Ende Oktober 1933 wurde Hans Bredow tatsächlich festgenommen; in der Untersuchungshaft versuchte er zweimal, sich das Leben zu nehmen. Der Schauprozess fand erst nach einem Jahr statt und endete 1935 mit der Verurteilung der Angeklagten zu Geld- und Gefängnisstrafen. Wie sich der „sieghafte Dilettantismus“ des Rundfunks bemächtigte, sehen wir uns später genauer an – zunächst soll es um den „kulturellen Kontrast“ gehen, der K. K. zufolge im Radioprogramm zum Ausdruck kam. Es sei ausgemacht, heißt es an einer anderen Stelle, „daß der deutsche Rundfunk in zwanzig völkischen Jahrgängen der Nation nicht das Entzücken ersetzen wird, das er ihr in zweien durch den Offenbach-Zyklus gewährt hat“, womit eine Sendereihe der Berliner „Funk-Stunde“ gemeint ist, die in den Jahren 1930 bis 1932 von mehreren deutschen Stationen ausgestrahlt wurde. (DW 47) Insgesamt handelte es sich um fünfzehn Operetten des französischen Komponisten Jacques Offenbach; bei elf Aufführungen hatte Karl Kraus, der Herausgeber der Zeitschrift *Die Fackel*, als „Wortregisseur“ mitgewirkt.³ Der Wiener Publizist war auch einer der Autoren, die unter der Ägide Hans Fleschs Radiosendungen gestalteten. In einer Inszenierung von Shakespeares *Timon von Athen* etwa, die am 13. November 1930 in der „Funk-Stunde“ lief, führte er nicht nur Regie, sondern sprach zugleich die Hauptrolle, während Alfred Braun dem Haushofmeister Flavius die Stimme gab.⁴ Was an den Krausschen Rundfunkarbeiten auf-

1 Vgl. Ernst Christian Schütt: *Chronik 1933*, S. 146.

2 Zit. nach *Arbeiter-Zeitung*, 9.8.1933, S. 2.

3 Vgl. Sigurd Paul Scheichl: *Karl Kraus im Rundfunk*, S. 2f.

4 Vgl. Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 845-846/1930, S. 27f.

fällt, seien es die Adaptionen von Operetten oder von Dramen, ist ihre konventionelle Art, ihr Bühnencharakter, der dem neuen Medium lediglich eine Verstärkerfunktion zugesteht.¹ Mit anderen Worten, K. K. hätte bessere Beispiele für das kulturelle Niveau des Weimarer Rundfunks finden können als den Offenbach-Zyklus, der zwar textlich wie musikalisch ansprechend inszeniert war, im Grunde aber nichts anderes bot als Musiktheater, bei dem die Optik fehlte; zur gleichen Zeit strahlte der Berliner Sender nämlich genuine Radiokunstwerke aus. Ein zu Recht oft genanntes ist Walter Ruttmanns Hörfilm *Weekend*, der an einem Wochenende gesammelte Tonaufnahmen in eine akustische Collage modernen Großstadtlebens verwandelte: Das experimentelle Stück, das am 13. Juni 1930 gesendet wurde, übertrug filmische Montagemittel auf den Rundfunk.² Knapp ein Jahr vorher war das Hörspiel *Der Lindberghflug*, für das Bertolt Brecht den Text geschrieben hatte, erstmals im Radio gelaufen. Die Musik der ursprünglichen Fassung, von der es einen vom 18. März 1930 datierten Sendungsmitschnitt gibt, stammte von Kurt Weill und Paul Hindemith; nach der Uraufführung ging Weill daran, auch die von Hindemith übernommenen Partien zu komponieren, um aus dem Pasticcio, in dem zwei verschiedene Klangwelten aufeinander trafen, ein einheitliches Ganzes zu machen.³ Welche Namen auf bzw. in dem Werk stehen sollten, beschäftigte Brecht ebenfalls, der das Libretto mehrmals überarbeitete, die Hauptrolle zunächst ins Plural setzte, so dass der Titel ab 1930 *Der Flug der Lindberghs* lautete, und sie dann zwanzig Jahre später in „Die Flieger“ anonymisierte, weshalb das Hörspiel heute nach dem Willen des Autors *Der Ozeanflug* heißt. Der Grund für den Sinneswandel lag anfangs in dem Versuch, eine Identifikation mit der realen Person Charles Lindbergh, der im Mai 1927 als erster Mensch den Atlantik mit dem Flugzeug allein und ohne Zwischenlandung überquert hatte, zu verhindern; die historische Leistung sollte als kollektive Tat verstanden werden, als den Naturgewalten trotzende Verschmelzung von Menschen und Maschinen. Nach dem Zweiten Weltkrieg strich Brecht den Namen Lindbergh endgültig aus dem Manuskript, weil er dem Piloten vorwarf, in den USA für den Nationalsozialismus eingetreten zu sein. Medienhistorisch ist das Hörspiel insofern bemerkenswert, als es das Publikum aus

1 Anhand der Angaben in der *Fackel* lassen sich 24 Rundfunksendungen von Karl Kraus nachweisen – von einigen sind Ausschnitte im Deutschen Rundfunkarchiv vorhanden. Friedrich Pfäfflin hat 1999 die erhaltenen Aufnahmen unter dem Titel *Karl Kraus liest Eigenes und Angeeignetes* auf drei CDs herausgegeben.

2 Ausschnitte aus Walter Ruttmanns *Weekend* können unter <http://www.medienkunstnetz.de/werke/weekend> im Internet angehört werden (4.6.2008).

3 Beide Fassungen sind auf der 1990 erschienenen CD *Der Lindberghflug* von Kurt Weill enthalten.

seiner passiven Rolle herausheben wollte: So, wie es sich Brecht vorgestellt hatte, sollte das Radio die Stimmen aller gegnerischen Elemente wie den Nebel, den Schneesturm und den Schlaf liefern, der Fliegerpart jedoch vom Hörer selbst gespielt und durchlebt werden. Tatsächlich wurde im Rundfunk eine Konzertaufführung gesendet, zumal das Experiment einer großen Kampagne bedurft hätte, um die erwünschte Massenwirkung zu erreichen. Die Idee, das Publikum in eine Nutzergemeinschaft zu verwandeln, die sich nicht berieseln lassen, sondern ein Medienkunstwerk erschaffen will, zeugt von einer visionären Kraft, die all jene, die sie als naive Utopie abtun, beschämen muss. Denn Brecht sah im Radio mehr als ein Verbreitungsmittel hergebrachter Kunstgattungen, nämlich ein Medium zur Emanzipation der Massen. Und auch wenn die politischen wie die wirtschaftlichen Oligarchen nach wie vor kein Interesse an einer Entwicklung der Rezipienten zu Benutzern im Brechtschen Sinn haben, so bestehen heute immerhin die technischen Voraussetzungen, um die medialen Distributionsapparate als Kommunikationsapparate zu gebrauchen.

Ab Mitte des Jahres 1932 rückte in weite Ferne, was sich marxistische Geister in der Weimarer Republik als Zukunft des Radios vorgestellt hatten. Denn Franz von Papen, der seit dem 1. Juni ein Präsidialkabinett führte, ebnete den Nationalsozialisten nicht nur den Weg in die Reichskanzlei, sondern öffnete ihnen auch die Türen der Rundfunkhäuser. Während den Kommunisten weiterhin untersagt war, im Radio Parteireden zu halten, gab der Propagandaleiter der NSDAP, Joseph Goebbels, am 18. Juli sein Debüt vor dem Studiomikrofon, um im Deutschlandsender über den „Nationalcharakter als Grundlage der Nationalkultur“ zu sprechen.¹ Papen verpflichtete die Rundfunkgesellschaften, täglich eine „Stunde der Reichsregierung“ zu übertragen, so dass er in seiner gut halbjährigen Amtszeit zwar 18-mal im Radio, aber nie im Reichstag zu hören war.² Nachdem er die Privataktionäre ausgeschaltet und Kommissare zur Programmaufsicht eingesetzt hatte, befand sich der deutsche Rundfunk vollständig im Besitz und unter der Kontrolle eines autoritären Staates. Flesch war bereits im Sommer 1932 entlassen worden, und Bredow legte sein Amt am 30. Jänner 1933 selbst nieder. Die Nationalsozialisten feierten den neuen Reichskanzler Adolf Hitler mit einem großen Fackelzug in Berlin, von dem bis spät in die Nacht eine Reportage in al-

1 Vgl. Helmut Heiber (Hg.): *Goebbels Reden*, S. 51-55.

2 Vgl. Konrad Dussel: *Deutsche Rundfunkgeschichte*, S. 74f.

len deutschen Sendern ausgestrahlt wurde.¹ Man hörte Heilrufe, Trommeln, Gesänge, unterbrochen von Ansprachen der Parteiführer, darunter Goebbels, der sich an dem „sinnlosen Taumel von Jubel und Begeisterung“ als der „Erfüllung unseres geheimsten Wunsches“ berauschte.² Anfang Februar erschien die erste Ausgabe der Zeitschrift *N.S. Funk*, in der ein Epigramm unter dem Titel „Deutsch der Rundfunk!“ forderte: „Die Wellen, die durch den Aether geh’n, / Sollen zeugen von Deutschlands Aufersteh’n.“³ Und da mit „deutsch“, wie gewohnt, „nationalsozialistisch“ gemeint war, wurden alle wichtigen Radioposten im Lauf der nächsten Wochen mit Parteigenossen besetzt. Goebbels empfahl sich als künftiger Minister für „Volksaufklärung und Propaganda“, indem er für die NSDAP einen Wahlkampf aufzog, der die Reklame der übrigen Fraktionen in den Schatten zwang; die linken Zeitungen wurden verboten, und im Rundfunk kamen nur mehr die Regierungsparteien zu Wort. Bei so besonderen Anlässen wie der Kundgebung im Berliner Sportpalast vom 10. Februar versuchte sich der Faiseur der Kampagne selbst als Radiomoderator, um das Publikum auf die Rede des Reichskanzlers einzustimmen: „Ich bitte Sie nun, Ihre Phantasie zu beflügeln. Stellen Sie sich vor: dieses Riesengebäude, unten ein riesiges Parterre, an den beiden Seiten die Seitenparterres aufflankiert, der erste Rang, der zweite Rang – alles *eine* Masse Mensch! Die einzelnen Menschen sind schon gar nicht mehr zu erkennen, man sieht nur noch Menschen, Menschen, Menschen – Masse Mensch.“⁴ Der Teilmenge im Sportpalast sollte eine Volksgemeinschaft entsprechen, deren Elemente sich zwar an verschiedenen Orten, aber in demselben Vorstellungsraum befanden. Wer in dem Augenblick vor dem Lautsprecher saß, nahm gedanklich an der Wahlkundgebung teil, hörte, was Abertausende hörten, und sah, was Goebbels ihn sehen lassen wollte. Die endlosen Live-Übertragungen, die in den ersten Monaten der Machtergreifung auf allen Sendern liefen, schalteten das Publikum in zeitlicher Hinsicht tatsächlich gleich, erschufen für eine Vielzahl von Deutschen jene identische Erfahrung mit, auf der die nationalsozialistische „Masse Mensch“ gründen konnte. Rückblickend erscheint die Radiopropaganda, wie sie die Nazis 1933 betrieben, überzogen und in ihrer Wirkung überschätzt; damals trug sie jedoch wesentlich zur kollektiven Identitätsbildung bei, denn dass Großveranstaltungen wie der „Tag von Potsdam“ oder das „Reichs-

1 Vgl. 1933 – *Der Weg in die Katastrophe*, Track 2.

2 Helmut Heiber (Hg.): *Goebbels Reden*, S. 63.

3 *N.S. Funk*, Nr. 1/1933, S. 2.

4 Helmut Heiber (Hg.): *Goebbels Reden*, S. 68.

erntedankfest“ wirklich als Massenereignisse erlebt wurden, rührte von dem einheitlichen Rundfunkprogramm her, das den Alltag der Menschen zeitweise synchronisierte. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Goebbels alles daran setzte, die Radioverwaltung zu zentralisieren und möglichst viele Haushalte mit Empfangsgeräten auszustatten. Um die Marschrichtung festzulegen, hielt der nunmehrige Propagandaminister am 25. März eine Rede vor den Leitern der deutschen Sender, worin die Zeit des „Systemfunks“ als endgültig beendet erklärt wurde: „Der Rundfunk hat sich der Zielsetzung, die sich die Regierung der nationalen Revolution gestellt hat, ein- und unterzuordnen!“¹ Er halte das Radio „für das allermodernste und für das allerwichtigste Massenbeeinflussungsinstrument“ und besitze wenigstens den Mut, offen zu sagen, welche Tendenz das Programm zu verfolgen habe, während bisher das „Prinzip einer absoluten Objektivität“ gepredigt, aber die „Idee des November“ 1918 umgesetzt worden sei.² Die „Fahnenträger der vergangenen vierzehn Jahre“ hätten im nationalsozialistischen Rundfunk nichts mehr verloren und sollten die Gelegenheit nutzen, selbst zurückzutreten; andernfalls werde der „Reinigungsakt“ von oben vollzogen.³ De facto war der Personalaustausch, der in einigen Sendeanstalten bis zu vierzig Prozent der Angestellten betraf, das kleinere Problem als der innerparteiliche Grabenkampf um die Frage, wer über den organisatorischen Apparat des NS-Rundfunks bestimmen durfte. Als hartnäckiger Gegner Goebbels' erwies sich Göring, der in seiner Funktion als preußischer Ministerpräsident auf ein Mitspracherecht der Länder pochte. Geklärt wurde die Angelegenheit erst Anfang Juli, nachdem Hitler ein Machtwort gesprochen und alle Kompetenzen beim Propagandaministerium vereinigt hatte, wo die von Horst Dreßler-Andreß geleitete Abteilung III für Radio zuständig war.⁴ So konnte Goebbels bei der Amtseinführung des neuen Direktors der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, Eugen Hadamovsky, am 13. Juli verkünden, dass jetzt der „Schlußstein in dem großen Aufbauwerk des deutschen Rundfunks“ gesetzt sei.⁵ Der 28-jährige Hadamovsky fungierte zugleich als Reichssendeleiter, was zunächst nur hieß, dass er Programmchef des Deutschlandsenders war; nach der am 1. April 1934 besiegelten Auflösung der Regionalgesellschaften unterstanden ihm auch die als „Reichssender“

1 Ebenda, S. 89.

2 Ebenda, S. 91 u. 87.

3 Ebenda, S. 86 u. 103.

4 Vgl. Ansgar Diller: *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*, S. 88-90.

5 *N.S. Funk*, Nr. 30/1933, S. 6.

bezeichneten Zweigstellen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft in Berlin, Breslau, Frankfurt, Hamburg, Köln, Königsberg, Leipzig, München und Stuttgart. Damit hatte Goebbels sein Ziel, das Radioprogramm zu vereinheitlichen, erreicht. Was die Steigerung der Hörerzahl betraf, waren ebenfalls Fortschritte zu verzeichnen: Im Lauf des Jahres 1933 meldeten rund 750.000 Personen in Deutschland einen Apparat an, so dass die Summe der Rundfunkteilnehmer Anfang 1934 mehr als fünf Millionen betrug.¹ Der Grund für den Anstieg lag nicht zuletzt im Erfolg des günstigen „Volksempfängers“, von dem bereits an den ersten beiden Tagen der Funk-Ausstellung in Berlin, wo ihn der Propagandaminister am 18. August 1933 vorgestellt hatte, 100.000 Stück zu je 76 Reichsmark abgesetzt wurden; binnen sechs Monaten verkaufte sich der kleine Bakelit-Quader über eine halbe Million Mal.²

Ungeachtet der Frage, ob die Nationalsozialisten eine Schallplatte um die andere allein für die zeitgenössische Propaganda aufnahmen oder ob auch der Wunsch eine Rolle spielte, dem Dritten Reich Dokumente aus der so genannten Revolutionszeit zu überliefern, ist es eine erfreuliche Tatsache, dass zahlreiche Originaltöne des Jahres 1933 erhalten geblieben sind. Von fast allen wichtigen Ereignissen der Machtergreifung gibt es Aufnahmen, die zumindest ein paar Minuten des ausgestrahlten Programms wiedergeben. Wie groß die Lücke war, die zwischen diesen Sendungen und der Wirklichkeit klaffte, zeigt die *Dritte Walpurgisnacht* anhand einer „zwanglosen Unterhaltung mit Schutzhäftlingen“, die als Versuch der „Wahrheitsfindung durch das Radio“ angekündigt wird. (DW 228) Die Reportage sei „am 8. April via Stuttgart“ gelaufen, „zwischen den stündlichen Rationen von Phrasengebell und Tanzmusik, es war der Trumpf aller bestialischen Zumutungen an den Äther, an Gehör und Menschenwürde“. (DW 229f.) Da man den für das Ausland bestimmten Beitrag, wie K. K. erwähnt, mitgeschnitten habe, könnte jener „Bericht aus dem Konzentrationslager Oranienburg“ gemeint sein, der im Deutschen Rundfunkarchiv vom 30. September 1933 datiert ist, was nicht ausschließt, dass die Erstsending ein halbes Jahr früher erfolgt war.³ In der vorliegenden Aufnahme teilt der Ansager mit, zur Abwehr der grassierenden „Gräuelmeldungen“ werde eine Aufklärung über das Leben „der in Schutzhaft genommenen verirrten, verhetzten und schuldig gewordenen Volksgenossen“ von allen deutschen

1 Vgl. Klaus Scheel: *Krieg über Ätherwellen*, S. 264.

2 Vgl. Hans Sarkowicz (Hg.): *Radio unterm Hakenkreuz von 1933 bis 1945*, Track 5.

3 Vgl. *Bericht aus dem Konzentrationslager Oranienburg*, DRA 2955807. Ausschnitte aus der Reportage sind auf den zitierten CDs *1933 – Der Weg in die Katastrophe* und *Radio unterm Hakenkreuz* enthalten.

Sendern sowie dem Kurzwellendienst übertragen. Der Reporter versichert dann, dass überall im Lager „Ordnung und Sauberkeit“ herrsche und die Insassen gut versorgt würden. Als ein Häftling murmelt, es gäbe Erbsensuppe, weist der Interviewer auf eine Speckeinlage hin und fügt in holprigem Deutsch hinzu: „Was meinen Sie wohl, was wir Nationalsozialisten zu essen gekriegt hättet, wenn ihr Kommunisten am Ruder gewesen wärt? Ich glaube, ihr hättet uns hier nicht so anständig behandelt, wie ihr hier behandelt werdet.“ Die überlieferten Passagen der Sendung enthalten zwar nicht buchstäblich jene Äußerungen, die K. K. zitiert, entsprechen aber seinen Hinweisen – der einleitenden Klage über die Gräuelpromaganda, der Ansprache ausländischer Hörer, der Unbeholfenheit des Journalisten wie der Opfer, die stammelnd beteuern, wohlauf zu sein. Ob es sich tatsächlich um ein und dasselbe Dokument handelt, mag dahingestellt bleiben; entscheidend ist, dass die KZ-Reportage in der *Dritten Walpurgisnacht* für die Zäsur steht, die der 30. Jänner 1933 auch in der Radiogeschichte markiere: „Offenbach in Deutschland verboten. Die Leitung des deutschen Rundfunks hat die Weisung erhalten, keine Werke von Offenbach mehr zu senden.“ Als ob ein Äther, der für eine ‚zwanglose Unterhaltung mit Schutzhäftlingen‘ Raum hat, solcher Weisung bedurft hätte!“ (DW 53) Eugen Hadamovsky statt Hans Flesch bedeutet, kakaisch gehört, Stümperei statt Kunstverständnis, politische Tendenz statt bemühter Neutralität, Zuhören statt Mitdenken, bedeutet den Plan, das Publikum mithilfe des „allermodernsten“ Massenmediums in einen atavistischen Zustand zu versetzen. Was der Rundfunk des Dritten Reichs offenbart, ist das für den Nationalsozialismus typische Wechselspiel des Alten und Neuen: „Gleichzeitigkeit von Elektrotechnik und Mythos, Atomzertrümmerung und Scheiterhaufen, von allem, was es schon und nicht mehr gibt!“ (DW 34)

K. K. führt eine Reihe von Beispielen für diese reaktionäre Modernität der Vorgänge in Deutschland an, darunter Gottfried Benns „Antwort an die literarischen Emigranten“, die in seinen Augen „wie kein zweites Dokument Aufschluß gibt“ und also ausführlich behandelt wird. (DW 137) Der Berliner Schriftsteller hatte die Rede am 24. Mai 1933 im Studio der „Funk-Stunde“ verlesen und tags darauf in der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* publiziert. Da keine Aufnahme der Sendung erhalten geblieben ist, greifen wir auf die gedruckte Version zurück, auf die sich auch die *Dritte Walpurgisnacht* bezieht, rufen uns aber wie K. K. ins Bewusstsein, dass der Text im Radio zu hören gewesen war, bevor er in der Presse erschien. Benn hatte zwei Wochen vorher einen Brief von Klaus Mann erhalten, der be-

reits im März nach Frankreich ausgewandert war und ihm, dem literarischen Vorbild, nun vorwarf, für den Nationalsozialismus einzutreten. Dass die öffentliche Antwort auf das private Schreiben von Opportunismus zeugte, lässt sich kaum bestreiten; Benn versuchte ohne Zweifel, jenen kulturpolitischen Einfluss zu gewinnen, der ihm in der Weimarer Republik verwehrt geblieben war.¹ Aber ist der Machtwille der einzige Antrieb der Rede? Nein, nicht einmal der wichtigste. Wer Benns Reaktion psychologisierend erklärt, als Reklame in eigener Sache abtut, geht an der Kernfrage vorbei: Was für ein Denken drückt sich in der „Antwort an die literarischen Emigranten“ aus? Gab es für Intellektuelle selbstlose Gründe, Hitler zu folgen? Auch wenn K. K. den Text als Beweis eines „Sacrificium intellectus, als Dokument einer Ungeistesgegenwart“ und den Autor als „Feuilletonredner“ verhöhnt, der es eines Tages mit seinem Gewissen auszumachen habe, „ob der Unterschlupf auch die Gelegenheit war, geschichtsphilosophisch auszuschweifen“, ist der besorgte Ton der Polemik nicht zu überhören, der Widerstand gegen ein herrschend gewordenes Weltbild, das zum eigenen in Kontrast steht. (DW 78/82) Das heißt nicht, dass der kakanische Hohn unberechtigt wäre; ganz im Gegenteil, Benns Rede enthält Passagen, die in einem unpolitischen Sinn beschämend sind, angefangen von der Zitatauswahl im ersten Absatz, wo zwar steht, dass der Emigrant, der nicht namentlich genannt wird, den Empfänger seines Briefs für den „Inbegriff des höchsten Niveaus und einer geradezu fanatischen Reinheit“ halte, aber Klaus Manns Zusatz, jener stelle sich Leuten zur Verfügung, „deren Niveaulosigkeit absolut beispiellos in der europäischen Geschichte ist und von deren moralischer Unreinheit sich die Welt mit Abscheu abwendet“, bleibt ausgespart; peinlich muten außerdem die von K. K. hervorgehobenen Unsicherheiten in der zeitlichen Zuordnung des Quartärs an, auf das der deutsche Mensch zurückkomme, und vor allem die Behauptung, den Arbeitern gehe es nun besser als je zuvor, weil die „Aufsichtsbeamten“ in den Betrieben vorsichtiger seien und die „neue nationale Form des Sozialismus“ ein sich „bewegendes Lebensgefühl“ geschaffen habe.² (DW 84-86/134) Abgesehen von der Tatsache also, dass Gottfried Benn nicht immer wusste, wovon er sprach, lässt die „Antwort an die literarischen Emigranten“ mehr Überzeugung als Kalkül erkennen, und so erscheint Kant in der *Dritten Walpurgisnacht* nicht nur deshalb als der Bennsche Widerpart, weil die *Deutsche Allgemeine Zeitung* als Motto für die

1 Vgl. dazu Klaus Theweleit: *Buch der Könige*, S. 515ff.

2 Vgl. *Deutsche Allgemeine Zeitung*, Reichsausgabe, 25.5.1933, S. 1f. Den Originaltext des Briefs von Klaus Mann hat Benn in seiner Autobiografie *Doppelleben* veröffentlicht, S. 77-82.

Ausgabe vom 25. Mai 1933 die berühmten Worte aus dem Beschluss der *Kritik der praktischen Vernunft* wählte: „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der gestirnte Himmel über uns und das moralische Gesetz in uns.“¹ K. K. merkt zwar an, dass sich der Königsberger Philosoph den kategorischen Imperativ gewiss anders vorgestellt hatte als „Juda verrecke!“, weist aber nicht auf die Abweichungen vom Originaltext hin, wo das Ende lautet: „Der bestirnte Himmel über mir, und das moralische Gesetz in mir.“² (DW 78f.) Während die Orthografie je nach Auflage variiert und der „gestirnte“ Himmel sich inhaltlich nicht vom „bestirnten“ unterscheidet, ist der Austausch des Personalpronomens „mir“ durch seinen Plural „uns“ bezeichnend. Denn obwohl ein Kantsches Subjekt dem anderen aufs Haar gleicht, muss doch jedes selbstgesetzlich handeln; der Nationalsozialismus forderte hingegen die Bereitschaft, sich als Volksgenosse vom Willen des Führers leiten zu lassen. Für viele mag dies eine Entlastung gewesen sein – für Benn war es wohl ein Opfer, das ihm die Schicksalsgöttinnen zugeteilt hatten. In seiner Rede entgegnet er der Klage Klaus Manns, Deutschland sinke in die Barbarei zurück, dass dessen „bürgerliches neunzehntes Jahrhundert-Gehirn“ eine allzu „novellistische Auffassung der Geschichte“ vertrete, die den Blick auf „das Elementare, das Stoßartige, das unausweichliche Phänomen“ verstelle, das einen Schöpfungsakt auszeichne: „Natürlich ist diese Auffassung der Geschichte nicht aufklärerisch und nicht humanistisch, sondern metaphysisch, und meine Auffassung vom Menschen ist es noch mehr.“³ Da Benn als Beispiel den Übergang von der Romanik zur Gotik nennt, wendet K. K. ein, dass „ein künftiger Baustil [...] um den Preis so vieler wertvoller Menschenleben – und ich weiß von etlichen – denn doch zu teuer erkaufte wäre“ und das verpönte 19. Jahrhundert der französischen Revolution immerhin eine „unblutige Weltbetrachtung“ verdanke, was auch eine kühne These ist. (DW 81) Letztlich liegt der Unterschied der beiden Standpunkte in der Frage, ob einzelne Individuen einem geschichtlichen Projekt geopfert werden können. Nein, unter keinen Umständen, sagt der eine, denn der Mensch stelle einen „Zweck an sich selbst“⁴ dar und dürfe nicht als jemandes Mittel gebraucht werden; ja, sagt der andere, denn man müsse sich aus zwei Gründen

1 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 1.

2 Immanuel Kant: *Kritik der praktischen Vernunft*, A 289.

3 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 1f.

4 Immanuel Kant: *Kritik der praktischen Vernunft*, A 237.

als Privatperson auf- und dem Ereignis hingeben, erstens weil es nicht um das Ich, sondern um das Wir gehe, und zweitens weil der aktuelle Mensch etwas sei, „das überwunden werden soll“¹, und zwar durch einen neuen: „Verstehen Sie doch endlich dort an Ihrem lateinischen Meer, daß es sich bei den Vorgängen in Deutschland gar nicht um politische Kniffe handelt, die man in der bekannten dialektischen Manier verdrehen und zerreden könnte, sondern es handelt sich um das Hervortreten eines neuen biologischen Typs, die Geschichte mutiert und ein Volk will sich züchten.“² K. K. bricht die philosophischen Überlegungen wieder auf den deutschen Alltag herunter und beschreibt ein Bild, auf dem einer jener „machthabenden Buben“ getroffen sei, „der wirklich so aussieht wie das, was man sich unter dem Typ Rotzlöffel vorstellt, und der doch in der Szene groß photographiert ist, wie er Maul und Karabiner sieben kalkweißen Männern vorhält“, um sie dann im Verein mit den SA-Kollegen blutig zu prügeln. (DW 83) In diesem Vergleich kommt Benn schlecht weg. Man sollte sich trotzdem fragen, was seine „Menschheitsvision“ bedeutet, sein Entschluss, sich dem Lauf der Dinge zu überlassen – nämlich: dass es Wichtigeres als das eigene Leben gibt, ja dass man ein Ich nur gewinnen kann, wenn man sich in einem Wir verliert, das ein kollektives Projekt verwirklicht, sei es die Idee der klassenlosen Gesellschaft oder die „letzte großartige Konzeption der weißen Rasse“.³ Wer sich auf so ein Vabanquespiel einlässt, muss tatsächlich „untergangsbereit“ sein, denn er gibt seine Identität auf und stellt sich in den Dienst einer Gemeinschaft, wie sie das deutsche Volk hätte bilden sollen, um den neuen Menschen zu schaffen, der laut Benn „zwar vernünftig“, aber vor allem „mythisch und tief“ sei, „älter als die französische Revolution, schichtenreicher als die Aufklärung dachte“. Der Nationalsozialist war keine Gegebenheit, sondern eine Sammlung von verlorenen Prädikaten wie arisch, kämpferisch, entschlossen, pflichtbewusst, die es in der Art eines Rennstallbesitzers, der schnelle Pferde züchtet, zu entwickeln galt – durch kontrollierte Auslese und durch Training. In Anbetracht dieser humanbiologischen Pläne kommt K. K. auf das künstliche Geschöpf in Goethes *Faust* zurück, Homunculus, der in der „Klassischen Walpurgisnacht“ von Thales zu den Meeresgöttern Nereus und Proteus geführt wird. Der Philosoph rät dem körperlosen Geist, seine Phiole von letzterem, dem Verwandlungskünstler, der die Gestalt eines Delfins angenommen hat, auf den Ozean hinaustragen zu lassen: „Gib

1 Friedrich Nietzsche: *Also sprach Zarathustra*, S. 14.

2 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 2.

3 Vgl. dazu wie zum Folgenden ebenda.

nach dem löblichen Verlangen, / Von vorn die Schöpfung anzufangen! / Zu raschem Wirken sei bereit! / Da regst du dich nach ewigen Normen, / Durch tausend, abertausend Formen, / Und bis zum Menschen hast du Zeit.“¹ (DW 84f.) Die Glasflasche zerschellt dann am Muschelthron der Meeresnymphe Galatea, und Homunculus leuchtet als Feuerschein auf, um schließlich ins Wasser einzugehen. Es handelt sich aber nicht um ein gewaltsames Geschehen, sondern um eine harmonische Vereinigung der Elemente, so dass im *Faust* wie in der *Dritten Walpurgisnacht* am Ende Thales Recht behält, der ja im Gegensatz zu Anaxagoras die These vertritt, wonach sich alles Lebendige gemächlich aus dem Ozean entwickle. Indem K. K. den letzten der zitierten Verse spationiert, macht er jedoch deutlich, dass nicht die Schöpfung irgendeines Organismus gemeint ist, eines Rennpferdes zum Beispiel, nein, hier entsteht ein Mensch, der sich von anderen Spezies durch die Eigenschaft unterscheidet, vernunftbegabt zu sein: „Nun, es hat ja manches für sich, zur Erklärung der Vorgänge auf den homo primogenitus zurückzugehen und noch für die eigene Person selbstlos den Ansprüchen des homo sapiens zu entsagen. Das ist jetzt so der Brauch, und da der Intellekt sich nicht bewährt hat, hält man sich an die Vorschrift, das Kind mit dem Bad auszuschütten.“ (DW 85) Mit anderen Worten, die Verknüpfung von Natur und Gewalt mag für die Tierwelt samt den tierischen Anlagen des Menschen zutreffen; human ist allerdings, was über diesen Zusammenhang hinausgeht, also die Fähigkeit, nicht triebhaft, instinktiv zu agieren, sondern innezuhalten und nach Gründen zu handeln. Das Projekt der Aufklärung, das Benn in seiner Rede vehement ablehnt, zielte auf das menschliche Vermögen, den Dreischritt „Selbstdenken – autonomes Urteil – verantwortliche Handlung“ zu vollziehen, und 150 Jahre, nachdem Kant dieses Prinzip aufgestellt hatte, konnte man in Deutschland schwerlich behaupten, dass es erfolgreich gewesen war. Es gab wohl wissenschaftliche Fortschritte, vom Elektronenmikroskop bis zum Synthesekautschuk, aber der berühmte Wahlspruch „Sapere aude!“ hatte 1933 gegenüber der Parole „Blut und Boden“ das Nachsehen, und zwar nicht nur bei den so genannten kleinen Leuten. Dass der „homo primogenitus“, der Erstgeborene, unter Intellektuellen eine Konjunktur erlebte, zeugte von einer weit verbreiteten Sehnsucht nach Eigentlichkeit, nach einer idealisierten Zeit, bevor sich die Menschen zivilisiert und von der Natur entfremdet hatten. Wenn K. K. im Hinblick auf Benn bemerkt, dass sich der Weg in ein Neandertal ziehe, das „nicht bloß schöpfungsnah vorge-

1 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 8321-8326.

stellt sein soll, sondern auch mit allem Komfort der Neuzeit ausgestattet, inklusive Radio“, dann zeigt sich klar, wie absurd die Tatsache ist, dass jene Leute, die aus bürgerlichen Familien stammten, studiert hatten und trotz der wirtschaftlichen Krise satt waren, am lautesten nach archaischen Verhältnissen riefen. (DW 86) Nicht von ungefähr stellte Thomas Mann, dessen filius primogenitus Klaus hieß, diese paradoxe Kulturkritik in seinem Roman *Doktor Faustus* als die prägende Geisteshaltung der Zwischenkriegszeit heraus. So wünscht sich der Protagonist, der Tonsetzer Adrian Leverkühn, einen „Systemherrn“ herbei, „einen Schulmeister des Objektiven und der Organisation, genial genug, das Wiederherstellende, ja, das Archaische mit dem Revolutionären zu verbinden“, und der Erzähler Serenus Zeitblom, der nicht müde wird, die „pädagogisch-humane Sphäre“ gegen die Angriffe seines genialischen Freundes zu verteidigen, berichtet sorgenvoll von der „Kluft zwischen Wahrheit und Kraft, Wahrheit und Leben, Wahrheit und Gemeinschaft“, die sich in den Gelehrtenstuben und literarischen Salons aufgetan habe.¹ Es ist eine Gesinnung, die K. K. „irrational“ nennt: „Großstadt, Industrialismus, Intellektualismus, alle Schatten, die das Zeitalter über meine Gedanken warf, alle Mächte des Jahrhunderts, denen ich mich in meiner Produktion stellte, es gibt Augenblicke, wo dies ganze gequälte Leben versinkt und nichts da ist als die Ebene, die Weite, Jahreszeiten, Erde, einfache Worte –: Volk.“² (DW 91 u. 135) In der *Dritten Walpurgisnacht* folgen dem Bennschen Bekenntnis zur deutschen Nation Zitate aus dem Leitartikel, der neben der „Antwort an die literarischen Emigranten“ auf der Titelseite der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* erschien. Das Blatt mahnte, man solle die Angelegenheiten, „die das Volk unmittelbar berühren“, in der politischen Auseinandersetzung nicht übersehen, und erwähnte eine Teuerung von Fetten im Lauf der letzten Wochen; das Pfund Butter koste eine halbe Reichsmark mehr als ein paar Monate vorher: „An einzelnen Plätzen, namentlich in Süddeutschland, sind die Preise noch stärker gestiegen; in München haben etwa 200 Händler den Weg nach Dachau in das Konzentrationslager antreten müssen, und zwar, weil man ihnen Preiswucher zum Vorwurf machte.“³ (DW 136) K. K. verknüpft diese Stelle mit zwei anderen Texten – das „und zwar“ stehe da wie in „Kants ‚Zum ewigen Frieden‘“, aber die Methode erinnere an jene Passage aus Shakespeares *König Lear*, wo der Narr dem alten Monarchen, dem das Herz vor Zorn bis zum Hals schlägt, den Rat

1 Thomas Mann: *Doktor Faustus*, S. 254f. u. 14 u. 487.

2 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 2.

3 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 1.

erteilt: „Ruf ihm zu, Gevatter, wie die alberne Köchin den Aalen, als sie sie lebendig in die Pastete tat; sie schlug ihnen mit einem Stecken auf die Köpfe und rief: Hinunter, ihr Gesindel, hinunter! Ihr Bruder war's, der aus lauter Güte für sein Pferd ihm das Heu mit Butter bestrich.“¹ (ebd.) Das konträre Geschwisterpaar – prügelnd die eine, gütig der andere – ist ein Leitmotiv des Stücks, in dem Lear, der König von Britannien, die aufrichtige Tochter Cordelia verstößt, um ihren heuchlerischen Schwestern sein Reich zu vererben, und der uneheliche Sohn des Grafen von Gloster seinen tugendhaften Bruder Edgar aus Machtgier verleumdet und zur Flucht zwingt. So, wie sich die Handlungsstränge zunächst entwickeln, setzen sich die hinterlistigen Charaktere durch; am Ende übernimmt jedoch der treue Edgar den Thron, der, noch als „Tollhausbettler“ getarnt, dem verzweifelten Vater Mut zugesprochen hatte: „Reif sein ist alles.“² Diese Einsicht schlägt eine Brücke zum Kant-Bezug, der nicht auf den Traktat *Zum ewigen Frieden* selbst verweist, sondern auf ein Gedicht gleichen Titels, das Karl Kraus 1918 geschrieben und in seiner Zeitschrift *Die Fackel* veröffentlicht hatte. Dem Epigramm, das dem „deutschen Wahn“ den Altruismus des Philosophen entgegensetzt, ist als Motto ein Passus aus einer anderen staats-theoretischen Schrift Kants, der Abhandlung *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, vorangestellt, wo es heißt, dass sich das Gemüt angesichts der Übel, „welche die Menschen sich untereinander selbst anthun“, durch die Aussicht auf bessere Zeiten erheitere, „und zwar mit uneigennützigem Wohlwollen, wenn wir längst im Grabe sein und die Früchte, die wir zum Teil selbst gesät haben, nicht einernten werden“.³ Vielleicht hatte K. K. das Gedicht am Abend des 15. Dezember 1931 im Radio gehört, als die „Funk-Stunde“ den ersten Teil einer Lesung von Karl Kraus aus dem Berliner Robert-Schumann-Saal übertrug.⁴ Dann wäre nicht verwunderlich, dass ihm die beiden Worte „und zwar“ im Gedächtnis blieben, denn Kraus las *Zum ewigen Frieden* als Erstes, getragen, mit rollendem R, den gesperrt gedruckten Übergang mehr rufend als sprechend, hymnisch deklamierend die paarweise gereimten Strophen, von denen sich vor allem die neunte in den Sinnzusammenhang der *Dritten Walpurgisnacht* fügt: „O rettet aus dem Unheil euch zum Geist, / der euch

1 William Shakespeare: *König Lear*, II/4.

2 William Shakespeare: *König Lear*, VI/2.

3 Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 474-483/1918, S. 159f. Vgl. dazu Immanuel Kant: *Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis*, S. 168.

4 Vgl. Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 868-872/1932, S. 27. Eine Aufnahme dieser Lesung von *Zum ewigen Frieden* ist im Deutschen Rundfunkarchiv vorhanden (Signatur: 2752252-03).

aus euch die guten Wege weist!“¹ Die Kantsche Morallehre und die Fähigkeit, eigenständig zu urteilen, sind untrennbar verbunden. Wer sittlich handelt, folgt nicht blind dem Buchstaben des Gesetzes oder dem Willen eines Führers, sondern hat sich aus Vernunftgründen entschieden, Gutes zu tun. Was gut ist, sagt das Gewissen, das sich in den Menschen mit dem kategorischen Imperativ zu Wort meldet: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“² Anstelle von körperlichen Bedürfnissen und fremden Erwartungen soll das Bewusstsein der Sittlichkeit unser Verhalten bestimmen, das innere moralische Gesetz, das den Blick von der persönlichen auf die allgemeine, die Ebene der Menschheit lenkt, dessen Ursprung für Kant jedoch ebenso ein Rätsel bleibt wie jener des Firmaments, des gesamten Weltgebäudes. K. K. weiß eine Lösung, die Tradition hat: „Im Anfang war das Wort“, heißt es am Beginn des Johannesevangeliums, das an die Genesis, den biblischen Schöpfungsbericht, anknüpft, wo wirklich wurde, was Gott gesprochen hatte, und erzählen will, wie der Logos, der im Griechischen sowohl Wort als auch Vernunft bedeutet, in Gestalt des Erlösers „Fleisch“ geworden ist, eine Transsubstantiation, die sich 1933 in Deutschland auf pervertierte Weise wiederholte, nämlich als „Aufbruch der Phrase zur Tat“. (DW 141) Es ist kein Zufall, dass in der *Dritten Walpurgisnacht* die Abschnitte über die „Antwort an die literarischen Emigranten“ und das Wesen der Sprache ineinandergreifen. Denn Benn wird als „Prosaiker“ des Dritten Reichs eingeführt, der das Äußerste liefere, was „Wortverfügung“ zu bieten vermöge. (DW 79) Damit ist ein Sprachgebrauch gemeint, der sein Material beherrscht, über die Wörter wie über Werkzeuge verfügt, statt in sie hineinzuhören, um die treffenden Ausdrücke bewusst wählen zu können. Als Beispiel für den Bennischen Jargon führt K. K. eine Stelle aus der Rede an, wo der neue Mensch beschrieben wird: „Allerdings empfindet man sehr weitgehend ihn als Natur, ihn als Schöpfungsnähe, man erlebt ja, er ist weit weniger gelöst, viel wundenvoller an das Sein gebunden, als es aus der höchstens zweitausendjährigen Antithese zwischen Idee und Realität erklingt. Eigentlich ist er ewiges Quartär, schon die letzten Eiszeiten feuilletonistisch überladener Hordenzauber, diluviales Stimmungsweben, tertiäres Bric & Brac; eigentlich ist er ewiges Urgesicht: Wachheit, Tagleben, Wirklichkeit-locker konsolidierte Rythmen verdeckter Schöpfungsräusche.“³ (DW 84) Auch wenn da und

1 Karl Kraus (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 474-483/1918, S. 160.

2 Immanuel Kant: *Kritik der praktischen Vernunft*, A 54.

3 *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 25.5.1933, S. 2.

dort die Hand des Schriftsetzers im Spiel war, die bei den „Rythmen“ ein „h“ übergangen und anstelle des Gedankenstrichs zwischen „Wirklichkeit“ und „locker“ einen Bindestrich eingefügt haben mag, mutet das kakanische Urteil, es sei ein „abgründig seichter Schmus“, nicht übertrieben an. Die rhetorischen Mittel, von der inversen Satzstellung über die Reihe von geologischen Fachbegriffen und Ellipsen bis zur akzentuierten Interpunktion, können nicht über den dürftigen Inhalt der Passage hinwegtäuschen, der noch dazu Fehler enthält, etwa die Meinung, das Tertiär folge erdgeschichtlich dem Quartär, oder die Behauptung, der Gegensatz von Idee und Realität, der mindestens bis auf Platon zurückgeht, sei allenfalls zweitausend Jahre alt. Fern davon, seine Gedanken adäquat zu bezeichnen, lässt Benn dem Vokabular freien Lauf, gruppiert Fremdwörter, die mehr ein Gefühl als einen Begriff davon vermitteln, was gemeint ist, so dass der Leser zwar nicht mit Argumenten überzeugt, aber in die Stimmung des Autors versetzt wird. Was K. K. an der „Antwort an die literarischen Emigranten“ beispielhaft darstellen will, ist jener instrumentelle Umgang mit Sprache, den er als charakteristisch für den Nationalsozialismus erachtet. So würden schon die einfachsten Parolen zeigen, wie wenig die neuen Wortführer über Grammatik und Orthografie wüssten. Wenn man die Aufrufe „Deutschland erwache!“ und „Juda verrecke!“ nicht als Wünsche, sondern als Befehle verstehen solle, müsse zwischen Subjekt und Prädikat ein Komma gesetzt werden, wie es Schiller im *Fiesko* getan habe, wo der Verschwörer sich selber zuredet, sein begonnenes Werk fortzuführen: „Verderben, gehe deinen Gang!“¹ (DW 125) Abgesehen von den fehlenden Beistrichen und falschen Beugungen, die der nationalsozialistischen Presse ihren unverwechselbaren Klang gäben, sei vor allem der Wortschatz des Deutschen vom politischen Umsturz betroffen. Fremdsprachige Ausdrücke würden ersetzt, das Rotwelsch erlebe eine Renaissance, und der „Hang zur Scheinheiligung, zur Verschleierung schmähhlicher Sachverhalte“ habe zu „arteigener Neubildung“ geführt: „Kaum eines dieser Kommuniqués, das nicht Zuwachs in derlei Hinsicht brächte, wenn Gewalttätigkeit sich in Normen kleidet und etwa der Einbruch in eine Wohnstätte als ‚Überholung‘ bezeichnet wird.“ (DW 126f.) Neben den Euphemismen schossen mit „Reich-“ beginnende Komposita und Abkürzungen wie Pilze aus dem eroberten Boden, den es nun nach Parteiämtern zu verteilen galt. Gemeinsam ist diesen Beispielen, dass Sprache immer als Mittel und nie als Selbstzweck behandelt wird, was für K. K. insofern verheerend ist, als er sie

1 Friedrich Schiller: *Die Verschwörung des Fiesko zu Genua*, VI/1.

mit der praktischen Vernunft gleichsetzt. Denn was bedeutet der „Aufbruch der Phrase zur Tat“? Dass sich die Menschen so verhalten, wie es die Sprache nahelegt, dass die Werte einer Kultur in ihren symbolischen Speicher einfließen und über das Erlernen dieses Systems von Zeichen zu moralischen Normen werden. Die These von der „Revindikation des Phraseninhalts“ macht nur dann einen Sinn, wenn man ihr den sprachlichen Kreislauf zugrunde legt, wo Gegenstände bzw. Sachverhalte Bezeichnungen erhalten, die konventionell festgelegt werden und dann über den Spracherwerb das Weltbild jedes Einzelnen, der in diesem Sprachkreis aufwächst, prägen: „Der Mensch lebt auch hauptsächlich mit den Gegenständen, so wie sie ihm die Sprache zuführt, und da Empfinden und Handeln in ihm von seinen Vorstellungen abhängt, sogar ausschliesslich so. Durch denselben Act, vermöge welches der Mensch die Sprache aus sich heraus spinnt, spinnt er sich in dieselbe ein, und jede Sprache zieht um die Nation, welcher sie angehört, einen Kreis, aus dem es nur insofern hinauszu-gehen möglich ist, als man zugleich in den Kreis einer andren Sprache hinübertritt.“¹ (vgl. DW 138-141) Während Wilhelm von Humboldt, aus dessen Schrift *Über die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues* das Zitat stammt, jedoch die Vielfalt sprachlicher Formen hervorhebt und es als geistigen Gewinn betrachtet, eine fremde Sprache zu erlernen, finden sich in der *Dritten Walpurgisnacht* Hinweise, dass K. K. von einer Idealsprache ausgeht, die über allen anderen steht. Wenn Humboldt die „allgemeine menschliche Sprache“ erwähnt, ist keine tatsächlich gesprochene gemeint, sondern eine Universalgrammatik, eine gemeinsame Grundstruktur der Einzelsprachen, die im Gegensatz zum kakanischen „Glauben an die Unantastbarkeit der Sprache“ genügend Spielraum für Entwicklungen lässt.² (DW 132) Welche ist nun die Ursprache, die „Ideologie“ im Wortsinn, deren „Untergang“ K. K. beklagt und die er jener, „die das Volk heute spricht und die man einst dem Volk verdanken wird“, das heißt der „Faktologie“ entgegensetzt? (DW 137) Das Neuhochdeutsche, wie es zu Humboldts Lebzeiten literarisch geschrieben wurde – namentlich die Sprache Goethes, Schillers und Shakespeares in der Schlegel-Tieckschen Übersetzung, die als Remedium gegen das Undeutsch des Journalismus und der Politik anno 1933 dienen soll. Dabei kommt die Unterscheidung von Real- und Idealsprache Kants Trennung von empirisch bedingter und reiner praktischer Vernunft gleich. Was in der *Dritten Walpurgisnacht* als „Phrase“ be-

1 Wilhelm von Humboldt: *Schriften zur Sprachphilosophie*, S. 224f.

2 Vgl. ebenda, S. 251.

zeichnet wird, ist folgerichtig ein Vorurteil, ein Ausdruck, der nicht bewusst gewählt, sondern immer wieder blindlings übernommen wurde, sich im Vokabular festgesetzt hat und unüberlegte Taten anstatt verantwortlicher Handlungen nach sich zieht. Um diesen Ablauf zu veranschaulichen, nennt K. K. eine Reihe von Redewendungen, erstarrten Metaphern, die auf brutale Vorgänge zurückgehen und im nationalsozialistischen Deutschland lebendig werden, wo SA-Männer Salz in offene Wunden streuen, bis aufs Messer kämpfen, Nadelstiche versetzen, Speißbrutenläufe veranstalten, an den Pranger stellen, über Leichen schreiten usw. (DW 140-142) Wer versteht, dass Sprache Wirklichkeit erschafft, indem sie, biologisch gesagt, die Gehirne der Menschen formt und ihr Verhalten durch Klischees beeinflusst, die ein Arsenal von Foltermethoden enthalten, wird in der Forderung, gewissenhaft zu sprechen und zu schreiben, kein ästhetisches Bedürfnis sehen. Es ist vielmehr eine moralische Pflicht, die Wörter beweglich zu halten, sprachliche Schablonen aufzubrechen, zeitgemäße Metaphern zu finden, kurz, selbst zu denken. So unsinnig es erscheint, die Sprache von Goethes Schriften konservieren zu wollen, so sinnvoll wäre es, sich ein Beispiel an seinem Stil zu nehmen, der kunstvoll und angemessen zugleich ist, der Ausdrücke prägt, nicht Schlagworte gebraucht. Denn Sprache stellt, wie Humboldt erklärt hat, „kein Werk (Ergon), sondern eine Thätigkeit (Energeia)“ dar, einen geistigen Prozess, der Gedanken zutage fördert und in Sätze, in Urteile verwandelt.¹ „Die Abklärung vollzieht sich stürmisch“, hält K. K. angesichts der Bücherverbrennung fest: „Nachdem man die Spreu vom Weizen gesondert, diesen verbrannt und mit der Wurfschaufel Juden totgeschlagen hat, wird man ihre hinterlassenen Sprachschätze als Schmückedeinheim behalten.“ (DW 67) Die Zitate der Dichter gehen als *Geflügelte Worte* in den längst sprichwörtlichen „Büchmann“ ein, wo sie mit gestutzten Flügeln im Käfig sitzen, um bei Geburtstags- und Hochzeitsfeiern vorgezeigt zu werden; ein ornamentaler Umgang mit Literatur, wie er einer als Werk verstandenen Sprache gemäß ist. Demgegenüber zeichnet sich Dollfuß in der *Dritten Walpurgisnacht* durch seine „Worthandlungen“ aus, die dem nationalsozialistischen „Aufbruch der Phrase zur Tat“ im Gegensatz zu den Floskeln der Sozialdemokraten Widerstand leisten würden. (DW 259) Auch wenn die Nachricht an die deutschen Gäste, wonach ihr Besuch in Österreich „unerwünscht“ sei, nicht annähernd so entschlossen war, wie sie K. K. darstellt, wird seine innenpolitische Haltung im Licht des beschriebenen Sprachbegriffs eher verständlich,

1 Vgl. ebenda, S. 418.

zumal der nicht unberechtigte Vorwurf, in den Leitartikeln der *Arbeiter-Zeitung* würden die Wörter „Freiheit“ und „Kampf“ als Metaphern verwendet, dann bedeutet, dass die sozialdemokratischen Führer das NS-Regime aufgrund ihres Sprachgebrauchs unterstützten. Eine gewagte These? Gewiss, aber konsequent der Überzeugung folgend, dass Vernunft Sprache und jede Phrase ein Vorurteil ist, das die Aufklärung des Einzelnen wie der Menschheit als Ganzes behindert. Trotzdem bleiben Einwände: Zum einen war das Deutsch der christlichsozialen Politiker wie der *Reichspost* mitnichten besser, also nüchterner, inhaltsreicher; und zum anderen lässt sich die kakanische „Ideologie“, das Festhalten an einer untergegangenen Idealsprache, kaum mit der Vorstellung eines beständigen Sprachflusses vereinbaren. Letzteres ist ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, der sich durch die *Dritte Walpurgisnacht* zieht und ein restauratives Verlangen offenbart, nämlich den Wunsch nach der Wiederkehr eines verlorenen Ursprungs, den K. K. und Benn gemeinsam haben. Während dieser einen triebhaft-naturnahen Urmenschen züchten will, versucht jener, die Schöpfung des Homo *sapiens* – als Fleisch gewordenes Wort – von vorn anzufangen; der eine möchte der weißen Rasse zum Durchbruch verhelfen, der andere dem Neuhochdeutsch der Literatur um 1800; und für beide führt der Weg über einen Reinigungsprozess zurück, der die Bestimmung des Menschen unter gesellschaftlichen Sedimenten freilegen soll. Die Frage ist nur, ob ein Lächeln oder Zähnefletschen zum Vorschein kommen wird?

Die Tatsache, dass die „Antwort an die literarischen Emigranten“ nicht in der originalen, das heißt gesprochenen Form vorliegt, hat uns ein wenig von der Spur abgebracht. Wir fielen, den Verweisen der *Dritten Walpurgisnacht* folgend, in die Gewohnheit zurück, Zeitungsartikel und literarische Texte aufeinander zu beziehen, obwohl das Thema dieses Abschnitts der Rundfunk ist. Der Medienwechsel war aber nicht nur eine archivarische Notlösung, sondern trägt dem Umstand Rechnung, dass K. K. selbst den medialen Doppelcharakter der Bennischen Rede hervorhebt und sie, ungeachtet der gedruckten Quelle, als ein zentrales Dokument des nationalsozialistischen Radioprogramms begreift. Wer den deutschen Rundfunk des Jahres 1933 im Licht der *Dritten Walpurgisnacht* beschreibt, muss, abgesehen von der „zwanglosen Unterhaltung mit Schutzhäftlingen“ und der „Antwort an die literarischen Emigranten“, auf jenen „Ätherkrieg“ eingehen, der in der Presseanalyse bereits kurz behandelt wurde, was man als weiteren Beleg für die Unmöglichkeit verstehen mag, in der vorliegenden Untersuchung mono-medial zu verfahren. Am Beginn des Konfliktes zwi-

schen den Regierungen Deutschlands und Österreichs stand, wie erwähnt, eine Ansprache, die Hans Frank, der damalige Justizminister von Bayern, am 18. März 1933 im Münchner Radiosender gehalten hatte. Es gibt zwar keine Aufnahme der Sendung, laut einer Meldung des Wolff-Büros jedoch hatte die fragliche Stelle gelaute: „Zum Schluß richtete Dr. Frank einen Gruß an seine unterdrückten Parteigenossen in Österreich, die unter der ihm unbegreiflichen Unvernunft ihrer Regierung den letzten Terror und die letzte Unterdrückung auszustehen hätten. Österreich sei jetzt der letzte Teil Deutschlands, in dem man es noch wagen könne, das deutsche nationale Wollen zu unterdrücken. Er möchte die österreichische Regierung in aller Freundschaft und bundesbrüderlichen Zuneigung davor warnen, etwa die Nationalsozialisten zu veranlassen, die Sicherung der Freiheit der deutschen Volksgenossen in Österreich zu übernehmen.“¹ (vgl. DW 188) Anstatt der diplomatischen Forderung nach einer Entschuldigung zu entsprechen, trat Frank Mitte Mai bei Massenkundgebungen der NSDAP in Wien und Graz auf, was die latente zwischenstaatliche Krise offen ausbrechen ließ. Nachdem der bayrische Justizminister abgereist war, lief eine patriotische Rede um die andere im österreichischen Rundfunk, der RAVAG, die Dollfuß und seine Minister schon seit zwei Monaten zur akustischen Selbstdarstellung genutzt hatten. Als Erster sprach nun, am Abend des 16. Mai, Schuschnigg über „Österreichs deutsche Sendung“, und zwar in der neuen Reihe „Zeitfunk“, die aktuelle Berichterstattung bieten sollte, tatsächlich aber als Regierungsplattform diente. Die Hörer, so führte der Justizminister aus, sollten selbst urteilen, wer dem Land eher helfe: „Der, der mit Anspannung aller seiner Kräfte und nach bestem Können und Wissen dafür kämpft, daß dieser deutsche Stamm in Oesterreich am Leben bleibt, um in Freiheit eine bessere Zukunft sich zu erzwingen, oder der, dessen Um und Auf der Wille ist und dem kein Mittel, auch nicht das der Verleumdung, zu schlecht ist und der in Wahrheit keine anderen Argumente findet als Schimpfworte und gegebenenfalls auch faule Eier, um die Erreichung dieses Zieles zu verhindern!“² Mit den verleumderischen Voluntaristen waren nicht die Sozialdemokraten, sondern die Nationalsozialisten gemeint, die mit jedem Monat, den Hitler regierte, vehementer für den Anschluss Österreichs an Deutschland eintraten. Für die Christlichsozialen bot sich damit die Gelegenheit, eine vaterländische Gesinnung zu wecken, denn es könne nicht angehen, dass

1 Aktennotiz vom 22.3.1933, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 28392. Vgl. *Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte*, S. 20.

2 Zit. nach *Reichspost*, 18.5.1933, S. 6.

im Ausland über das Schicksal des österreichischen Volkes entschieden werde. „Schluß mit der Entösterreicherung!“, forderte Heeresminister Carl Vaugoin in einer halbstündigen Ansprache, die am 23. Mai von der RAVAG ausgestrahlt wurde. Der christlichsoziale Parteiboss regte sogar ein „Volksbuch von den Großtaten aller Oesterreicher“ an, um das geschichtliche Faktum bewusst zu machen, dass das wahre Deutschtum diesseits der Donau entstanden sei.¹ Im Lauf des Juni griff die Auseinandersetzung auf die Nachrichtensendungen über, die seit dem politischen Umsturz in beiden Ländern als Regierungsorgane missbraucht wurden. So wies Dollfuß eine im deutschen Rundfunk verbreitete Conti-Meldung als „unerhört und unverantwortlich“ zurück, wo politische Attentate, die nationalsozialistische Anhänger in Graz und Innsbruck begangen hatten, als „Symptome der zunehmenden Verschärfung der Gegensätze“ in der österreichischen Regierung bezeichnet worden waren; laut dem gesendeten Bericht sei zu befürchten, dass die Vorfälle als „Vorwand“ für weitere Ausnahmeregelungen herhalten müssten.² Von den RAVAG-Erweiterungen ist eine knapp zweiminütige, vom 25. Juni 1933 datierte Aufnahme erhalten geblieben, in der einer Nachricht der *Berliner Börsen-Zeitung*, wonach sich Schuschniggs Sohn öffentlich zum Nationalsozialismus bekannt habe, entgegnet wird: „Tatsächlich hat auch Minister Dr. Schuschnigg einen Sohn, der gegenwärtig – sieben Jahre alt ist und die erste Volksschulklasse bei den katholischen Schulbrüdern besucht.“³ Das Nahverhältnis zwischen Staatsführung und Kirche in Österreich wirkte sich im Übrigen auf das Programm des Wiener Radiosenders aus, der ab dem 2. Juli jeden Sonntagvormittag eine „Geistliche Stunde“ mit klerikalen Vorträgen übertrug. Den Regierungsmitgliedern selbst standen außer dem „Zeitfunk“ wöchentlich eine „Vaterländische Gedenkstunde“ sowie eine „Stunde der Heimat“ zur Verfügung, um für ihr so genanntes „Aufbauwerk“ zu werben. Oskar Czeija, der Generaldirektor der RAVAG, dem die politische Neutralität seiner Anstalt in den 1920er Jahren als sakrosankt gegolten hatte, erklärte bei einer öffentlichen Rede im Herbst 1933: „Diese Angaben sollen zeigen, wie der Rundfunk bemüht ist, das Programm und seine Einteilung der Gesamtheit der Bevölkerung näher zu bringen und den großen Aufgaben, die sich unsere Führer stellen, dienlich zu machen. Die Arbeit am Rundfunk kann und darf nichts anderes sein wie eben dieser

1 Vgl. *Reichspost*, 24.5.1933, S. 2.

2 Vgl. *Reichspost*, 13.6.1933, S. 3.

3 *Über die gehässige Berichterstattung des deutschen Informationsdienstes*, ÖM 11-01520. Die Aufnahme ist unter <http://www.akustische-chronik.at> im Internet verfügbar (19.7.2008).

Dienst am Volke und wir sind uns dessen bewußt, daß wir unsere Pflicht am besten erfüllen, wenn der Rundfunk in das große Geschehen eingegliedert wird, das unser Volk unter einheitlicher Führung einer besseren Zukunft entgegenführt.“¹ Als Theo Habicht am 5. Juli jene Sendereihe eröffnete, in der die Behauptung heftig bestritten wurde, dass Dollfuß Österreichs Zukunftshoffnung sei, fungierte die RAVAG bereits selbstverständlich als Sprachrohr des autoritären Regimes. Der bayrische Rundfunk hatte die Vorträge zwei Tage zuvor in einer Presseaussendung angekündigt: „Flüchtlinge aus Oesterreich sollen am Mikrophon zu Worte kommen und den Deutschen diesseits und jenseits der Grenze von dem brutalen Kampfe erzählen, der z. Zt. von einer kleinen separatistischen Clique in Oesterreich gegen alles Deutsche geführt wird.“² Den Anfang machte also der „Landesinspekteur“ der österreichischen NSDAP, der nach den ersten Terroranschlägen Mitte Juni verhaftet und nach Deutschland abgeschoben worden war. Habichts Rede, sein „Aufruf an das deutsche Volk Österreichs“, wurde zunächst vom Münchner Sender übertragen und dann auf der Titelseite des *Völkischen Beobachters* abgedruckt. Die österreichische Republik sei, so lautete die Kernaussage, nicht national gewachsen, sondern nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegerstaaten aus Eigeninteressen geschaffen worden; als „willenloses Instrument der französischen Machtpolitik“ habe das Land nie Aussichten gehabt, aus eigener Kraft zu überleben, weshalb der „Wille zur Überwindung des Zwangsstaates von St. Germain“, wo man 1919 den Friedensvertrag unterzeichnet hatte, ungebrochen sei. Als nun mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die historische Stunde geschlagen habe, die deutsche Volksgemeinschaft zusammenzuführen, hätten „im Dienste Frankreichs Juden, Marxisten und Freimaurer“ eingegriffen, um die nationalsozialistische Bewegung in Österreich kurzerhand zu verbieten: „Hochverräter ist nicht der, der als Sprecher der überwältigenden Mehrheit eines Volkes unter strengster Wahrung seiner Verfassung und Gesetze bestrebt ist, den Willen dieser Mehrheit zur politischen Gestaltung zu bringen, sondern Hochverräter ist, wer, wie die Regierung Dollfuß, unter fortgesetztem Bruch der Verfassung und unter Mißbrauch der Gesetze als Vertreter einer verschwindenden Minderheit diese Mehrheit vergewaltigt und von der politischen Gestaltung ausschaltet.“³ Bis zum Putschversuch am 25. Juli 1934, bei dem österreichische SS-Männer das Bundeskanzleramt und die RAVAG-Zentrale in Wien

1 Zit. nach *Reichspost*, 22.11.1933, S. 4.

2 Bericht der RAVAG über die Rundfunkpropaganda vom 26.7.1933, Neues Politisches Archiv, K. 113.

3 *Völkischer Beobachter*, Münchner Ausgabe, 7.7.1933, S. 1.

besetzten, liefen rund 130 Hetzreden dieser Art im Abendprogramm der süddeutschen Radiostationen München, Stuttgart, Nürnberg und Breslau.¹ Schon der ersten Sendung waren diplomatische Proteste beim Auswärtigen Amt und bei der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft in Berlin gefolgt, bevor die RAVAG am 8. Juli eine Erwiderung der attackierten Regierung ausstrahlte, die von Eduard Ludwig, dem Leiter des Bundespressedienstes, verlesen wurde. Wer einen Gegenangriff erwartet hatte, den enttäuschte der eher versöhnliche Vortrag, der Bundeskanzler Dollfuß mit den Worten zitierte: „Das deutsche Volk im Reich möge seine Verhältnisse gestalten, wie es will. Wir sind gewillt, vorbehaltlos und in aller Freundschaft mit der deutschen Regierung zusammenzuarbeiten.“ In der Gewissheit, „daß die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung entschlossen hinter der Bundesregierung steht“, lasse man sich durch die Provokationen des Herrn Habicht und seiner Gefolgschaft nicht vom eingeschlagenen Kurs abbringen.² Auch Justizminister Schuschnigg, der am 12. Juli im Wiener Sender über die nationalsozialistische Radiopropaganda sprach, übte sich in Zurückhaltung, denn es sei der „Inbegriff der österreichischen Sorge“, den „aufgezwungenen Kampf in Ehren“ zu bestehen. Er betrachte jenen als wahren Deutschen, „der für sein Volkstum – also in unserem Falle das österreichische Deutschtum – am meisten schafft in lückenlos treuer Pflichterfüllung“, und halte es daher für einen ausgemachten Unsinn, „Österreich des Partikularismus oder des Separatismus zu zeihen“.³ Der bayrische Rundfunk übertrug derweil fast täglich eine weitere Tirade, was im Verein mit den geschilderten Abwürfen nationalsozialistischer Flugzettel eine gemeinsame Demarche der Botschafter Englands und Frankreichs beim Auswärtigen Amt in Berlin bewirkte. Mussolini verzichtete auf diesen Schritt, weil ihm Hitler zugesagt hatte, die Radiovorträge einzudämmen, und zeigte sich verärgert, als Habicht am 9. August im Münchner Sender eine Rede hielt, die keineswegs Mäßigung erkennen ließ. Der Landesinspekteur führte die diplomatischen Interventionen auf das „Hilfeschrei“ zurück, das die österreichische Regierung in der „ihr dienstbaren jüdischen, tschechischen, frankophilen Presse in Wien“ losgelassen habe, und wandte sich gegen den Eindruck, „dass es in diesem Kampf um die Aufrechterhaltung der äusseren Freiheit und Unabhängigkeit Oesterreichs ginge, sondern vielmehr handelt es sich um die Austragung einer rein innerösterreichischen Angelegenheit, eines Kampfes, der sich abspielt

1 Vgl. Theodor Venus: *Der lange Weg zum Juliputsch 1934*, S. 157.

2 Zit. nach *Wiener Zeitung*, 9.7.1933, S. 2f.

3 Zit. nach *Wiener Zeitung*, 13.7.1933, S. 3.

zwischen der überwältigenden Mehrheit des nach Herkunft des Blutes und Wesens deutschen Volkes und einer Gruppe Terroristen“. Wenn Dollfuß tatsächlich glaube, was er so gerne behaupte, nämlich dass das Volk hinter ihm stehe, dann solle er den Mut aufbringen, sich einer Wahl zu stellen; die NSDAP verpflichte sich „von vornherein zur bedingungslosen Anerkennung des Volksurteils“, denn man habe immer nur den gerechten Anteil an der Macht in Österreich gefordert. Wer die tausendjährige Geschichte der Ostmark kenne, sei über die breite Anschlussbewegung nicht erstaunt, die seit dem Zerfall der Monarchie mit aller Kraft in die deutsche Heimat dränge und jene Wiedervereinigung fordere, die von der „Gewaltfaust der Siegerstaatsdiktatur“ beharrlich verhindert werde.¹ Bei der Absage wies der Moderator auf die nächste Sendung über Österreich hin, die am 11. August stattfinde und bei der Hermann Hömig, der Wiener Korrespondent der *Münchener Zeitung*, zu Wort komme, um seine „Erfahrungen mit österreichischen Behörden und Gefängnissen“ darzulegen. Man habe ihm und seinen Kollegen, berichtete Hömig dann, bei der Ausweisung übel mitgespielt: „So wurden wir in kleinen Zellen untergebracht, in denen auch Schwerverbrecher gefangen gehalten wurden. Der Chefkorrespondent des Scherl-Verlages z. B. war gezwungen, die ganze Nacht unter völlig verschmutzten Decken auf ein und derselben Holzpritsche mit einem Einbrecher zu schlafen, der unter anderem auch mehrfach wegen homosexueller Exzesse vorbestraft war.“² Es ist eine der wenigen konkreten Passagen der Rundfunkpropaganda, die sich in der *Dritten Walpurgisnacht* wiederfinden, wo es heißt, die Nationalsozialisten würden sich im Radio beschweren, „daß man einen deutschen Journalisten die Zelle eines österreichischen Homosexuellen teilen ließ (was hier vielleicht noch als Courtoisie beschönigt wird)“. (DW 186) An einer anderen Stelle erwähnt K. K. die Drohung, Deutschland bringe Österreich vor den Völkerbund und nicht umgekehrt: „Es ist die ultima ratio – Habicht hat gewarnt.“ (DW 192) Und zwar am 16. August, als er im bayrischen Rundfunk einen weiteren „Lagebericht“ lieferte, in dem behauptet wurde, die österreichische Regierung nehme die nationalsozialistischen Radiovorträge auf Schallplatten auf, um sie „bei einer kommenden Auseinandersetzung vor dem Völkerbund“ als Beweismaterial verwenden zu können. Er hoffe nur, sagte Habicht, dass die Dokumente nicht im Archiv verstauben, sondern wirklich „dem angekündigten Verwendungszweck zugeführt“ würden,

1 Mitschrift der Rede vom 9.8.1933, Neues Politisches Archiv, K. 113.

2 Mitschrift der Rede vom 11.8.1933, Neues Politisches Archiv, K. 114.

damit die Welt „die wahre Meinung und Gesinnung des Volkes von Oesterreich“ aus seinem Mund zu hören bekäme.¹ Statt den Konflikt mit dem Nachbarstaat im Völkerbund zu verhandeln, trat Deutschland im Herbst 1933 aus der internationalen Organisation aus; ob Habichts Reden tatsächlich mitgeschnitten wurden, bleibt dahingestellt. Erhalten ist lediglich ein knapp vierminütiger Originalton auf einer getarnten Schallplatte mit dem Titel *An der schönen blauen Donau*, der aus einer am 13. November im Sender München gehaltenen Ansprache stammt. Der Landesinspekteur rühmte das Ergebnis der Reichstagswahl, die am Tag zuvor stattgefunden hatte, als Beleg der „unlösbaren Verbundenheit von Volk und Regierung“ in Deutschland. Nach offiziellen Angaben hatten über neunzig Prozent der Wähler das Kreuz bei der NSDAP, der einzigen Partei auf dem Stimmzettel, gemacht. Entgegen der „Einheit von Führer, Volk und Staat im Zeichen der nationalsozialistischen Bewegung“ verhängte die Regierung in Österreich, wo seit dem 10. November wieder die Todesstrafe galt, das Standrecht: „Gegen den deutschen Menschen als den Träger der deutschen Zukunft erfindet sie den österreichischen Menschen als den Repräsentanten einer untergegangenen Zeit.“ Da sich Dollfuß weder auf „die Liebe und das Vertrauen des deutschen Volkes in Österreich“ noch auf die Verfassung stützen könne, hänge seine Herrschaft von der „Anwendung der brutalen Gewalt“ ab, weshalb sein letztes Argument in der „Drohung mit dem Galgen“ bestehe. „Noch liegen Nacht und Dunkelheit über Österreich“, sprach Habicht, „aber hoch über den Kerkermauern dieses sterbenden Systems erhebt sich leuchtend und sieghaft das Bild eines neuen und größeren Deutschland – eines freien, glücklichen und geeinten Volkes.“² Nach den Mitschriften zu schließen, die sich, auf mehrere Kartons verteilt, im Österreichischen Staatsarchiv befinden, kehrte in den Rundfunkreden eine Handvoll Themen wieder: erstens die Behauptung, die Republik sei von den Siegerstaaten diktiert worden; zweitens der Vorwurf, dass Dollfuß mit illegalen Mitteln regiere; drittens die Forderung nach Neuwahlen; und viertens die Verneinung einer wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Landes.³ Darüber hinaus spielte auch die tagespolitische Agenda eine Rolle, von den diplomatischen Protesten über die Regierungsumbildung im Herbst bis zu den Februarkämpfen und der neuen Verfassung, die am 1. Mai 1934 publik gemacht wurde. Was die

1 Mitschrift der Rede vom 16.8.1933, Neues Politisches Archiv, K. 113.

2 Theo Habicht: *Ansprache an das österreichische Volk*, DRA 2884770.

3 Vgl. Neues Politisches Archiv, K. 113 u. 114, sowie Nachlass Theodor v. Hornbostels, K. 17. Vgl. dazu Theodor Venus: *Der lange Weg zum Juliputsch 1934*, S. 157-159.

Repliken der RAVAG betrifft, gibt es ebenfalls eine Aufnahme in der Länge von rund vier Minuten. Es handelt sich um einen Ausschnitt aus einer Ansprache, die der Heimwehrführer Richard Steidle in seiner Funktion als „Bundeskommissär für Propaganda“ am 17. Jänner 1934 im Wiener Sender hielt. Österreich verbitte sich jede Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, sagte der christlichsoziale Politiker: „Man lasse uns nach unserer Fassung selig werden. Diese Fassung ist durch jahrhundertealte Erfahrung und Kultur entstanden und kann nicht ohne weiteres durch ein braunes Hemd ersetzt werden. Man verzichte uns gegenüber auf einen befehlshaberischen Kasernenton, der uns nicht liegt, und versuche anstatt dessen, durch brüderliches Einfühlen in die österreichische Seele uns zu gewinnen.“¹ Mitte Februar übertrag der Deutschlandsender nicht nur die Entgegnungen des Drahtlosen Dienstes, der Nachrichtenzentrale der deutschen Radiostationen, auf die „Falschmeldungen“ und „Rundfunklügen“ der RAVAG,² sondern auch eine Rede von Habicht, worin der ungleiche Kampf zwischen aufständischen Arbeitern und Truppen des Bundesheeres, der in Österreich ausgebrochen war, als „Zusammenprall fremder Mächte auf deutschem Boden“ dargestellt wurde.³ Am 19. Februar, vier Tage, nachdem die Sendung gelaufen und der Widerstand des Republikanischen Schutzbundes gebrochen war, meldete sich im Wiener Radio wiederum Richard Steidle zu Wort, um die Vorwürfe des Landesinspektors abzuwehren: „Habicht wagt es, die österreichische Regierung vor der Welt anzuklagen, sie trage die Schuld an dem Blutvergießen, das er und seine Gesinnungsgenossen auf dem Gewissen haben; denn sie schufen die Atmosphäre, die das Gewitter zum Entladen brachte.“⁴ Zur selben Stunde sprach der Beschuldigte im Münchner Sender, und zwar nicht im Kasernen-, sondern im elegischen Ton. „Der Donner der Kanonen aus Oesterreich schweigt“, setzte Habicht (vermutlich getragen) an: „Aus dem Schweigen aber erhebt sich nun die Klage der Totenglocken, wandert von Westen nach Osten, entlang dem Nibelungenstrom, bis in die Täler der Alpen, bis in die Karawanken, und wo sie hindringt, da öffnen sich zu hunderten und aberhunderten die Türen der Bauernhöfe und Bürgerhäuser, und deutsche Väter und Mütter tragen ihren toten Sohn zu Grabe, der gefallen ist im furchtbarsten aller Kriege, im Bürgerkrieg.“ Die Opfer seien umso tragischer, weil nicht das deutsch-österreichische Volk

1 Richard Steidle: *Kommentar zur deutschen Propaganda gegen Österreich*, ÖM 99-34007.

2 Vgl. *N.S. Funk*, Nr. 6/1934, S. 5 u. Nr. 7/1934, S. 7.

3 Vgl. *Völkischer Beobachter*, Münchner Ausgabe, 16.2.1934, S. 4.

4 Abschrift einer Aufnahme der Rede vom 19.2.1934, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 73477.

um seine Freiheit gerungen habe, sondern „das faschistisch-autoritäre Staatsprinzip des Südens und das liberal-demokratische Staatsprinzip des Westens“ aufeinander geprallt wären. Darum hätten sich die Nationalsozialisten nicht an den Kämpfen beteiligt, „denn wer auch siegen mochte, es musste immer ein Sieg gegen Deutschland sein“. Gewiss, der Marxismus sei nun vernichtend geschlagen, aber um welchen Preis? Was in Österreich ein „Meer von Blut und Tränen“ gekostet habe, sei im deutschen Reich gänzlich „unblutig“ verlaufen. So gäbe es in der Ostmark nach wie vor zwei widerstreitende Kräfte: „Auf der einen Seite der Nationalsozialismus, der längst die weit überwiegende Mehrheit des Volkes erfasst hat und nicht wieder loslässt; auf der andern Seite der Anti-Nationalsozialismus, das heißt die Summe aller seiner Gegner zusammengenommen, die schon lange nur mehr eine immer kleiner werdende Minderheit des Volkes ausmacht.“¹ Dass seine Partei auf friedlichem Weg, also verhandelnd eine Lösung finden wolle, wurde Habicht nicht müde, zu betonen. In Wahrheit schreckten die österreichischen SS-Leute vor keiner Gewalttat zurück, um ihre Ziele zu erreichen. Und da Dollfuß Neuwahlen kategorisch ablehnte, kam man in den Verhandlungen, die nie ganz abbrachen, auf keinen grünen Zweig. Es ist daher nur folgerichtig, dass schließlich ein Umsturz versucht wurde: Beim so genannten „Juliputsch“ am 25. Juli 1934 überfielen Mitglieder der SS-Standarte 89 gegen 13 Uhr das Bundeskanzleramt sowie das Hauptgebäude der RAVAG in Wien. Während Dollfuß dort im Stiegenhaus auf der Flucht erschossen wurde, drangen hier vierzehn Putschisten in die Senderäume ein und ließen den Nachrichtensprecher, Theodor Ehrenberg, eine Meldung durchsagen, die ungefähr lautete: „Die Regierung Dollfuß ist zurückgetreten. Dr. Rintelen hat die Regierungsgeschäfte übernommen!“² Entgegen der offiziellen Version musste Ehrenberg, der nach der Annexion Österreichs zum Leiter des nationalsozialistischen Reichssenders Wien ernannt wurde, wohl nicht zur Durchsage jenes Signals gezwungen werden, das die Revolten in den Bundesländern auslösen sollte; und auch Generaldirektor Oskar Czeija spielte bei den Ereignissen eine fragliche Rolle, zumal er die intakte Telefonleitung in seinem Büro nicht nutzte, um an der Niederschlagung des Aufbruches mitzuwirken.³ Am frühen Abend stand – zumindest in Wien – fest, dass der Putsch gescheitert war; in der RAVAG wurden die SS-Männer etwa um 16 Uhr von der Polizei überwältigt, und die Besetzer des Bundeskanzleramts ergaben

1 Mitschrift der Rede vom 19.2.1934, Neues Politisches Archiv, K. 113.

2 Zit. nach *Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte*, S. 85.

3 Vgl. dazu Theodor Venus: *Der lange Weg zum Juliputsch 1934*, S. 164f.

sich wenige Stunden später. Der Sendebetrieb war bereits am Nachmittag über die Station Linz gelaufen, bevor das Studio im Wiener Theater „Ronacher“ zur vorläufigen Nachrichtenzentrale umfunktioniert wurde. Von dort meldete sich im Lauf des Abends der künftige Regierungschef Kurt Schuschnigg, um die „Trauerkunde“ von der Ermordung Dollfuß' im Radio zu überbringen: „Der Bundeskanzler ist tot – aber sein Werk lebt! Österreich lebt! Und wir rufen die Welt zum Zeugen, dass wir auch in dieser Stunde Vorkämpfer deutscher Kultur, Fahnenträger unserer Heimat sind und bleiben wollen.“¹ Vier Jahre danach war die Ostmark Teil des Dritten Reichs. „Der Österreicher ist so deutsch, wie seine Donau blau ist“², schrieb Alfred Polgar, der vor den Nazis flüchten musste, in einem Nachruf auf seine Landsleute. Wer je in Wien war, kennt die Farbe der Donau. Sie ist braun.

IV

Was die Wirkungen der Filmkunst betrifft, war Joseph Goebbels grenzenlos optimistisch. Dass einer als Kommunist ins Kino geht und als Nationalsozialist herauskommt, hätte ihn kaum verwundert. Im Gegenteil, die nationalsozialistische Bekehrung war seine Zielvorgabe für alle, die mit der deutschen Filmproduktion zu tun hatten. Die Gesinnung sollte dem Publikum aber nicht wie ein Stempel aufgedrückt, sondern subkutan injiziert werden, unter die Haut gehen und sich als Antiserum gegen das marxistische Gift im Volkskörper verbreiten. Um den Regisseuren und Produzenten, den Kamaleuten und Schauspielern, vor denen er am 28. März 1933 im Berliner Hotel „Kaiserhof“ sprach, ein Beispiel für gelungene Filmpropaganda zu geben, nannte Goebbels, und das ist bemerkenswert, Sergej Eisensteins *Panzerkreuzer Potemkin*: „Er ist fabelhaft gemacht, er bedeutet eine filmische Kunst ohnegleichen. Das entscheidende ‚Warum‘ ist die Gesinnung. Wer weltanschaulich nicht fest ist, könnte durch diesen Film zum Bolschewisten werden.“³ Auch wenn ihm die Tendenz des russischen Klassikers widerstrebte, von der künstlerischen Umsetzung – der Montagetechnik und der Kameraführung – war der Propagandaminister begeistert. Der 1925 in Moskau uraufgeführte Stummfilm erzählte die Geschichte einer Meuterei, die zwanzig Jahre vorher auf dem Kriegsschiff „Potemkin“ stattgefunden hatte: Matrosen weigern sich ma-

1 Kurt Schuschnigg: *Rundfunkansprache nach dem Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß*, DRA 2955773.

2 Alfred Polgar: *Der Österreicher*, S. 209.

3 Zit. nach Gerd Albrecht (Hg.): *Der Film im Dritten Reich*, S. 27.

diges Fleisch zu essen, werfen die zaristischen Offiziere über Bord und verbrüdern sich mit den streikenden Einwohnern der Hafenstadt Odessa, wo der Aufstand von Kosaken blutig niedergeschlagen wird; die „Potemkin“ jedoch entkommt der anrückenden Admiralsflotte, deren Kanonenrohre sich zuletzt senken, um die fliehenden Kameraden passieren zu lassen. Eisenstein gab die historischen Ereignisse aber nicht einfach wieder, sondern stellte sie im Licht der marxistischen Lehre dar, ließ in jedem der fünf Akte eine Aktion und eine Reaktion im Sinn des dialektischen Dreischritts in einem größeren Ganzen aufgehen. So musste das tatsächliche Ende der Geschichte verschwiegen werden, denn nachdem die Mannschaft des Panzerkreuzers in Rumänien an Land gegangen war, wurde sie an Russland ausgeliefert und dort hingerichtet. In der berühmtesten Sequenz des Films, wo die Arbeiter und Bürger Odessas auf der Hafentreppe vor den schießenden Soldaten flüchten, wechseln Detailaufnahmen der stapfenden Stiefelreihe mit Bildern einer verzweiferten Mutter, die ihr niedergetrampelter Kind in den Armen hält, Gewehrläufe werden in immer kürzeren Einstellungen mit entsetzten Gesichtern kontrastiert, bis ein Kinderwagen, allein, die Stufen hinabrollt. Es ist ein gezielter Appell an die Leidenschaft, die den Zuschauer erfasst, selbst wenn er keine revolutionären Ambitionen hat. Dass Goebbels sich zu beidem berufen fühlte, zur ideologischen wie zur künstlerischen Zensur der deutschen Filme, kann man heute in vielen Studien, die über die Mediengeschichte im NS-Staat veröffentlicht wurden, nachlesen. K. K. scheint das cineastische Interesse des Propagandaministers schon 1933 aufgefallen zu sein: „Er hat die Einstellung wie die Einfühlung, er kennt den Antrieb wie den Auftrieb, die Auswertung wie die Auswirkung, die szenische Aufmachung, den filmischen Aufriß wie die Auflockerung und was sonst zum Aufbruch gehört [...]“. (DW 54) In der *Dritten Walpurgisnacht* folgt eine längere Passage mit Zitaten aus den zahlreichen Reden zur Kulturpolitik, die Goebbels im Frühjahr 1933 hielt, darunter die erwähnten vor den Rundfunkintendanten und den Filmemachern; die meisten Sprachfetzen stammen jedoch aus einem Vortrag über die „Aufgaben des deutschen Theaters“, in dem es der *Neuen Freien Presse* zufolge geheißen hatte, dass zwar die „Vergottung des Volkes“ jene der Einzelperson ablösen, die neue Kunst, die „vom Können, nicht vom Wollen“ kommen solle, aber keineswegs „Parademarsch“ sein müsse, ja dass „gegen den blutigen Dilettantismus“ ebenso streng wie „gegen die Gesinnungslosigkeit“ vorgegangen werde: „Die deutsche Kunst der nächsten Jahrzehnte wird heroisch, wird stählern romantisch, wird sentimentalitätslos, wird national mit

großem Pathos oder sie wird nicht sein.“¹ (vgl. DW 54-56) K. K. porträtiert Goebbels als den Journalisten schlechthin, als beredten Nichtssager, dessen mit Fachwörtern aufgefüllte Sprechblasen dem kurzsichtigen und schwerhörigen Publikum wie ein Expertennimbus erschienen. Während der Propagandaminister in der österreichischen Presse des Jahres 1933 weit weniger beachtet wurde als Hitler und Göring, kommt ihm in der *Dritten Walpurgisnacht* eine wichtige, wenn nicht die zentrale Rolle bei der nationalsozialistischen Machtergreifung zu. Dieses Bild ist richtig und bedarf doch der Ergänzung. Einerseits brachte er die deutschen Massenmedien in ein paar Monaten unter seine persönliche Kontrolle und trug so wesentlich zur Errichtung des NS-Regimes bei; es sollte freilich nicht übersehen werden, dass er in der Kulturindustrie auch auf willige Helfer stieß – eine Tatsache, die K. K. ebenfalls betont und die den Eindruck des allmächtigen „spin doctor“ wieder infrage stellt. Wie sich diese Zusammenarbeit gestaltete, zeigt beispielsweise der vorausseilende Gehorsam des größten deutschen Filmunternehmens, der „Universum Film AG“, kurz Ufa, die schon Ende März 1933 in einer Vorstandssitzung entschied, dass aufgrund „der nationalen Umwälzung in Deutschland [...] nach Möglichkeit die Verträge mit jüdischen Mitarbeitern gelöst werden“ sollten.² Als im Juli eine Filmkammer gegründet wurde, der alle, die an der Filmproduktion beteiligt waren, angehören mussten, gab es für die rassische wie politische Auslese eine vage rechtliche Grundlage, da laut Gesetzestext abgelehnt werden konnte, wer die für das Filmgewerbe „erforderliche Zuverlässigkeit“ nicht besaß.³ Anfang Juni war mit der Filmkreditbank bereits ein finanzielles Kontrollinstrument geschaffen worden, das nur jenen Projekten ein Darlehen gewährte, die personell und inhaltlich den Anforderungen der Nationalsozialisten entsprachen. Welche Drehbücher zugelassen wurden, bestimmte der sogenannte „Reichsfilmdramaturg“, der gemäß dem „Lichtspielgesetz“ vom 16. Februar 1934 dem Propagandaministerium unterstand und „rechtzeitig zu verhindern“ hatte, „daß Stoffe behandelt werden, die dem Geist der Zeit zuwiderlaufen“.⁴ Nach der Produktion oblag es einer zentralen „Filmprüfstelle“ in Berlin, die endgültige Genehmigung zu erteilen; verweigert konnte sie etwa mit der Begründung werden, dass die Vorführung des fraglichen Films das „nationalsozialistische, religiöse, sittliche oder künstlerische Empfinden“ zu verletzen

1 *Neue Freie Presse*, Abendblatt v. 9.5.1933, S. 3.

2 Zit. nach Klaus Kreimeier: *Die Ufa-Story*, S. 248.

3 Deutsches RGBl. 1933 I/82.

4 Deutsches RGBl. 1934 I/17.

drohe.¹ „Bei den gefährlichen Auswirkungen des Films hat der Staat die Pflicht, regulierend einzugreifen“, hatte Goebbels im Hotel „Kaiserhof“ gesagt.² Eisensteins *Panzerkreuzer Potemkin* war schon fünf Tage vor der Rede verboten worden,³ aber nicht von einem übereifrigen NS-Beamten, sondern von Ministerialrat Ernst Seeger – seit 1924 oberster deutscher Filmzensor und nun Leiter der Film-Abteilung im Propagandaministerium.

Revolution und Reaktion gehen in der deutschen Filmgeschichte eine seltsame Verbindung ein. Wenn man bedenkt, unter welchen Umständen die Ufa gegründet wurde, nämlich inmitten des Ersten Weltkriegs, um militärische Agitation zu betreiben, dann kam ihre Entwicklung zur Zentrale des expressionistischen Films unverhofft; und wieder ein paar Jahre später traten an die Stelle künstlerischer Experimente jene nationalen Epen, deren Produktion der neue Eigentümer Alfred Hugenberg einforderte, bis der Konzern schließlich seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt und der Kriegspropaganda dienstbar gemacht wurde. Wir wollen jedoch nicht vorgreifen, sondern uns zunächst in Erinnerung rufen, wie der Film am Ende des 19. Jahrhunderts der Fotografie entwuchs. Als die optischen Ur-Medien gelten die Camera obscura und die Laterna magica: Mit jener konnten seit dem Mittelalter Bilder, die durch ein kleines Loch in eine „dunkle Kammer“ fielen, auf deren transparenter Rückseite spiegelverkehrt und auf den Kopf gestellt betrachtet werden; die Mitte des 17. Jahrhunderts erfundene „Zauberlaterne“ hingegen war in der Lage, Glasdiapositive auf einen weißen Hintergrund zu werfen, und nahm damit das Prinzip der Filmprojektion vorweg. Nachdem es Louis Daguerre 1837 erstmals gelungen war, ein Bild mittels Silbersalzen zu fixieren, entwickelte der britische Chemiker William Talbot ein Verfahren zur Herstellung beliebig vieler Positivabzüge von einem Fotonegativ, das sich in der zweiten Jahrhunderthälfte gegenüber der „Daguerreotypie“ durchsetzte. Als die Brüder Auguste und Louis Lumière am 22. März 1895 den ersten Film der Weltgeschichte in Paris vorführten, gehörte die Fotografie in Europa und den USA bereits zum Alltag. Neu am „Cinématographen“ war die Möglichkeit, Laufbilder auf eine Leinwand zu projizieren, denn das Aufnahmegerät, eine Kamera mit seitlich perforiertem Rollfilm, hatte Edison schon patentieren lassen. Sinnesphysiologisch liegt dem Film die Trägheit des menschlichen Auges zugrunde: Da op-

1 Ebenda.

2 Zit. nach Gerd Albrecht (Hg.): *Der Film im Dritten Reich*, S. 27.

3 Film-Oberprüfstelle, Nr. 6363 v. 23.3.1933, zit. nach <http://www.deutsches-filminstitut.de> (1.9.2008).

tische Eindrücke kaum länger als eine Zehntelsekunde auf der Netzhaut bleiben, erscheint uns eine schnelle Bildfolge als fließende Bewegung.¹ Die Filme der Brüder Lumière zeigten anfangs sechzehn Fotos pro Sekunde, was heute als holprig wahrgenommen würde; damals glaubte das Publikum aber, die Wirklichkeit selbst wiederzuerkennen. Und abgesehen von den technischen Mängeln, war dieser Eindruck nicht unzutreffend. Auf den Erstling *Arbeiter verlassen die Lumière-Werke* folgten Filme wie *Die Ankunft des Zuges* oder *Den Hafen verlassende Barke*, die alle dem dokumentarischen Zweck folgten, einen Ausschnitt des Alltagslebens abzubilden. Siegfried Kracauer wies in seiner *Theorie des Films* auf den Umstand hin, dass es von Anbeginn zwei Auffassungen vom Wesen des Mediums gab – den Realismus der Lumière-Brüder und den Illusionismus ihres Landsmannes Georges Méliès, der bald keine tatsächlichen Vorgänge mehr darstellte, sondern als Regisseur Spielfilme inszenierte.² Mit seiner 1902 entstandenen *Reise zum Mond* setzte er die gleichnamige Erzählung von Jules Verne in einen 15-minütigen Trickfilm um, in dem die Fiktion als Gestaltungsprinzip diente. Bis zum Ersten Weltkrieg blieb das Filmgeschäft in französischer Hand, vor allem in jener des früheren Schaustellers Charles Pathé, der 1897 die Patente der Brüder Lumière erworben und begonnen hatte, Kopien der hergestellten Filme in ganz Europa zu verkaufen. Als die Kinos, die anfangs eine Jahrmarktsattraktion waren, ab 1905 ortsfest wurden, baute der findige Unternehmer ein internationales Verleih-Netz auf, um Großproduktionen mit Gewinnen aus dem Vertrieb selbst finanzieren zu können. In Deutschland und Österreich war von einer Filmindustrie zu dieser Zeit noch keine Spur. Nachdem Max und Emil Skladanowsky, deren „Bioskop“ sich gegen den „Cinématographe“ nicht behaupten konnte, am 1. November 1895 eigene Kurzfilme in Berlin vorgeführt hatten, kam in Wien die Konkurrenz aus Frankreich zum Zug: Der Lumière-Mitarbeiter Eugène Dupont stellte die Erfindung am 20. März 1896 in der „k. k. Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt“ vor und erhielt dann die Genehmigung, öffentlich Filme zu zeigen. Neben der Innenstadt entwickelte sich der Vergnügungspark im Wiener Prater, wo Schaubuden zu Lichtspieltheatern umgebaut wurden, zum kinematografischen Zentrum Österreichs. Während man sich hier fast ausschließlich auf die Präsentation ausländischer Stummfilme beschränkte, gab es ein paar deutsche Pioniere, die selbst als Produzenten auftraten. Oskar Messter, zum Beispiel, stell-

1 Vgl. Hans H. Hiebel (Hg.): *Kleine Medienchronik*, S. 21f.

2 Vgl. Siegfried Kracauer: *Theorie des Films*, S. 57ff.

te nicht nur Projektoren, sondern auch Spiel- und Dokumentarfilme her, die er im eigenen Berliner Kino vorführte. Aus dem Einmannbetrieb ging 1900 die „Projection GmbH“ hervor, die Mut zu technischen Experimenten bewies, Verfahren zur Einfärbung von Filmkopien erprobte und das Genre der „Tonbilder“ erfand, bei denen Musik und Sprache noch von Grammophonen kamen. Als sich die Schnitttechnik etabliert hatte und längere Filme zum Standard wurden, gründete der gelernte Fotooptiker die „Messter Film“ – eine Firma ohne Apparatebau, die Nachschub für die deutschen Kinos produzierte, wo man 1913 bereits mehr als eine Million Besucher pro Tag zählte.¹ Kurz nach Ausbruch des Weltkriegs erschien die erste Ausgabe der *Messter-Woche*, die zum Leidwesen des Publikums auch in der Folge anstelle von Frontaufnahmen Bilder aus der Etappe in die Lichtspielhäuser lieferte, was sie mit den *Sascha-Kriegswochenberichten* des österreichischen Filmproduzenten Alexander Joseph Kolowrat-Krakowsky gemein hatte, der im Wiener Kriegspressequartier für die Filmpropaganda zuständig war. 1916 riefen die beiden Unternehmer eine gemeinsame Tochtergesellschaft, die „Sascha-Messter-Film“, ins Leben, um die bisher lose Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht zu verbessern. Zumindest was letztere betrifft, blieb der erhoffte Erfolg aus, so dass Erich Ludendorff, seines Zeichens Erster Generalquartiermeister, am 4. Juli 1917 einen Brief an das Kriegsministerium in Berlin sandte, der mit den Worten anfang: „Der Krieg hat die überragende Macht des Bildes und Films als Aufklärungs- und Beeinflussungsmittel gezeigt. Leider haben unsere Feinde den Vorsprung auf diesem Gebiet so gründlich ausgenutzt, daß schwerer Schaden für uns entstanden ist.“² Es sei daher notwendig, so führte der preußische General aus, die deutschen Filmfabriken zu einem Konzern zusammenzuschließen, an dem das Reich verdeckt beteiligt sein müsse. Den Wunsch scheint man als Befehl aufgefasst zu haben, denn nur wenige Monate danach, und zwar am 18. Dezember 1917, wurde die „Universum Film AG“ mit einem Grundkapital von 25 Millionen Reichsmark in das Berliner Handelsregister eingetragen.

Zu den aufgekauften Unternehmen gehörten die Branchenführer „Messter-Film“, Paul Davidsons „Projektions AG Union“ und die „Nordische Filmgesellschaft“, deren Regisseure und Darsteller ihre Linie unverändert fortsetzten. Sie brachten weniger nationalistische als kommerziell erfolgreiche Ausstattungsfilme wie Ernst Lubitschs *Carmen*, der kurz nach

1 Vgl. Jochen Hörisch: *Eine Geschichte der Medien*, S. 301.

2 Zit. nach Klaus Kreimeier: *Die Ufa-Story*, S. 14.

Kriegsende aufgeführt wurde, oder *Madame Dubarry* heraus, mit dessen Premiere ein Jahr später das größte Kino Berlins, der Ufa-Palast am Zoo, den Betrieb aufnahm. Nachdem die Deutsche Bank, der Hauptaktionär des Konzerns, 1921 die Reichsanteile erworben hatte, kam es zur Fusion mit dem größten Konkurrenten, der „Decla-Bioscop AG“, die nicht nur über ein modernes Atelier in Babelsberg verfügte, sondern auch renommierte Filmemacher wie Friedrich Wilhelm Murnau und Fritz Lang beschäftigte. Mitte der Zwanzigerjahre war die Ufa ökonomisch wie künstlerisch das wichtigste Filmunternehmen in Europa – ein Erfolg, der nicht zuletzt dem Produktionsleiter Erich Pommer zugeschrieben wird, unter dessen Ägide viele Klassiker des expressionistischen Films entstanden, von *Das Cabinet des Dr. Caligari*, der noch bei „Decla“ erschienen war, über *Dr. Mabuse, der Spieler* bis zu *Der letzte Mann*, bei dem erstmals die „entfesselte Kamera“ zum Einsatz kam. Den aufwändigen Projekten standen jedoch sinkende Einnahmen gegenüber, was in dem finanziellen Fiasko um Langs *Metropolis* gipfelte, der gut fünf Millionen Mark an Produktionskosten verschlungen hatte, aber kaum Publikum fand. Dabei hätte der von Spezialeffekten strotzende Science-Fiction-Film über eine Großstadt im Jahr 2000, wo die versklavten Arbeiter im Dunkel der Maschinenhallen vegetieren, während die Industriellen oben in den Wolkenkratzern thronen, den amerikanischen Kassenschlagern Paroli bieten sollen: 1926 stammte bereits mehr als die Hälfte der in den deutschen Kinos gezeigten Spielfilme aus den USA;¹ oder genauer gesagt – aus Hollywood, einem nordwestlich von Los Angeles gelegenen Ort, der im Lauf eines Jahrzehnts zum internationalen Filmzentrum geworden war. Dort hatte sich mit dem so genannten Studiosystem ein Oligopol weniger Produktionsgesellschaften herausgebildet, die jeden Schritt, den die Ware Film vom Drehbuch bis zur Vorführung durchlief, kontrollierten. Denn das große Geld machten die Majors, allen voran „Paramount“ und „Metro-Goldwyn-Mayer“, nicht mit der Herstellung, sondern dem Verleih und den eigenen Kino Ketten. Unter dem Druck der Vermarktung entwickelten sich zwei stilprägende Merkmale: die Genremuster und das Starprinzip. Bei jenem lag der Vorteil sowohl für den Produzenten als auch für den Zuschauer in der Berechenbarkeit des Produkts, das zumeist als Western, Komödie, Kriegs- oder Horrorfilm herauskam. Was die Verklärung der Schauspieler zu himmlischen Wesen angeht, so lag ihr die Strategie zugrunde, das Publikum an idealtypische Identifikationsfiguren und also die Filme eines bestimmten Studios zu binden. Das

1 Vgl. Anton Kaes: *Film in der Weimarer Republik*, S. 71.

Image der Stars wurde gezielt aufgebaut, ihre Popularität durch ständiges öffentliches Auftreten gesteigert, die Neugier der Fans mit Klatschgeschichten bedient. Ikonen wie Greta Garbo, die den Beinamen „die Göttliche“ erhielt, waren allgegenwärtig: Ihr Gesicht strahlte von der Leinwand, von Plakatsäulen, von Ansichtskarten und aus den zahlreichen Illustrierten, die viel höhere Auflagen als die ungebildeten Zeitungen und Zeitschriften erreichten. Der heutige Prominentenkult, der von Anbeginn als Religionsersatz diente, hat seinen Ursprung in der visuellen Industrie der 1920er Jahre. Dass man Hitlers Aufstieg auch unter diesem Gesichtspunkt betrachten muss, legt die *Dritte Walpurgisnacht* nahe, wo K. K. eine „unermüdliche Illustration“ des Führers feststellt, um den sich „dieses gigantische Pfauenrad einer Popularität“ schlage; es folgt ein Zitat aus der *Arbeiter-Zeitung*, die über das Privatleben des Reichskanzlers zu berichten wusste: „Bücher liest Hitler nicht. Ihn interessieren nur die tatsächlichen Probleme des Lebens [...]. Seine Lektüre besteht aus illustrierten Zeitungen. Er bevorzugt solche, die sich mit Wohnungseinrichtung befassen.“¹ (DW 200f.) An der gleichen Stelle spricht K. K. von einem „Zerrspiegel aller Positionen zu Land und Lufthansa“, was eine Anspielung auf die Propagandaflüge sein dürfte, die die NSDAP 1932 veranstaltet hatte. Über die Tour von Mitte bis Ende Juli war der abendfüllende Stummfilm *Hitler über Deutschland* gedreht worden, der vor den Wahlen am 5. März 1933 wieder in die Kinos kam.² In der Maschine „Rohrbach D 1720“ der „Deutschen Luft Hansa AG“ flog Hitler samt Entourage von Ostpreußen nach Bayern und landete hier und dort, um im offenen Kraftwagen oder auf dem Schiff weiterzufahren, SA-Paraden abzunehmen und vor allem um Reden zu halten. Man sieht ihn auf den Tribünen stehen, in die Mikrofone sprechend, schreiend, spuckend, wie er die Arme gen Himmel wagt und sie in den Pausen um die Brust schlingt, wie er mit dem Zeigefinger fuchtelte, beide Fäuste zusammenschließt und mit den Händen fest über die Haare streicht, den Scheitel richtend. Dazwischen findet ein Ruhetag auf dem Bauernhof statt – mit Aufnahmen von Kühen, Pferden und Kindern, die Hitler Blumen bringen. Was die *Deutschösterreichische Tageszeitung* über den Film geschrieben hatte, war unter dem Titel „Führerkitsch“ ebenfalls im Blatt der Sozialdemokraten zu lesen: „Wenn er, die Haare vom Wind zerzaust, durch die Kundgebungen des ostpreußischen Landvolkes schreitet und sich breit und klobig hinsetzt: Fühlen wir da nicht alle, daß

1 *Arbeiter-Zeitung*, 27.7.1933, S. 5.

2 *Hitler über Deutschland*, BA-FA M 1316.

der Mann, dessen Großväter niederösterreichische Bauern waren, noch den Schollengeruch unserer heiligen Heimerde an sich trägt?“¹ Wer es nicht fühlt, der sieht zumindest, dass Hitler, stets in Uniform, zwar ein einfacher Soldat, mit Land und Volk eng verbunden geblieben, zugleich aber von einer modernen Vitalität beseelt ist. Er genießt die Flüge, sagen die Bilder, steigt lachend aus der Maschine und in den schnellen Wagen ein, ganz nebenbei ein „Volksaufklärungswerk von so ungeheuren Ausmaßen“ leistend, wie es dem Vorspann zufolge „in der Geschichte der politischen Propaganda bislang niemals erlebt worden“ sei. Tatsächlich handelte es sich um einen Wahlkampf, der seiner Zeit weit voraus war. Heute gehört diese Inszenierung der Kandidaten zum politischen Geschäft; 1932 jedoch stellte es in Deutschland ein Novum dar, Politiker wie Produkte zu vermarkten. Und Hitler war die ideale Marke, weil alles an ihm markant war – Schnurrbart, Frisur, Augen, Stimme, Gestik. Er war ein Star und ist es noch immer, sonst käme nicht Monat für Monat eine Enthüllung über sein Sexualleben oder seinen Schäferhund heraus. Den Zusammenhang von Reklame und Klatsch deutet auch K. K. an, wenn er vom Hinweis, dass Goebbels Kampfruf „gegen den Kitsch“ den deutschen Film betreffe, „der doch schon von Natur dem Gebiete des Kitsches zuneigt“, auf jene typische Berliner Botschaft zu sprechen kommt, „die mit ‚Wissen Sie schon‘ beginnt, um fortzusetzen, daß die Prominente Gert Rut Sadinsky kürzlich mit Rechtsanwalt Wolf III in einem Hotel in der Kantstraße verschwunden ist, und was wohl Frau Rechtsanwalt dazu sagt, die ihrerseits zuweilen mit dem Filmstar Fred Neppke gesehen wird“. (DW 57f.) Der Nachricht, wonach der Propagandaminister „die künstlerisch-schöpferischen Persönlichkeiten der Theater- und Filmwelt“ ins Hotel „Kaiserhof“ berufen habe, lässt K. K. eine Stelle aus der „Klassischen Walpurgisnacht“ in Goethes *Faust* folgen, wo Seimos, der Erdbengeist, eine Belebung des soeben entstandenen Berges ankündigt: „Jetzt so, mit ungeheurem Streben, / Drang aus dem Abgrund ich herauf / Und fordre laut, zu neuem Leben, / Mir fröhliche Bewohner auf.“² (DW 65) In der *Dritten Walpurgisnacht* sind es deutsche und österreichische Schauspieler, die als erste Siedler vom wie im Originaltext goldhaltigen Neuland angezogen werden. „Man sieht“, heißt es weiter, „wie Willy Fritsch beim Händedruck am Ziel ist, wie die Paudler (deren Gleichschaltung mich gleichfalls kalt lässt) ins Dritte Reich eingeht, man hört wie die Liane Haid ausruft: ‚Großartig

1 *Arbeiter-Zeitung*, 24.2.1933, S. 5.

2 Johann Wolfgang von Goethe: *Faust*, V. 7570-7573.

hab'n S' das g'macht, Herr Hitler, nur so weiter, toi toi toi!' und immer lachend Goebbels unter den Lamien: ‚Wie sie dem Satyrvolk behagen; / Ein Bocksfuß darf dort alles wagen.‘“ (DW 66) Gemeint ist Mephistopheles, der im selben Abschnitt des *Faust* von einer Sphinx zu den Lamien geschickt wird, „lustfeine Dirnen“, hinter deren Masken sich Schreckensgespenster verstecken.¹ Dass Goebbels, abgesehen vom Klumpfuß, die Lüsternheit mit Goethes Teufel gemein hatte, ist ein eigenes Kapitel der NS-Klatschgeschichte.

Die Ufa, um von den erotischen auf die wirtschaftlichen Fragen zurückzukommen, verlor in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre nicht nur Zuschauer, sondern auch wichtige Mitarbeiter an Hollywood, darunter den Schauspieler Emil Jannings, den Regisseur Friedrich Wilhelm Murnau und den Produktionschef Erich Pommer. Ein Ausweg aus der finanziellen Krise eröffnete sich erst im März 1927, als der deutschnationale Unternehmer Alfred Hugenberg den Konzern übernahm. Der frühere Vorsitzende der Stahlfirma „Krupp“ hatte bereits 1916 die „Deutsche Lichtbild-Gesellschaft“ aus der Taufe gehoben, war bei der Gründung der „Universum Film AG“ aber übergangen worden. In seinem Besitz befanden sich außerdem die Nachrichtenagentur „Telegraphen-Union“ und der Berliner Scherl-Verlag, dessen Generaldirektor Ludwig Klitzsch nun denselben Posten bei der Ufa bekam. Man verkaufte eine Reihe von Filmpalästen, sorgte für eine strengere Budgetkontrolle und holte Pommer aus den USA zurück. Mit Fritz Langs *Spione* und Joe Mays *Asphalt* erschienen dann wieder Filme, die künstlerisch anspruchsvoll und kommerziell erfolgreich waren. Der erste Tonspielfilm der Ufa hieß *Melodie des Herzens* und wurde am 16. Dezember 1929 uraufgeführt, zwei Jahre nach der Premiere von *The Jazz Singer*, der als Ursprungswerk des neuen Genres gilt. Obwohl beim anfangs benutzten Nadeltonverfahren, bei dem Projektor und Grammophon parallel laufen sollten, Bild und Sprache selten synchron waren, kam das Augen und Ohren erregende Kinoerlebnis sofort beim Publikum an. Nachdem der auf den Filmstreifen geprägte Lichtton die technischen Anlaufschwierigkeiten behoben hatte, setzte sich der „tönende Film“ ab 1930 international durch. Zu einem Welterfolg wurde etwa der nach Heinrich Manns Roman *Professor Unrat* inszenierte Ufa-Tonfilm *Der blaue Engel*, der Marlene Dietrich über Nacht berühmt machte. Als Varietékünstlerin Lola Lola trug sie, in knappe Kostüme gekleidet, Lieder wie *Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt* vor, die anschließend in aller Munde waren. So hielt man den amerikanischen Musicals bald Ope-

1 Vgl. ebenda, V. 7235-7239.

rettenfilme entgegen, wo Dialoge gesungen, Bewegungen getanzt und die spärlichen Handlungselemente mit der Musik verwoben wurden. Das deutsche Kino versuchte nicht mehr, den bedrückenden Alltag der Weimarer Republik filmisch zu verarbeiten, sondern bot wie in Eric Charells *Der Kongress tanzt* Ablenkung und Zerstreuung in einer märchenhaften Gegenwelt, als die hier ein biedermeierliches Wien diente. Neben der einträglichen Unterhaltungsschiene verfolgte die Ufa, seit Hugenberg den Konzern führte, einen entschieden nationalistischen Kurs, für den namentlich der aus Österreich stammende Regisseur Gustav Ucicky zuständig war. Seine Karriere hatte bei Alexander Kolowrat-Krakowsky im Kriegspressequartier begonnen, wo er als Kameramann Aufnahmen für die Wochenschau machte. Bevor er von der Ufa unter Vertrag genommen wurde, war er bei der „Sascha Filmindustrie AG“ zum Regisseur aufgestiegen und hatte dort vor allem Liebesfilme gedreht. Dass er sowohl in der Propaganda als auch in der Unterhaltung erfahren war, kam Ucicky zugute, als er in den Jahren 1930 und 1931 die beiden preußischen Heldenepen *Das Flötenkonzert von Sanssouci*, den ersten Fridericus-Rex-Film in Ton, und *Yorck* über den gleichnamigen Feldmarschall inszenierte. Die Premiere der Produktion über Friedrich II. fand unter Polizeischutz statt, weil Kommunisten und Sozialdemokraten nicht hinnehmen wollten, dass der Streifen jugendfrei in den Kinos gezeigt werden sollte, nachdem die Oberprüfstelle in Berlin die Vorführung des Antikriegsfilms *Im Westen nichts Neues* wenige Tage zuvor untersagt hatte. Die Nationalsozialisten feierten das Verbot als Parteisieg, da es SA-Männer gewesen waren, die bei Vorstellungen der amerikanischen Verfilmung des Romans von Erich Maria Remarque Demonstrationen mit Pfeifkonzerten, Stinkbomben und im Kino freigelassenen Mäusen veranstaltet hatten. Der linke Widerstand war hingegen nicht von Erfolg gekrönt, denn nach Siegfried Kracauers Kritik in der *Frankfurter Zeitung* kündigte sich das hohe Einspielergebnis des *Flötenkonzerts von Sanssouci* schon bei der Uraufführung an: „Das Gebrüll, das den zahmen Protest bald zudeckte, steigerte sich im weiteren Verlauf zu einem Taumel des Entzückens, wie ich ihn selten erlebt habe. Er überbot sich selber während der Militärmärsche am Ende, die von dem größeren Teil des Publikums glorreich und taktfest beklatscht wurden. [...] Wie sehr muß das Volk eines Halts entbehren, daß es ihn in einem solchen Glanzkriegsstück zu entdecken glaubt!“¹ Stand Friedrich der Große, wie ihn Otto Gebühr darstellte, für den idealen Führer, so vermittelte Werner Krauß in der Rolle Gene-

1 Siegfried Kracauer: *Der bejubelte Fridericus Rex*, S. 461f.

ral Yorcks von Wartenburg das Bild eines Kriegshelden, der sich nur um seines Landes willen entschließt, dem König den Gehorsam zu versagen. Da Friedrich Wilhelm III. den Pakt mit Frankreich selbst nach Napoleons russischer Niederlage nicht aufkündigen will, droht Preußen Schaden zu nehmen. Yorck, der ehrenhafte Rebell, schließt deshalb eigenmächtig eine Vereinbarung mit Russland, ruft zur Volksbewaffnung auf und eröffnet die Befreiungskriege gegen die napoleonische Herrschaft. „Es besteht kein Zweifel“, schrieb Kracauer in seiner psychologischen Filmstudie, „daß der Fall dieses illustren Soldaten verwendet wurde, um die historische Legitimität einer Allianz zwischen der Reichswehr und den rebellischen Kräften, repräsentiert von Hitler und Hugenberg, zu demonstrieren.“¹

Wer den Nationalsozialismus nihilistisch nennt, hat unrecht, wenn er das Wort landläufig versteht, denn an Prinzipien fehlte es im Dritten Reich keineswegs; richtig ist das Attribut im Sinn Nietzsches, der mit Nihilismus den „Willen zum Nichts“, das heißt eine Entwertung des Lebens im Namen höherer Werte bezeichnete.² Der Spielfilm *Morgenrot*, bei dem ebenfalls Gustav Ucicky Regie geführt hatte, war eine Ausgeburt dieser Haltung.³ Als er am 2. Februar 1933 im Ufa-Palast am Zoo aufgeführt wurde, nachdem die Premiere zwei Tage vorher in Essen stattgefunden hatte, saß der neue Reichskanzler, flankiert von seinen Koalitionären Alfred Hugenberg und Franz von Papen, im ersten Rang. „Morgenrot, Morgenrot, leuchtest mir zum frühen Tod“, singe der Henker, wie es in der *Dritten Walpurgisnacht* heißt, im deutschen Konzentrationslager. (DW 213) Dass K. K. dabei nicht nur Wilhelm Hauffs Gedicht *Reiters Morgengesang* im Sinn hatte, das in Friedrich Silchers Vertonung zu einem bekannten Soldatenlied geworden war, sondern auch den symbolträchtigen Film, wo es im Titel zitiert und am Schluss gespielt wurde, lässt eine andere Textstelle vermuten, die lautet: „[...] das Mene Thekel Upharsin, welches jenes letzte Ende verkündet, ist ein Film der Metufa.“ (DW 129f.) Über die Komposition aus dem Wort Metapher und dem Kürzel der „Universum Film AG“ wird noch zu reden sein. Fragen wir uns zunächst, weshalb *Morgenrot*, vom Namen und Erscheinungstermin abgesehen, ein Unheil kündendes Zeichen darstellte? Die Geschichte spielt im Jahr 1915. Kapitänleutnant Liers, den der österreichische Schauspieler Rudolf Forster gab, ist ein erfahrener U-Boot-Kommandant, der Meers-

1 Siegfried Kracauer: *Von Caligari zu Hitler*, S. 279.

2 Vgl. Gilles Deleuze: *Nietzsche und die Philosophie*, S. 161.

3 *Morgenrot*, BA-FA M 10435.

kirchen, seine Heimatstadt, verlassen muss, um hinter den feindlichen Linien einen britischen Kreuzer zu versenken. Der Abschied fällt allen schwer, besonders seiner Mutter, die nicht noch einen Sohn im Krieg verlieren will. Die Mannschaft hingegen sticht erwartungsvoll in See und erfüllt ihre Mission schon nach kurzer Zeit. Auf der Heimfahrt gerät das U-Boot aber in einen Hinterhalt, da sich ein Schiff der englischen Flotte als neutraler Segler tarnt – es wird von einem Zerstörer gerammt und sinkt, schwer beschädigt, in die Meeres-tiefe. Zehn Männer retten sich in einen wasserdichten Raum und finden dort acht Atemschutzgeräte vor. Für den pflichtbewussten Kommandanten ist klar, dass er und sein Oberleutnant Fredericks, den alle Fips nennen, zurückbleiben, damit der Rest überleben kann. Die Mannschaft weigert sich jedoch das Opfer anzunehmen und erklärt, mit ihren Führern untergehen zu wollen. „Alle oder keiner!“ Als Liers sich an Fredericks wendet, um die Lage zu besprechen, sagt dieser, er „könnte zehn Tode sterben für Deutschland, hundert“, worauf der Kapitän ergänzt: „Ich danke euch allen, und es freut mich, mit euch zusammen rückermarschieren zu können. Zu leben verstehen wir Deutsche vielleicht schlecht, aber sterben können wir jedenfalls fabelhaft.“ Es kommt dann nicht zum gemeinsamen Heldentod, weil sich Fips, der erfahren hat, dass sein großer Schwarm, die Tochter des Bürgermeisters, nicht ihn, sondern Liers liebt, und ein einzelgängerischer Matrose vorher selbst erschießen. Die übrigen Männer gelangen mithilfe der Tauchretter an die Wasseroberfläche und werden geborgen. Kurzum, das „letzte Ende“, das *Morgenrot* verkündet, ist der Krieg und also der Tod. Es ist jenes „nichts“, das K. K. zu Hitler einfällt, nämlich „Vernichtung“ als politisches Programm. (DW 12/23) Man denkt bei dieser Einsicht zu Recht an die Opfer der Nationalsozialisten, vor allem die Juden; es sollte allerdings nicht übersehen werden, dass die programmatische Geringschätzung des Lebens auch für die Täter galt. Deutsche Soldaten waren berufen, für das Vaterland zu sterben, und wer den Kampf überlebte, hatte seine Pflicht nicht voll erfüllt. Der Tod ist in *Morgenrot* kein Sturz in den Abgrund, sondern eine sanfte Umarmung, eine Heimholung oder, wie Liers sagt, „das einzige Erlebnis im Leben“. Dass Ucickys Film trotzdem keine nationalsozialistische Produktion war, zeigt eine Szene, in der die Mutter des Kapitänleutnants dem Bürgermeister auf seinen stolzen Bericht vom Untergang des britischen Kreuzers erwidert: „Ich freue mich, dass die Leute auf dem Boot meines Jungen gesund sind und wohlauf. Aber einen Grund zum Stolzsein gibt es da nicht – merke dir das. Sie haben ihre Pflicht getan, und die Pflicht war eine bittere. Warum soll

man sich freuen, wenn dabei, wer weiß, wie viel Menschen, ihr Leben geopfert haben, die auch ihre Pflicht erfüllten.“ Als *Morgenrot* im November 1939, kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs, wieder in die Kinos kam, war die belehrende Ansprache herausgeschnitten worden, um beim Publikum kein „falsches Mitleid“ zu erregen.¹ – Die wenigen schon 1933 erschienen NS-Spielfilme waren mehr Gunstbeweise der Produktionsgesellschaften als Auftragsarbeiten für das Propagandaministerium, das noch mit der organisatorischen „Einschaltung“ zu tun hatte. Im Fall der Ufa hießen die nationalsozialistischen Erstlinge *Hitlerjunge Quex* und *Flüchtlinge*, die beide das Motiv des Heldentodes aufgriffen. Heini Völker, der im Einsatz für die Hitlerjugend Kommunisten zum Opfer fällt, haucht mit dem Refrain des HJ-Liedes seinen Geist aus: „Unsre Fahne flattert uns voran ...“ Und der blonde Offizier Arneth, gespielt von Hans Albers, sagt, nachdem einer der wolgadeutschen Flüchtlinge, die er in der Mandschurei vor den Bolschewiken rettet, für die Gemeinschaft gestorben ist: „Für etwas sterben können, das ist doch das Beste. Den Tod wünsch ich mir.“² Der am 8. Dezember 1933 vorgestellte Film, der abermals unter der Leitung Ucickys entstanden war, erhielt das Prädikat „Künstlerisch besonders wertvoll“ und wurde von Goebbels erstmalig mit dem neuen „Staatspreis“ ausgezeichnet. Was die weitere Geschichte der Ufa angeht, so verkaufte Hugenberg, der sich kein halbes Jahr als Minister in Hitlers Regierung gehalten hatte, seine Aktienmehrheit 1937 an die offiziell private, de facto jedoch staatliche „Cautio Treuhand GmbH“, deren Aufgabe Anfang 1942 erledigt war, als mit der „Ufa-Film“, kurz Ufi, ein Staatskonzern geschaffen wurde, der alle übrig gebliebenen Produktionsfirmen zusammenschloss. Ihm gehörte auch die „Wien-Film GmbH“ an, die 1938 infolge der Annexion aus der deutsch-österreichischen „Tobis-Sascha-Filmindustrie“ hervorgegangen war. Während Melodramen und Dokumentarfilme weiterhin in Berlin hergestellt werden sollten, war die Wiener Produktionsstätte ausersehen, für heitere Unterhaltung zu sorgen, was sie vor allem mit Musik-Komödien tat. So boten Filme wie Willi Forsts *Operette* oder *Wiener Blut* zwar romantische Ablenkung vom Kriegsgeschehen, übten mit ihrer mundartlichen Sprache und ihren Österreich-Klischees aber zugleich leise Kritik an den preußischen Idealen.³ Gustav Ucicky hingegen drehte mit *Heimkehr* 1941 einen der bekanntesten nationalsozialistischen Propagandafilme in Wien. Das Drehbuch, das wie bei *Morgenrot* und *Flücht-*

1 Vgl. Francis Courtade u. Pierre Cadars: *Geschichte des Films im Dritten Reich*, S. 119.

2 Zit. nach Erwin Leiser: „Deutschland, erwache!“, S. 26.

3 Vgl. Robert von Dassanowsky: *Between Resistance and Collaboration*, S. 62-67.

linge von Gerhard Menzel stammte, handelt von der Befreiung einer Gruppe Auslandsdeutscher, die in Polen verfolgt und schließlich zum Tode verurteilt werden, weil sie am 1. September 1939 heimlich die Rede Hitlers vor dem Reichstag im Radio hören. Die politische Botschaft des von Goebbels bestellten Films, bei dem Paula Wessely und Attila Hörbiger die Hauptrollen spielten, liegt auf der Hand: Mit dem Angriff auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg auslöste, beschützte die Wehrmacht eine „volksdeutsche“ Minderheit vor ihren Peinigern. In Sachen Geschichtslüge und Feindbildung steht *Heimkehr* Veit Harlans antisemitischem Spielfilm *Jud Süß* über die historische Figur des Joseph Süß Oppenheimer, der ein Jahr früher entstanden war und auf Himmlers Befehl allen SS-Leuten vorgeführt wurde, in nichts nach. Zahlenmäßig überwog im Kinoprogramm des Dritten Reichs jedoch nicht gezielte Propaganda, sondern Zerstreuung, weshalb kaum verwunderlich ist, dass die Ufa ihr 25-jähriges Jubiläum 1943 mit dem Märchenfilm *Münchhausen* feierte – der ersten großen Farbproduktion des Studios. Goebbels freilich gab kurz nach dieser Premiere bei Harlan, seinem bevorzugten Regisseur, einen Kriegsfilm in Auftrag, der die deutsche Kampfmoral stärken sollte: *Kolberg* wurde ein megalomanes Projekt mit abertausenden Statisten und über acht Millionen Reichsmark Herstellungskosten. Die Uraufführung fand am 30. Jänner 1945, zwölf Jahre nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, in der Atlantik-Festung La Rochelle statt, wo deutsche Truppen seit Monaten eingeschlossen waren; 47 Tage später nahm die Rote Armee die an der Ostsee gelegene Stadt Kolberg, deren Bürgerwehr sich in der Filmversion so heroisch gegen das napoleonische Heer verteidigt, ein.

„Erschütternde Bilder von der Not eines geknechteten Volkes“, sei der Titel eines Tonfilms, schreibt K. K., mit dem die Nationalsozialisten gegen „österreichische Greuel“ protestieren würden. (DW 186) Tatsächlich stammt das Zitat aus der Inhaltsangabe des *N. S. Ton-Bild-Berichtes Nr. 2*, den die Reichspropagandaleitung der NSDAP im Sommer 1933 herausbrachte und der im Filmarchiv des deutschen Bundesarchivs erhalten geblieben ist.¹ Aber liegt diesem Hinweis eigene Zeugenschaft zugrunde? Lief der knapp zwanzigminütige Streifen in einem der rund 180 Kinos, die es damals in Wien gab?² Nach den Zensurlisten der Magistratsabteilung 52 zu schließen, die in der Hauptstadt für die Filmprüfung zuständig war, lautet die Antwort: Nein. Denn das Verzeichnis der im Zeitraum von 1. Jänner bis

1 *N. S. Ton-Bild-Bericht Nr. 2*, BA-FA K 172392.

2 Vgl. zur Kino-Anzahl Walter Fritz: *Im Kino erlebe ich die Welt*, S. 145.

31. Dezember 1933 freigegebenen Filme enthält keinen *N. S. Ton-Bild-Bericht Nr. 2*.¹ Das heißt, dass er entweder abgelehnt oder gar nicht, wie landesgesetzlich vorgeschrieben, zur Kontrolle eingereicht wurde. Dessen ungeachtet mag der Propagandafilm, sei es bei Parteiveranstaltungen oder von nationalsozialistischen Kinobesitzern, illegal gezeigt worden sein; realistischer als die Vorstellung, K. K. habe sich zwischen eine Schar johlender Braunhemden gezwängt, ist jedoch, dass die Ausgabe der *Arbeiter-Zeitung* vom 11. August als Quelle diene. Dort findet sich nämlich eine mit „Deutscher Greuelfilm“ betitelte Glosse, wo das „in einer gleichgeschalteten reichsdeutschen Filmzeitung“ abgedruckte Inserat der NS-Produktion zitiert wurde: „Dollfuß spricht über den Nationalsozialismus. / Polizeiattacken auf die Wiener Bevölkerung. / Erschütternde Bilder von der Not eines geknechteten Volkes!“² Der Beitrag über Österreich ist das letzte der vier Sujets des *N. S. Ton-Bild-Berichtes Nr. 2*. Als Erstes sind Aufnahmen von der „Einweihung der Reichsführerschule in Bernau bei Berlin“ zu sehen; dann geht es gegen die „rote Mordpest im Ausland“, die am 1. Mai vor allem in den USA ihr Unwesen getrieben habe; und nachdem der angeblichen „Opfer eines marxistischen Mordschützen“ gedacht wurde, und zwar SA-Männern, die ein Sozialdemokrat bei der „Köpenicker Blutwoche“ in Notwehr erschossen hatte, kommt das Nachbarland an die Reihe, dessen Bundeskanzler sich in einem „Verzweiflungskampf“ gegen den Nationalsozialismus befinde. Mit Naheinstellungen von Schlagzeilen des *Völkischen Beobachters* wird auf jene „christlich-soziale Verschwörung“ in Österreich hingewiesen, wie sie bei der Türkenbefreiungsfeier im Schönbrunner Schlosspark, der die folgenden Szenen gewidmet sind, zum Ausdruck gekommen sei. Dollfuß redet zu den versammelten Anhängern über „fremde Ideen“, die sich im Volk „eingenistet“ hätten, worauf die männliche Off-Stimme ergänzt, dass zur selben Stunde „dieses österreichische Volk in Wien die deutschen Minister Kerrl und Frank“ empfangen habe: Hitlergrüßende und heilrufende Menschenmassen jubeln einer Autokolonne zu, in der, wie die nächste Sequenz zeigen soll, der Besuch aus dem Reich chauffiert wurde. „Vielen herzlichen Dank“, sagt Hans Frank zum Wiener Gauleiter Alfred Eduard Frauenfeld, „für den lieben Empfang, den Sie mir hier bereitet haben.“ Es sei eine „unerhörte Freude“, an der „deutlichsten Stelle des Ostens“, wo Hitlers „Lebenskampf als einfacher Handarbeiter“ begonnen habe, betonen zu können, dass der Führer stolz auf sei-

1 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 437-496.

2 *Arbeiter-Zeitung*, 11.8.1933, S. 4.

ne Heimat sei, die „zu ihm und seiner Bewegung, zur Idee des Völkerfriedens, zur Idee der nationalen Wohlfahrt, zur Idee der Freiheit und Reinheit des Volkslebens“ stehe. Die kurze Ansprache erntet großen Beifall, Heilrufe, erhobene Arme; Demonstranten, hauptsächlich junge Männer, singen das Deutschlandlied und werden von Polizisten mit Pferden und Schlagstöcken durch die Straßen geschoben; Bajonette erscheinen in Nahaufnahme; einer, der wie Ludwig Wittgenstein aussieht, wird abgeführt. Dann schwenkt die Kamera auf einen Aufmarsch der Heimwehr, und der Sprecher erläutert: „Der Weg der Unterdrückung und Verbote ist gefährlich, wenn man die Mehrzahl des Volkes gegen sich und als Gegner eine Bewegung hat, deren innere Kraft alles überrennt, was sich ihr in den Weg stellt.“ Mit dem Nebensatz wechselt das Bild, in das nun von rechts SA-Truppen mit Hakenkreuzfahnen marschieren, streng geordnet an Hitler vorbei, der die Parade mit zusammengeschlagenen Stiefeln und ausgestrecktem Arm begutachtet. Die letzten Szenen des Films zeigen Ausschnitte der Kundgebung in der Wiener Engelmänn-Arena. „Wir aber deutsche Volksgenossen“, ruft ein Redner¹ mit hoher, aggressiver Stimme, „wir werden diesen Kampf gekrönt haben durch den Erfolg, durch den Sieg! Wir Deutsche der Ostmark hier, wir werden heimgefunden haben ins heilige dritte deutsche Reich!“ Daraufhin stimmt die Menge, von einer Kapelle begleitet, das Horst-Wessel-Lied an, mit dem der *N. S. Ton-Bild-Bericht* Nr. 2 ausklingt. Der Propagandafilm über Hans Franks Aufenthalt in Wien am 13. und 14. Mai 1933 fiel seinem eigenen Thema, dem deutsch-österreichischen Konflikt, zum Opfer. Denn ab Juni, nachdem der Affront des bayrischen Justizministers zur Eskalation der Auseinandersetzung geführt hatte, finden sich im Unterschied zu den vorangegangenen Monaten keine NSDAP-Produktionen mehr auf den Zensurlisten des Wiener Magistrats 52. Im Februar, zum Beispiel, hatten die zuständigen Beamten nicht nur *Morgenrot* zur Aufführung freigegeben, sondern auch *Hitler über Deutschland* sowie die Kurzfilme *14 Jahre System* und *Deutsche Wehr! Deutsche Ehr!*, in denen Goebbels und Göring, linkisch in Szene gesetzt, die „Novemberverbrecher“ verteufelten und ihren „Führer Adolf Hitler“ priesen.² Dessen *Aufruf an das deutsche Volk*, wie ein Mitschnitt der am 10. Februar im Berliner Sportpalast abgehaltenen Wahlveranstaltung genannt wurde, passierte die „Filmvorführungsstelle“ einen

1 Laut dem Deutschen Rundfunkarchiv handelt es sich um Theo Habicht (DRA 2844053), dessen Stimme in der erwähnten *Ansprache an das österreichische Volk* allerdings tiefer und anders gefärbt ist.

2 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 442-447; *14 Jahre System*, BA-FA BSP 9314; *Deutsche Wehr! Deutsche Ehr!*, BA-FA M 23115.

Monat später.¹ Der künftige Propagandaminister tritt als Vorredner des Reichskanzlers auf und nimmt die bigotte Public-Relations-Definition „Tu Gutes und rede darüber“² vorweg: „Man muss nämlich gut regieren und für eine gute Regierung auch eine gute Propaganda betreiben.“ Was er meint, zeigt sich, als er auf die liberale Presse zu sprechen kommt, die versuchen würde, Notverordnungen zu umgehen. „Sie sollen sich hüten“, geifert Goebbels mit erhobenem Zeigefinger: „Einmal wird unsre Geduld zu Ende sein, und dann wird den Juden das freche Lügenmaul gestopft werden!“ Bevor der Satz ausgerufen ist, bricht der Jubel los, und als die Kamera über die Köpfe fährt, lachen die Frauen herzlich und die Männer reißen die Arme hoch. Es folgt die „Funkreportage von Dr. Goebbels“, die Hitlers Einzug in den Sportpalast beschreibt, wie wenn es um einen Boxkampf Max Schmeling's ginge. Der Champ steigt aufs Podium im braunen Anzug mit angesteckter Medaille, dem Eisernen Kreuz. Wer sein Gegner ist, macht das Banner deutlich, das der Fanklub am Rang befestigt hat: „Der Marxismus muß sterben, damit die Nation wieder auferstehen kann!“ Die Mängel in Programm („Rettung des deutschen Volkes“) und Artikulation („Auferstehung“ statt „Auferschtechung“) gleicht er wie immer durch Lautstärke und Gebärdensprache aus. Nachdem Hitler sein Drittes Reich polysyndetisch als jenes „der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit“ angekündigt hat, spricht Goebbels gemeinsam mit dem Publikum die Schlussworte: „Unser Volk, unser Vaterland und unser Führer – Heil! Heil! Heil!“ Ein Erweckungserlebnis, wie es im Buch der Bücher steht. Passagen der Rede sind auch in *Deutschland erwacht* zu sehen und zu hören, einer im Auftrag der NSDAP erzeugten „Dokumentation“ der ersten Wochen nationalsozialistischer Herrschaft, deren Vorführung von der Wiener Zensur im Mai 1933 bewilligt wurde.³ Besser zusammengestellt als dieses langatmige Machwerk, das Ansprachen und Paraden von Hitlers Ernennung zum Reichskanzler über den Wahlkampf bis zum „Tag von Potsdam“ aneinanderreicht, war jedoch der im selben Monat genehmigte Kompilationsfilm *Blutendes Deutschland*, den der nationalistische Regisseur Johannes Häußler erstmals 1932 und nun in einer erweiterten Version herausgebracht hatte.⁴ Von der rund siebzigminütigen Langfassung, die

1 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 450; *Hitlers Aufruf an das deutsche Volk*, BA-FA M 924.

2 Vgl. Georg-Volkmar Zedtwitz-Arnim: *Tu Gutes und rede darüber*.

3 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 461; *Deutschland erwacht*, BA-FA M 9.

4 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 460.

bis zur „Schlacht von Sedan“ im Jahr 1870 zurückführte, sind im Filmarchiv des deutschen Bundesarchivs lediglich Fragmente erhalten, und zwar knapp siebzehn Minuten des letzten Akts.¹ Der vorhandene Torso beginnt mit Aufnahmen des 1927 in Nürnberg abgehaltenen Parteitags der NSDAP, wo jenem „Weimarer System“ der Kampf angesagt worden sei, das, wie eine Tafel mit fallenden Kursen veranschaulichen soll, der Berliner Börsenkrach gerade erschüttert hatte. „Jüdische Revue am laufenden Band“, sagt der Sprecher, während Straßakten, Reklamezettel des Films *Im Westen nichts Neues* und „entartete“ Kunstwerke im Bild erscheinen, bis der Ruf „Isidor! Isidor!“ zu hören und der ehemalige Vize-Polizeipräsident von Berlin, Bernhard Weiß, zu sehen ist, der von Goebbels mit antisemitischen Hetzkampagnen systematisch verleumdet worden war. Den folgenden Szenen linker Demonstrationen, die mit Flöten- und Streichmusik unterlegt sind, wird ein von Bläsern begleiteter SA-Aufmarsch entgegengesetzt, an den sich eine aus „Dawesplan“, „Youngplan“ und Zahlenreihen montierte Schrift-Sequenz schließt: „Das Ausland diktiert!“, lautet der Kommentar. Später laufen Bilder einer sozialdemokratischen Veranstaltung in der Wiener Wohnhausanlage „Ebert-Hof“ ab. „Auch in Österreich schwatzt die Zweite Internationale“, sagt eine Off-Stimme, und eine andere fügt hinzu: „Während Moskau handelt – der Wiener Justizpalast geht in Flammen auf.“ Der Film zeigt das rauchende Gebäude, Löscheinsätze, Menschenmengen. Dann folgen Aufnahmen des Erzbischofs von Wien und des Chefredakteurs der *Arbeiter-Zeitung*, was der Sprecher mit den Worten kommentiert: „Weihwasser auf die Wogen; der Jude Austerlitz arbeitet weiter.“ In Berlin schalte sich „Dr. Goebbels“ ein, wo bald die Parole „Deutschland, erwache!“ laut werde. „Ich habe mir *ein* Ziel gestellt“, brüllt Hitler, „nämlich die dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen!“ Kabinette kommen und gehen; es bleiben, sagen die Bilder, Notverordnungen, Millionen Arbeitslose und bolschewistische Krawalle. Schließlich, am 30. Jänner 1933, erhält das Reich „seinen Führer“, den das Volk mit Fackelzügen feiert und der in der Sportpalast-Rede vom 10. Februar ruft: „Ich habe es gewagt!“ Damit endet, was von *Blutendes Deutschland* übrig ist.

In *Paimann's Filmlisten*, einer Wiener *Wochenschrift für Lichtbild-Kritik*, war die Produktion als „Reportage mit politischer Tendenz“² verzeichnet, die am 16. Juni ohne Jugenderlaubnis in Österreich angelaufen sei – für die Kinos der Hauptstadt liege jedoch keine Ge-

1 *Blutendes Deutschland*, BA-FA B 95310.

2 *Paimann's Filmlisten*, Nr. 898/1933, S. 63.

nehmung vor. Der Propagandafilm muss also, nachdem ihn die Zensurstelle freigegeben hatte, nachträglich verboten worden sein, was insofern nicht verwunderlich ist, als sich im Monat der Erstaufführung die erwähnte Zäsur in den Entscheidungen der Magistratsabteilung 52 abzeichnete. Woher rührte der Sinneswandel der Filmprüfer? Aufschluss über diese Frage gibt die *Reichspost* vom 12. April 1933, in deren Leitartikel einer der Wiener Zensoren, der Gemeinderat Franz Stöger, „Schutz gegen das Filmgift“ forderte.¹ Die Behauptung, dass Österreich „keine Filmzensur“ besitze, stimmte freilich nicht, denn faktisch wurde sie in den Ländern ausgeübt; gemeint war der mangelnde Einfluss der Bundesregierung auf die Kinopolitik – ein Manko, das mit einer zwei Tage vorher erlassenen Notverordnung ausgeglichen werden sollte. So enthielt die gleiche Nummer des christlichsozialen Organs einen Beitrag über diese neue Vorschrift, die festlegte, dass die Bestimmungen des Telegraphengesetzes auch auf Tonkinoeinrichtungen anzuwenden seien, da es sich bei der akustischen Wiedergabe um einen elektrischen Vorgang handle, was eine fadenscheinige, aber wirksame Begründung war, zumal nun der Handelsminister Konzessionen zum Betrieb von Tonkinos vergeben bzw. verweigern konnte.² Wer eine Bewilligung bekam, wurde verpflichtet, im Beiprogramm, wie es in einer weiteren Verordnung hieß, „auf österreichischen Apparaturen hergestellte Kurztonfilme vorzuführen“,³ wobei der Bund für die Auswahl geeigneter Produktionen zuständig war. Als diese Regelung am 9. Juni 1933 in Kraft trat, erschien die erste Ausgabe der „vaterländischen Wochenschau“ *Österreich in Bild und Ton*, die im Auftrag der Regierung von der Wiener „Selenophon Licht- und Tonbildgesellschaft“ gedreht wurde und jene „Kurztonfilme“ zeigte, welche künftig in allen österreichischen Kinos laufen mussten.⁴ Theoretisch bestand zwar noch die Möglichkeit, eine weitere Wochenschau aus dem Ausland zu spielen; de facto wurde sie jedoch kaum genutzt, denn erstens ging es sich zeitlich nicht aus, neben Haupt- und Kulturfilm zwei Wochenschauen ins Programm aufzunehmen, und zweitens fehlte den meisten Kinobesitzern das Geld, abgesehen von *Österreich in Bild und Ton*, eine ausländische Alternative zu beziehen. Dass die Auswahl ohnehin gering war, machen die Wiener Zensurlisten deutlich: Hatte man von Jänner bis Juni auch die *Tonwochen* der Ufa und die deutsche Version der *Fox Movietone News* genehmigt,

1 *Reichspost*, 12.4.1933, S. 1f.

2 Vgl. ebenda, S. 8, sowie BGBl. 1933/131.

3 Vgl. BGBl. 1933/198.

4 Vgl. Michael Achenbach: „... wenn der Erfolg gewährleistet sein soll“, S. 74.

so wurde ab Juli – außer der österreichischen – nur mehr die Wochenschau der amerikanischen Produktionsfirma „Paramount“ freigegeben.¹ Für uns ist vor allem die Frage wichtig, weshalb die aktuellen Berichte der „Universum Film AG“ die Gunst der Magistratsbeamten verloren? Mit anderen Worten: Standen die *Ufa-Tonwochen* bereits Mitte 1933 unter nationalsozialistischer Kontrolle? Gegen diese Vorstellung spricht, dass die NS-Führer der Wochenschau zunächst weit weniger Aufmerksamkeit widmeten als dem Spielfilm. Goebbels dürfte erst 1935 angefangen haben, die regelmäßig veröffentlichten Nachrichtenfilme propagandistisch zu nutzen, bis die bestehenden Titel dann im Krieg zur *Deutschen Wochenschau* vereinigt und also gleichgeschaltet wurden.² Allerdings hatte der Minister auch *Hitlerjunge Quex* und *Flüchtlinge*, die durchaus seiner Ideologie entsprachen, nicht bestellt. Eilte der Gehorsam der Ufa bei der Wochenschau ebenso zügig voraus wie beim Spielfilm? Das lässt sich nicht direkt am Material prüfen, da die Überlieferung aus der Vorkriegszeit sehr bruchstückhaft ist; von den im ersten Halbjahr 1933 in Wien gespielten Ausgaben der *Ufa-Tonwoche* blieb keine einzige erhalten. Um einen Eindruck von der Berichterstattung über die Machtergreifung zu gewinnen, kann man lediglich die zweite im Verleih der „Universum Film AG“ erschienene Wochenschau heranziehen, die *Deulig-Tonwoche*, von der im Filmarchiv des deutschen Bundesarchivs fast alle der zwischen Anfang Februar und Ende Juni herausgebrachten Nummern vorhanden sind.³ Die Wochenschau der im Ersten Weltkrieg von Alfred Hugenberg gegründeten „Deutschen Lichtbild-Gesellschaft“ war 1922 aus der erwähnten *Messter-Woche* hervorgegangen und fünf Jahre später, als der deutschnationale Unternehmer den Konzern übernommen hatte, in den Besitz der Ufa gelangt – seit Jänner 1932 kam sie als Tonfilm heraus. Was die Ausgabe vom 1. Februar 1933 über die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler brachte, wirkt programmatisch für die *Deulig-Wochenschauen* der nächsten Monate.⁴ Der Bericht über das „Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg“ war der letzte von sieben Beiträgen. „Nach Bekanntwerden der Nachricht sammelten sich Stahlhelmer und Formationen der SA und der SS zu einem gewaltigen, Stunden währenden Fackelzug“, sagt der Sprecher, und im Bild erscheinen zugleich Fahnen des deutschnationalen Soldatenbundes. Dann folgen die bekannten Aufnahmen des abendlichen Umzuges, die

1 Vgl. Thomas Ballhausen u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur*, S. 437-496.

2 Vgl. dazu Peter Bucher: *Wochenschau und Staat 1895-1945*, S. 750-753.

3 Vgl. Peter Bucher: *Wochenschauen und Dokumentarfilme 1895-1950 im Bundesarchiv-Filmarchiv*, S. 27-32.

4 Vgl. DTW 57/1933 sowie Peter Bucher: *Machtergreifung und Wochenschau*, S. 190-193.

nicht wie bei den Propagandafilmen der NSDAP mit dem Horst-Wessel-Lied, sondern mit preußischer Militärmusik unterlegt sind. Die vorletzte Einstellung zeigt die Mitglieder der Regierung beim Fototermin: Hitler setzt sich auf den Stuhl in der Mitte; Franz von Papen spricht Hugenberg an und nimmt, weil dieser stehen will, neben dem Reichskanzler Platz; auf der anderen Seite sitzt Göring. Von den anschließenden Gesprächen ist nur Gebrabbel zu hören, und so endet die Wochenschau mit dem Deutschlandlied, ohne dass der Regierungschef in verständlicher Weise zu Wort gekommen wäre. Kurzum, die Deulig-Sequenz sollte das neue Kabinett als ein nationales, nicht als ein nationalsozialistisches präsentieren. Die Botschaft lautete, dass die preußischen Granden (vom Reichspräsidenten Hindenburg abwärts) die NSDAP für ihre Ziele eingespannt hatten. Hugenberg, seit 1928 Vorsitzender der Deutschnationalen, scheint seine Wochenschauen auch nach dem 30. Jänner 1933 zur Bewerbung der eigenen Partei verpflichtet zu haben. Denn die Tendenz der beschriebenen Ausgabe setzte sich in den folgenden Nummern fort. In einem Beitrag über die Reichstagswahlen vom 5. März hieß es beispielsweise: „An den Vortagen der Wahl veranstalteten SA- und SS-Formationen der Nationalsozialisten zahlreiche Propagandamärsche. Am Nachmittag des Wahlsonntags marschierten 26.000 Stahlhelmer unter dem Jubel der Bevölkerung durch das Brandenburger Tor zu einer Kundgebung auf dem Schlossplatz.“¹ Während des Frühlings hielt die *Deulig-Tonwoche* noch an der Linie fest, die Beseitigung der Weimarer Republik als deutschnationales Werk darzustellen, wenngleich nun gelegentlich nationalsozialistische Sujets, etwa eine Reportage über den Judenboykott am 1. April,² erschienen. Nachdem Hugenberg aber Ende Juni als Minister zurückgetreten war und sich seine Partei unter Zwang selbst aufgelöst hatte, begannen die *Deulig-Tonwochen*, das NS-Regime vorbehaltlos zu unterstützen,³ und es ist anzunehmen, dass dieser Verlauf auch für die anderen Wochenschauen der Ufa gilt. So gesehen, wurde *Österreich in Bild und Ton* rechtzeitig eingeführt, um bei den Wiener Kinobesuchern Dollfuß statt Hitler als den Heiland anzupreisen. Denn ungeachtet dessen, dass die meisten Beiträge der Unterhaltung dienten, war die „vaterländische Wochenschau“ ein Propagandainstrument der österreichischen Regierung, das weder Hakenkreuze noch den deutschen Reichskanzler als den „Führer“ zeigen durfte: Eine Misserfolgsgeschichte, die den Ausgeblendeten ins rechte Licht rückte.

1 DTW 62/1933.

2 Vgl. DTW 66/1933.

3 Vgl. Peter Bucher: *Machtergreifung und Wochenschau*, S. 193.

V

Das Menetekel des letzten Endes sei ein Film der „Metufa“, heißt es in der *Dritten Walpurgisnacht*. (DW 129f.) Was sagt uns dieser Begriff, davon abgesehen, dass sich die Stelle auf den besprochenen Spielfilm *Morgenrot* beziehen lässt? Sein Gerüst bildet das Wort „Metapher“, das auf das griechische Verb „metaphérein“ zurückgeht und also „Übertragung“ bedeutet. Übertragen wird bei der Metapher der Sinn eines Ausdrucks: Wenn Rudolf Forster in der Rolle des U-Boot-Kommandanten Liers behauptet, es freue ihn, gemeinsam mit seiner Mannschaft „rübermarschieren“ zu können, dann ersetzt er die Vorstellung, dass zehn Menschen ersticken oder ertrinken werden, durch das Bild einer Gruppe von Soldaten, die aufrecht und pflichtbewusst eine Grenze überqueren, Neuland betreten, das der Eroberung (im übertragenen Sinn) harrt. Indem K. K. den hinteren Teil des Worts gegen das klanglich passende Kürzel der „Universum Film AG“ austauscht, formt er eine Kontamination, die zwei Schlüsse nahelegt, nämlich erstens, dass die Ufa diese Methode der symbolischen Verschiebung gezielt anwendet und dass sie, zweitens, selbst die Metapher eines Systems darstellt, was rhetorisch ungenau ist, denn im Grunde handelt es sich um eine synekdochische Beziehung – das deutsche Filmunternehmen steht für die Massenmedien insgesamt. Damit kehren wir an den Beginn der Untersuchung zurück, das heißt zum kakanischen Verständnis von Medien als Ausweitungen der menschlichen Sinnesorgane, denen die gesellschaftliche Aufgabe zukommt, Wahrnehmungen unverfälscht zu übermitteln. In Wirklichkeit aber verzahnen sich Medium und Metapher, da während der Vermittlung Übertragungen stattfinden, die schwerwiegende Folgen zeitigen: „Denn der Nationalsozialismus hat die Presse nicht vernichtet, sondern die Presse hat den Nationalsozialismus erschaffen. Scheinbar nur als Reaktion, in Wahrheit auch als Fortsetzung. Jenseits aller Frage, mit welchem Humbug sie die Masse nähren – sie sind Journalisten. Sie sind Leitartikler, die mit Blut schreiben. Ja, Feuilletonisten der Tat. Sie haben die Höhle bezogen, als die das gedruckte Wort der Altvordern die Phantasie der Menschheit hinterlassen hat, und daß sie des Zierats entbehren oder ihn nicht nachstümpfern können, ist ihr kultureller Vorsprung.“ (DW 307f.) Was K. K. den Medien vorwirft, ist ihr Unvermögen zur strengen Benennung der Realität, ihren Hang, künstlerische Mittel im Informationsgeschäft zu missbrauchen. Darum liegt der hypertrophen Anklage, dass die Presse „den Nationalsozialismus erschaffen“ habe, der kryptische Befund zugrunde, die Nationalsozialisten hätten „die Höhle bezogen, als die das ge-

druckte Wort der Altvorden die Phantasie der Menschheit hinterlassen hat“ – ein Urteil, das Marshall McLuhans bekannte These, wonach das Medium die Botschaft sei,¹ gedanklich vorwegnimmt. Denn für K. K. besteht die wesentliche Gefahr der Medien, ungeachtet der Frage, „mit welchem Humbug sie die Masse nähren“, in den Auswirkungen auf die Erkenntniskräfte der Leser, Hörer und Betrachter. Es geht ihm nicht primär um die Inhalte, sondern um die Art und Weise, wie die Inhalte vom Sender zum Empfänger gelangen. Die beiden journalistischen Typen der angeführten Passage, die „Leitartikler“ und die „Feuilletonisten“, sind das Gegenteil eines meldenden Boten: der eine kommentiert die Ereignisse, der andere umschreibt sie – berichten will keiner. So trifft die Interpretation noch vor der Information beim Publikum ein, das nicht die Gelegenheit erhält, das, was vorgefallen ist, selbstständig zu verarbeiten. Wer 1933 in Wien über das wirkliche Geschehen in Deutschland Bescheid wissen wollte, musste die Tatsachen aus einem Meinungsmeer fischen. Die *Neue Freie Presse* gab entweder die nationalsozialistische Darstellung oder gar nichts wieder; die *Reichspost* hielt sich in der Regel an die offiziösen Nachrichtenagenturen; und die *Arbeiter-Zeitung* minderte die Glaubwürdigkeit ihrer Zeugenberichte, indem sie die erschütternden Schilderungen in den parteipolitischen Kontext des Klassenkampfes stellte. Im Radio waren außer unterhaltenden vor allem Propagandasendungen zu hören, die je nach gewählter Station das deutsche oder das österreichische Regime lobten; und die Kinos brachten, abgesehen von Spielfilmen, „Dokumentationen“ der NSDAP, deutschnationale Wochenschauen, aber keine Filme, die wahrheitsgetreu vermittelten, was im Nachbarland vor sich ging. Dass es trotzdem möglich war, sich schon 1933, und zwar von Wien aus, ein adäquates Bild vom verbrecherischen Charakter des Dritten Reichs zu machen, das zeigt die *Dritte Walpurgisnacht* und das bestätigt unsere Untersuchung. Gewiss, die Leute wollten es nicht wahrnehmen, sahen und hörten weg, kümmerten sich bewusst um den eigenen Kram. Folgt man der kakanischen Medienkritik, dann waren viele jedoch nicht mehr imstande, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, weil ihnen das Fundament, der Kitt der Erkenntnisquellen, fehlte: „Wir haben also eine reine Einbildungskraft, als ein Grundvermögen der menschlichen Seele, das aller Erkenntnis a priori zum Grunde liegt. Vermittelst deren bringen wir das Mannigfaltige der Anschauung einerseits, und mit der Bedingung der notwendigen Einheit der reinen Apperzeption andererseits in Verbindung. Beide äußerste Enden, nämlich

1 Vgl. Marshall McLuhan: *Die magischen Kanäle*, S. 13-28.

Sinnlichkeit und Verstand, müssen vermittelt dieser transzendentalen Funktion der Einbildungskraft notwendig zusammenhängen; weil jene sonst zwar Erscheinungen, aber keine Gegenstände eines empirischen Erkenntnisses, mithin keine Erfahrung geben würden. Die wirkliche Erfahrung, welche aus der Apprehension, der Assoziation (der Reproduktion), endlich der Rekognition der Erscheinungen besteht, enthält in der letzteren und höchsten (der bloß empirischen Elemente der Erfahrung) Begriffe, welche die formale Einheit der Erfahrung, und mit ihr alle objektive Gültigkeit (Wahrheit) der empirischen Erkenntnis möglich machen.“¹ Die Einbildungskraft ist in der Kantschen Erkenntnislehre insofern maßgeblich an der Urteilsbildung beteiligt, als sie erstens die „Apprehension“, die Zusammenfassung der Sinneseindrücke zu einem Bild, zweitens die „Assoziation“ als Wiedererweckung von Vorstellungen in der Erinnerung und drittens die „Apperzeption“, das bewusste Erfassen eines Wahrnehmungsinhalts, verwirklicht – sie dient, vereinfacht gesagt, als Bindeglied zwischen Sinnlichkeit und Verstand, den beiden Stämmen der Erkenntnis. Wenn man die Prämisse, wonach „das gedruckte Wort der Altvordern die Phantasie der Menschheit“ ausgehöhlt habe, auf diesem epistemischen Hintergrund sieht, dann lässt sich der Gedankengang von K. K. so verstehen, dass die Nationalsozialisten kein kollektives Bewusstsein entwickeln, sondern nur eine Masse von Menschen übernehmen mussten, die nicht mehr fähig waren, selbst zu denken, weil die Öffentlichkeit seit Jahrzehnten von Zeitungen beherrscht wurde, die keine Tatsache ohne Meinung verbreiteten, also die Leser der Freiheit beraubten, die übermittelten Sinnesdaten auf eigene Begriffe zu bringen, was zur Verkümmern ihrer Imagination geführt hatte. Ein Beispiel für diesen fantasielosen Zustand findet sich in Hannah Arendts Buch über den Prozess gegen Adolf Eichmann, den Leiter des „Judenreferats“ im Reichssicherheitshauptamt, den das Bezirksgericht Jerusalem zum Tod verurteilte: „Je länger man ihm zuhörte, desto klarer wurde einem, daß diese Unfähigkeit, sich auszudrücken, aufs engste mit einer Unfähigkeit zu *denken* verknüpft war. Das heißt hier, er war nicht imstande, vom Gesichtspunkt eines anderen Menschen aus sich irgend etwas vorzustellen. Verständigung mit Eichmann war unmöglich, nicht weil er log, sondern weil ihn der denkbar zuverlässigste Schutzwall gegen die Worte und gegen die Gegenwart anderer, und daher gegen die Wirklichkeit selbst umgab: absoluter Mangel an Vorstellungskraft.“²

1 Immanuel Kant: *Kritik der reinen Vernunft*, A 124f.

2 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, S. 126.

So, wie ihn Arendt beschreibt, hatte Eichmann kein eigenes Vokabular; er redete in Phrasen, gab die nationalsozialistischen „Sprachregelungen“ wieder, war aber nicht in der Lage, Sätze selber zu formulieren. Und genauso wie K. K. führt sie dieses Unvermögen auf mangelnde Imagination zurück, wenngleich sie von „Vorstellungskraft“ und er von „Phantasie“ spricht. An einer anderen Stelle der *Dritten Walpurgisnacht* steht freilich, „daß ja alles in der Welt geschah, weil in ihr zu wenig Vorstellung von der Welt war“. (DW 22) Hier wie dort begreift K. K. Fantasie als die Fähigkeit, sich die von den Sinnen gelieferten Anschauungen bewusst zu machen, um dann Schlüsse aus den Wahrnehmungen ziehen zu können. Er unterscheidet begrifflich jedoch nicht, wie es im 18. Jahrhundert aufgekommen ist, zwischen kontrollierter Einbildungs- bzw. Vorstellungskraft und zügelloser Fantasie,¹ obwohl in der *Dritten Walpurgisnacht* beide Varianten eine Rolle spielen: Die Mitwelt wolle nicht wahrhaben, was im Konzentrationslager geschehe, „weil sie einer deutschen Zone, deren Entfesselung wohl die primitive Gewalttat vorstellbar macht, diese erfinderische Phantasie, diesen Reichtum an immer neuen Formen der Quälerei und Erniedrigung, diese Romantik der Menschenschändung so lange nicht zutraut – bis sie es erlebt und erduldet“. (DW 216) Es wäre nicht möglich gewesen, ein normales Alltagsleben zu führen, wenn man sich die Torturen vergegenwärtigt hätte, die weniger dem Einfallsreichtum der Folterknechte als dem Vorstellungsraum der deutschen Sprache entsprungen waren. Denn die SA-Leute setzten, wie wir bemerkt haben, Redewendungen, erstarrte Metaphern in die Tat um, streuten Salz in offene Wunden, ließen die Opfer Spießruten laufen, stellten sie an den Pranger, verwirklichten also Handlungen, die im Lauf der Zivilisation ins Reich der Fantasie verbannt worden waren, sich als Verhaltensmuster aber in der Sprache konserviert hatten. Phrasen sind Vorurteile, weshalb K. K. die sorgsame Wortwahl als moralische Aufgabe betrachtet. Dass viele seiner Zeitgenossen unfähig waren, diese Pflicht zu erfüllen, legt er den Medien, namentlich der Presse zur Last, den Leitartiklern und Feuilletonisten, deren Geschwätzigkeit die Vorstellungskraft der Leser zugrunde gerichtet habe. Während die Auffassung, mediale Inhalte könnten beim Publikum direkte Wirkungen erzielen, das heißt Meinungen verändern, heute überholt ist, da sich der Kommunikationsprozess vielschichtiger gestaltet, als es das Reiz-Reaktions-Schema nahelegt,² erweist sich die kakanische Einsicht in die Macht

1 Vgl. etwa Immanuel Kant: *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*, S. 466 u. 484f.

2 Vgl. dazu Frieder Naschold: *Kommunikationstheorien*.

der Massenmedien, die menschliche Wahrnehmung selbst zu prägen, als überaus scharfsinnig. Walter Benjamin hat diese Idee in dem Essay *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, dessen erste Fassung 1936 erschien, auf den Punkt gebracht: „Die Art und Weise, in der die menschliche Sinneswahrnehmung sich organisiert – das Medium, in dem sie erfolgt – ist nicht nur natürlich, sondern auch geschichtlich bedingt.“¹ Breit diskutiert wurde der Zusammenhang allerdings erst, nachdem ihn Marshall McLuhan popularisiert hatte, im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts. 1964, als das folgenreiche Buch *Understanding Media* herauskam, veröffentlichte André Leroi-Gourhan den ersten Band von *La geste et la parole*, in dem die Technikentwicklung als fortlaufende Auslagerung menschlicher Fähigkeiten beschrieben wird. Mit der Erfindung der Schrift fing der Mensch dem französischen Paläontologen zufolge an, sein Gedächtnis in den sozialen Organismus zu verlegen – ein Prozess, der die gesamte Mediengeschichte charakterisiert. Belasse der Buchdruck, die Foto- und Fonografie den Lesern, Hörern und Betrachtern jedoch einen gewissen symbolischen Spielraum, so würden audiovisuelle, Augen und Ohren gleichzeitig fesselnde Darbietungen die „Bandbreite individueller Interpretation“ extrem einschränken: „Die Situation, die sich jetzt einzustellen beginnt, müsste danach eine Perfektionierung bedeuten, weil sie die Anstrengung der *Imagination* (im etymologischen Sinne) ökonomisiert. Aber die Imagination ist eine fundamentale Fähigkeit der Intelligenz, und eine Gesellschaft, in der die Fähigkeit zur Schöpfung von Symbolen nachlasse, verlöre zugleich ihre Handlungsfähigkeit.“² Michel Serres scheint diese Sorge zu ignorieren, wenn er, sich auf Leroi-Gourhan berufend, den „Mensch ohne Fähigkeiten“ als ein Wesen ankündigt, das sich mithilfe des Computers von der Erinnerung befreie, um Raum für Erfindungen zu schaffen: „Wie senile Greise wissen die Kinder von heute schon am nächsten Tag nicht mehr, was sie gestern im Fernsehen gesehen haben. Welche unermessliche Wissenschaft wird dieser Gedächtnisverlust hervorbringen?“³ Tatsächlich ist es ein Fortschritt, dass immer mehr Dokumente digital zur Verfügung stehen, weil der Zugriff auf Informationen vereinfacht wird und sich deren Interpretation nicht mehr im Quellennachweis erschöpfen kann. Was wäre jedoch mit den neuen Möglichkeiten anzufangen, wenn der menschlichen Kreativität, sei es durch einen falschen Journalismus oder durch die audiovisuelle Technik, der Boden entzogen würde? Für K. K.

1 Walter Benjamin: *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, S. 356.

2 André Leroi-Gourhan: *Hand und Wort*, S. 266f.

3 Michel Serres: *Der Mensch ohne Fähigkeiten*, S. 215.

stellen die Massenmedien nicht per se ein Problem dar, sondern nur insofern sie über ihre Vermittlerrolle hinausgehen. Die Journalisten sollen berichten, ihre Wahrnehmung unverändert wiedergeben und allenfalls in separaten Beiträgen mitteilen, wie sie über die gemeldeten Sachverhalte denken. In beiden Fällen muss die Sprache präzise und verständlich sein, so dass die Nachrichten und Kommentare als Stoff der Urteilsbildung dienen können. Rhetorische Stilmittel wie Metapher und Ironie, bei denen uneigentliche statt eindeutiger Bezeichnungen gesetzt werden, gehören deshalb nicht in journalistische Darstellungsformen. Was aber, so ist hier zu fragen, leistet die *Dritte Walpurgisnacht* selbst? Bildet sie die Realität originalgetreu ab? K. K. fügt Anspielungen, Parolen, Abkürzungen, Stellen aus Artikeln, Reden und Romanen, Verse aus Psalmen, Gedichten und Dramen zu einem Sprachmosaik, das allein von der Figur des *auctor* zusammengehalten wird, vom Schöpfer des Textes, der Autorität über die Collage hat, über Quelle und Wortlaut der Zitate, die bald umgeformt und ohne Anführung, bald gekennzeichnet und genau verwendet werden. Kurzum, es handelt sich nicht um eine Wiedergabe der Wirklichkeit, sondern um deren Konstruktion im Sinn des Brechtschen Diktums: „Die eigentliche Realität ist in die Funktionale gerutscht.“¹ Im Gegensatz zu den Massenmedien besitzt die Kunst das Recht und die Pflicht, ein Bild der Wirklichkeit zu montieren, den Zusammenhang der Phänomene aufzudecken, der hinter den Eindrücken aus zweiter Hand verborgen liegt. Als Kunstwerk ist die *Dritte Walpurgisnacht* einerseits postmedial, weil sie sich auf das Geschehen, wie es die Presse, das Radio und der Film darstellen, bezieht, und andererseits medienpädagogisch, da die Leser angeleitet werden, die Schwächen der Berichterstattung auszugleichen. Denn darin geht K. K. mit Benjamin und Brecht einig: Der „Ästhetisierung der Politik“ muss eine „Politisierung der Kunst“ antworten, die auf „gesteigerte Geistesgegenwart“ zielt, auf die Aktivität der Rezipienten.² Während Benjamin in der filmischen Schnitttechnik ein Instrument sieht, um die Wahrnehmung der Betrachter auf die beschleunigten Lebensverhältnisse einzustellen, und Brecht die Hörer anhand des Rundfunks zu Produzenten machen will, versucht K. K. vor allem eines, nämlich lesen und schreiben zu lehren. Es sind jene kritischen Fähigkeiten, die Kant in seinem Aufsatz *Was ist Aufklärung?* der Mündigkeit voraussetzt:³ „Ich verstehe aber unter dem öffentlichen Gebrauche seiner eigenen Vernunft denjenigen, den jemand *als Ge-*

1 Bertolt Brecht: *Der Dreigroschenprozeß*, S. 469.

2 Walter Benjamin: *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit*, S. 383 u. 378.

3 Vgl. zum Folgenden Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, § 13 u. 18.

lehrter von ihr vor dem ganzen Publikum der *Leserwelt* macht.“¹ Im Alltag müsse man sich, um das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen, zwar an die geltenden Gesetze halten; „öffentlich, d. i. durch Schriften“, seine Urteile darzulegen, dürfe jedoch niemandem verwehrt werden. Dass die Ansichten in einer gelehrten Weise zu äußern sind, soll die Meinungsfreiheit nicht auf einen Kreis von Experten eingrenzen, sondern „jeden einzelnen Menschen“ ermutigen, sich selbst aufzuklären, was alleine schwierig, als „Publikum“ aber „beinahe unausbleiblich“ sei. Mit anderen Worten, der „Schritt zur Mündigkeit“ verlangt eine Öffentlichkeit, wo jeder als verantwortlicher Autor überlegt, also frei handeln kann. 1784, als der Artikel in der *Berlinischen Monatsschrift* erschien, gab es noch keine Massenmedien im heutigen Sinn. Den aktuellen, zensurierten Zeitungen, die in erster Linie politische Nachrichten verbreiteten, standen Zeitschriften als intellektuelle Foren gegenüber, in denen sich herauszubilden begann, was man „öffentliche Meinung“ nennt. Im Lauf des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Presse zu einem lukrativen Wirtschaftszweig, der nach einer Reihe von elektronischen Entdeckungen mit Film und Radio in Konkurrenz um die Aufmerksamkeit eines Publikums trat, das konsumierend anstatt räsonierend betrachtet wurde. Angesichts dieser Mediengeschichte will K. K. die in seinen Augen ursprüngliche Ordnung wiederherstellen, das heißt zum einen Schriftlichkeit als bestimmende Kulturtechnik bewahren und zum anderen zwischen Journalisten als bezahlten Boten und Publizisten, die „durch keine Amtspflicht eingeschränkt“² sind, unterscheiden. Der kakanische Publizist ist ein unabhängiger Künstler, ein Erzieher freier Menschen, die ihren Logos, die Vernunft als Sprache, im öffentlichen Gebrauch formen, ohne im Dienst einer akademischen Disziplin, eines kapitalistischen Unternehmens oder einer politischen Partei zu stehen. Wenn demnach Berichte und Reportagen die journalistischen Darstellungsformen schlechthin sind – welches Genre wäre dem Publizisten angemessen? Es müsste offen sein, eher den Prozess als das Ergebnis der Reflexion festhalten, subjektive Erfahrung ausdrücken, die Verbindung von dokumentarischem Inhalt und literarischer Gestaltung, von Real- und Idealsprache erlauben, seinen unfertigen, experimentellen Charakter betonen: Spricht K. K. zufällig von einem „Versuch zum Unmöglichen“? (DW 137) Nein, die *Dritte Walpurgisnacht* ist ein Essay über die „*Banalität des Bösen*, vor der das Wort versagt und an der das Denken scheitert“³ – – – – –

1 Immanuel Kant: *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*, S. 55 sowie in der Folge S. 58, 54 u. 53.

2 Ebenda, S. 60.

3 Hannah Arendt: *Eichmann in Jerusalem*, S. 371.

QUELLEN

LITERATUR

- Achenbach, Michael: „... wenn der Erfolg gewährleistet sein soll.' Hintergründe zu einem Propagandainstrument des Ständestaates“. In: *Österreich in Bild und Ton. Die Filmwochenschau des austrofaschistischen Ständestaates*. Hg. v. Michael Achenbach u. Karin Moser. Wien 2002, S. 73-98.
- Akten zur deutschen auswärtigen Politik. 1918 – 1945. Serie C: 1933 – 1937. Bd. I,1: 30. Januar bis 15. Mai 1933 u. Bd. I,2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933*. Hg. v. Hans Rothfels u. a. Göttingen 1971.
- Albrecht, Gerd (Hg.): *Der Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation*. Karlsruhe 1979.
- Arendt, Hannah: *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*. Übers. v. Brigitte Granzow. München 2000.
- Ballhausen, Thomas u. Paolo Caneppele (Hg.): *Entscheidungen der Wiener Filmzensur. 1929 – 1933*. Wien 2003 (= Materialien zur österreichischen Filmgeschichte, Bd. 10).
- Barthes, Roland: „Der Tod des Autors“. In: *Das Rauschen der Sprache*. Übers. v. Dieter Hornig. Frankfurt a. M. 2006, S. 57-63 (= Kritische Essays, Bd. IV).
- Bauer, Kurt: „Strikt nein zu sagen, halte ich nicht für gut'. Über Dollfuß' Versuche, mit den Nationalsozialisten ins Geschäft zu kommen“. In: *Das jüdische Echo*, Nr. 55/2006, S. 85-94.
- Bauer, Otto: „Um die Demokratie“. In: *Der Kampf*, Nr. 7/1933 (Jg. 26), S. 269-276.
- Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte*. Wien 1934.
- Benjamin, Walter: „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“. In: *Medienästhetische Schriften*. Frankfurt a. M. 2002, S. 351-383.
- Benn, Gottfried: „Antwort an die literarischen Emigranten“. In: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, Reichsausgabe v. 25.5.1933, S. 1f.
- Benn, Gottfried: *Doppelleben. Zwei Selbstdarstellungen*. Stuttgart 2005.
- Bohrmann, Hans (Hg.): *NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bd. 1: 1933*. Bearb. v. Gabriele Toepser-Ziegert. München u. a. 1984.
- Bracher, Karl Dietrich: „Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34“. In: *Die nationalsozialistische Machtergreifung*. Hg. v. Wolfgang Michalka. Paderborn/München/Wien/Zürich 1984, S. 13-28 (= UTB 1329).
- Brecht, Bertolt: „Der Dreigroschenprozeß“. In: *Werke. Bd. 21: Schriften I*. Hg. v. Werner Hecht u. a. Frankfurt a. M. 1992, S. 448-514.
- Brecht, Bertolt: „Der Rundfunk als Kommunikationsapparat“. In: *Werke. Bd. 21: Schriften I*. Hg. v. Werner Hecht u. a. Frankfurt a. M. 1992, S. 552-557.
- Broszat, Martin u. Norbert Frei (Hg.): *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zusammenhänge*. München/Zürich 1989.
- Bucher, Peter: „Machtergreifung und Wochenschau. Die Deulig-Tonwoche 1932/33“. In: *Publizistik*, Nr. 2-3/1985 (Jg. 30), S. 182-194.
- Bucher, Peter: *Wochenschauen und Dokumentarfilme 1895-1950 im Bundesarchiv-Filmarchiv*. Koblenz 2000 (= Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 8).
- Bucher, Peter: „Wochenschau und Staat 1895-1945“. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Nr. 11/1984 (Jg. 35), S. 746-757.
- Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich 1922/218, 1929/440, 1933/41, 1933/131, 1933/186, 1933/198, 1933/217, 1933/282, 1933/323, 1934/1*.
- Courtade, Francis u. Pierre Cadars: *Geschichte des Films im Dritten Reich*. Übers. v. Florian Hopf. München 1975.

- Csoklich, Fritz: „Presse und Rundfunk“. In: *Österreich 1918 – 1938. Geschichte der Ersten Republik*. Bd. 2. Graz/Wien/Köln 1983, S. 715-730.
- Dassanowsky, Robert von: „Between Resistance and Collaboration: Austrian Cinema and Nazism Before and During the Annexation, 1933–45“. In: *Cinema and the Swastika. The International Expansion of Third Reich Cinema*. Hg. v. Roel Vande Winkel u. David Welch. Basingstoke u. a. 2007, S. 58-71.
- Deleuze, Gilles: *Nietzsche und die Philosophie*. Übers. v. Bernd Schwibs. Hamburg 2002.
- Deutsches Reichsgesetzblatt* 1933 I/82, 1934 I/17.
- Die Bibel. Nach der Übersetzung Martin Luthers*. Bibeltext in der revidierten Fassung von 1984. Hg. v. der Evangelischen Kirche in Deutschland. Stuttgart 1999.
- Diller, Ansgar: *Rundfunkpolitik im Dritten Reich*. München 1980 (= Rundfunk in Deutschland, Bd. 2).
- Djassem, Irina: *Der „Productivgehalt kritischer Zerstörerarbeit“*. *Kulturkritik bei Karl Kraus und Theodor W. Adorno*. Würzburg 2002.
- Dörfler, Edith u. Wolfgang Pensold: *Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich*. Wien 2001.
- Duchkowitsch, Wolfgang: „Umgang mit ‚Schädlingen‘ und ‚schädlichen Auswüchsen‘. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im ‚Ständestaat‘“. In: *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933 – 1938*. Hg. v. Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer. 5., völlig überarb. u. erg. Aufl. Wien 2005, S. 358-370 (= Politik und Zeitgeschichte, Bd. 1).
- Dussel, Konrad: *Deutsche Rundfunkgeschichte*. 2., überarb. Aufl. Konstanz 2004.
- Ergert, Viktor: *50 Jahre Rundfunk in Österreich. Bd. 1: 1924 – 1945*. Salzburg 1974.
- Freud, Sigmund: *Das Unbehagen in der Kultur. Und andere kulturtheoretische Schriften*. Frankfurt a. M. 2001.
- Fritz, Walter: *Im Kino erlebe ich die Welt. 100 Jahre Kino und Film in Österreich*. Wien 1997.
- Früh, Eckart: „Dritte Walpurgisnacht und Arbeiter-Zeitung“. In: *Noch mehr*. Hg. v. Kurt Faecher. Wien 1983.
- Funder, Friedrich: *Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik*. Wien/München 1971.
- Ganahl, Simon: *Ich gegen Babylon. Karl Kraus und die Presse im Fin de Siècle*. Wien 2006.
- Goethe, Johann Wolfgang von: *Faust*. 16., überarb. Aufl. München 1996 (= Goethes Werke, Hamburger Ausgabe, Bd. 3).
- Goethe, Johann Wolfgang von: *Wilhelm Meisters Lehrjahre*. München 2000 (= Goethes Werke, Hamburger Ausgabe, Bd. 7).
- Haas, Hannes: „Demaskierung durch Verkleidung“. In: *message*. Nr. 2/2000, S. 132f.
- Haas, Hannes: *Empirischer Journalismus. Verfahren zur Erkundung gesellschaftlicher Wirklichkeit*. Wien/Köln/Weimar 1999.
- Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt a. M. 1999.
- Heiber, Helmut (Hg.): *Goebbels Reden. Bd. 1: 1932 – 1939*. München 1971.
- Hiebel, Hans H. (Hg.): *Kleine Medienchronik. Von den ersten Schriftzeichen zum Mikrochip*. München 1997.
- Hobsbawm, Eric: *Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert*. Übers. v. Udo Rennert. München/Wien 2003.
- Hofer, Walther u. a. (Hg.): *Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation*. Neu hg. v. Alexander Bahar. Freiburg 1992 (= Unerwünschte Bücher zum Faschismus, Bd. 4).
- Hörisch, Jochen: *Eine Geschichte der Medien. Von der Oblate zum Internet*. Frankfurt a. M. 2004.

- Humboldt, Wilhelm von: *Schriften zur Sprachphilosophie*. Hg. v. Andreas Flitner und Klaus Giel. Darmstadt 1979 (= Werke in fünf Bänden, Bd. 3).
- Jagschitz, Gerhard: „Die Presse in Österreich von 1918 bis 1945“. In: *Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ein Textbuch zur Einführung*. Hg. v. Manfred Bobrowsky, Wolfgang Duchkowitsch u. Hannes Haas. Wien 1987, S. 116-138 (= Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 6).
- Kaes, Anton: „Film in der Weimarer Republik“. In: *Geschichte des deutschen Films*. Hg. v. Wolfgang Jacobsen, Anton Kaes u. Hans Helmut Prinzler. Stuttgart 1993, S. 39-100.
- Kant, Immanuel: „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht“. In: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 2*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 2000, S. 395-690 (= Werkausgabe, Bd. XII).
- Kant, Immanuel: „Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?“. In: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 1996, S. 53-61 (= Werkausgabe, Bd. XI).
- Kant, Immanuel: *Die Metaphysik der Sitten*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 1997 (= Werkausgabe, Bd. VIII).
- Kant, Immanuel: *Kritik der praktischen Vernunft. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 1974 (= Werkausgabe, Bd. VII).
- Kant, Immanuel: *Kritik der reinen Vernunft 1*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 1974 (= Werkausgabe, Bd. III).
- Kant, Immanuel: „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“. In: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik 1*. Hg. v. Wilhelm Weischedel. Frankfurt a. M. 1996, S. 126-172 (= Werkausgabe, Bd. XI).
- Kracauer, Siegfried: „Der bejubelte Fridericus Rex“. In: *Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films*. Übers. v. Ruth Baumgarten u. Karsten Witte. Frankfurt a. M. 1984, S. 459-462.
- Kracauer, Siegfried: *Theorie des Films. Die Errettung der äußeren Wirklichkeit*. Übers. v. Friedrich Walter und Ruth Zellschan. Frankfurt a. M. 1985.
- Kracauer, Siegfried: *Von Caligari zu Hitler. Eine psychologische Geschichte des deutschen Films*. Übers. v. Ruth Baumgarten u. Karsten Witte. Frankfurt a. M. 1984.
- Kraus, Karl: *Dritte Walpurgisnacht*. Frankfurt a. M. 1989 (= Schriften, Bd. 12).
- Kraus, Karl (Hg.): *Die Fackel*, Nr. 2/1899, 474-483/1918, 845-846/1930, 868-872/1932, 888/1933, 890-905/1934.
- Kreimeier, Klaus: *Die Ufa-Story. Geschichte eines Filmkonzerns*. Frankfurt a. M. 2002.
- Krolop, Kurt: „Präformation als Konfrontation – ‚Drittes Reich‘ und *Dritte Walpurgisnacht*“. In: *Sprachsatire als Zeitsatire bei Karl Kraus. Neun Studien*. Berlin 1987, S. 210-230.
- Kunschak, Leopold: *Ein freies Volk in freiem Land*. Wien 1933.
- Kürbisch, Friedrich G.: „Über die Sozialreportage. Einige Hinweise und Befunde“. In: *Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt, wann steht er auf? Sozialreportagen 1880 bis 1918*. Hg. v. Friedrich G. Kürbisch. Berlin/Bonn 1981, S. 7-18.
- Landesgesetzblatt für Wien 1923/11*.
- Leiser, Erwin: „Deutschland, erwache!“ *Propaganda im Film des Dritten Reiches*. Reinbek bei Hamburg 1968.
- Leroi-Gourhan, André: *Hand und Wort. Die Evolution von Technik, Sprache und Kunst*. Übers. v. Michael Bischoff. Frankfurt a. M. 1988.
- Lersch, Edgar: „Mediengeschichte des Hörfunks“. In: *Handbuch der Mediengeschichte*. Hg. v. Helmut Schanze. Stuttgart 2001, S. 455-489 (= Kröners Taschenausgabe, Bd. 360).

- Mann, Thomas: *Doktor Faustus. Das Leben des deutschen Tonsetzers Adrian Leverkühn, erzählt von einem Freunde*. Frankfurt a. M. 2005.
- McLuhan, Marshall: *Die magischen Kanäle. „Understanding Media“*. Düsseldorf/Wien 1970.
- Musil, Robert: *Der Mann ohne Eigenschaften. Roman. Erstes und Zweites Buch*. Hg. v. Adolf Frisé. Reinbek bei Hamburg 2003.
- Naschold, Frieder: „Kommunikationstheorien“. In: *Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Textbuch zur Einführung*. Hg. v. Maximilian Gottschlich u. Wolfgang R. Langenbacher. Wien 1999, S. 41-72 (= Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 1).
- Nietzsche, Friedrich: *Also sprach Zarathustra*. Hg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari. München 1999 (= Kritische Studienausgabe, Bd. 4).
- Nietzsche, Friedrich: „Zur Genealogie der Moral“. In: *Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral*. Hg. v. Giorgio Colli u. Mazzino Montinari. München 1999, S. 245-412 (= Kritische Studienausgabe, Bd. 5).
- Paupié, Kurt: *Handbuch der österreichischen Pressegeschichte. 1848 – 1959. Bd. 1: Wien*. Wien/Stuttgart 1960.
- Pelinka, Peter u. Manfred Scheuch: *100 Jahre AZ*. Wien/Zürich 1989.
- Pfarrhofer, Hedwig: *Friedrich Funder. Ein Mann zwischen Gestern und Morgen*. Graz/Wien/Köln 1978.
- Polgar, Alfred: „Der Österreicher (Ein Nachruf)“. In: *Kleine Schriften. Bd. 1: Musterung*. Hg. v. Marcel Reich-Ranicki. Reinbek bei Hamburg 1982, S. 205-209.
- Polgar, Alfred: „Im dunkelsten Wien“. In: *Kleine Schriften. Bd. 4: Literatur*. Hg. v. Marcel Reich-Ranicki. Reinbek bei Hamburg 1984, S. 196-198.
- Pollak, Oscar: „Zwischen zwei Faschismen“. In: *Der Kampf*, Nr. 7/1933 (Jg. 26), S. 276-281.
- Reichs-Gesetz-Blatt für das Kaiserthum Österreich* 1867/142.
- Reichsgesetzblatt für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder* 1873/119, 1917/307.
- Reinowski, Hans Johann: *Terror in Braunschweig. Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft*. Bericht hg. v. der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Zürich 1933.
- Ross, Dieter: *Hitler und Dollfuß. Die deutsche Österreich-Politik 1933 – 1934*. Hamburg 1966.
- Saxer, Ulrich: „Konstituenten einer Medienwissenschaft“. In: *Qualitative Perspektiven des Medienwandels. Positionen der Medienwissenschaft im Kontext ‚Neuer Medien‘*. Hg. v. Helmut Schanze u. Peter Ludes. Opladen 1997, S. 15-26.
- Scheel, Klaus: *Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933 – 1945*. Berlin 1970.
- Scheichl, Sigurd Paul: „Karl Kraus im Rundfunk“. In: *Kraus Hefte*. Nr. 61/1992, S. 2-6.
- Schiller, Friedrich: „Die Verschwörung des Fiesco zu Genua“. In: *Sämtliche Werke. Bd. 2: Semele, Die Räuber, Die Verschwörung des Fiesco zu Genua, Kabale und Liebe*. Hg. v. Hans-Günther Thalheim u. a. Berlin 2005, S. 433-553.
- Schiller, Friedrich: „Hoffnung“. In: *Sämtliche Werke. Bd. 1: Gedichte*. Hg. v. Hans-Günther Thalheim u. a. Berlin 2005, S. 419f.
- Schütt, Ernst Christian: *Chronik 1933. Tag für Tag in Wort und Bild*. Gütersloh/München 2003.
- Serres, Michel: „Der Mensch ohne Fähigkeiten. Die neuen Technologien und die Ökonomie des Vergessens“. In: *Mediengebrauch und Erfahrungswandel. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte*. Hg. v. Detlev Schöttker. Göttingen 2003, S. 207-218.
- Shakespeare, William: *König Lear*. Übers. v. Wolf Heinrich Graf Baudissin. Stuttgart 1966.
- Shakespeare, William: *Macbeth*. Übers. v. Dorothea Tieck. Hg. v. Dietrich Klose. Stuttgart 2001.
- Sprink, Claus-Dieter: *Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche Juni 1933. Eine Dokumentation*. Berlin 1997.

Staatsgesetzblatt für den Staat Deutschösterreich 1918/3.

Stremmel, Jochen: „Dritte Walpurgisnacht“. *Über einen Text von Karl Kraus*. Bonn 1982 (= Literatur und Wirklichkeit, Bd. 23).

Tálos, Emmerich: „Das austrofaschistische Herrschaftssystem“. In: *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933 – 1938*. Hg. v. Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer. 5., völlig überarb. u. erg. Aufl. Wien 2005, S. 394-420 (= Politik und Zeitgeschichte, Bd. 1).

Theweleit, Klaus: *Buch der Könige. Bd. 2x: Orpheus am Machtpol*. Frankfurt a. M. 1994.

Timms, Edward: *Karl Kraus. Apocalyptic Satirist. The Post-War Crisis and the Rise of the Swastika*. New Haven/London 2005.

Trachtenberg, Jakow (Hg.): *Die Greuelpropaganda ist eine Lügenpropaganda, sagen die deutschen Juden selbst*. Berlin 1933.

Uzulis, André: *Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus. Propagandainstrumente und Mittel der Presselenkung*. Frankfurt a. M. 1995 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 636).

Venus, Theodor: „Der lange Weg zum Juliputsch 1934 – Hallwisch und Hugenberg, Habicht und Huber“. In: *Mediengeschichte. Forschung und Praxis*. Hg. v. Wolfgang Duchkowitsch. Wien/Köln/Graz 1985, S. 143-172.

Venus, Theodor: „Die dunklen Jahre. Österreichs Ende und das Ende der ‚Neuen Freien Presse‘“. In: *Ein Stück Österreich. 150 Jahre „Die Presse“*. Hg. v. Julius Kainz u. Andreas Unterberger. Wien 1998, S. 136-149.

VIII. *Tätigkeitsbericht der Österr. Radioverkehrs A.-G. 1933*. Wien 1934.

Wandruszka, Adam: *Geschichte einer Zeitung. Das Schicksal der ‚Presse‘ und der ‚Neuen Freien Presse‘ von 1848 zur Zweiten Republik*. Wien 1958.

Zedtwitz-Arim, Georg-Volkmar: *Tu Gutes und rede darüber. Public Relations für die Wirtschaft*. Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1961.

UNVERÖFFENTLICHTE AKTEN

Allgemeines Verwaltungsarchiv im Österreichischen Staatsarchiv:

Nachlass Theodor von Hornbostels K. 17 (Bayrischer Rundfunk 1933-1934)

Neues Politisches Archiv im Österreichischen Staatsarchiv:

K. 113 (Mappe zur deutschen Rundfunkpropaganda, f. 200-582)

K. 114 (Mappe mit Rundfunkreden, f. 443-842)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin:

R 28392 (Büro des Reichsministers, Aktenzeichen 16: Österreich)

R 73477 (Rundfunkreden des Landesinspektors Habicht)

R 73512 (Abwurf von Flugzetteln über Österreich durch deutsche Flugzeuge)

Vorarlberger Landesarchiv:

BH Bludenz II 1470/1933 (Abwurf nationalsozialistischer Flugzettel am 25.7.1933)

INTERNET

Das Juliabkommen von 1936. <http://zis.uibk.ac.at/quellen/binder.htm> (3.4.2008).

Gossweiler, Kurt: *Der „Röhm-Putsch“, der keiner war. Legenden und Tatsachen um den 30. Juni 1934*. <http://www.kurt-gossweiler.de/artikel/roehmput.pdf> (20.10.2007).

<http://www.akustische-chronik.at> (19.7.2008).

<http://www.deutsches-filminstitut.de> (1.9.2008).

<http://www.diepresse.com/unternehmen/pressenews/113356/index.do> (10.6.2007).

http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/mp3s/zauberei_sender.mp3 (24.5.2008).

<http://www.medienkunstnetz.de/werke/weekend> (4.6.2008).

<http://www.shoa.de/content/section/3/41> (10.5.2007).

PRESSE

Arbeiter-Zeitung: 12.7.1889, 15.7.1927, 31.1. bis 1.10.1933, 24.12.1933.

Deutsche Allgemeine Zeitung: Reichsausgabe v. 25.5.1933.

Deutschösterreichische Tageszeitung: 14.6.1933.

Neue Freie Presse: 31.1. bis 2.10.1933, 23.12.1933.

Neues Wiener Journal: 31.3.1933.

Neue Zürcher Zeitung: 22.9.1933.

Neuigkeits-Welt-Blatt: 23.7.1933.

N.S. Funk: 5.2.1933 (= 1/1933), 23.7.1933 (= 30/1933), 11.2.1934 (= 6/1934), 18.2.1934 (= 7/1934).

Paimann's Filmlisten: 23.6.1933 (= 898/1933).

Radiowelt: 24.6.1933 (= 26/1933), 8.7.1933 (= 28/1933).

Reichspost: 1.1.1894, 8.7.1897, Nachmittagsausgabe v. 29.6.1914, 18.7.1927, 24.1.1933, 31.1. bis 1.10.1933, 22.11.1933, 24.12.1933, 25.2.1934.

Völkischer Beobachter: Münchner Ausgabe v. 7.7.1933 u. 16.2.1934.

Wiener Zeitung: 29.6.1933, 9.7.1933, 13.7.1933.

TONTRÄGER

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, Österreichische Mediathek (Signatur: 99-33013).

Bericht aus dem Konzentrationslager Oranienburg, Deutsches Rundfunkarchiv (Signatur: 2955807).

Der Klang der zwanziger Jahre. Reden, Rezitationen, Reportagen 1920 bis 1930. CD hg. v. Deutschen Rundfunkarchiv u. Deutschen Historischen Museum. Frankfurt a. M. 2004.

Habicht, Theo: *Ansprache an das österreichische Volk*, Deutsches Rundfunkarchiv (Signatur: 2884770).

Habicht, Theo: *Ansprache auf einer öffentlichen Kundgebung*, Deutsches Rundfunkarchiv (Signatur: 2844053).

Kraus, Karl: *Zum ewigen Frieden*, Deutsches Rundfunkarchiv (Signatur: 2752252-03).

Marek, Michael u. Hans Sarkowicz (Hg.): *Das Radio spricht. Das Radio swingt. 1918 bis 1933. Die Geschichte des Rundfunks in Deutschland (Teil 1)*. 1 CD. Frankfurt a. M. 2005.

1933 – Der Weg in die Katastrophe. CD hg. v. Deutschen Rundfunkarchiv u. Deutschen Historischen Museum. Frankfurt a. M. 2000.

Pfäfflin, Friedrich u. Eva Dambacher (Hg.): *Karl Kraus liest Eigenes und Angeeignetes. 3 CDs mit historischen Aufnahmen*. Marbach 1999 (= Beiheft 2 zum Marbacher Katalog 52).

Sarkowicz, Hans (Hg.): *Radio unterm Hakenkreuz von 1933 bis 1945. Die Geschichte des Rundfunks in Deutschland (Teil 2)*. 2 CDs. Frankfurt a. M. 2004.

Schuschnigg, Kurt: *Rundfunkansprache nach dem Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß*, Deutsches Rundfunkarchiv (Signatur: 2955773).

Steidle, Richard: *Kommentar zur deutschen Propaganda gegen Österreich*, Österreichische Mediathek (Signatur: 99-34007).

Über die gehässige Berichterstattung des deutschen Informationsdienstes, Österreichische Mediathek (Signatur: 11-01520).

Weill, Kurt: *Der Lindberghflug. The Ballad of Magna Carta*. 1 CD. Königsdorf 1990.

FILME

Blutendes Deutschland, Terra-Film 1932/1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: B 95310).

Deulig-Tonwoche 57/1933, 62/1933, 66/1933, Bundesarchiv-Filmarchiv.

Deutsche Wehr! Deutsche Ehr!, NSDAP Berlin 1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: M 23115).

Deutschland erwacht, NSDAP Berlin 1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: M 9).

Hitlers Aufruf an das deutsche Volk, NSDAP Berlin 1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: M 924).

Hitler über Deutschland, NSDAP Berlin 1932, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: M 1316).

Leiser, Erwin: *„Deutschland, erwache!“ Film als Propaganda im NS-Staat*, 1 DVD, Berlin 2004.

Morgenrot, Ufa-Tonfilm 1932/1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: M 10435).

N. S. Ton-Bild-Bericht Nr. 2, NSDAP Berlin 1933, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: K 172392).

Österreich in Bild und Ton 1933, DVD hg. v. Filmarchiv Austria, Wien 2005.

14 Jahre System, NSDAP Berlin 1932, Bundesarchiv-Filmarchiv (Signatur: BSP 9314).

ABSTRACT

Meine Dissertation setzt sich mit dem Autor Karl Kraus nicht biografisch oder werkgeschichtlich, sondern typologisch auseinander. Ziel der Arbeit ist die Freilegung der geistigen Haltung, die dem Text *Dritte Walpurgisnacht* zugrunde liegt. Der Typus K. K. geht von einem Subjekt aus, dessen natürliches Denkvermögen in jener autonomen Urteilsbildung besteht, wie sie die Kantsche Erkenntnislehre bestimmt. Die *Dritte Walpurgisnacht* stellt diese Methode der Wahrheitsfindung, die intellektuelle Verarbeitung sinnlicher Daten auf Grundlage der Einbildungskraft, exemplarisch dar, wobei die Massenmedien als Erweiterungen der Sinnesorgane, namentlich der Augen und Ohren verstanden werden. Wer das „kakanische“ Modell erfassen will, muss es jedoch mehr als zusammenfügen, nämlich systematisch nachvollziehen. Deshalb versucht meine Dissertation, die Frage zu klären, was 1933 in Wien ad oculos et aures, das heißt hier Zeitung lesend, Radio hörend und Kino besuchend über die nationalsozialistische Machtergreifung zu erfahren war. Im Rahmen der medienhistorischen Untersuchung kommen wesentliche Züge des Typus K. K. zum Vorschein. So erweisen sich jene Zitate aus Goethes *Faust* und Shakespeares *Macbeth*, die mit Passagen aus Presseartikeln über eine „zweite Revolution“ der Sturmabteilung der NSDAP verknüpft sind, als ein Diskurs über die Doppelnatur – die tierische Anlage und den moralischen Charakter – des Menschen. In der Beschäftigung mit der Rundfunkrede *Antwort an die literarischen Emigranten* von Gottfried Benn offenbart sich wiederum das „kakanische“ Verständnis von Sprache als praktische Vernunft, als symbolischer Speicher der Werte einer Kultur, die über den Spracherwerb zu Verhaltensnormen werden. Mit dem Ausdruck „Metufa“, einer Kreuzung aus dem Wort Metapher und dem Kürzel der deutschen Universum Film AG, bringt K. K. schließlich seine Medienkritik auf den Begriff: Was er den Journalisten vorwirft, ist ihre Unfähigkeit zur strengen Benennung der wahrgenommenen Realität, den Hang, künstlerische Mittel im Nachrichtengeschäft zu missbrauchen. Aus „kakanischer“ Sicht mussten die Nationalsozialisten kein kollektives Bewusstsein entwickeln, sondern nur eine Masse von Menschen übernehmen, die nicht mehr in der Lage waren, selbst zu denken, weil die Öffentlichkeit seit Jahrzehnten von Zeitungen beherrscht wurde, die keine Tatsache ohne Meinung verbreiteten, also die Leser der Freiheit beraubten, die mitgeteilten Informationen eigenständig zu interpretieren, was zur Verkümmern ihrer Fantasie geführt habe. Es handelte sich um die Vollendung eines Projekts, das in der *Dritten Walpurgisnacht* den Namen „Abklärung“ trägt.

ABSTRACT

My dissertation deals with the author Karl Kraus not biographically or work-historically but typologically. The aim of the study is to lay bare the mental attitude that underlies the text *Third Walpurgis Night*. The type K. K. emanates from a subject whose natural rationalness consists in the process of cognition as Immanuel Kant defined it. *Third Walpurgis Night* exemplarily represents this method of truth-finding, the intellectual assimilation of sensory data based on imagination, with the mass media being perceived as extensions of the sense organs, notably of the eyes and the ears. Whoever wants to grasp the "kakanian" model has to do more than fit it together – he must systematically reconstruct it. Hence my dissertation tries to settle this question: What could have been found out about the National Socialist seizure of power by reading newspapers, listening to the radio, and going to the cinema in 1933 in Vienna? Within the media-historical investigation fundamental traits of the type K. K. come to light. The quotes from Goethe's *Faust* and Shakespeare's *Macbeth* that are linked with extracts from press articles about a "second revolution" of stormtroopers of the NSDAP, for instance, prove to be a discourse on the dual nature – the animal disposition and the moral character – of human beings. Furthermore, the consideration of the broadcast speech *Answer to the Literary Emigrants* by Gottfried Benn exposes the "kakanian" understanding of language as practical reason, as symbolic memory of cultural values that become behavioural norms through language acquisition. And finally, K. K. summarizes his media criticism in the expression "Metufa", a blend of the word "Metapher" and the abbreviation of the German "Universum Film AG": What he rebukes the journalists for is their reluctance to report precisely the reality they have seen and heard, their tendency to misuse artistic techniques in news business. From the "kakanian" point of view the National Socialists did not have to produce a collective consciousness but only take over a mass of men who were no longer able to conceptualize by themselves because the public had for decades been dominated by a press that spread no fact without opinion and deprived the readers of the liberty to interpret the transmitted information on their own, which had, according to K. K., led to an atrophy of their imagination. It was the completion of a project that is named "Abklärung" in *Third Walpurgis Night*.

LEBENS LAUF

Persönliche Daten

Name: Simon Ganahl
geboren am: 12. Juli 1981 in Bludenz
Adresse: Kirchgasse 4/203, A-6850 Dornbirn
Telefon: +43 (0)5572 909079
E-Mail: simon.ganahl@gmx.at

Schulbildung

1987 – 1991 Volksschule in Tschagguns
1991 – 1999 Bundesgymnasium in Bludenz
Abschluss: Matura (Juni 1999)

Hochschulbildung

1999 – 2005 Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und einer Kombination aus Politikwissenschaft und Germanistik an der Universität Wien
2001 – 2005 Erweiterungsstudium Philosophie
Abschluss: Magister der Philosophie (April 2005)
Seit Oktober 2005 Doktoratsstudium der Philosophie an der Universität Wien im Dissertationsgebiet Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Seit Oktober 2006 Doktoratsstudium der Philosophie an der Universität Wien im Dissertationsgebiet Deutsche Philologie

Auslandsaufenthalt

Okt. 2002 – Feb. 2003 Hochschulse semester am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Hamburg

Journalistische Erfahrung

Juli/August 1999 Freier Mitarbeiter der *Vorarlberger Nachrichten* (Redaktion Bludenz)
April 2001 Volontariat bei der Tageszeitung *Der Standard* im Ressort Innenpolitik
Mai 2001 Freier Mitarbeiter der Tageszeitung *Der Standard* zur Berichterstattung über die österreichischen Hochschulwahlen 2001
August 2001 Volontariat in der Kulturredaktion des Nachrichtenmagazins *profil*
Juli 2002 Volontariat bei der Tageszeitung *Der Standard* im Ressort Innenpolitik
Juli 2003 Praktikum bei der Vorarlberger Landespressestelle in Bregenz
August/September 2003 Freier Mitarbeiter der *Vorarlberger Nachrichten* (Kulturredaktion)
Juli/August 2005/2006 Redakteur der Vorarlberger Landespressestelle in Bregenz

Publikationen

1999 – 2003 Journalistische Beiträge (Berichte, Reportagen, Rezensionen, Interviews) in den Tageszeitungen *Der Standard* und *Vorarlberger Nachrichten* sowie dem Nachrichtenmagazin *profil*
April 2005 „Ich gegen Babylon: Karl Kraus und die Presse“. In: *medien & zeit*. Nr. 1/2005 (Jg. 20), S. 29-37 (wissenschaftlicher Aufsatz)
Juli 2005 „Anno anno“ (Gedicht), „An a Ahna“ (Gedicht) und „Stille“ (Essay) in der literarischen *Zeitschrift* 05
März 2006 *Ich gegen Babylon: Karl Kraus und die Presse im Fin de Siècle* Wien: Picus 2006 (Monografie)
Juni 2006 „nowhere“ (Essay), „Die Schuhverkäuferin“ (Kurzgeschichte), und „Blick von unten“ (Gedicht) in der Anthologie V#17/18 der „Literatur Vorarlberg“

Stipendien und Preise

Mai 2006 Anerkennungspreis des „Bank Austria Creditanstalt Forschungspreis 2005“ für die Diplomarbeit „Ich gegen Babylon: Karl Kraus und die Journaille. Die *Neue Freie Presse* im Licht der *Arbeiter-Zeitung*“
Mai 2007 – April 2009 DOC-Stipendium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften zur Realisierung des Dissertationsprojekts „K. K. und P. A. Eine Typologie“